Willy Klages

Teuflische Lügen und bittere Wahrheiten

Der planmäßige Untergang der US-Kolonie BRD

Sonderheft Nr. 65



Der planmäßige Untergang der US-Kolonie BRD

Sonderheft Nr. 65

Menschenfeindlichkeit vom 29.07.2023-08.06.2024

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Menschenfeindlichkeit vom	2-97
29.07.2023-08.06.2024	
Hinweise für den Leser	98
Quellen- und Literaturnachweis	

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Menschenfeindlichkeit vom 29.07.2023-08.06.2024

<u>Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26670" berichtete am 29. Juli 2023</u> (x1.319/...): >>WHO und UNO - Pädofinger weg von Kindern

Jeder gesunde Mensch weiß, daß wahre Liebe Kinder schützt. Ganz besonders bewahrt sie Kinder vor sexuellen Übergriffen und vor Verunstaltung. Was jedoch WHO und UNO mit ihren neuen Richtlinien zum Thema Sexualität als "Freiheit für Kinder" propagieren, ist schlichtweg Grundlage für abscheuliche Persönlichkeitszerstörung auf allen Ebenen. Es ist Zeit, die Augen zu öffnen und zu erkennen, wie mit menschenverachtender Macht pädophile Kreise nach unseren Kindern greifen ...

Derzeit wird nichts mit solchem Nachdruck verfolgt wie die Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren berüchtigten "Nachhaltigkeitszielen".

Dieses weltweite Projekt zielt darauf ab, jeden Aspekt bisheriger menschlicher Lebensgrundlagen vollständig zu verändern: Ernährung, Sexualität, Familie, Arbeit, Finanzen, Gesundheit, Bildung, einfach alles! Mit volksverführerischen Argumenten soll Armut, Hunger, Ungleichheit, Krankheit und anderen schlimmen Dingen ein Ende gesetzt werden. Doch dürfen wir uns auf diese wohlklingenden Vorhaben nicht verlassen!

Ein ehemaliger Top UN-Beamter, der zwei Jahrzehnte für die UNO tätig war, warnt davor, daß die UNO von kriminellen Personen kontrolliert wird, die die UNO benutzen, um sich zu bereichern und die Menschheit zu versklaven. (www.kla.tv/UNO/25365)

Beleuchten wir die Pläne von UNO und WHO insbesondere zum Thema Sexualität, sind die neuen Richtlinien, die gerade an alle Völker herausgegeben werden, mehr als nur besorgniserregend.

Europaabgeordneter Marcel de Graaff aus den Niederlanden findet klare Worte dafür:

"Mit Menschen in Organisationen, Regierungen und internationalen Institutionen stimmt etwas grundlegend nicht, wenn sie die Legalisierung, die Akzeptanz von Sex mit Kindern verfolgen, wenn sie Sex mit Kindern sogar mit Millionen von Zuschüssen fördern oder die Sexualisierung von Kindern erzwingen wollen."

Seiner Aussage nach subventioniert auch die EU mit Millionenbeträgen Auftritte von Transvestiten und Transgendern in Kindergärten. Zugleich hat die UNO ein Dokument veröffent-

licht, was Sex mit Kindern einerseits legalisieren will und andererseits Kindern durch das Selbstbestimmungsgesetz erlauben soll, ihre Genitalien zu entfernen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Vereinten Nationen (UN) weisen alle Kindergärten und Grundschulen weltweit an, Kleinkindern Masturbation beizubringen.

Sie raten Kindern, Pornographie zu benutzen und verteilen Plakate an Schulen, die Kinder zu homosexuellen Handlungen mit ihren Klassenkameraden ermutigen. In empfohlenen Büchern werden kleine Kinder über Oralsex aufgeklärt. Dies sind die einleitenden Worte eines sehr umfangreichen Reports der Internet-Plattform Stop World Control (www.stopworldcontrol.com/children/) mit dem Titel: ... "Kinder sollten Sexpartner haben – Die UN-Agenda zur Normalisierung von Pädophilie". In diesem Bericht werden, wie von Kla.TV nachfolgend stark zusammengefaßt, schlüssige Beweise dafür geliefert, wie zuvor genannte Programme Teil einer internationalen Operation sind, um Pädophilie zu normalisieren.

Das von der WHO veröffentlichte Dokument "Standards for Sexuality Education in Europe" enthält folgende Anweisungen für Kindergärten und Grundschulen:

Kinder zwischen 0 und 4 Jahren müssen etwas über Selbstbefriedigung lernen und ein Interesse an ihrem eigenen Körper und dem der anderen entwickeln.

Kinder zwischen 4 und 6 Jahren müssen etwas über Selbstbefriedigung lernen und dazu ermutigt werden, ihre sexuellen Bedürfnisse und Wünsche zu äußern.

Kinder zwischen 6 und 9 Jahren müssen über Geschlechtsverkehr, Online-Pornographie, heimliche Liebe und Selbststimulation aufgeklärt werden.

Kinder zwischen 9 und 12 Jahren sollten ihre ersten sexuellen Erfahrungen machen und lernen, Online-Pornographie zu nutzen.

Die WHO weist Lehrerinnen und Lehrer weltweit an, 9-jährigen Kindern zu erklären, wie sie zum ersten Mal Geschlechtsverkehr haben, wie sie mit Hilfe des Internets und der Mobiltelefone Sex erleben und verschiedene Sexualtechniken erlernen können.

Verehrte Zuschauer, Sie haben richtig gehört! Tatsächlich handelt es sich hier um Kinder, die gerade einmal gelernt haben ihre Schuhe selbstständig zu binden oder immer noch mit ihrer Puppenküche spielen.

In einem nächsten Dokument, das von den Vereinten Nationen herausgegeben wird, lautet der Titel "International Technical Guidance on Sexuality Education".

Es ist der offizielle Leitfaden für Grundschulen in aller Welt. Das Ziel dieses Dokuments wird auf Seite 16 beschrieben: Es zielt darauf ab, kleine Kinder zu befähigen, sexuelle Beziehungen einzugehen. Auf Seite 17 des Dokumentes erklären die Vereinten Nationen, daß dieser Leitfaden kleinen Kindern helfen soll, Beziehungen zu romantischen oder sexuellen Partnern aufzubauen. Auf Seite 71 desselben Dokuments werden die Lehrer angewiesen, kleine Kinder ab 5 Jahren über Küssen, Umarmen, Berühren und sexuelle Verhaltensweisen zu unterrichten. 9-jährige Kinder sollten über Selbstbefriedigung, sexuelle Anziehung und sexuelle Stimulation unterrichtet werden.

Die Rutgers Foundation ist das niederländische Zentrum für Sexualität und ähnlich wie das bekannte Planned Parenthood. Sie agieren in 27 Ländern der Welt, um Sexualaufklärung zu betreiben, Zugang zu Verhütungsmitteln zu sichern und Abtreibungsdienste anzubieten. Sie sind zudem Partner der WHO.

Rutgers hat ein Video herausgebracht, welches Teil eines europäischen Schulprogramms ist. Es zeigt, wie kleine Kinder zur Selbstbefriedigung ermutigt werden.

Geplant ist, dieses Video weltweit in die Lehrpläne aufzunehmen.

In den Niederlanden werden WHO- und UN-Richtlinien von Rutgers bereits umgesetzt. Nachfolgende Informationen zeigen, daß Rutgers immer an der Spitze der weltweiten Pädophilie-Bewegung gestanden hat:

Rutgers veröffentlichte einen Bericht des bekannten Pädophilen Theo Sandfort

Sie arbeiteten mit der Frits Bernard Foundation (klinischer Psychologe, Sexologe, schwuler und pädophiler Aktivist in den Niederlanden, führendes Mitglied und Autor der Niederländischen Gesellschaft für Sexualreform, Gründer erster kämpferischer Pädophilenbewegung) zusammen, die eine umfangreiche Sammlung von Kinderpornographie besaß. Rutgers unterzeichnete weiter eine Petition für die Legalisierung von Sex mit Kindern. Sie veröffentlichten eine Zeitschrift, in der ein 6-Jähriger masturbierte, ein 9-Jähriger Pornos ansah und ein 5-Jähriger Oralsex hatte.

Rutgers weist des Weiteren Lehrer an, dafür zu sorgen, daß Kinder so früh wie möglich mit Sexpraktiken beginnen. Von Rutgers wird ein Kinderbuch empfohlen, das kleine Kinder zum Oralsex ermutigt. In Rutgers' Lehrplan für Grundschulen heißt es, daß kleine Kinder alles über Lust, körperliche Erregung und Intimität wissen sollten. Unterdessen wird Schulmaterial für 10-jährige Kinder veröffentlicht, das eindeutig als pornographisch eingestuft werden muß.

Die derzeitige Vorsitzende des Aufsichtsrats von Rutgers ist die ehemalige Politikerin Andrée van Es von den Grünen Linken und der PSP, einer Partei, die sich ebenfalls für die Legalisierung von Pädophilie einsetzte.

Unwiderlegbar werden im Stop World Control-Report detailliert Informationen zusammengetragen, die bestätigen, daß Rutgers nichts anderem als der Agenda der Pädophilie und ihrer Normalisierung in der Gesellschaft dient.

Es ist alarmierend, und darüber müßten alle Eltern der Welt Bescheid wissen, daß diese explizit pädophile Organisation von der WHO und UNO dazu auserkoren wurde, ihre Agenda für die Sexualisierung von kleinen Kindern in öffentlichen Schulen von 27 Nationen umzusetzen. Nun fragt man sich, warum Regierungen und Finanzeliten darauf bestehen, kleine Kinder in jeder Nation der Welt zu sexualisieren? Die unmittelbare Folge der gegenwärtigen Sexualerziehung ist, so der Stop World Control-Report, daß Kinder in sehr jungem Alter geistig so gesteuert werden sollen, daß sie zu Räubern oder Opfern werden – oder zu beidem.

Durch die Agenda werden sie einer Gehirnwäsche unterzogen, die sie dazu bringt, ihre Freunde und Klassenkameraden als Lustobjekte zu betrachten. Ihr Verständnis von "Liebe" wird schwer pervertiert, und sie werden kaum in der Lage sein, eine gesunde, sichere, blühende und glückliche Familie zu gründen.

Wenn wir verstehen, daß die Wurzeln von Rutgers und ihren Verbündeten auch in der Eugenik liegen, wissen wir, warum sie dies vorantreiben:

Durch die Zerstörung der natürlichen Familie wird sich in einem Wisch auch die Weltbevölkerung tatsächlich reduzieren!

Nebenbei bemerkt ist einer der WHO Top-Finanziers niemand Anderes als Bill Gates, über dessen Verflechtungen und Vergehen Kla.TV bereits mehr als ausführlich berichtet hat. Er ist ein Anderer als in gekauften Mainstreammedien dargestellt. Kein Philanthrop, sondern stark befürwortender Eugeniker. Und wie man zusätzlichem Bildmaterial von Stop World Control entnehmen kann, pflegte Gates ebenso Verbindungen zum verurteilten Kinderschänder und Pädophilen-Ring-Betreiber Jeffrey Epstein. Deshalb dürften derlei Entwicklungen nur noch Entsetzen hervorrufen!

Stop World Control beendet den umfangreichen Report mit folgenden abschließenden Worten:

Liebe ist kein sexuelles Raubtier, das sich an Kindern vergreift und sie für seine oder ihre eigene Befriedigung mißbraucht. Ein Kind zu lieben bedeutet, es zu schützen und nicht, es zu manipulieren, damit es in eine Vergewaltigung "einwilligt".

De Graaff formuliert es so: "Hier geht es nicht darum, ein Kind zu erziehen oder zu unterrichten. Für diese Erwachsenen, die Sexualität und Sex mit Kindern betreiben, ist das Kind nur ein Werkzeug. Wie das Kind dadurch geschädigt wird, ist völlig unerheblich", betont der Abgeordnete. "Es ist völlig inakzeptabel, daß solche geistig geschädigten Menschen Organisatio-

nen, Regierungen oder Institutionen leiten, die bestimmen, wie die Gesellschaft aussieht, und daß sie die Entwicklung eines Kindes mißbrauchen, um ihre eigene deformierte Lust auf Kindersex zu rechtfertigen."

Wir alle haben die Wahl, die Augen zu verschließen und uns durch unser Schweigen mitschuldig zu machen – oder mutige Menschen zu sein, die aufstehen und die Menschheit darüber aufklären, indem Sie diese Sendung verbreiten, Schulen, Lehrer, Erzieher alarmieren ... Kinder können sich nicht gegen diese Monster wehren. Tun wir es für sie!

Abschließend sei noch erwähnt:

In zahlreichen andern Kla.TV-Sendungen sowie auf Stop World Control lassen sich detailliert ausgearbeitete, unwiderlegbare Fakten und Bildmaterial finden, die Kindesmißbrauch, Pädophilenringe und rituelle Morde an Kindern etc. bis in die höchsten Ränge der Regierungen und Königshäuser auf der ganzen Welt aufdecken.

Daher ist dies auch ein Aufruf an die Restjustiz und Kriminalpolizei: Auch eure Stunde hat geschlagen! Niemand wird am Ende sagen dürfen, er habe nichts davon gewußt. ...<

<u>Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 16. August 2023:</u> >>**Hippie-Staat Deutschland: Kabinett billigt Lauterbachs Kiffer-Gesetz**

Das Bundeskabinett hat die Pläne von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach für eine weitgehende Legalisierung von Cannabis gebilligt. Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Krise in Deutschland ein konsequenter Schritt: "Ampel-Land" wird endgültig zum Hippie-Staat, das linksgrüne Milieu kann sich alle Probleme ganz legal schönrauchen!

Lauterbachs Kiffer-Gesetz soll zum Jahresende in Kraft treten. Kernpunkte der jetzt von der Anti-Deutschland-Ampel auf den Weg gebrachten "Legalisierung":

- Cannabis wird im Betäubungsmittelgesetz von der Liste der verbotenen Substanzen gestrichen:
- Ab 18 Jahren soll künftig der Besitz von bis zu 25 Gramm Cannabis erlaubt sein;
- Privat sollen maximal drei Cannabis-Pflanzen angebaut werden dürfen;
- In speziellen Vereinen, sogenannten Cannabis-Clubs, sollen Mitglieder die Droge gemeinschaftlich anbauen und gegenseitig abgeben dürfen.

Polizei in Sorge um Verkehrssicherheit

Heftige Kritik an Lauterbachs Plänen kommt nicht nur aus der Opposition, sondern auch aus Lauterbachs eigener Partei, der SPD. Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD) sagte dem NDR: "Wenn wir irgend etwas jetzt nicht brauchen, dann ist es dieses Gesetz. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, daß mit der Legalisierung der Konsum deutlich zunimmt - mit allen Risiken und Nebenwirkungen."

Grote glaubt auch nicht, daß das Gesetz werde den Schwarzmarkt austrocknen wird. Er warnt: "Es ist zu befürchten, daß illegales Cannabis aufgrund höherer Wirkungsgrade und günstiger Preise stark nachgefragt wird und sich Schwarz- und Legalmarkt hier vermischen." Auf die Polizei werde ein erheblicher neuer Kontrollaufwand zukommen, fürchtet der SPD-Politiker.

Diese Einschätzung teilt der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Jochen Kopelke. Der Polizei werde die Legalisierung große Probleme bereiten, sagte er laut dpa. Polizei und Justiz würden nicht entlastet, sondern vielmehr belastet. Laut GdP dürfte der Schwarzmarkt zudem eher wachsen und die Verkehrssicherheit leiden.

Der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin Sichert, warnte bereits vor Wochen im Deutschen Bundestag vor einem "Schritt in die völlig falsche Richtung". Er unterstrich: Die AfD befürworte die medizinische Anwendung und Förderung von Cannabis unter ärztlicher Aufsicht. Doch der Ampel gehe es nur um "den Spaß" ihrer linksgrünen Klientel.<<

<u>Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt"</u> <u>berichtete am 23. August 2023 (x1.326/...):</u> >>**Selbstbestimmungsgesetz entmündigt Eltern** - **AfD prüft verfassungsrechtliche Schritte**

Die Bundesregierung hat sich auf das "Selbstbestimmungsgesetz" geeinigt, das vermeintliche Diskriminierung bekämpfen und es nicht nur Erwachsenen, sondern auch Kindern ab dem 14. Lebensjahr ermöglichen soll, einmal jährlich ihr amtliches Geschlecht sowie den Vornamen zu wechseln. Dazu die AfD-Bundessprecherin Alice Weidel:

"Mahnende Stimmen beispielsweise dahingehend ignorierend, daß ein solches Gesetz krimineller Identitätsverschleierung Vorschub leiste, erhebt sich die Bundesregierung zum wiederholten Male nicht nur über wissenschaftliche Fakten, sondern stellt sich erneut gegen das Grundgesetz. 'Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht', so lautet es in Artikel 6, den das Selbstbestimmungsgesetz ad absurdum führt. Denn widersprechen Eltern dem Wunsch ihres Kindes nach einem Geschlechtswechsel, können zukünftig Familiengerichte gegenteilig entscheiden und einen Wechsel des Geschlechtes anordnen.

Schlimmer noch ist die Tatsache, daß sich die Bundesregierung einen Präzedenzfall schafft, der es zukünftig an den unterschiedlichsten Stellen möglich machen wird, staatliche Institutionen zu Erziehungsberechtigten zu erklären, wenn es den ideologischen Zwecken der Ampel dient.

Die AfD prüft verfassungsrechtliche Schritte, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Kinder sind unser höchstes Gut, die Erziehungsrechte von Eltern haben unantastbar zu bleiben.<<

<u>Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt"</u> <u>berichtete am 18. September 2023 (x1.326/...):</u> >>**Bildungspolitik: "Die Linke" will Hausaufgaben und Zensuren abschaffen!**

Zu einem aktuell von Janine Wissler und der bildungspolitischen Sprecherin ihrer Partei, Nicole Gohlke, vorgelegten Vorschlag, Zensuren und Hausaufgaben mal wieder abzuschaffen , erklärt der bildungspolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, Enrico Schult: "Von jeher bestand die Programmatik der linken Gleichmacherei darin, Bildungsinhalte zu reduzieren, Anforderungen zu senken, die Maßstäbe aufzuweichen und die Zensierungen zu inflationieren. Gerechtigkeit soll auf dem Verordnungswege dekretiert, Erfolge also nicht mehr errungen, sondern pauschal attestiert werden.

Solch sozialistischer Unfug wird begleitet von den Legenden, Bildungschancen wären extrem verschieden und das gegliederte Schulwesen diskriminiere. Daß das Bildungssystem in Deutschland mittlerweile weitgehend dysfunktional ist und bei Tests und Studien einen Einbruch nach dem anderen erlebt, ist jedoch die fatale Folge einer seit Jahrzehnten von sozialdemokratischen, grünen und linken Ideen bestimmten Bildungspolitik.

Weil das Bildungsrecht in Deutschland glücklicherweise allen Schülern, die etwas lernen und leisten wollen, die gleichen Möglichkeiten einräumt und die komfortabelsten Fördermöglichkeiten bietet, muß der Weg ein ganz anderer sein:

Absicherung eines inhaltlich profunden und qualifizierenden Unterrichts im Einklang mit der Erziehung zu Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung - Begriffe, die die linke Kultusbürokratie hierzulande gar nicht mehr kennt. Ganz naturgemäß wollen Kinder und Heranwachsende etwas leisten, sich bewähren, fleißig sein und dabei auch zensiert und wertgeschätzt werden. Nichts motiviert so sehr wie eine gute Note. Das muß auch die linke Bildungsministerin Oldenburg erkennen."<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27094" berichtete am 29. September 2023 (x1.319/...): >>Abtreibungen - Teil eines Bevölkerungsreduktionsprogramms?

Lange galt es als Verschwörungstheorie, daß eine globale Agenda zur Bevölkerungsreduktion besteht. Wer aktuelle Ereignisse und Aussagen betrachtet, findet genügend Anhaltspunkte

dafür. Dazu gehören auch Themen, die der breiten Bevölkerung als "neue Freiheit" präsentiert wurden, wie der Slogan "Mein Bauch gehört mir".

Diese Sendung offenbart die eugenisch-rassistischen Wurzeln der Abtreibungsorganisationen und deren Zielrichtung Bevölkerungskontrolle. Deren Multimilliarden-Umsätze generierendes Geschäftsmodell wird durch aktuelle politische Bestrebungen unterstützt, die jetzt sogar noch friedliche Gebetswachen verbieten wollen.

Ein Großteil der Bevölkerung hielt es lange für eine der größten Verschwörungstheorien, daß ein kleiner elitärer Kreis superreicher und mächtiger Familien an einer globalen Bevölkerungsreduktion arbeitet. Selbst dann noch, als dies von einflußreichen Personen öffentlich geäußert oder gar in Stein gemeißelt wurde. Über Jahrzehnte war auf den Georgia Guidestones zu lesen: "Halte die Menschheit unter 500 Millionen in fortwährendem Gleichgewicht mit Natur ... und lenke die Fortpflanzung weise um Tauglichkeit und Vielfalt zu verbessern.

Auch Fakten und eigenen Wahrnehmungen wird meist weniger Glauben geschenkt als den Behauptungen der Mainstream-Medien und Politiker. Zum Beispiel sehen viele Menschen durch die gebetsmühlenhaften Wiederholungen, daß die Corona-Impfung "sicher und wirkungsvoll sei", den Zusammenhang mit der seither bestehenden Übersterblichkeit nicht.

Obwohl alternative Medien bereits kurz nach Beginn der Impfungen darauf hingewiesen haben und seit Monaten in den sozialen Medien der Trend "plötzlich und unerwartet" das geflügelte Wort dafür ist. Auch der extreme Geburtenrückgang, der fast exakt 9 Monate nach Beginn der allgemeinen Corona-Impfkampagne einsetzte, öffnet vielen nicht die Augen. Trotz Studien und offizieller Statistiken, die die Zusammenhänge längst eindeutig belegen.

Wenn es vielen Menschen schon bei aktuellen und offensichtlichen Zusammenhängen schwerfällt diese zu erkennen oder zu akzeptieren, wie sieht es dann erst bei über Jahrzehnte dauernden Entwicklungen aus? Insbesondere wenn die wahren Absichten hinter scheinbar freiheitlichen Ideen verborgen werden und sich viele nicht vorstellen können, daß einflußreiche Kreise ihre Ziele zum Teil über Generationen hinweg verfolgen.

Was zum Beispiel einst mit mehr Rechten und Freiheiten für Frauen propagiert wurde, hat den Druck für viele Frauen deutlich erhöht. Egal ob es um die Erwerbstätigkeit zusätzlich zu Haushalt und Familie oder um "mein Bauch gehört mir" ging - fast immer blieben die wahren Absichten und Wurzeln dieser gesellschaftlichen Veränderungen der breiten Öffentlichkeit verborgen. So auch von wem und weshalb Abtreibungen gesellschaftsfähig gemacht wurden und heute ein Geschäftsmodell sind.

1. Häufigste Todesursache fehlt in Statistik

Die Medien berichten über fast jeden Verkehrsunfall, wenn Menschen zu Tode kommen. Weltweit sterben dabei jährlich 1,4 Mio. Menschen. Wenn große Spendenorganisationen Gelder sammeln, berichten die Medien auch über die 5 Mio. Kinder, die jährlich wegen Nahrungsmangel, schlechten hygienischen Verhältnissen oder fehlender ärztlicher Betreuung sterben. Im Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird als häufigste Todesursache mit mehr als neun Millionen Todesfällen Koronare Herzkrankheit genannt.

Nicht in dieser Statistik tauchen die 57 Millionen jährlichen Abtreibungen auf - das sind fast doppelt so viel wie die 10 häufigsten der von der WHO aufgeführten Todesfälle zusammen. In Anbetracht von 132 Mio. Geburten jährlich bedeutet das, daß weltweit bereits fast jede 3. Schwangerschaft abgebrochen wird.

Zwischenfazit: Die häufigste Todesursache - Abtreibungen - wird in der WHO-Statistik verschwiegen.

2. Das Geschäft mit den abgetriebenen Kindern

Die weltweit größte Abtreibungsorganisation, Planned Parenthood, betreibt allein in den USA mehr als 650 Kliniken für medizinische Dienste mit Schwerpunkt Sexualmedizin, Verhütungsmittel und Schwangerschaftsabbrüche und machte im Geschäftsjahr 2021-2022 damit

mehr als 1,9 Milliarden US-Dollar Umsatz. Neben den Einnahmen für ihre Dienste erfolgen finanzielle Unterstützungen durch den Staat, der ca. 1/3 der Ausgaben trägt, diverse Stiftungen und Milliardäre, wie die Rockefeller-Foundation, die Bill & Melinda-Gates-Foundation oder Warren Buffet.

Aber auch der Handel mit den abgetriebenen Kindern scheint zum Geschäftsmodell zu gehören. Aufklärer filmten heimlich entsprechende Verhandlungen, die die Scheinfirma BioMax Procurement Services mit Kliniken von Planned Parenthood führte. Außer Embryogewebe wurden z.B. von der Rocky-Mountain-Klinik auch einzelne Organe abgetriebener Kinder angeboten, eine Klinik in Texas konnte ganze Babyleichen liefern.

Verwendet werden die Bestandteile abgetriebener Kinder vor allem in der Pharma-, Kosmetik- und Lebensmittelindustrie für Medikamente, Stammzelltherapien, Gewebetransplantationen, Anti-Aging-Cremes, Parfum und Geschmacksverstärker. Schon 1991 hatte das Ärzteblatt auf den zunehmenden Bedarf an fetalen Zellen für Forschung und Medizin, sowie die ethisch fragwürdigen Handlungsweisen bei deren "Gewinnung" durch Schwangerschaftsabbrüche hingewiesen.

Zweites Zwischenfazit: Abtreibungen sind ein Geschäftsmodell mit Milliarden-Umsätzen.

3. Die eugenischen Wurzeln der Abtreibungsorganisationen

Planned Parenthood ging 1942 aus der American Birth Control League hervor, die von der US-amerikanischen Frauenrechtlerin Margaret Higgins Sanger gegründet wurde. Sanger war Aktivistin der Bewegung für Geburtenkontrolle und Zwangssterilisation und schrieb in ihrem Buch "Achse der Zivilisation", bestimmte Menschen seien "Unkraut", "sorglose Brüter", "Schwachköpfe" und "sich vermehrende Menschen, die nie hätten geboren werden sollen".

Erst, nachdem im Zuge der Black Lives Matter-Bewegung Vorwürfe wegen "systemischem Rassismus" öffentlich wurden, distanzierte sich Planned Parenthood von ihrer Gründerin. Die Abtreibungsorganisation selbst bestätigt, Sangers eugenische Ansichten "wurzeln in Rassismus, Ableismus und Klassismus". Menschen wurden also anhand ihrer möglicherweise eingeschränkten Fähigkeiten aufgrund einer Behinderung oder wegen ihrer sozialen Herkunft diskriminiert.

Anfang der 1970er Jahre warb der US-Postservice noch mit Ersttagsbriefen für die Familienplanung. Einer davon mit dem Konterfei und Zitat von Margaret Sanger wurde von Planned Parenthood gesponsert.

MSI Reproductive Choices betreibt neben Planned Parenthood eines der größten Bevölkerungs-Kontrollprogramme weltweit. Aufgrund der rassistisch-eugenischen Ideologie der Gründerin Marie Stopes (1880-1958) werden seit November 2020 nur noch deren Initialen im Namen der Abtreibungsorganisation geführt. Stopes korrespondierte zu Lebzeiten mit Margaret Sanger und Adolf Hitler und glaubte an die Schaffung einer Superrasse, in der nur die Besten überleben sollten.

Sie gründete als Mitglied der Eugenics Society 1921 die erste Klinik für Geburtenkontrolle in Großbritannien. Ihre Bemühungen um Verhütungsmittel für die Armen konzentrierten sich auf ihre eugenischen Bedenken gegen die drohende "rassische Finsternis" und zielten auf die Ausrottung von Minderheiten ab.

Pro Familia ist in Deutschland eine der Beratungsorganisationen, die das vor einem Schwangerschaftsabbruch obligatorische Beratungsgespräch führen. Die Gründung erfolgte im Jahr 1952 als Deutsche Gesellschaft für Ehe und Familie e.V. durch die bereits erwähnte Eugenikerin Margaret Sanger, den Rassenhygieniker Hans Harmsen und die deutsche Ärztin Anne-Marie Durand-Wever. Harmsen prägte als Leiter der inneren Mission der evangelischen Kirche, dem heutigen Diakonischen Werk, 1931 den Begriff der "differenzierten Fürsorge".

Er war Teilnehmer der Fachkonferenz für Eugenik, die sich zwei Jahre später "Ausschuß für Rassenhygiene und Rassenpflege" nannte. Als Leiter des Referats "Gesundheitsfürsorge" beim

Zentralausschuß der inneren Mission erklärte er: "Dem Staat geben wir das Recht, Menschenleben zu vernichten - Verbrecher und im Kriege - weshalb verwehren wir ihm das Recht zur Vernichtung der lästigsten Existenzen?" Frühzeitig organisierte Harmsen die Mitwirkung der Diakonie an dem späteren "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses", daß die Zwangssterilisation behinderter Menschen vorsah.

Durand-Wever vertrat entschieden ihre Überzeugungen zu Schwangerschaftsabbruch und "Sozialhygiene". Ihre Broschüre Verhütung der Schwangerschaft wurde in der NS-Zeit unter dem Titel Rassenhygiene, Sterilisation und Nachkommensbeschränkung neu aufgelegt.

Zwischenfazit: Die Abtreibungsorganisationen haben ihre Wurzeln und Intention in der Eugenik und Rassenhygiene. War Frauenrechte zu stärken etwa ein wohlklingendes Mittel zum Zweck?

4. Für oder gegen die Familie?

Die Stadt Pforzheim hat im Jahr 2019 eine angemeldete Versammlung für eine friedliche Gebetswache der Lebensrechtsorganisation "40 Days for life" vor der Beratungsstelle von profamilia verboten. Das Urteil vom Verwaltungsgericht Karlsruhe, das dieses Verbot billigte, wurde inzwischen vom Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg aufgehoben. Auch der Sechste Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig bestätigte die Aufhebung.

Beachtenswert ist dessen höchstrichterliche Begründung: Die Veranstalter hätten das Recht, selbst über Ort, Zeitpunkt, Art und Inhalt der Versammlung zu bestimmen und in einer pluralistischen Gesellschaft gäbe es kein Recht darauf, von der Konfrontation mit abweichenden religiösen Vorstellungen oder Meinungen gänzlich verschont zu bleiben.

Wieso versuchen Beratungsstellen wie pro familia - was übersetzt "für die Familie" heißt oder Planned Parenthood - auf Deutsch "geplante Elternschaft" - friedliche Gebetswachen zu verhindern, statt um jede Unterstützung für das Leben froh zu sein? Sind die Namen dieser Organisationen vielleicht nur eine wohlklingende Tarnung? - Aufschluß darüber gibt der deutsch synchronisierte Film "Unplanned". Dieser zeigt die Lebensgeschichte von Abby Johnson, die während des Studiums bei Planned Parenthood eine Hilfstätigkeit begann und einige Jahre später eine der erfolgreichsten Leiterinnen einer deren Abtreibungskliniken wurde.

Der Film verdeutlicht die eklatanten Widersprüche zwischen dem zur Schau gestellten Helfer-Image und der bitteren Realität, nämlich deren Abtreibungsgeschäfte. Die Zuschauer erfahren im Film zum Beispiel, daß diese milliardenschwere und mit allen Tricks arbeitende Organisation nichts mehr fürchtet als ... Gebetswachen! Bis zu 70 % der Frauen verzichteten auf eine Abtreibung dauerhaft, wenn eine Gruppe vor der Klinik gebetet hat.

Aus der Gebetsgruppe, welche vor der von Abby Johnson geleiteten Klinik betete, ist die Lebensrechtsorganisation "40 Days for life" entstanden, die in vielen Ländern schwangeren Frauen Unterstützung bietet und regelmäßig Gebetswachen vor Abtreibungsorganisationen hält wie die 2019 in Pforzheim vor der pro familia Beratungsstelle, was zu den vorher erwähnten Urteilen führte.

Zwischenfazit: Abtreibungsorganisationen geht es offenbar nicht allein nur darum, Schwangeren in Konfliktsituationen zu helfen, sondern für sie sind Abtreibungen ein handfestes Geschäftsmodell.

5. Familienfeindliche Familienministerin?

Kaum wurde das Gebetswachenverbot gerichtlich gekippt, kündigte die deutsche Familienministerin Lisa Paus ein entsprechendes Gesetz an. Sie möchte in unserem christlich geprägten Land die grundgesetzlich geschützte Versammlungsfreiheit für Gebetswachen einschränken! Das war nicht der erste für eine Familienministerin sonderbar anmutende Vorschlag von Lisa Paus. Diese lebensfeindliche Art zieht sich wie ein roter Faden durch ihre Minister-Innentätigkeit.

Nachdem der Deutsche Bundestag 2022 schon mit § 219a StGB das Werbeverbot für Abtrei-

bungen gestrichen hatte, setzt sich Familienministerin Paus umgehend für noch weitergehende Schritte ein. Sie forderte, daß die Methoden von Schwangerschaftsabbrüchen für Ärzte verpflichtend zur Ausbildung gehören sollen. Was dann unweigerlich auch zu mehr Abtreibungen führen würde, da Angebot bekanntlich Nachfrage schafft.

Im Januar 2023 forderte sie dann gar die Abschaffung des § 218 StGB, nach dem Abtreibungen bis auf bestimmte Ausnahmen unter Strafe stehen. Als Begründung nannte sie das "Menschenrecht auf reproduktive Selbstbestimmung". Das Menschenrecht auf Leben scheint die Familienministerin nicht zu interessieren. Scheinbar ebenso wenig wie die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts daß die vom Deutschen Bundestag 1974 verabschiedete Fristenlösung als verfassungswidrig einstufte.

Das Recht auf Leben bezieht sich auch auf das werdende Leben im Mutterleib und dessen Lebensschutz hat für die gesamte Dauer der Schwangerschaft Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren. Daran wurde auch im Urteil 1993 festgehalten, es erfolgte lediglich die Einschränkung, daß bestimmte Ausnahmetatbestände strafrechtlich nicht verfolgt werden müssen. Dieser lebensschützende Aspekt ist auch im Strafgesetzbuch als Ziel für die Schwangerschaftsberatungen im § 219 festgelegt.

§ 219 Beratung der Schwangeren in einer Not- und Konfliktlage

(1) Die Beratung dient dem Schutz des ungeborenen Lebens. Sie hat sich von dem Bemühen leiten zu lassen, die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen und ihr Perspektiven für ein Leben mit dem Kind zu eröffnen; sie soll ihr helfen, eine verantwortliche und gewissenhafte Entscheidung zu treffen.

Dabei muß der Frau bewußt sein, daß das Ungeborene in jedem Stadium der Schwangerschaft auch ihr gegenüber ein eigenes Recht auf Leben hat und daß deshalb nach der Rechtsordnung ein Schwangerschaftsabbruch nur in Ausnahmesituationen in Betracht kommen kann, wenn der Frau durch das Austragen des Kindes eine Belastung erwächst, die so schwer und außergewöhnlich ist, daß sie die zumutbare Opfergrenze übersteigt.

Zwischenfazit: Politisch werden Abtreibungen entgegen geltenden Gesetzen und höchstrichterlichen Urteilen gefördert.

6. Sie entlarven sich selbst:

Allein die Tatsache, daß Abtreibungsorganisationen wie Planned Parenthood oder die zu deren internationalem Dachverband IPPF gehörenden pro familia gegen Gebetswachen vorgehen, offenbart deren Intention: Es geht nicht um eine bestmögliche Lösung für die Schwangere und das ungeborene Kind, sondern um immer mehr Abtreibungen. Dieser Umstand paßt wie ein Mosaik-Stein zu deren Wurzeln in der Eugenik und den Bestrebungen zur Bevölkerungsreduktion.

Da auch Bill Gates ein Anhänger der Eugenik und Bevölkerungsreduktion ist, überrascht dessen Unterstützung solcher Abtreibungsorganisationen nicht. Mit von ihm finanzierten Impfkampagnen in Afrika wurden auch schon mehrfach Frauen gegen ihren Willen unfruchtbar gespritzt. Erschreckend ist, daß auch Politiker solche Bestrebungen zu noch mehr Abtreibungen mit vorantreiben und dabei sogar höchstrichterliche Urteile und bestehende Gesetze ignorieren. Politiker sollten das Leben schützen und die Interessen der Bevölkerung vertreten nicht die Agenda von Konzernen und Multimilliardären.

Fazit

Wer die einzelnen Punkte miteinander verbindet und sich die Entwicklungen über einen längeren Zeitraum betrachtet, der erkennt die übergeordnete Agenda. Egal ob mit Pandemiebegründete Impfkampagnen, als Selbstbestimmung und Freiheit verkaufte Abtreibungen, die mit einer medial aufgebauschten Klimahysterie erzwungene CO-Reduktion, Smart-Cities oder den 15-Minuten-Städte - am Ende läuft es bei den Megatrends dieser Zeit auf Einschränkungen der bürgerlichen Freiheit, des Wohlstandes, sowie auf die Reduktion und Kontrolle der

Bevölkerung hinaus.

Wir empfinden, daß das Abtreibungsszenario besonders heimtückisch ist, denn dies betrifft ungeborene Kinder. Sie können sich selbst nicht wehren und ihre Stimme erheben. Deshalb tun wir es! Leiten sie diese Sendung weiter und klären Sie so auch Freunde und Bekannte über die eugenischen Wurzeln und über das Geschäftsmodell der Abtreibung auf. Vielen Dank.<</p>
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27177" berichtete am 9. Oktober 2023

(x1.327/...): >> Pornographie bei Kindern als Mittel der hybriden Kriegsführung

Mittels haarsträubender Vorschriften der WHO und UNO in den Kindergärten und Grundschulen wird die Auflösung der Familien- und Gesellschaftswerte vorangetrieben. Durch Pornokonsum werden Kinder und Jugendliche fatalen Folgen wie geistiger Abgestumpftheit hilflos ausgesetzt. Gary Wilson zeigt dies und weiteres in seinem Buch "Porno im Kopf" auf.

Kla.TV hat bereits in mehreren Sendungen aufgezeigt, daß eine gezielte Propaganda zur Auflösung der Familien- und Gesellschaftswerte vorangetrieben wird. Dies wird beispielsweise durch eine Zerstörung der Sexualität erreicht.

Die Sendung "WHO und UNO - Pädofinger weg von Kindern" (www.kla.tv/26670) zeigte auf, wie haarsträubend die Pläne der WHO und der UNO in Bezug auf die Sexualität von Kindern und Jugendlichen sind. Die WHO veröffentlichte ein Dokument mit dem Titel: "Standards for Sexuality Education in Europe". Darin enthalten sind Anweisungen für Kindergärten und Grundschulen. Unter anderem wird angewiesen, daß bereits Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren lernen sollten, Online-Pornographie zu nutzen.

Der verstorbene US-Amerikaner Gary Wilson war weltweit einer der führenden Forscher zum Thema Pornokonsum. Er zeigte in seinem Buch "Porno im Kopf" auf, daß insbesondere Jugendliche durch den Pornokonsum den fatalen Folgen ausgesetzt werden.

In der Phase der Pubertät und dem natürlichen Entwicklungsprozeß von Jugendlichen (bis ca. zum 24. Lebensjahr), "verdrahtet" das Gehirn Erfahrungen und Erregungen viel schneller und leichter als bei Erwachsenen. Dies, weil Teenagergehirne durch die erhöhte Dopaminproduktion empfindlicher auf neue Erfahrungen reagieren. Dopamin hat als Glückshormon eine Art Belohnungsfunktion.

Bei jugendlichem Pornokonsum explodiert in der ersten Phase die Dopaminausschüttung, die aber von einer zweiten Phase der Leere und Langeweile abgelöst wird. Durch die Reizüberflutung und Überempfindlichkeit des Belohnungssystems kommt es zu einem Suchtverhalten. Gehirnscans belegen, daß das Gehirn durch den Pornokonsum und das Prinzip des Erinnerns und Wiederholens sehr schnell Nervenbahnen verfestigt, was Teenager extrem anfällig für Sucht macht.

Außerdem kommt auch die körperliche, seelische und geistige Abgestumpftheit dazu. Ganz zu schweigen davon, daß Jugendliche ein realitätsfremdes Bild von Sexualität und Partnerschaft erschaffen und sich an Praktiken definieren, die eine glückliche und auf echter Liebe basierende Beziehung von vornherein verunmöglichen.

Eine gesunde psychische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen müßte hiermit international als extrem gefährdet eingestuft werden. Statt dessen fordern die UNO und die WHO, die Nutzung der Online-Pornographie in den Schulen bei Kindern und Jugendlichen stark voranzutreiben. Es ist wohl kaum denkbar, daß die UNO und die WHO diese Folgen nicht kennen würden. Daher kann eine Verseuchung der Gesellschaft durch Pornographie kaum ein Zufall sein.

Bekanntlich läßt der Mensch sich über nichts leichter steuern als über seine Naturtriebe. Dies macht sich nicht nur die Werbe- und Konsumindustrie zunutze, sondern auch die Elite und Geheimdienste. Seit Jahrhunderten werden die Massen durch das Prinzip Brot und Spiele manipuliert, abgelenkt und beherrscht. So muß man auch bei der Pornographie zum Schluß kommen, daß sie zur hybriden Kriegsführung eingesetzt wird.

Deshalb der Aufruf an die Justiz: Setzen Sie alles daran, daß die bestehenden Gesetze, wie es im Strafgesetzbuch verankert ist, zum Schutz der Kinder und Jugendlichen umgesetzt werden!<<

<u>Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27323" berichtete am 30. Oktober 2023 (x1.327/...):</u> >>**Pädo-Kunst in unseren Parlamenten?**

In mehreren Dokus informierte Kla.TV unvorstellbare Verbrechen an Kindern durch einflußreiche Kreise. Nun tauchen in der Öffentlichkeit verstörende Kunstwerke auf, die einen deutlichen Bezug zu Opferschilderungen haben. Dienen EU-Parlament, Deutscher Bundestag und Kunstsammlung des belgischen Staates als prominente Bühne für pädokriminelle Kunst?!

Seit den 80er Jahren mehren sich Zeugenberichte über weit verbreiteten Kindesmißbrauch durch einflußreiche Kreise, oft auch satanisch-rituelle. Opfer, Therapeuten, Lehrer, Polizisten berichten immer wieder über unvorstellbare Verbrechen, die durch pädokriminelle Zirkel an Kindern und Kleinstkindern verübt werden.

Typisch seien: Sexueller Mißbrauch, Kinderprostitution und Kinderpornographie, Folter, Snuff-Video-Produktionen (Snuff Videos: filmische Aufzeichnung von Morden, häufig in Verbindung mit Mißbrauch, zur Unterhaltung oder sexuellen Erregung), Teilnahme an rituellen Handlungen einschließlich Menschenopferungen, Kannibalismus und andere für den Normalbürger unfaßbare Praktiken.

Kla.TV berichtete bereits in mehreren Sendungen darüber. (www.kla.tv/26203, www.kla.tv/26577, www.kla.tv/16644, www.kla.tv/10574, www.kla.tv/25367)

Derartige Praktiken sind Dinge, von denen die meisten Menschen glauben, daß dies durch Randgruppen im Verborgenen abläuft, in irgendwelchen Kellerverliesen oder im Darknet. Doch weit gefehlt - als Kunst getarnt tauchen Hinweise darauf auch in bedeutenden Parlamenten oder anderen ehrwürdigen Orten auf. (www.50voices.org)

Einmal für diesen Themenkreis sensibilisiert, können sich dem aufmerksamen Betrachter ganz andere Botschaften bei der Betrachtung eines Kunstwerkes erschließen als dem oberflächlichen Betrachter. So stießen aufmerksame Parlamentarier auf fragwürdige Ausstellungen im Deutschen Bundestag, im EU-Parlament und in den Königlichen Museen der Schönen Künste Brüssel. Letzteres beherbergt die Gemälde- und Skulpturensammlung des belgischen Staates. Sehen Sie selbst:

1. Fragwürdige Ausstellung im EU-Parlament

Am 31. Januar diesen Jahres stellte die EU-Abgeordnete Aurélia Beigneux eine Anfrage an die EU-Kommission unter dem Titel:

"Wenn das Europäische Parlament krankhafte Kunstwerke mit Kindern fördert". Sie schreibt:

"Werke der schwedischen Malerin, Grafikerin und Bildhauerin Lena Birgitta Cronqvist Tunström sind derzeit in den Fluren des Europäischen Parlaments in Brüssel ausgestellt. Diese äußerst fragwürdigen Stücke, geschaffen von einer Künstlerin, die sich unverkennbar vom Makabren inspirieren läßt, sind für alle Passanten sichtbar.

Lena Cronqvists vermeintlich künstlerische Welt zeigt nackte Erwachsene neben Kindern und Kleinkindern, die ausgeweidet oder in Gläser gesteckt werden, und die Künstlerin hat keine Hemmungen, sich in diese wahrhaft morbiden Szenen (morbid: innerlich/moralisch im Verfall begriffen) hineinzuversetzen. Die perversen Obsessionen des Künstlers, die an sich moralisch verwerflich sind, hätten niemals im Europäischen Parlament zur Schau gestellt werden dürfen, insbesondere in einer Zeit, in der Kindesmißbrauch und Verbrechen gegen Kinder den EU-Bürgern weiterhin große Sorgen bereiten."

Lena Birgitta Cronqvist wird der Öffentlichkeit als eine Künstlerin vorgestellt, die mit ihren verstörenden Bildern Angst und Leid thematisiert und oft die Unterdrückung von Frauen und Kindern darstellt. Für "herausragende künstlerische Leistungen" erhielt sie die Prinz Eugen-

Medaille verliehen durch den schwedischen König! Cronqvists Kunstwerke wurden zuvor vom französischen Bankengiganten BNP Paribas gefördert. Es gibt offensichtlich ein Interesse staatlicher und finanzstarker Institutionen an ihren Werken.

Interessanterweise wirkt sie wie ein Insider der Satanismus-Sekten, da ihre Darstellungen des Leids präzise mit den zahlreichen Schilderungen von Opfern satanisch-rituellen Mißbrauchs übereinstimmen.

Es stellt sich die Frage: Weiß die Künstlerin um satanisch-rituellen Mißbrauch und möchte sie ihn auf diese Weise publik machen, um auf das Leid der Opfer aufmerksam zu machen? Oder ist es genau umgekehrt und soll dieser gar salonfähig gemacht werden? Bisher gibt es keine aufschlußreiche Antwort auf solche Fragen.

Nun wenden wir uns einer zweiten Ausstellung zu, die wesentlich subtiler daher kommt:

2. Verstörende Bilder im deutschen Bundestag

In den Fluren des deutschen Bundestages hängt eine sehr fragwürdige Ausstellung des Künstlers Bernhard Prinz. Diese trägt den Titel: "Kinderchor". Zu sehen sind acht Halbportraits von Kindern, welche sehr ernst und gequält wirken.

Bei einem parlamentarischen Mitarbeiter läuteten die Alarmglocken. Er forschte nach weiteren Werken von Bernhard Prinz und stieß auf Fotoserien von Kindern und jungen Erwachsenen. Während die Kinder im Parlamentsgebäude noch gänzlich bekleidet sind, zeigt eine Ausstellung in Linz (Österreich) Abbildungen von teils denselben Kindern, welche hier halbnackt präsentiert werden - auch diese mit tiefernstem, gequälten Blick.

Es gibt weitere Bilder in anderen Ausstellungen, die suspekt wirken. Sie sind ohne Titel und die Deutung bleibt dem Betrachter überlassen.

Zum Beispiel dieses Bild zeigt ein Mädchen neben einem "Kirchenschiff" aus Totengebeinen. Es wirkt seltsam makaber. Soll die Darstellung des halbnackten Mädchens die Kreuzigung von Jesus assoziieren? - Wenn nicht, was dann?

Diese Art der Darstellung des Kindes hinterläßt beim sensiblen Betrachter einen merkwürdigen Beigeschmack.

Was haben derartige Kunstwerke in den Parlamenten zu suchen?!

3. Morbide Ausstellung in den Königlichen Museen der Schönen Künste in Brüssel

Auf eine dritte Ausstellung sei an dieser Stelle verwiesen, diesmal in den Königlichen Museen der Schönen Künste in Brüssel. Diese Museen in der Hauptstadt Europas beherbergen die Gemälde- und Skulpturensammlungen des Belgischen Staates. Zu sehen sind dort neben einer Vielzahl von Werken unter anderem Fotografien von Roger Ballen. Hier sehen Sie zwei seiner Bilder.

Zu bemerken ist an dieser Stelle, daß Roger Ballen als einer der einflußreichsten Fotokünstler des 21. Jahrhunderts bezeichnet wird. Seine Werke sind weltweit in über 40 bedeutenden Museums-Sammlungen vertreten. Werfen wir einmal einen genaueren Blick auf seine Werke:

Offiziell befassen sich Roger Ballens Bilder mit der menschlichen Psyche. Die Kunstwerke beinhalten oft morbide Szenen, vielfach dargestellt durch Puppen mit abgetrennten Gliedmaßen oder auch toten Tieren. Auffällig ist zudem, daß seine Werke immer wieder symbolisch Gewalt an Kindern zeigen, dargestellt durch übel zugerichtete Babypuppen. Einen besonders deutlichen Bezug zu Opferschilderungen vermittelt ein Bild, in dem eine Frau mit einem Tablett sich in ergebener Haltung einem finsteren Wesen nähert, welches einen blutroten Becher in den Händen hält.

Die eingeblendeten Bilder stehen exemplarisch für unzählig weitere. Einige sind wegen ihrer Perversität nicht geeignet, an dieser Stelle gezeigt zu werden.

Wie kann es sein, daß es eine derartige Kunst an prominente Orte wie den Deutschen Bundestag, das EU-Parlament und die staatliche Kunstsammlung des belgischen Staates in Brüssel geschafft hat?

Es stellt sich die Frage: Herrscht hier eine völlige Entfremdung von allem Schönen und Guten, sowie eine völlige Naivität gegenüber solchen "Künsten" vor? Oder wird sie bewußt dort plaziert von Leuten, die selbst in diese Kulte verstrickt sind und möglicherweise damit versteckte Hinweise geben? Soll die Gesellschaft auf diese Weise gar an solche grausamen Abartigkeiten gewöhnt werden?

Diese ausgewählten Kunstwerke sind nur eine winzige Auswahl von unzähligen weiteren.

Wem immer Kinderschutz wirklich am Herzen liegt, helfe die Hintergründe solcher Werke aufzudecken!

Wenden Sie sich mit fundierten Hinweisen gern an Kla-TV! Denn den betroffenen Kindern und Jugendlichen muß endlich Hilfe zukommen.<<

<u>Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/23" berichtete am 24. November 2023</u> (x1.387/...): >>**Korrekte Orthographie nur noch mit Schreibprogramm**

Negative Folgen der Rechtschreibreform

Die Konflikte um die Einführung der Rechtschreibreform am 1. August 1998 haben für Henning Lobin gezeigt, in welchem Maß sich sprachliche Themen bildungs- und kulturpolitisch aufladen können. Für den Germanistische Linguistik an der Uni Mannheim lehrenden Professor, der auch im Rat für deutsche Rechtsschreibung sitzt, ist diese bis 2004 noch nachgebesserte Reform trotz heftigster Widerstände eine Erfolgsgeschichte.

Allerdings werde sie durch jüngste Ergebnisse des IQB-Bildungstrends von 2021 verdunkelt. Nicht wie erwartet hätten "Vereinfachungen" der Reform zu Verbesserungen der Rechtschreibleistungen im Grundschulbereich, sondern im Gegenteil zu Verschlechterungen orthographischer Kompetenzen geführt - ein Trend, den jede Erhebung seit 2004 bestätige. Den Regelstandard im Bereich Orthographie erreichen heute nur noch 44,4 Prozent der Schüler statt 53,9 im Jahr 2016. Und 30,4 Prozent erfüllten nicht einmal den Mindeststandard, was im Vergleich mit 2016 (22,1) abermals eine deutliche Verschlechterung sei.

Diese gehe einher mit ähnlich krassen Leistungsabfällen im Lesen, Zuhören, Rechnen. Mit Konsequenz habe sich daher auch bei Abitur-Aufsätzen die Fehlerfrequenz seit 20 Jahren laufend erhöht. Rettung aus dieser Misere bringt für Lobin das zu Reformbeginn noch nicht absehbare digitale Schreiben.

Das habe zwar unerfreulich saloppe Anpassungen des Schreibens an technische Vorgaben ermöglicht. Doch dank der Autokorrektur und immer besser werdender Verfahren der Rechtschreibkorrektur werde schon bald niemand mehr gezwungen sein, einen orthographisch fehlerhaften Text abgeben zu müssen (Forschung & Lehre, 11/2023).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 1. Dezember 2023:

>>Lauterbach: KI soll Arztgespräche abhören

Von Karel Meissner

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) will eine KI zum Einsatz bringen, die Patientengespräche in Arztpraxen abhört. Er weiß, daß er damit einen "Kulturkrieg" provoziert, aber: Die Masse wird es fressen. ...

Wieder scheint sich eine "Verschwörungstheorie" zu bewahrheiten: Corona war nur ein Test. Ein Versuch, den Deutschlands Bürger mit Auszeichnung bestanden haben. Ganz im Sinne der Machthaber. Mit Unterstützung der Propaganda-Medien ließen sie sich von Hofwirrologen, Hipster-Journalisten und Politikern die Freiheitsrechte rauben, einen Maulkorb aufsetzen und zur Impfbank führen. Ein Gehorsam, den mancher mit Gesundheit oder gar Leben bezahlt hat

Auch ihre Daten gaben die Bürger reichlich und gern. Wen wundert es, daß Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) jetzt den nächsten Schritt riskiert: Die Abhörung von Arztgesprächen durch KI!

Richtig gelesen. Bekanntgegeben hatte Lauterbach seine Vision bereits im Juni auf der Data

for Health-Konferenz. Dort besprachen deutsche und amerikanische Wissenschaftler sowie Regierungsvertreter diverse Konzepte zum transatlantischen Datenzugang. Intendiert ist eine riesige Vernetzung medizinischer Daten. Alles natürlich nur für wissenschaftliche Zwecke und nicht zum Schaden der Patienten, deren elektronische Kranken-Akte globale Auswertung erfährt.

Die Mainstream-Medien berichteten freilich kaum über diese Konferenz, deren siebenstündiger Mitschnitt in englischer Sprache auf Youtube bereitsteht. Kein Wunder! Denn was unser hochgeschätzter Bundesgesundheitsminister dort nach 4 Stunden und 36 Minuten zum Besten gab, impliziert das Ende ärztlicher Schweigepflicht. Lauterbach plant nämlich das Abhören von Patientengesprächen in den Arztpraxen. Durch die damit gewonnenen Daten ließen sich neue KI-Systeme generieren:

"Wir gewinnen die Daten also auf ganz neue Art, während wir mit einander interagieren."

Der Münchener Psychiater Andreas Meißner warnt in der Fachzeitschrift Neuro Transmitter (11/2023): Das Vertrauen ins Gesundheitsdatenvernetzungsprojekt werde durch solche Projekte "geschmälert". - Das ist noch sehr milde, sehr diplomatisch formuliert. Denn derartige Spionage ermöglicht Einblicke in tiefste psycho-physische Intimitäten der Bürger! Auf der Webseite patientenrechte-datenschutz.de heißt es:

"Die ärztliche Schweigepflicht (das Arztgeheimnis - § 203 StGB), würde gründlich Schaden nehmen, wenn sich diese Visionen des Ministers durchsetzen würden."

Natürlich weiß Lauterbach, daß es Widerstand geben wird. Aber das kratzt ihn nicht:

"Es wird einen Kulturkrieg (!) geben. Eine kleine laute Minderheit wird sich dagegen auf lehnen, aber die Regierung inklusive des Kanzlers ist fest entschlossen, hierfür die Regeln zu ändern, eine viel bessere Verfügbarkeit der Daten zu gewährleisten, um sie ethisch und verantwortungsvoll für wissenschaftlich spannende Projekte zu nutzen.' ..."

Dabei kann Lauterbach auf die Erfahrungen aus der Corona-Diktatur bauen: Eine "Minderheit" von Querdenkern wird protestieren, aber mit Hilfe der Propaganda-Medien lassen sich Mainstream-Zombies auch das gefallen. Schließlich geht es um "spannende" Projekte.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 1. Dezember 2023 (x1.348/...): >>Zunehmende digitale Verdummung in der Schule - Wissenschaftler fordern Moratorium der "Digitalen Bildung"

Von Herbert Ludwig

Die "Gesellschaft für Bildung und Wissen" schlägt Alarm. In einer Pressemitteilung vom 22.11.2023 weist sie darauf hin, daß über 40 führende Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen mit Kinder- und Jugendärzten von den Kultusministern Stopp und Aufschub der Digitalisierung an Schulen und Kindergärten fordern. Es sei inzwischen wissenschaftliche Erkenntnis, daß Unterricht mit Tablets und Laptops die Kinder bis zur 6. Klasse nicht schlauer, sondern dümmer machten.

Hinzu kämen laut Studien durch den vermehrten Einsatz digitaler Geräte im Unterricht negative gesundheitliche, psychische und soziale Auswirkungen. Der Staat habe nicht primär das Wohl der Kinder, sondern wirtschaftliche Interessen im Auge, so die UNESCO.

Was ist "Digitale Bildung"?

Man muß sich zunächst klarmachen, worum es genau geht. In einem Artikel vor über vier Jahren, der sich bereits gründlich mit der "Digitalen Verdummung" befaßte, habe ich den Pädagogen Peter Hensinger zitiert, der den Begriff der "Digitalen Bildung" auf den Punkt gebracht hat. Damit sei nicht gemeint, daß Lehrer nach eigenem Ermessen auch digitale Medien und Software als nützliche Hilfsmittel im Unterricht einsetzen.

"Es geht um eine schleichende Neuausrichtung des Erziehungswesens, nämlich bereits ab den KiTas die Übernahme der Erziehung durch digitale Medien. ... So wie bei der Industrie 4.0 Roboter die Produktion selbständig steuern, sollen Computer und Algorithmen das Erzie-

hungsgeschehen autonom steuern."

Das Schulbuch soll durch Smartphones oder besser durch Tablet-PCs ersetzt werden. Die Schüler sitzen vereinzelt vor Ihrem Tablet und werden von Algorithmen gesteuert und überwacht. Eine automatische Stimme gibt Aufgaben und Übungen vor.

- "Ein Algorithmus ist eine eindeutige Handlungsvorschrift zur Lösung eines Problems oder einer Klasse von Problemen. Algorithmen bestehen aus endlich vielen, wohldefinierten Einzelschritten. Damit können sie zur Ausführung in ein Computerprogramm implementiert, aber auch in menschlicher Sprache formuliert werden. Bei der Problemlösung wird eine bestimmte Eingabe in eine bestimmte Ausgabe überführt." (Wikipedia) -

Algorithmen sind also zwingende, eindimensionale Anweisungen zu einer bestimmten Lösung. Für eigenes Denken, das im lebendigen Gespräch mit dem Lehrer angeregt wird, bleibt kein Raum. Durch die autonome Digitaltechnik werden die Lehrer immer mehr ersetzt und zu Lernbegleitern, zu Coaches, degradiert. Digitale Bildung hat letztlich die "Schule ohne Lehrer" zum Ziel.

Dafür treiben die Bundes- und Landesregierungen seit Jahren mit einem "Digitalpakt" die Ausstattung der Schulen mit digitalen Medien intensiv voran. In dessen Rahmen habe allein der Bund, wie Ralf Wurzbacher schreibt, insgesamt 6,5 Milliarden Euro für die Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit Laptops, Whiteboards und schnellem Internet bereitgestellt.

"Weil die Gelder praktisch aufgebraucht sind, die "Zukunft" aber längst nicht alle Klassenzimmer erreicht hat, wird bereits nach einem "DigitalPakt 2.0" verlangt. Dabei hat sich inzwischen sogar bis zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) herumgesprochen, daß das Projekt keines der Vernunft, sondern der IT-Industrie ist.

'Nach jahrzehntelangem Lobbyismus der Bertelsmann-Stiftung und anderer Interessenvertreter sind der Politik aber grundlegende Zusammenhänge abhandengekommen', schrieb das Blatt Mitte Juli. Dabei seien dieser die wissenschaftlichen Zweifel am Nutzen digitaler Medien für den Unterricht bekannt. 'Expertise wird aber oft nur dann in Anspruch genommen, wenn sie die politische Agenda stützt.' (Nachdenkseiten)

Begründung der Wissenschaftler

Die Wissenschaftler schreiben in ihrer Untersuchung, Digitalisierung gelte derzeit im Bildungsbereich für alle Altersstufen als zeitgemäße Lösung von Bildungsfragen. Tatsächlich seien aber die Wirkungen und Nebenwirkungen digitaler Medien auf Entwicklungs-, Lernund Bildungsprozesse wissenschaftlich oft ungeklärt. Vielmehr verdichteten sich die wissenschaftlichen Hinweise auf enorme Nachteile und Schäden für die Entwicklungs- und Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen durch digitale Medien.

Es müßten daher zuerst die Folgen der digitalen Technologien abschätzbar sein, bevor weitere Versuche an schutzbefohlenen Kindern und Jugendlichen mit ungewissem Ausgang vorgenommen werden. Daher sei Stopp und Aussetzung der Digitalisierung in der Bildung dringend notwendig.

"Zu untersuchen sind insbesondere Fragen der medizinisch-psychologischen, der pädagogisch-didaktischen und der politisch-demokratietheoretischen Implikationen." (Aus der Zusammenfassung)

Im Folgenden wörtlich der Text:

Umdenken in Schweden

"Die skandinavischen Länder waren Vorreiter in der Digitalisierung von Bildungseinrichtungen. Doch korrigierte die schwedische Regierung 2023 die Entscheidung ihrer Vorgänger, bereits Vorschulen des Landes verpflichtend mit digitalen Geräten auszustatten. Der Grund für das Umdenken ist die Stellungnahme von fünf Professorinnen und Professoren des renommierten Karolinska-Instituts (Stockholm), die die Strategie der Digitalisierung der Nationalen Agentur für Bildung in einem Gutachten als falsch kritisierte.

Die behaupteten positiven Befunde wären nicht evidenzbasiert, die Forschung habe stattdessen gezeigt, daß 'die Digitalisierung der Schulen große, negative Auswirkungen auf den Wissenserwerb der Schüler' habe. Die ausgelobten Ziele (Bildungs- und Chancengerechtigkeit, Unterrichtsverbesserung, gesellschaftliche Teilhabe) würden nicht erreicht, im Gegenteil:

'Es ist offensichtlich, daß Bildschirme große Nachteile für kleine Kinder haben. Sie behindern das Lernen und die Sprachentwicklung. Zu viel Bildschirmzeit kann zu Konzentrationsschwierigkeiten führen und die körperliche Aktivität verdrängen.' (Karolinska-Institut 2023).

Die liberale schwedische Bildungsministerin Lotta Edholm stoppte daraufhin den Tablet-Einsatz in der Primarstufe:

'Bildschirme haben in Vorschulen einfach nichts zu suchen', so die Ministerin." (Hervorhebungen hl)

(Anmerkung: Kinder von 1-5 Jahren werden in Schweden bis zum Schuleintritt in Vorschulen (förskola) betreut. Mit Vollendung des sechsten Lebensjahrs im Herbst (hösttermin) kommen sie in eine Vorschulklasse (förskoleklass). Es folgen regulär neun Jahre Grundschule und optional drei Jahre Gymnasium.)

"Vor allem müsse der Schwerpunkt des Wissenserwerbs wieder über gedruckte Schulbücher und das Fachwissen der Lehrkräfte erfolgen. Wer sich Wissen 'selbstorganisiert' aus frei zugänglichen digitalen Quellen suchen müsse, wie es derzeit in schwedischen Schulen üblich ist, verliere viel Zeit, um es auf Richtigkeit zu prüfen und lerne nur halb so viel wie im regulären Unterricht. Zudem bestünde die Gefahr, daß Lernende eher horizontal lesen und Texte nur überfliegen, statt vertiefend nach Wissen zu suchen:

'Die Schülerinnen und Schüler lernen, der schnellen Informationsbeschaffung den Vorrang vor einer tiefgehenden Analyse zu geben, was wiederum zu oberflächlichem Wissen führen kann, das schneller verloren geht'.

Weitere kritische Stimmen

"Der U.S. Surgeon General (in etwa die oberste Gesundheitsbehörde in den USA) hat eine Studie zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen herausgegeben. Sie zeigt detailliert auf, wie stark junge Menschen von digitalen Medien beeinflußt und abhängig werden. Die immer längere Nutzungsdauer und das immer frühere Einstiegsalter habe Folgen für die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (u.a. Körperunzufriedenheit, gestörtes Eßverhalten, Schlaf- und Konzentrationsstörungen, geringes Selbstwertgefühl, Depression u.v.m.).

Die US-Behörde fordert alle Beteiligten (politische Entscheidungsträger, Technologieunternehmen, Eltern, Betreuer, Forscher) auf, die Sicherheit, Gesundheit und Privatsphäre von Kindern und Jugendlichen zu schützen, Zugänge und Nutzungszeiten zu reglementieren und Suchtpotentiale dieser Systeme durch Gestaltungselemente und Funktionen zu eliminieren und technikfreie Zonen und Zeiten einzurichten.

Die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin hat vergleichbare Leitlinien zur Prävention dysregulierten Bildschirmmediengebrauchs in Kindheit und Jugend herausgegeben, die von vielen Fachverbänden aus Medizin, Psychologie und Suchtprävention mitgetragen werden. Die wichtigste Empfehlung für alle Altersstufen:

Reduktion der Bildschirmzeiten, keine eigenen Geräte für Kinder und keinen unkontrollierten, unbegleiteten Zugang zum Internet. Eltern und Geschwister sollen z.B. in Gegenwart von jüngeren Familienmitgliedern ganz auf die Nutzung von Bildschirmmedien verzichten. (DGKJ 2022, 3)

UNESCO: IT in Schulen bedient Wirtschaftsinteressen statt Lernprozesse

Einen Schritt weiter geht der UNESCO-Bericht "2023 Global Education Monitor", dessen Untertitel "Technologie in der Bildung: Ein Werkzeug zu wessen Nutzen?" die entscheidende Frage stellt: Wem nutzt es? Das Ergebnis:

Bei den aktuellen IT-Konzepten für Bildungseinrichtungen stünden nicht das Lernen und der pädagogische Nutzen im Mittelpunkt, sondern wirtschaftliche Interessen der IT-Anbieter und der Datenökonomie.

Unparteiische Erkenntnisse über die Auswirkungen der Bildungstechnologie seien Mangelware, es gebe kaum belastbare Belege für den Mehrwert der digitalen Technologie im Bildungswesen, zudem stamme ein Großteil der Nachweise von denjenigen, die versuchen, sie zu verkaufen. Generell gelte: "Nicht jede Veränderung ist ein Fortschritt. Nur weil etwas getan werden kann, heißt das nicht, daß es auch getan werden sollte. Von Technologien, die für andere Zwecke entwickelt wurden, kann nicht unbedingt erwartet werden, daß sie für alle Bildungsbereiche geeignet sind."

Kritisiert werden die Folgekosten, die Erstinvestitionen in Bildungstechnologie nur ein Viertel oder weniger der Gesamtkosten abdecken (UNESCO-Report, S. 7). Das sei keine generelle Absage an IT in Schulen, sondern die Forderung nach einer Neu-Justierung mit dem Ziel von Bildungs- und sozialer Gerechtigkeit, verbunden mit der Besinnung auf den von qualifizierten Lehrkräften strukturierten Unterricht:

"Kein Bildschirm kann jemals die Menschlichkeit eines Lehrers ersetzen." (UNESCO 2023a) Investiert werden müsse in die Qualifikation der Erziehenden und Lehrenden, um erfolgreiche Bildungsbiographien zu ermöglichen und früh zu fördern.

Der UNESCO-Report referiert zudem bestehende Verbote für private digitale Endgeräte, die bereits in fast einem Viertel der untersuchten Länder gelten, Tendenz steigend. Gründe sind das Ablenkungspotential, was die Aufmerksamkeit und Konzentration im Unterricht ebenso stört wie die Kommunikation und das direkte Miteinander im Unterricht und in den Pausen.

Den Umgang mit KI (Künstlicher Intelligenz) empfiehlt die UNESCO erst ab 13 Jahren (UNESCO 2023b).

In Frankreich z.B. gilt bereits seit 2010 ein Handyverbot im Unterricht, 2018 erweitert zum Komplettverbot internetfähiger Geräte wie Handys, Tablets und Smartwatches in allen Räumlichkeiten und bei schulischen Aktivitäten auch außerhalb des Schulgebäudes.

Die Niederlande führen 2024 ein Smartphone-Verbot ein, Dänemark diskutiert darüber.

In Schweden wurden nach dem Bericht des Karolinska-Instituts die Tablets aus Vor- und Grundschulen wieder entfernt, dafür gedruckte Bücher ("Lotta-Böcker") verteilt.

Bayern plant hingegen, in den nächsten fünf Jahren 1,6 Mio. Schülerinnen und Schüler mit Tablets zu versorgen (Zierer 2023). Baden-Württemberg will den Einsatz digitaler Geräte sogar per geändertem Schulgesetz verpflichtend machen, was u.a. gegen die Methodenfreiheit der Lehrkräfte verstößt. Zu den Kosten äußert sich das Kultusministerium in Stuttgart sinnigerweise nicht (Krauß 2023).

Ethikrat: KI darf Lehrpersonen nicht ersetzen

Der Deutsche Ethikrat hat eine Stellungnahme zu den die Auswirkungen digitaler Technologien auf das menschliche Selbstverständnis und Miteinander veröffentlicht. Darin spricht er sich für strikte Begrenzungen bei der Verwendung von Künstlicher Intelligenz u.a. in Medizin (Kap. 5) und Bildung (Kap. 6) aus.

KI dürfe den Menschen nicht ersetzen, der Einsatz von KI müsse menschliche Entfaltung erweitern, nicht vermindern:

'Empfehlung Bildung 10: Eine vollständige Ersetzung von Lehrkräften läuft dem hier skizzierten Verständnis von Bildung zuwider und ist auch nicht dadurch zu rechtfertigen, daß schon heute in bestimmten Bereichen ein akuter Personalmangel und eine schlechte (Ausbildungssituation herrschen.' (S. 186).

Softwaresysteme verfügten weder über Vernunft noch würden sie selbst handeln und könnten daher auch keine Verantwortung übernehmen, so Alena Buyx, Vorsitzende des Deutschen Ethikrates (Deutscher Ethikrat 2023a). Im Infobrief 01/2023 sind die elf Empfehlungen des

Deutschen Ethikrates zu Bildung separat abgedruckt, da sie direkte Auswirkungen auf das Unterrichten und den Einsatz (oder Nicht-Einsatz) solcher Technologien begründen (siehe Deutscher Ethikrat 2023a).

Ergänzend sollte man das Papier von Hamilton, William und Hattie zur Zukunft der KI in Bildungssystemen einbeziehen, in dem die Autoren 13 Vorschläge unterbreiten, 'um den Schaden zu minimieren' (Hamilton, William, Hattie 2013). Denn das Zerstörungspotential von KI wird selbst von deren Entwicklern wie dem "Godfather of AI" (die NYT über Geoffrey Hinton) mit der Atombombe und Pandemien verglichen (Böhm 2023).

Digitalisierungszwang verstärkt existierende Probleme

Die flächendeckende Ausstattung der Schulen mit Tablets (wie vordem mit Laptops oder PCs) ist weder aus erziehungswissenschaftlicher, entwicklungspsychologischer noch aus lernpsychologischer Sicht begründbar. Das Bildungsniveau sinkt seit Jahrzehnten, trotz stetig steigender Ausgaben für IT und deren Einsatz im Unterricht. Zwar gibt es immer mehr Abschlüsse und bessere Noten, die Lernleistungen selbst werden aber konstant schlechter (KMK 2022). Daher war und ist Technik statt qualifiziertem Unterricht keine Lösung.

Wissenschaftlich belegt läßt sich festhalten:

Nutzen und Mehrwert digitaler Medien im Unterricht sind bis heute nicht belegt. Technik ist jedoch in der Pädagogik kein Selbstzweck. Jede Methode und jedes didaktische Mittel im Unterricht muß sich über den Nutzen und Mehrwert für Lernende legitimieren (Krautz 2020). Die Argumentation von Digitalanbietern, man müsse 'die Diskussion um den Mehrwert digitaler Medien und Tools für Unterricht und Didaktik überwinden' und stattdessen eine grundsätzlich 'offene Haltung gegenüber der schulischen Transformation' einnehmen (FBD 2021), offenbart, daß es diesen nicht um das Wohl der Kinder und Jugendlichen geht, sondern um eine weder wissenschaftliche begründbare noch demokratisch legitimierte 'Transformation', die vorrangig wirtschaftliche Interessen bedient.

Digitale Medien verstärken und fördern die Bildungsungerechtigkeit sowohl national wie international. Das Versprechen des leichteren Zugangs zu Bildung durch digitale Angebote hat sich nicht bewahrheitet. Die digitale Kluft und die Ungleichheit bereits beim Zugang zu Bildungsangeboten vertiefen sich weltweit und sind mit dem familiären und sozialen Umfeld assoziiert (ICILS 2018).

Über gelingenden Unterricht entscheidet nicht die technische Ausstattung, sondern entscheiden qualifizierte Lehrkräfte, ein gut strukturierter Unterricht und das gemeinsame soziale Lernen im Klassenverband. 'Die Lehrkraft als den Unterricht strukturierende und leitende Person läßt sich durch kein Medium ersetzen' (Dammer 2022).

Frühkindliche Förderung und Bildungsbiographien beginnen im Elternhaus. Alle an Erziehung, Unterricht und Bildung Beteiligten müssen die Verantwortung dafür übernehmen, daß Kinder und Jugendliche auch in einer hochtechnisierten und flächendeckend medialisierten Welt Zeit, Räume und Möglichkeiten finden, sich altersangemessen körperlich, geistig und seelisch entwickeln zu können. Auch die Eltern sind in der Pflicht, hierzu beizutragen.

Intelligenter wäre es daher, von nationalen wie internationalen Praxiserfahrungen und Studienergebnissen zu lernen und darauf aufbauend Konsequenzen vor allem in der personellen statt der (medien-)technischen Ausstattung von Schulen und Ausbildungsstätten zu ziehen. Notwendig ist die Berücksichtigung ethischer, sozialer, entwicklungspsychologischer, pädagogischer und didaktischer Prämissen, um den Stellenwert digitaler Medien in der Schule verantwortbar zu gestalten.

Primat der Pädagogik statt Primat der Technik in Schulen!

Daher fordern wir ein Moratorium der Digitalisierung von Schulen und KITAs, damit Kinder und Jugendliche keine Nachteile erfahren und Schäden erleiden, die nicht mehr kompensierbar sind. Dann muß in einem interdisziplinär und multiperspektivisch besetzten Gremium, in dem neben Schul-Praktikern (!) und Theoretikern aus der Allgemeinen Pädagogik und (Fach)Didaktik auch Kolleginnen und Kollegen aus der Ethik und (Lern)Psychologie, der Pädiatrie (Kinder- und Jugendärzte), der Medienpädagogik und der herstellerneutralen und datenschutzkonformen (Digital)Technik vertreten sind, ergebnisoffen (statt technikdeterminiert) über die Voraussetzungen gelingender Bildungsprozesse diskutiert werden.

Es müssen konkrete Vorschläge für humane und demokratieförderliche Erziehungs- und Schulstrukturen erarbeitet werden, die ein selbstbestimmtes Leben durch Bildung ermöglichen, wie es in den Landesverfassungen verankert ist.

Dabei gilt grundsätzlich, das Primat des Pädagogischen vor allen vermeintlichen technischen Fortschritt zu stellen: Vorsicht ist in Erziehungs- und Bildungsfragen ethische Pflicht. Kinder und Jugendlichen brauchen ein menschliches Gegenüber, ihre Entwicklung und Förderung muß im Mittelpunkt von Bildungspolitik und -praxis stehen."<<

<u>Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt"</u> <u>berichtete am 19. Dezember 2023 (x1.344/...):</u> >>**Mehr klassische Unterrichtsmittel: Rückkehr zu analogem Unterricht in Grundschulklassen**

Zur Entwicklung in der schwedischen Bildungspolitik, wonach an Grundschulen wieder mehr klassische Unterrichtsmittel statt digitaler Endgeräte verwendet werden sollen, teilt die bildungspolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion, Nicole Höchst, mit:

"Unter der Überschrift 'Wir haben zu viel digital gemacht' berichtet tagesschau.de über die aktuelle Kehrtwende in der Bildungspolitik in Schweden. Dort werden vor allem Grundschulklassen jetzt analog unterrichtet. Es werden wieder klassische Unterrichtsmittel wie Unterrichtsbücher verwendet und keine digitalen Endgeräte wie Tablets und Computer. Die schwedische Regierung plant auch neue Leitlinien für Lehrer.

Die schwedische Bildungsministerin Lotta Edholm betont laut tageschau.de: 'Digitale Lehrmittel sind etwas für ältere Kinder. Wir wissen, daß kleine Kinder nach den Erkenntnissen der Hirnforschung überhaupt nicht mit Bildschirmen in Berührung kommen sollten.' Des Weiteren sind die konservativen Unterrichtsmittel auch eine Hilfe für die Eltern. So sagt Edholm laut tagesschau.de dazu: 'Auch viele Eltern wollen, daß wir die Bücher zurückholen. Denn mit einem Buch können sie leichter nachvollziehen, was ihr Kind bis zum nächsten Test lernen muß, anstatt irgendein Papier in die Hand gedrückt zu bekommen oder im besten Fall nur einen Link.'

Auf dem 13. Interfraktionellen Treffen der bildungspolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen haben wir uns eindeutig zu dieser Thematik positioniert. In unserer Resolution haben wir festgehalten: 'Die AfD-Parlamentarier sehen beispielsweise an Grundschulen nur eine beschränkte Notwendigkeit der Digitalisierung, um den Erwerb der Grundfertigkeiten von Lesen, Schreiben und Rechnen nicht zu stören. Ein Verbot von digitalen Endgeräten im Primarbereich halten die Parlamentarier für geboten.'

Das nachhaltige Lernen nimmt großen Schaden durch den digitalen Unterricht im frühen Kindesalter. Außerdem ist ein sichtbarer Leistungs- und Kompetenzabfall zu verzeichnen. Das soziale Lernen nimmt ebenfalls großen Schaden durch den digitalen Unterricht im Grundschulalter. Lernen findet nachweislich analog statt. Synapsen im menschlichen Hirn verknüpfen sich analog, nicht digital.

Schweden setzt eine Kehrtwende im Grundschulbereich um, welche wir von der AfD-Fraktion schon längst fordern."<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/27978" berichtete am 23. Januar 2024 (x1.350/...): >>Symposium in Dornbirn: Wozu noch (diese) Bildung - Gefahren von WHO-Pandemievertrag und Frühsexualisierung

Allem Widerstand zum Trotz fand im Jänner 2024 das Symposium "Wozu noch Bildung" statt.

Hochkarätige Redner setzten sich dabei kritisch mit den WHO-Richtlinien für Bildung und Gesundheit auseinander. Dem Veranstalter Erwin Rigo ist es ein Anliegen, die gefährlichen Pläne, die mit dem WHO-Pandemievertrag und der voranschreitenden Sexualisierung unserer Kinder verfolgt werden, aufzuzeigen. hoch2.tv hat für Sie, verehrte Zuseher, alles mit der Kamera festgehalten und Kla.TV präsentiert Ihnen hier einen Zusammenschnitt davon.

Am 12. und 13. Jänner fand in Dornbirn in Österreich ein Symposium mit dem Titel "Wozu noch Bildung" statt. Dabei ging es um eine kritische Auseinandersetzung mit den WHO-Richtlinien für Bildung und Gesundheit. Dem Veranstalter Erwin Rigo ist es ein Anliegen, die gefährlichen Pläne, die mit dem WHO-Pandemievertrag und der voranschreitenden Sexualisierung unserer Kinder verfolgt werden, aufzuzeigen.

Dabei unterstützten ihn sechs namhafte Referenten: Prof. DDr. Daniel von Wachter, Univ.-Prof. DDr. Christian Schubert, Ao. Univ.-Prof. Dr. Michael Geistlinger, die Autorin Gabriele Kuby, Rechtsanwalt Philipp Kruse und Prof. DDr. Martin Haditsch.

Bei dieser und anderen privat organisierten Veranstaltungen in der Vergangenheit wurden Informationen zu bestimmten Themen veröffentlicht, die dem offiziellen Narrativ widersprechen. Dabei erfuhren die Veranstalter massiven Widerstand seitens politischer Institutionen sowie der Mainstream-Medien. Organisatoren wurden sogar aufgrund von politischen Interventionen die Veranstaltungsorte gekündigt.

Außerdem denunzierte beispielsweise im November 2023 die Kleine Zeitung im Vorfeld eine Aufklärungsveranstaltung in Kärnten zum Thema Corona-Pandemie, weshalb es zu einer Streichung aus dem offiziellen Eventkalender der Gemeinde kam.

Allem Widerstand zum Trotz ist das Interesse an solchen Veranstaltungen bemerkenswert groß, wie man auch beim Symposium in Dornbirn feststellen konnte.

Das Team von hoch2.tv filmte die ganze Veranstaltung, so daß Sie, verehrte Zuseher, alle Vorträge in voller Länge sehen können. Kla.TV bringt an dieser Stelle einen kurzen Einblick in alle Referate und Podiumsdiskussionen.

Den Reigen eröffnete Religionsphilosoph Prof. DDr. Daniel von Wachter.

Seine Forschungsschwerpunkte sind Metaphysik, analytische Religionsphilosophie, Ontologie, Kausalität, Naturgesetze und Willensfreiheit.

Daniel von Wachter: Die Wurzeln und Triebfedern der Sexualerziehung

Ich möchte nun zurückgehen und fragen, wo kommt die Sexualerziehung eigentlich her und können wir daran etwas sehen, wo sie herkommt? Können wir verstehen, was in den Köpfen derer vorgeht, die sie betreiben und können wir daraus etwas ableiten, wie wir darauf reagieren sollen?

Die erste Sexualerziehung, das erste große Programm der Sexualerziehung wurde von einem Mann namens Georg Lukács geleitet und zwar war Lukács bekennender Marxist; und er war in Ungarn an der kurzen kommunistischen Räterepublik 1919 vier Monate lang beteiligt. Also diese Räterepublik dauerte vier Monate und da war er stellvertretender Volkskommissar für Unterrichtswesen. Und in dieser Funktion hat er ein radikales Sexerziehungsprogramm eingeführt, das die Welt so noch nicht gesehen hatte und das für die katholischen Ungarn ein großer Schock war - was auch ein Grund war, weshalb dann dieser Räterepublik ein Ende gesetzt wurde.

Aber Lukács hat also mit voller Kraft ein Sexerziehungsprogramm in die Schulen eingeführt, es wurde zu grenzenlosem Geschlechtsverkehr ermuntert. Das heißt, alle moralischen Regeln, die normalerweise die Menschen dazu immer angenommen haben, wurden verworfen und die Kinder wurden dazu ermuntert, diese Regeln zu verwerfen und dann möglichst früh auch zur Tat zu schreiten.

Damit verbunden wurden auch insgesamt die Kinder aufgemuntert dazu, sich gegen die Eltern aufzulehnen, so wie man das später dann aus den 1960er Jahren in anderen europäischen Län-

dern kennt und auch aus den USA. Und die Frauen sollen sich gegen die Männer auflehnen und alle miteinander sollen sich gegen die Kirche auflehnen. Das war der Tenor und das Programm, was er mit unerhörtem und noch nie dagewesenem Eifer und Direktheit so vertreten hat ...

Lukács und Reich stehen sich sehr nahe. Sie können wir als die Begründer der Sexualerziehung ansehen. Und sie beide sind ganz bekennende, starke Marxisten. Was ich jetzt noch nicht beantwortet habe, ist die Frage, warum sie Marxisten sind oder genauer gesagt, warum sie als Marxisten die Sexualisierung so betrieben haben? Was ist der Zusammenhang? Der Zusammenhang scheint doch wohl zu bestehen, denn es ist ja nicht in ihrer Biographie und in ihrem Wirken nicht zufällig nebeneinander, sondern sie haben, bei Reich haben wir es schon gesehen, bei Lukács letztlich auch. Ein Motiv daran ist eben, daß sie gesagt haben, die Sexualmoral steht der Revolution irgendwie im Wege. ...

Und insgesamt ist das Ziel die Vernichtung der alten Werte und die Erschaffung neuer. Die Erschaffung eines neuen Menschen und die Erschaffung neuer Werte, und das hat immer auch einen Machtaspekt. Also diese Zerstörungshandlung ist nicht nur Zerstörungshandlung, sondern immer auch eine Machtergreifung.

Universitäts-Professor DDr. Christian Schubert ist Psychoneuroimmunologe und Professor an der Medizinischen Universität Innsbruck. Dr. Schubert berichtet von einer völlig neuen Sichtweise von Medizin, die sich fundamental von der jetzigen Schulmedizin unterscheidet. Im sog. biopsychosozialen Modell gehören Körper, Geist und Seele zusammen, ebenso Soziales und Kultur. Die biopsychosoziale Medizin - so Christian Schubert - stellt das Immaterielle in den Vordergrund und nicht das Materielle, wie z.B. Blutanalysen und Ultraschall in der Schulmedizin.

So stand auch das Materielle in der Corona-Zeit durch Tests, Masken, Lockdowns und Spritzen im Mittelpunkt des Geschehens. Auf persönliche Befindlichkeiten, Emotionen und Beziehungen wurde keine Rücksicht genommen - und der Schaden heute daraus ist groß. Hören Sie nun Christian Schubert selbst:

Christian Schubert: Geometrie der Seele

Sie erinnern sich sehr gut an die letzten drei Jahre, da wurde uns alles genommen an Selbsteffizienz, an Wirksamkeit, an Kontrollerleben. Wir wurden wie die letzten Deppen behandelt, mit einem Babyelefanten zwischen uns. Das ist nicht nur die Politik, das ist die Medizin. Sie müssen nur in die Klinik gehen und sie verlieren sofort ihre Würde. Sie verlieren sofort ihre Psyche und ihre soziale Beziehung, ihre Biographie.

Das wird alles an der Türklinke abgegeben in dem Moment, wenn man sie nur verstehen über Blutanalysen und über Ultraschall und über MRI und ich weiß nicht, was alles da gemacht wird. Sie verschwinden als Mensch. Und das halte ich mittlerweile, nach drei Jahren Coronakrise, für lebensgefährlich. Dieses System Schulmedizin, so wie sie jetzt materialistisch unterwegs ist, ist tödlich. Das ist nicht einfach ein Kavaliersdelikt, die Seele und den Geist und das Soziale auszugrenzen aus der Medizin, sondern es ist tödlich. ...

Ich würde zum Titel dieser Veranstaltung sagen, wozu noch diese Bildung? Denn Bildung an sich ist ja okay, aber diese Bildung? Nein. Der reduktive Materialismus bestimmt das westliche Menschenbild. Ausbildung dient dazu, den Status quo aufrechtzuerhalten. Und es wird von Familien natürlich von der Genetik von Kindern aufrechterhalten. Der Mensch als Maschine, Produktionskraft und Ware. Wir stehlen unser Marketing. Es gibt Kulturen, da wird gearbeitet, wenn man was braucht. In unserer Kultur wird nur gearbeitet. Es gibt Kulturen, da werden Produkte geschaffen, wenn ich sie brauche in dem Moment. Ja, dann mache ich das. Aber bei uns, wir kommen aus dem Produktionsdruck gar nicht mehr raus. ...

Tatsache ist, um auch hier am Ende noch was Positives zu sagen: Das neue Paradigma, würde ich sagen, ist biosemiotisch-systemisch, so wie ich es Ihnen gezeigt habe. Es gehört alles zu-

sammen. Und das, was höher mächtig ist, sind die nicht-materiellen Faktoren. Nicht die Materie, sondern das, was drüber hängt - unsere Beziehungen, unsere Biographien. Der Mensch ist ganzheitlich und komplex. Wir brauchen dringend eine Rehumanisierung der Gesellschaft und der Medizin, eine Rehumanisierung. Es muß wieder menschlich werden. Salutogenese, Unbewußtes, Immaterielles müssen im Vordergrund unserer Bildung stehen. Dazu bin ich zutiefst überzeugt. Unsere Kinder müssen das lernen. ...

Universitäts-Professor Dr. Michael Geistlinger ist außerordentlicher Universitätsprofessor für Völkerrecht, Rechtsvergleichung auf dem Gebiet des Verfassungs- und Verwaltungsrechts sowie Osteuropäisches Recht an der Universität Salzburg.

Michael Geistlinger: Neufassung der Internationalen Gesundheitsvorschriften IHR und WHO-Pandemievertrag

Diese Weltsatzung der Weltgesundheitsorganisation und das erste wichtige Juristische, das ich Ihnen hier jetzt sagen muß, ist in Österreich als einfaches Bundesgesetz zu verstehen. Das heißt, sie hat die Genehmigung des Nationalrates, die Zustimmung des Bundesrates seinerzeit gefunden, wurde im österreichischen Bundesgesetzblatt kundgemacht und hat dafür einfachen Gesetzesrang. Nichts davon ist in Verfassungsrang gehoben worden. Alle ihre Bestimmungen sind nicht mehr als einfache Gesetze. ...

Der Pandemievertrag stützt sich zunächst auf Artikel 19. Dort ist die eigentliche Rechtsgrundlage. Das ist der obere Teil dieser Folie. Und da sehen Sie, daß er angenommen werden muß mit einer Zweidrittel-(Mehrheit) in der Gesundheitsversammlung. Das Ganze ist geplant für Ende Mai 2024. Er muß dann nach den Bestimmungen der jeweiligen Grundlage der Mitgliedsstaaten in Kraft gesetzt werden. Gleich am Anfang des Ausarbeitungsprozesses im Jahr 2021 haben sich die Staaten darauf verständigt, daß es bedeutet, daß er ratifikationsbedürftig sein wird. Mit "ratifikationsbedürftig" meint man einen völkerrechtlichen Vertrag, der durch die nationalen Parlamente zu genehmigen ist.

Das heißt Österreich hätte, bezogen auf den Pandemievertrag, zunächst einmal die Möglichkeit, die Zweidrittelmehrheit zu verhindern. Ich werde Ihnen später dann sagen, warum das jetzt schwierig bis fast ausgeschlossen ist. Dann zusätzlich hat es die Möglichkeit, den Vertrag nicht zu ratifizieren - also das heißt, nicht zu genehmigen im Parlament.

Das hängt natürlich davon ab, wie die politische Zusammensetzung des Parlaments aussieht. Und dann muß das entsprechend begründet werden und innerhalb einer Frist von 18 Monaten (nunmehr 10), die Sie hier sehen im Artikel 20, dem Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation mitgeteilt werden. ... Wird diese Frist nicht genutzt, dann bedeutet das, daß die internationalen Gesundheitsvorschriften in Österreich und in allen anderen Mitgliedsländern automatisch in Kraft treten. ...

Empfehlungen sind ausdrücklich nicht rechtlich verbindlich. ... Die Standards sind auf europäischer Ebene allein angenommen worden. Sie haben daher rechtlich keine Bedeutung. Sie werden rechtlich nur deshalb relevant, wie uns Herr Dr. Rigo am Anfang geschildert hat, weil sie verbindlich gemacht worden sind auf innerstaatlicher Ebene.

In einer anschließenden Podiumsdiskussion kam Frau Leni Kesselstatt zu Wort. Sie ist Mitbegründerin der Familienallianz in Österreich und gemeinsam mit ihrem Mann Franz aktiv in der Initiative wertvolle Sexualerziehung.

Leni Kesselstatt beschreibt die Anfänge

2015 war es dann so weit, da gibt es diesen berühmt-berüchtigten Sexualkunde-Erlaß unter Frau Minister Heinisch-Hosek. Und mit diesem Erlaß, kann man sagen, wurden die Schleusen geöffnet in Österreich. ...

Die Realität ist, daß diese Standards, diese WHO und BZgA (= Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) aus Deutschland, schon längst in den Schulen angekommen sind, wie gesagt. Also das ist seit 2015 längst durch. Durch diesen Sexualkunde-Erlaß und durch diese

externen Vereine. Außer TeenStar gibt es keinen Verein, der uns bekannt ist, und wir haben einen Überblick über ganz Österreich, der nicht ideologisch ist.

Das Gleiche gilt für Mißbrauchspräventionskonzepte und Organisationen oder beziehungsweise Workshops, und das Gleiche gilt auch für Kinderrechte. Das sind diese drei großen Bereiche, wo beinharte Ideologie in die Schulen gebracht wird. Das schaut jetzt so aus, daß die externen Vereine an die Schulen kommen, die Lehrer werden meistens ausgeschlossen, obwohl es dieses ganz starke Gesetz, also des Schulaufsichtsgesetz gibt, daß die Lehrer in der Klasse bleiben müßten, auch bei externen Vereinen. ... Das heißt, die Lehrer werden hinausgeschickt, sie wissen nicht mehr, was in der Klasse passiert. Den Kindern wird gesagt, sie dürfen mit niemandem darüber reden, was da passiert. ...

Jetzt haben wir ab vergangenem Herbst eine neue Situation. Es gibt neue Lehrpläne, die die ÖVP - muß ich leider sagen - auf den Weg gebracht hat. Die Lehrpläne, das bedeutet, ab der ersten Klasse Volksschule wird fächerübergreifend die Identität der Kinder in Frage gestellt, in allen Fächern. ...

Lehrer, die frisch von den Akademien, von den Ausbildungen kommen, vom Studium kommen, die sind wirklich "durchgegendert", so nenne ich es. Die haben keine Unterscheidung mehr. Es sind oft leider Personen, die selber keine Kinder haben und sie glauben, sie machen es richtig. Das heißt, was sollen wir jetzt den Eltern raten? Gehen Sie in die Schule, erkundigen Sie sich. Wie ist die Situation?

Wird in dieser Klasse, in diesem Schuljahr heuer, Sexualkundeunterricht durchgenommen? Wann passiert es? Gehen Sie dann noch einmal, schreiben Sie sich das Datum auf. Gehen Sie noch einmal hin, fragen Sie: Machen Sie den Unterricht, kommt ein externer Verein? Und versuchen Sie halt mit den Lehrern in einem netten, ordentlichen Gespräch zu erkundigen sich, wann das stattfindet. ... Also ganz wichtig ist zu wissen, daß die Situation sich jetzt dramatisch geändert hat, ab der ersten Klasse.

Gabriele Kuby ist Soziologin und Autorin von 16 Büchern. Sie wurde 2008 vom evangelikalen Wochenmagazin idea zur Journalistin des Jahres gewählt.

Gabriele Kuby: Führt die sexuelle Befreiung in die Freiheit?

Schon 2006 hatte ich mein erstes Buch gegen die Gender-Ideologie veröffentlicht. ...

Alle haben damals geglaubt, sie übertreibt, sie hört das Gras wachsen. In der Tat, ich habe das Unkraut wachsen hören, was unsere Freiheit erstickt. Heute sagt das niemand mehr. Im Gegenteil, wir sind fassungslos, in welchen Wahnsinn sich eine Gesellschaft verstricken kann, die das autonome Individuum auf den Thron Gottes gesetzt hat. ...

Das Institut für Sexualpädagogik von Uwe Sielert hat den Ton gesetzt, hat die Leute ausgebildet, hat es geschafft, die Idee durchzusetzen: "Kinder brauchen Sexualität". Das ist eine absolut falsche, durch keinerlei Wissenschaft gestützte These. Auf diesem Surfbrett wird unsere Kultur verändert und die Kinder mißbraucht. ...

Wenn er (der Mensch) seine Freiheit nicht an Wahrheit ausrichtet, wird er zum Leibeigenen seiner Begierden. ...

In kurzer Zeit, 2010, lief dieser ganze Kampf, dieses Glauben: Mütter, Kinder brauchen Bildung und sie sollten sie in die Krippe stecken. Kinder brauchen Bindung. Das ist lebensentscheidend für Kinder. Sie brauchen feste, stabile, liebevolle Bindung. Und dann kann sich die Persönlichkeit entwickeln ...

"In den Annalen der Geschichte gibt es kein Beispiel einer Gesellschaft, die über einen gewissen Zeitraum hohe soziale Energie hatte, außer - sie war absolut monogam. Deswegen muß die Begrenzung der sexuellen Triebbefriedigung als die Ursache des kulturellen Fortschritts betrachtet werden." Zitat Ende. ...

Ich komme noch kurz auf das Thema Gender zu sprechen. Die sexuelle Revolution hat begonnen unter der Fahne der sexuellen Befreiung und der Befreiung der Frau aus der "Sklaverei

der Mutterschaft". Ein Begriff von Simone de Beauvoir in ihrem Buch "Das andere Geschlecht" von 1948. ... Nicht Glück, sondern Depression, Einsamkeit und Angst sind die bitteren Früchte der sexuellen Revolution. ...

(Eine herrschaftsfreie Gesellschaft) - sie hat alles zerschlagen. Die Freundschaft mit Gott, die Integrität der Person als Einheit der Geistseele mit dem Leib, die Liebe zwischen Mann und Frau, die Bindung zwischen dem Kind und seinen biologischen Eltern. Sie hat die Existenz des Menschen der blinden Willkür des Begehrens ausgeliefert. Weit entfernt davor, dem Menschen, der so lebt, Freiheit zu schenken, wird er zum Sklaven seiner Begierden und so von seinem Leib beherrscht, den er doch beherrschen wollte.

Jurist Philipp Kruse ist Rechtsanwalt für Steuerrecht und Verfassungsfragen

Philipp Kruse: WHO-Pandemievertrag - Totalitäre Dystopie auf Kosten von Demokratie und Grundrechten

Ich bin einfacher Anwalt seit 26 Jahren; in der Schweiz in Bern das Anwaltspatent gemacht und zuerst als Wirtschaftsanwalt gestartet. Ab 2003 Steuerrecht, Steuerrecht ist Eingriffsverwaltung. Dort lernt man als Rechtsanwalt, aber auch bei der Steuerbehörde, unter welchen Voraussetzungen darf der Staat uns in die Tasche greifen, unsere Vermögenssphäre beschneiden. Und erstaunlicherweise oder eben logischerweise sind das sehr analoge Regeln zu denen, die zur Anwendung kommen bei Grundrechtseingriffen.

Und deshalb habe ich im Moment des Lockdowns, März 2020, ganz besonders genau darauf geachtet, wann denn nun die Voraussetzungen für einen so kolossalen Eingriff in unser Leben, in unsere Wirtschaft und auch in die Gesundheit - nicht zu vergessen vieler Menschen, denen die Behandlung aufgeschoben wurde oder denen man gesagt hat, bleiben Sie zu Hause - das war auch ein Eingriff in die Gesundheit. Diese Rechtfertigung habe ich bis heute nicht gefunden. ...

Irreführung. Weiteres Beispiel von Botschafterin Nora Kronig. Am Schluß dieses Interviews fragt die NZZ-Redaktorin Fontana: "Wie geht es weiter? Können Parlament und Volk beim Pandemie-Pakt mitreden?" "Das hängt vom Verhandlungsresultat ab," sagt Nora Kronig. Und dann sagt sie zu den Gesundheitsvorschriften - und das ist der entscheidende Punkt. Sie sagt: "Die Anpassungen der internationalen Gesundheitsvorschriften sind geringfügig und technischer Natur. Da braucht es nicht unbedingt einen Parlamentsbeschluß."

Wir werden in all unseren Ländern im Glauben gehalten, daß das, was sich jetzt abspielt, technische Anpassungen geringfügiger Natur sind. Irreführender könnte eine Diplomatin zu uns nicht sprechen. ...

Meine Gegenthese: Ich sage, es ist das Gegenteil der Fall. Diese neuen, die angepaßten Gesundheitsvorschriften, die werden sehr wohl die WHO ermächtigen, in die wesentlichsten Grundpfeiler unserer Demokratien, in unsere Souveränität einzugreifen. Sie werden die Demokratie massiv beschädigen, die Gewaltenteilung und vor allem einen wirksamen Schutz der Menschenrechte so gut wie verunmöglichen. Und das sind alles Elemente, die konstituieren einen Rechtsstaat. Wenn eines von denen fehlt, dann haben wir keinen Rechtsstaat mehr. ...

WHO ist der Nummer 1 Fake-News-Verbreiter auf dieser Welt - WHO! Und ich gehe noch weiter. Die WHO ist die größere Gefahr für unsere Gesundheit als Covid-19. ...

Wesentliche Daten werden unterdrückt. ... Da hätte der gute Paracelsus aus Einsiedel, da hätte er sich im Grab gar nicht mehr aufgehört zu drehen. ...

Sehen wir hier nicht vielmehr eine Veränderung unserer verfassungsmäßigen Grundordnung? Weil wir stellen eine Instanz über unsere höchsten Instanzen drüber. Eine Instanz, die wir nicht mehr kontrollieren können. Die wir nicht mehr ins Recht weisen können und die niemandem gegenüber rechenschaftspflichtig ist. So etwas nennt man eine fundamentale Verfassungsrevision. Und ich gehe so weit, daß ich sage, das ist gar nicht möglich, einen solchen Entscheid zu treffen. Denn man entäußert sich seiner Rechte. Man entäußert sich seiner

Schutzrechte....

Prof. DDr. Martin Haditsch ist Facharzt für Hygiene und Mikrobiologie, Virologie und Infektionsepidemiologie, Infektiologie und Tropenmedizin.

Martin Haditsch: WHO-Pandemievertrag und WHO-Leitfaden zur Sexualität für Kleinkinder Die schulische Sexualerziehung muß altersgerecht sein. Und als altersgerecht wird definiert, bitte halten Sie sich fest: Masturbation im Alter von 0 - 4 Jahre, Homosexualität 4 - 6 Jahre, und das inkludiert auch das gegenseitige Befummeln. Es ist unglaublich. Empfängnisverhütung 6 - 9 Jahre, Genderorientierung 9 - 12 Jahre und praktische sexuelle Erfahrungen im Alter von 12 - 15 Jahren.

Und ich werde Ihnen dann noch kurz zeigen, wie das interpretiert wird, welche Interpretationsmöglichkeiten es gibt.

Dabei handelt es sich um eine sogenannte Hidden Agenda. Das heißt, alles das wurde beschlossen, ohne daß Pädagogen, Eltern, Bildungsexperten, Ärzte, Psychologen oder ... mit einbezogen wurden in das. Das ist also sozusagen unter dem Radar beschlossen worden und ist aber andererseits für die involvierten Institutionen verbindlich. ...

Das Kind ist neugierig, erforscht, stellt Fragen. Eine adäquate Familienstruktur bietet genau das Umfeld, dem Kind altersentsprechend Wissens- und Erfahrungszuwachs zukommen zu lassen. In einer geborgenen und intakten Familie oder auch in dem gewachsenen Freundeskreis wird jedes Kind Ansprechpartner finden für die Fragen, die es hat, und zwar passende Ansprechpartner.

In einer glücklichen und sorglosen Kindheit stehen unzählige Themen an, weil die Kinder neugierig sind. Aber Sex gehört sicher nicht dazu.

Eltern kennen den Entwicklungsstand ihres Kindes am besten und wissen dann auch, was in welcher Situation für das Kind passend ist. Und diese Anfragen schließen auch ein Nein mit ein. Da kann man auch sagen: Du bist noch zu jung dafür. Ich meine, ich habe da die zwei Beispiele gebracht, nicht? Ich gebe einem Dreijährigen nicht ein Rasiermesser in die Hand, nur weil er sich vielleicht später einmal rasieren muß; und ich gebe ihm auch keinen Autoschlüssel, auch wenn er später Rennfahrer wird. Das ist nicht altersgemäß. ...

Die Familie ist der Ort der Sexualerziehung, die Schule der Ort der Bildung und Wissensvermittlung. Das ist, glaube ich, ganz wichtig auseinander zu halten. Wir brauchen keinen Nanny-Staat. Der Staat hat dem Volk zu dienen. ...

Abschlußappell: Stehen Sie so gut es geht zu Ihrer Meinung, aber versuchen Sie nicht zu missionieren. Missionieren erzeugt Druck. Man kann das in diskreter Art und Weise, man kann die Leute versuchen neugierig zu machen. Und dann kommen die Fragen automatisch. Informieren Sie sich über sogenannte, früher hat man gesagt alternative, jetzt heißt es neue Medien, aber bleiben Sie kritisch. ...Fragen Sie sich aber immer: Was könnte eine politische oder auch gesundheitspolitische Entscheidung im allerschlimmsten Fall für mich oder meine Kinder und Enkel bedeuten. ...

Am Ende des zweiten Tages gab es in der Podiumsdiskussion eine Frage an Gabriele Kuby: "Können Sie sich vorstellen, das Enkelkind aus dem Unterricht der Frühsexualisierung zu nehmen?"

Ihre Antwort kann für manche Eltern hilfreich sein: "Als Großmutter habe ich nicht die Kompetenz, meine Enkelkinder aus dem Unterricht zu nehmen. Ich bin natürlich mit den Eltern im Gespräch. Die Eltern müssen diesen Kampf führen und ich rufe die Väter auf, in die Schulen zu gehen. Es sind bisher die Mamas, die in die Elternabende gehen und die sagen: aber mein Kind usw. Die Väter (!) müssen um ihre Familie kämpfen und die Väter müssen um ihre Kinder kämpfen und in die Schule gehen und sagen: "Mit meinem Kind nicht!" und zwar in diesem Ton." ... <<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 27. Januar 2024 (x1.356/...): >> Schulen schicken Schüler auf Anti-rechts-Demo: Hört auf, die Kinder zu indoktrinieren!

Amir Makatov

Immer häufiger kommt es dazu, daß in deutschen Schulen zu Demos gegen Rechts aufgerufen wird. Den Kindern wird erklärt, daß "rechts sein" etwas Schlimmes ist. Eingeladene "Regenbogen-Vereine" lügen Kindern vor, daß ein Mann eine Frau sein kann und möchten aus unerklärlichen Gründen mit diesen Minderjährigen über Sex reden.

Das ist höchstgradig problematisch.

Schulen sollen den Kindern lesen, schreiben und rechnen beibringen - dazu Fremdsprachen und ausgewählte andere Disziplinen. Stattdessen werden Schulen immer mehr zu Institutionen der Umerziehung. Schülern werden Weltanschauungen eingetrichtert und Kinder mit vermeintlich "falschen Meinungen" ausgegrenzt.

Oh, wie sehr habe ich damals mit 15 meine Politik-Lehrerin gehaßt. Ich war damals überzeugter Marxist-Leninist und sie stand fest im Rahmen des Grundgesetzes und verteidigte die Freiheitliche demokratische Grundordnung gegen meine roten Polemiken. Heute wirkt es so, als hätten die Schüler und Lehrer die Rollen gewechselt. Während Schüler sich wünschen, ihre Meinung abseits linker Ideologie äußern zu dürfen, häufen sich die Vorfälle von linken Lehrern.

Natürlich gab es auch schon früher linke Lehrer, aber daß der Lehrer linker als die Schüler ist, ist meiner Auffassung nach ein eher aktuelles Phänomen.

Doch was hat es eigentlich mit den "Regenbogen-Vereinen" auf sich, die sich in den Schulen einnisten? Warum lassen Schulen es zu, daß Fremde den Schüler Lügen erzählen und mit Kindern über Sex reden?

Zu meiner Schulzeit sprach unsere Biologie-Lehrerin noch die Wahrheit aus - sie sprach nämlich von zwei Geschlechtern. Aufklärungsunterricht fand zweimal statt: Beim ersten Mal erklärte unsere Bio-Lehrerin, wie Kinder gemacht werden, was Geschlechtskrankheiten sind und wie man verhüten kann. Beim zweiten Mal kam eine speziell geschulte Hebamme in die Schule. Jungs und Mädels wurden getrennt und wir konnten sie alles fragen, was uns das Internet nicht bereits ungefiltert beantwortet hat.

Heute kommen Menschen, die daran glauben, daß Männer Frauen sind, in die Schule, schnappen sich viel zu junge Kinder und erklären ihnen ausführlich verschiedene Sexpraktiken, die es sonst nur auf Erwachsenenseiten im Netz zu sehen gibt. Alles das im Namen der Sexualaufklärung - klingt für mich wie institutionalisierte Pädophilie.

Entfremdung von den Eltern

Das Schlimme an diesen ganzen linksliberalen Dynamiken ist der Fakt, daß Eltern aus und vor gelassen werden. Die Regenbogen-Vereine kommen oftmals unabgesprochen mit den Eltern in die Bildübungseinrichtungen, die Aufrufe zu den linken Demos finden im Unterricht oder über das schulinterne Netzwerk statt. Es entsteht der Eindruck, man will den Kindern weiß machen, daß die linke Ideologie sie besser verstehe, als die eigenen Eltern. Den Eltern soll man nicht trauen, aber dafür modernen woken Polit-Kommissaren.

Das erinnert stark an die sowjetische Legende von Pavlik Morozov. Morozov war ein junger sowjetischer Pionier, der im Alter von 13 Jahren seinen Vater, einen ehemaligen Kolchos-Vorsitzenden, an die sowjetischen Behörden verraten habe. Sein Vater soll angeblich gegen die sowjetische Kollektivierungspolitik gearbeitet und sich gegen das Regime gestellt haben. Nachdem Pavlik seinen Vater denunziert hatte, wurde dieser verhaftet und später hingerichtet. Pavlik Morozov wurde für den Verrat an seiner Familie als Held gefeiert.

Natürlich ist das ein harter Vergleich, doch bewegt sich unsere Gesellschaft langsam in diese Richtung. Kinder werden von links-ideologischen Institutionen erzogen, statt von ihren Eltern.

Letztere verlieren immer weiter ihre Autorität. Das ist kein Zufall, wenn man bedenkt, daß neomarxistische Denker, wie Max Horkheimer, die Familie als "Keimzelle des Faschismus" betrachteten. Die Ideen von Horkheimer und der Frankfurter Schule spielen bis heute eine große Rolle im Werkzeugkasten der Linksliberalen.

Altbewährte Strukturen, wie Familie, Gemeinde oder Volk werden zerschlagen, um Platz für einen angeblichen Individualismus zu schaffen, der in Wirklichkeit keiner ist.

Ganz nach dem Motto: "Du kannst sein, was du willst, aber wenn du konservativ oder gar rechts bist, bestrafen wir dich mit Ausgrenzung und Schlimmerem".

Ein gruseliger Trend

Die Dynamik, die eigenen Bürger ideologisch auf Linie zu bringen, zieht sich durch alle Lebensbereiche. In Schule, im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, staatlichen Unternehmen (z.B. der Bahn), in Universitäten und überall, wo die Regierung die Finger im Spiel hat, versucht man die Bürger zu "Gutmenschen" zu machen. "Männer können Frauen sein", "Hohe Steuern sind Demokratieabgaben", "Der Rundfunk ist neutral", "Grüne Energie ist wirtschaftlich tragbar", "Offene Grenzen sind Humanismus", "Linke Wirtschaft funktioniert" und viele andere Lügen werden einem aufgetischt.

Wer sich weigert diese Hirngespinste zu akzeptieren, wird so gut wie möglich mundtot gemacht und zum bösen Rechten oder gar Nazi ernannt. Und genau gegen diese "Nazis" ruft die Regierung die Bürger auf die Straße.

Die linken Demonstrationen sind kein Widerstandsakt gegen Rechtsextremismus. Sie finden als Zeichen gegen den Widerstand gegen die linke Meinungshegemonie statt.

Nun wird zu diesen Demonstrationen auch in Schulen aufgerufen. Die linksgrünen Narrativen: Sie machen nicht einmal vor Kindern halt.<<

<u>Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 12. Februar 2024:</u> >>**Familie, Glaube, Werte: WARUM DER DEKADENT-WOKE WESTEN PUTIN HASST!**

Mehr als 150 Millionen Menschen haben allein in den ersten 24 Stunden auf der Plattform "X" das gut zweistündige historische Interview des konservativen US-Starjournalisten Tucker Carlson mit Rußlands Staatspräsidenten Wladimir Putin angeklickt. In den linksgrünen Redaktionen der deutschen Mainstream-Medien hat das weltweite Interesse regelrechte Panik ausgelöst - der Aufwand jedenfalls, mit dem der politisch-mediale Komplex hierzulande versucht, den Deutschen das Gespräch als vermeintliche "Propagandashow" auszureden, ist beachtlich.

Eine Analyse von Aloys Krause

In dem Interview betont Putin mehrfach seine tiefe Verwurzlung im russisch-orthodoxen Glauben. Liegt hier der tiefere Grund dafür, warum der Kreml-Chef dem dekadent-woken Westen so verhaßt ist?

Warum "grüne" Klima- und Gender-Ideologen im Ukraine-Konflikt die Speerspitze der Kriegstreiber bilden? Warum die Globalisten-Clique um George Soros und der "tiefe Staat" um den senilen Noch-US-Präsidenten Joe Biden in Washington den russischen Präsidenten Wladimir Putin fürchten wie der sprichwörtliche Teufel das Weihwasser?

Der Kreml-Chef wirft westlichen Demokratien (sind sie das vielfach überhaupt noch?) immer wieder einen erschreckenden Werteverlust vor. Sogenannte "westliche Werte" - Putin sieht darin vor allem einen Verfall von Sitten und traditionellen Werten. Der woken Gender-Ideologie und linksgrünen Vielfalt-Dekadenz unter dem Deckmantel "queerer Toleranz" stellt der russische Präsident ein standfestes konservatives Leitbild von im christlichen Glauben fest verwurzelten Familienwerten entgegen.

Putin sieht sich als Wahrer christlicher Tradition

Die Zerstörung von Familienwerten, davon ist der mächtige Mann im Kreml zutiefst überzeugt, führe letztlich zum Verfall von Gesellschaften. Der von der westlichen Propaganda

verbreitete Vorwurf, Putin sei "homophob", ist unzutreffend und irreführend. Richtig ist zwar, daß Putin per Gesetz verbieten lassen will, in Gegenwart von Minderjährigen positiv über Homosexualität zu sprechen. Aber aus einem einfachen Grund: Weil Homosexualität aus Sicht Putins nicht die natürliche auf Fortpflanzung ausgerichtete Lebensweise ist, wie sie im Alten Testament das Buch Mose verkündet: "Seid fruchtbar und mehret Euch!"

Wenn Pädophilie zur Norm wird

Schon vor zehn Jahren, in seiner Rede an die Nation, betonte Putin: "Wir wissen, daß es in der Welt immer mehr Menschen gibt, die unsere Position beim Schutz traditioneller Werte unterstützen." Rußland habe eine "historische Verantwortung", die jahrtausendealten Grundlagen menschlichen Zusammenlebens in der Welt zu verteidigen.

"Natürlich ist das eine konservative Position", unterstrich Putin. Doch nur so könne Chaos verhindert werden. "In vielen Ländern werden heute die Normen von Moral und Sittlichkeit umgekrempelt, nationale Traditionen und die Unterschiede zwischen den Nationen und Kulturen verwaschen", beklagte der russische Präsident und kritisierte wörtlich: "Pädophilie wird zu einer Norm erklärt."

Putin nutzte die Rede auch, um die sogenannten "westlichen Werte" zu zerpflücken - vor allem mit Blick auf die LGBTQ-Ideologie. So würden Geistliche genötigt, gleichgeschlechtliche Ehen zu segnen, die "heiligen Schriften" der Kirche zunehmend in Frage gestellt.

"Elternteil 1, Elternteil 2 - nicht mit mir!"

Putin will, daß die traditionelle Definition der Ehe als Ehe zwischen Mann und Frau in die russische Verfassung aufgenommen wird. Unter seiner Führung werde es Begriffe wie "Elternteil Nummer 1" und "Elternteil Nummer 2" nicht geben. Wladimir Putin erklärte dies während einer Diskussion über die Familienwerte in Rußland.

Rußlands Präsident wörtlich: "Was 'Elternteil 1' und 'Elternteil 2' betrifft, so habe ich es bereits öffentlich gesagt und ich wiederhole es: Solange ich Präsident bin, werden wir nicht 'Elternteil Nr. 1' und 'Nr. 2' haben - sondern 'Papa' und 'Mama'."

Für Wladimir Putin ist die Sache klar: Der Westen habe seine wahren Werte im Gender-Wahn und unter dem Druck von Klima-Hysterikern verraten. Was heute unter dem Deckmantel "westlicher Werte" im Gewand von Opposition unterdrückender Demokratie daherkomme, sei die Agenda einer mächtigen Minderheit. Eine linksgrüne Elite bestimme, was die Menschen zu denken hätten. Sie drücke der Mehrheit ihren Meinungs-Stempel auf - dies alles und vor allem auch in Deutschland unter dem ideologischen Kampfbanner der Regenbogen-Fahne!<</p>
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 22. Februar 2024 (x1.361/...):

>> Cannabis-Legalisierung im Bundestag: Das Schlechteste von allem

Am Freitag will die Ampel das Cannabis-Gesetz durchbringen - dabei will niemand das Vorhaben noch wirklich. Richter, Ärzte, Polizisten, auch SPD-Politiker laufen Sturm gegen das Gesetz. Und selbst die Kiffer dürften unzufrieden sein.

Max Roland

Ende der Woche soll Cannabis legalisiert werden: "Bubatz wird legal", wie die Bundesregierung im infantilen Nachäffen von veraltetem Jugendslang gerne sagt. Am Mittwoch nahm das Gesetz die letzte Hürde im Ausschuß, am Freitag steht die zweite und dritte Lesung des Gesetzes an, also die Abstimmung über den Gesetzesentwurf. Unter anderem soll der Besitz von bis zu 50 Gramm Cannabis zum eigenen Konsum für Erwachsene künftig straffrei sein. Auch der Anbau wird erlaubt, der Konsum wird freier. Es ist ein Vorhaben, in dem sich alle drei Ampel-Parteien schon vor der Wahl einig waren.

Ein Selbstläufer hätte es werden können, könnte man meinen. Kurz vor dem finalen Beschluß des Gesetzes wird jedoch offenkundig: Irgendwie ist niemand zufrieden mit dem Gesetz. Die Regelungen sind halbherzig, komisch, kompliziert, verkopft und undurchsetzbar: Von Polizisten über Richter, Ärzte bis selbst zu vielen Konsumenten ist niemand so wirklich glücklich

mit dem, was die Ampel unter der Führung von Gesundheitsminister Lauterbach da zusammengezimmert hat.

Selbst in der sozialdemokratischen Fraktion herrscht ordentlich Unmut über das eigene Gesetz. Die beiden SPD-Innenpolitiker Sebastian Fiedler und Sebastian Hartmann verfaßten jüngst einen Brandbrief, um die Legalisierung doch noch zu stoppen. Fiedler und Hartmann kritisierten unter anderem fehlende Kontrollen, was den Umfang des privaten Cannabis-Konsums anbelangt. Die geplante Erlaubnis für Erwachsene, drei Pflanzen in den eigenen vier Wänden besitzen zu dürfen, werde "nicht kontrolliert werden (können)", schrieben die beiden SPD-Politiker.

SPD-Frust über eigenes Gesetz

Als weiteren Grund für ihre Ablehnung des Gesetzentwurfs nennen Hartmann und Fiedler, daß "wichtige Ziele einer modernen Drogenpolitik, wie zum Beispiel die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die Entlastung der Ordnungs-, Polizei- und Justizbehörden oder die Verbesserung des Jugendschutzes" nicht erreicht würden. Der Konsum würde ermöglicht, irregulärer Konsum und Verkauf aber nicht wirksam bekämpft werden. Kleindealer dürften künftig sogar bis zu 25 Gramm am Mann haben - für den kleinen Schwarzmarkt-Handel in der Regel mehr als genug. Sie könnten ihre Geschäfte mit den Endkunden jetzt leichter ausüben. Selbst in den Niederlanden, dem "Kifferparadies" Europas, bleibt lediglich eine Menge von fünf Gramm straffrei.

Andere Abgeordnete fürchten um die Außenwirkung des Projektes. "Wenn man sich nicht auf Grundlegendes einigen kann, aber dann das Kiffen freigibt, kann ich mir die Schlagzeilen schon vorstellen", sagte ein Abgeordneter dem Tagesspiegel. Doch scheinbar kann sich die Ampel nicht mal wirklich aufs Kiffen einigen. In einer Probeabstimmung am Dienstag stimmten 16 SPD-Abgeordnete gegen das Gesetz ihres Genossen Lauterbachs. Fraktionschef Mützenich hat alle Hände voll zu tun, seine Abgeordneten auf Linie zu peitschen.

Auch alle 16 Innenminister der Länder hatten vor wenigen Tagen in einem Brief vor verheerenden Auswirkungen der Legalisierung gewarnt. Schwer wiege vor allem die von kriminalpolizeilichen Fachleuten befürchtete Stärkung der Strukturen der organisierten Kriminalität durch das Gesetz. Der Gesetzentwurf der Ampelkoalition erleichtere den illegalen Handel mit Cannabis "massiv und schwächt seine Attraktivität kaum", heißt es im Brief der Innenminister.

Länder geschlossen gegen Legalisierungsplan

Auch die Folgen für die Verkehrssicherheit werden angeprangert: "Die Legalisierung wird zwangsläufig zur Folge haben, daß mehr Menschen Cannabis konsumieren. Ebenso zwangsläufig wird es mehr Verkehrsunfälle mit leichten, aber auch mit schweren Folgen geben, die auf Cannabis-Einfluß zurückzuführen sind." Werte aus den USA, wo diverse Staaten Cannabis legalisiert haben, würden eine Zunahme von Verkehrsunfällen wegen Cannabis-Konsums belegen.

Des Weiteren kommt ein BKA-Bericht zu dem Ergebnis, "daß auf die Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden der Länder zusätzliche Aufgaben und Aufwendungen in Form von Personal- und Sachkosten zukommen werden". Diese Kosten habe das Gesundheitsministerium in seinem Entwurf nicht berücksichtigt. Aufgelistet werden in dem Bericht laut Legal Tribune Online noch eine Reihe von anderen Aspekten, die die Bundesregierung bei der Ausarbeitung des Legalisierungsgesetzes nicht berücksichtigt habe.

Unter anderem warnen die Innenminister vor Auswirkungen auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität - die Legalisierung könnte es schwieriger machen, den organisierten Drogenhandel zu bekämpfen. Die Innenminister fordern daher, daß cannabisbezogene Delikte trotz Legalisierung weiter konsequent bekämpfbar bleiben, wenn es um organisierte Kriminalität geht.

Polizisten und Richter lehnen Ampel-Vorhaben ab

Auch Interessensvertreter von Polizei und Gerichten kritisieren das geplante Cannabis-Gesetz. Der deutsche Richterbund fürchtet massiven Aufwand für die Gerichte: Bundesgeschäftsführer Rebehn sagte dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, die betroffenen Strafakten müßten als Folge des Gesetzes händisch ausgewertet werden. Es müsse geprüft werden, ob die betroffenen Sachverhalte nach der neuen Rechtslage straflos wären.

Dies sei sehr zeitaufwendig - allein beim Amtsgericht Köln seien es mehr als 10.000 Fälle. "Die dort zuständigen fünf Richter gehen von einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit von mindestens einer Stunde pro Fall aus, so daß die Prüfung bei 2.000 Fällen pro Kopf und 40 Wochenstunden rechnerisch 50 Wochen oder ein Jahr bräuchte". Der Gesetzgeber solle deshalb die geplante Amnestie-Regelung für nicht vollstreckte Altfälle aus dem Cannabisgesetz streichen, appellierte Rebehn.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter forderte ebenfalls den Stopp der Ampel-Pläne. Der DBK-Vorsitzende Peglow sagte der Funke-Mediengruppe, das Gesetz sei für Beamte in der Praxis kaum durch- und umsetzbar und fördere den Kleinhandel vom Cannabis. "Dieses Gesetz muß gestoppt werden", sagte Peglow. Mitte Februar hatte sich der Verbandschef spöttisch über die Nicht-Umsetzbarkeit des Gesetzes geäußert: "Wir warten mal ab, wie es läuft und werden dann feststellen, daß es eben kaum zu kontrollieren ist."

Die Bundesregierung lasse völlig offen, wer für die Überprüfung der sogenannten Cannabis-Clubs, in denen angebaut werden könne, überhaupt zuständig sein soll. Polizeivertreter kritisieren außerdem, daß die persönliche Maximalmenge an Cannabispflanzen, die das Gesetz für privaten Anbau vorsieht, de facto nicht kontrollierbar sein wird.

Ärztekammer warnt vor "gravierenden" Folgen

Auch aus der Medizin kommen verzweifelte Appelle, das Gesetz noch zu stoppen. Der Präsident der Bundesärztekammer, Klaus Reinhardt, warnte vor weitreichenden Folgen. Die Ziele des Gesetzes stünden im eklatanten Widerspruch zur internationalen Erkenntnislage. Statt einer Legalisierung seien Aufklärung und Prävention nötig. Die Bundesärztekammer sieht in dem Gesetz "eine grundlegende Weichenstellung, die gravierende gesellschaftliche Auswirkungen entfalten wird, insbesondere mit Blick auf die Entwicklungs- und Lebensperspektiven junger Menschen in unserem Land."

Aus medizinischer Sicht sei das jetzt vom Bundestag zu beschließende Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis ein Fehler, erklärt auch Dr. Martina Wenker, Präsidentin der Ärztekammer Niedersachsen. "Die Regierungskoalition ist gesundheitspolitisch hier auf einem absoluten Irrweg. Die Legalisierung des Cannabiskonsums wird in Deutschland zu mehr Suchterkrankungen führen - dies ist eindeutig abzulesen aus den Studien, die Legalisierungen in anderen Ländern begleitet haben."

Und die Konsumenten? Auch für die ist das Gesetz am Ende mehr Belastung ohne wirklich positiven Effekt. Das liegt an der umfassenden Regulierung: Es soll das freie Kiffen geben, aber nur streng nach Vorschrift. Beispiel Cannabis-Clubs: Diese Vereine, die die legale Hauptquelle für Cannabis sein sollen, dürfen an jedes Mitglied höchstens 25 Gramm Cannabis pro Tag und maximal 50 Gramm pro Monat ausgeben. Für Personen zwischen 18 und 21 Jahren gilt hingegen eine Höchstgrenze von 30 Gramm im Monat, wobei ihr Cannabis höchstens einen THC-Wert von zehn Prozent haben darf.

Regel-Wirrwarr frustriert Konsumenten: Status Quo bleibt

Im Club selbst dürfen die Mitglieder ihre Joints nicht rauchen, auch nicht in einer Zone von 200 Metern rund um den Eingangsbereich des Vereins. Das sind viele neue, nervige Regeln - und nicht mal Deutsche wollen zum Kiffen erstmal einen Verein gründen. Eine niedrigschwellige Konsumkultur wie etwa in Amsterdam oder US-Bundesstaaten wie Kalifornien wird es mit dem Gesetz nicht geben. Am tatsächlichen Status Quo, mit dem viele Kiffer längst

arrangiert sind, ändert sich eh nicht wirklich viel. Viele werden sich fragen: Wozu also durch die ganzen neuen Reifen springen, die einem der Staat hinhält - wenn man Gras ja auch beim Dealer wie gehabt bekommen kann, nur rechtssicherer?

Und das von Cannabis-Verbänden und Interessengruppen immer wieder als dringendste Problemfrage benannte Thema der Grenzwerte am Steuer? Das ist nach wie vor nicht gelöst. Wer Cannabis raucht, muß also trotz Legalisierung damit rechnen, bei Rückständen in Blut- und Haarproben Probleme mit der Polizei zu bekommen - auch, wenn längst keine Beeinträchtigung der Fahrtüchtigkeit mehr bemerkbar ist.

Das Gesetz macht also niemanden glücklich: keinen Polizisten, keinen Arzt, keinen Richter und keinen Kiffer. Es ist eben ein "vermurkstes Gesetz", wie Brandenburgs Innenminister Stübgen es nannte. Das Gesetz, das keiner will, kommt nun wahrscheinlich trotzdem - scheinbar als reiner Selbstzweck. Aber wenigstens hat die Ampel einen Punkt im Koalitionsvertrag abgehakt.<<

<u>Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 23. Februar 2024 (x1.361/...):</u> >> **Angriff auf die Familie? Ampel plant Abschaffung der Steuerklasse 3**

Die Ampel plant die Steuerklassen 3 und 5 abzuschaffen. Diese wurde insbesondere von Ehe-

Die Ampel plant die Steuerklassen 3 und 5 abzuschaffen. Diese wurde insbesondere von Ehepartnern mit einem unterschiedlichen Gehaltsniveau genutzt. Die Reform könnte zugleich der Ampel höhere Steuereinnahmen verschaffen.

Jonas Aston

Das von Christian Lindner (FDP) geführte Finanzministerium arbeitet aktuell eine Steuerreform aus. Lindner plant die von vielen Ehepaaren genutzten Steuerklassen 3 und 5 abzuschaffen. Derzeit führe man "abschließende Gespräche und Abstimmungen" wie das Ministerium auf Anfrage der Bild mitteilte. In Kürze werde Finanzminister Lindner "ein umfangreiches Gesetzespaket" vorlegen.

Schon im Koalitionsvertrag wurde zwischen FDP, Grünen und SPD vereinbart die Steuerklassen 3 und 5 abzuschaffen. Die Nutzung dieser beiden Steuerklassen ist bei Ehepartnern sehr beliebt. Sie lohnt sich, wenn ein Partner 60 oder mehr Prozent zum gesamten Brutto-Haushaltseinkommen des Paares beiträgt. Der Partner in Steuerklasse 5 trägt bei diesem Modell eine überdurchschnittlich hohe Abgabenlast, während der (besserverdienende) Partner in Steuerklasse 3 eine geringere Abgabenlast schultern muß.

Der Ampel zufolge ist dieses Modell jedoch nicht mehr zeitgemäß. Ziel des Projektes sei es das Netto-Lohn-Niveau zwischen Männern und Frauen anzugleichen. Dem schlechter verdienenden Ehepartner wolle man durch die Reform zu mehr Steuergerechtigkeit verhelfen, hieß es. Bei Abschaffung der Steuerklassen 3 und 5 bleibt für Ehepaare dann nur noch die gemeinsame Veranlagung in dem sogenannten Faktorverfahren der Steuerklasse 4.

Hier wird das Gehalt der Ehepartner zusammengerechnet und beide Partner werden so behandelt, als würden sie genau dasselbe Gehalt beziehen. Besteuert werden sie dann so wie ein lediger Steuerzahler in Steuerklasse 1. Dies führt - sofern beide nicht exakt das gleiche Gehalt verdienen - aufgrund der Steuerprogression zu einer insgesamt geringeren Steuerlast als in Steuerklasse 1. Für Ehepaare lohnt sich jedoch die Nutzung der Steuerklasse 3 und 5 zumeist mehr.

Die Ampel könnte mit der Reform gleich zwei Zielen näherkommen. Ohne auch nur eine Steuer erhöht zu haben, könnte sich der Staat mit dieser Reform über ein deutliches Plus an Steuereinnahmen freuen. Dies ist zumindest die logische Folge, wenn die Steuerklassen 3 und 5 ersatzlos wegfallen. Der FDP-Bundestagsabgeordnete und Finanzpolitiker Max Mordhorst erklärte zu dem Vorhaben gegenüber der Bild: "Höchste Priorität hat, daß der Umstieg unterm Strich zu keinerlei Mehrbelastungen bei Ehepaaren führt". Ob dieses Versprechen eingehalten wird, ist jedoch fraglich.

Zum anderen könnte man mit der Reform die gesellschaftliche Stellung der traditionellen Fa-

milie zu Gunsten anderer Formen des Zusammenlebens weiter aufweichen. Die Steuerklasse 3 und 5 wird auch insbesondere von Eheleuten genutzt, in denen ein Partner nicht oder nur in Teilzeit arbeitet. Greifen soll die Reform ab dem 1. Januar 2025. Damit die Behörden den folgenden Verwaltungsaufwand bewältigen könne, müsse zuvor allerdings noch die IT der Finanzbehörden überarbeitet werden.<<

<u>Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 25. Februar 2024 (x1.365/...):</u> >>**So werden Kinder im "Kampf gegen Rechts" instrumentalisiert**

Kinder werden von ihren Eltern instrumentalisiert.

Redaktion

Tausende zieht es zu den Anti-Rechts-Demos auf die Straße. Neben den politischen Kundgebungen bieten die Veranstalter familienfreundliches Programm und ausgelassene Festivalstimmung. Schulen mobilisieren für diese Veranstaltungen und Eltern demonstrieren gemeinsam mit ihren Kindern. Manche Schulen lassen sogar den Unterricht ausfallen, damit die Kinder Demos besuchen können.

Es passiert nicht heimlich, sondern mit dem Lob der staatlichen Medien.

"Das sind gruselige Szenen. Die Indienstnahme von Kindern ist eigentlich ein verläßliches Merkmal von Autokratien bis hin zu Diktaturen. Das Mitnehmen und in Stellung bringen von Kindern für politische Zwecke ist immer ein Zeichen von Inhumanität", analysiert Ralf Schuler. ...<

<u>Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt"</u> berichtete am 29. Februar 2024 (x1.360/...): >>IHK beklagt Schul-Niveau: AfD-Antrag soll Bildungsverfall stoppen

Nach dem Pisa-Schock sieht die Leipziger IHK ihre schlechten Erfahrungen mit Schulabgängern bestätigt. Laut LVZ stellten 59 Prozent der Leipziger Unternehmen letztes Jahr keine Lehrlinge ein, weil die Bildung der Bewerber zu schlecht war. 80 Prozent der Unternehmen, die dennoch Schulabgänger ausbilden, müssen Nachhilfe-Unterricht anbieten, um die Defizite selbst auszugleichen.

Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender, erklärt dazu:

"Wir kritisieren den Niedergang der sächsischen Bildung unter CDU-Regie schon lange. So hat CDU-Kultusminister Christian Piwarz bewußt Stunden in Mathematik und Deutsch gestrichen, um mehr Politikunterricht an den Schulen installieren zu können. Diese falschen Prioritäten wollen wir ändern.

Deshalb wird die AfD-Fraktion im März-Plenum den Antrag stellen: 'Bildungsverfall stoppen - Ausbildungsreife für unsere Fachkräfte von morgen sicherstellen'. Wir fordern, die Kernfächer Deutsch und Mathematik deutlich aufzuwerten. Zusätzlich sollen naturwissenschaftliche Fächer gestärkt werden. Auch Wirtschaft muß eine größere Rolle spielen. Für die spätere Ausbildung sollten frühzeitige Praxismodule den Schülern eine bessere Berufsorientierung ermöglichen."<<

<u>Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 1. März 2024 (x1.361/...):</u> >>''Für Demokratie einstehen'' - Berliner Schulleiter ruft zu Anti-AfD-Demo auf

Am Donnerstag demonstrierten 2.000 Schüler nach einem Aufruf der Schulleitung "gegen Rechts" und skandierten dabei gegen die AfD. Der Leiter der Berliner Schule war während der Kundgebung anwesend und erklärte, es sei wichtig, daß Schüler für Demokratie einstehen. *Wim Lukowsky*

Rund 2.000 Schüler sind einem Aufruf der Berliner Fichtenberg-Oberschule gefolgt und haben am Donnerstag "gegen Rechts" und die AfD demonstriert. Veranstaltet wurde die Kundgebung von der Schülervertretung und der Schulinitiative "Fichte ohne Rassismus", auch die Schulleitung hatte sich für die Demonstration ausgesprochen. "Ich habe den Demonstrationsaufruf in unserem Newsletter verbreitet", sagte der Schulleiter Andreas Golus-Steiner dem

RBB. Es sei wichtig, daß "die Jugend für unsere Zukunft auf die Straße geht und sich engagiert."

Bei der Demonstration skandierten die Schüler immer wieder lautstark "AfD in die Spree" oder "ganz Berlin haßt die AfD". Dabei wurden Transparente hochgehalten, die sich gegen die AfD richteten oder mit Regenbogenfarben für Toleranz und Vielfalt warben. Es sei "höchste Zeit, eine aktiv antifaschistische Haltung zu zeigen", teilte die Fichtenberg-Oberschule zuvor in der hauseigenen Schulzeitung mit. Man sei besorgt wegen der "Gefahr, die von der AfD ausgeht" und wegen des "Geheimtreffens, das stark an die Wannseekonferenz" erinnern würde, hieß es weiter.

Diese Befürchtungen teilte offenbar auch der Schulleiter Golus-Steiner, der die Demonstration selbst bewarb und gemeinsam mit seinen Schülern auf die Straße ging. Dem RBB sagte Golus-Steiner, er müsse sich "natürlich an das Mäßigungsgebot halten". Wichtig sei aber, "daß die Schülerinnen und Schüler hier für Demokratie einstehen". Das sei das Entscheidende, erläutert der Schulleiter weiter. "Wir sind verpflichtet, die Demokratie zu erhalten. Das ist unser Auftrag."

In seinem Demonstrationsaufruf verweist der Schulleiter auf den ersten Paragraphen des Berliner Schulgesetzes, in dem geschrieben stehe, daß ein Ziel des Unterrichts "die Heranbildung von Persönlichkeiten" sei, damit sie Schüler "der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden" entgegentreten können. In diesem Kontext riefen die Schüler bei der Demonstration immer wieder "1933 soll im Geschichtsbuch bleiben" - sie wollten damit auf den ebenjenen Paragraphen des Schulgesetzes und dem Widerstand gegen Nationalsozialismus hinweisen.

Vertreter der AfD kritisierten, die Schüler hätten sich keine objektive Meinung gebildet. Vielmehr habe der Schuldirektor Golus-Steiner sie für die Kundgebung instrumentalisiert. Die Schüler sind "von ihrem Rektor und der Lehrerschaft in dieser Oberschule für diese Demonstration mißbraucht worden", sagte der stellvertretende Vorsitzende der AfD in Steglitz-Zehlendorf, Matthias Pawlik, am Rande der Kundgebung dem RBB. Die Schüler widersprachen dieser Darstellung, die Demonstration sei aus der Schülerschaft entsprungen.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28378" berichtete am 5. März 2024 (x1.359/...): >> Kanada: Tod auf Verlangen nun auch für Babys - Trudeau-Regierung erweitert Sterbehilfeprogramm (MAiD)

2021 wurde in Kanada ein liberalisiertes Euthanasiegesetz eingeführt. Seit dieser Gesetzesrevision hält Kanada den Rekord an Sterbehilfefällen. Der Tod auf Verlangen hat seither um 60 % zugenommen und nirgendwo sonst auf der Welt werden so viele Menschen "auf Wunsch" medizinisch getötet wie in Kanada. Dem aber noch nicht genug, soll nun auch der Tod auf Verlangen für Babys und Kleinkinder möglich sein ...

Medical Assistance in Dying, kurz MaiD(zu deutsch: medizinisch begleitete Sterbehilfe),ein Programm der kanadischen Regierung, ist ursprünglich nur für seltene Fälle schwerstkranker Erwachsener gedacht gewesen. Kla.TV hat bereits darüber berichtet (kla.tv/26354), daß es auch armen und psychisch leidenden Menschen - ja sogar Kindern ab 12 Jahren, sog. "mündigen Minderjährigen" - ermöglicht werden soll, "freiwillig" zu sterben, um keine Belastung mehr für die Gesellschaft zu sein.

Nur der große Widerstand in der Bevölkerung, Sterbehilfe nun auch für "lediglich" psychisch Leidende auszuweiten, bewegte Kanadas Gesundheitsminister Holland dazu, das Vorhaben auf März 2027 hinauszuschieben. Seine fadenscheinige Begründung: es gebe in Kanada nicht genügend Ärzte, insbesondere Psychiater, um psychisch kranke Menschen, die sterben wollen, zu beurteilen.

Aber Kanadas jüngst angekündigte Pläne, die "Euthanasie" für Kleinkinder und Säuglinge zu legalisieren, zeigen eindeutig, wo die Reise hingeht: MAiD erfüllt, was viele befürchtet ha-

ben: Es scheint ein Programm zur Ausweitung der Kindertötung anstelle der Sterbehilfe zu sein, auch bekannt als "Tod in Würde", so ein Zitat aus dem Bericht von naturalnews.com.

Schrittchen um Schrittchen kommen auch alle anderen "lästigen" Bevölkerungsgruppen wie z.B. schwer Drogenabhängige oder Depressive ins Gespräch. Werden nun die Pläne für aufgedrängten Selbstmord ausgeweitet?

Einige Kritiker sagen, das bestehende System der Sterbehilfe sei fehlerhaft, weil es Menschen in die Sterbehilfe dränge, die unter einem Mangel an Behandlung oder Unterstützung leiden. Die lokalen Nachrichten haben über einige Personen berichtet, die eigenen Angaben zufolge Sterbehilfe in Anspruch nehmen, weil es ihnen an einer angemessenen Unterkunft oder sonstiger Unterstützung fehlt und die ihren Antrag zur Sterbehilfe mit einer finanziellen Not und einem Zwang begründeten. Ein Beispiel: "Durch die Regelung der Sterbehilfe in Kanada habe ich erfahren, daß mir die Pflege und Unterstützung fehlt, die ich zum Leben brauche. ... Ich wurde durch Mißbrauch, Vernachlässigung, mangelnde Pflege und Drohungen zur Sterbehilfe gezwungen."

Vor dem ständigen Ausschuß für Justiz und Menschenrechte sagte ein Mann: "Die Regierung sieht mich als überflüssigen Abschaum, als Nörgler, als nutzlos und als Nervensäge an."

Es gab in der Debatte noch drastischere und bitterere Anklagen gegen die Gesundheitsversorgung.

Abgesehen davon, wie repräsentativ solche Aussagen zum Sterbehilfegesetz in Kanada sind, sprechen sie heikle Punkte an. "Eine Debatte über Abgründe" hieß es in einem anderen Artikel.

An welchem Punkt zieht die Gesellschaft eine Grenze zu den Abgründen und bei der Einwilligung zur Sterbehilfe? Denn Tatsache ist, hier wird eindeutig eine Grenze überschritten. Durch die Ausweitung der Euthanasie auf Säuglinge wird Kanada zu einem Tötungsregime. "Ein Säugling ist sich seiner selbst nicht bewußt und kann keinen "Selbstmord begehen", so naturalnews.com. Weiter heißt es: "Säuglinge wollen leben, essen und von ihren Eltern gehalten werden." Wie könnte ein Baby in einen assistierten Suizid einwilligen?

Louis Roy vom Ärztekollegium der Provinz Quebec hat seine Ideologie vor dem Gemeinsamen Sonderausschuß für medizinische Sterbehilfe des Unterhauses erläutert.

Dr. Roy ist der Ansicht, daß es in Fällen, in denen ein Kind mit "schweren Mißbildungen" geboren wird, nicht ausgeschlossen ist, daß dieses Kind lieber sterben möchte als ein ganzes Leben lang mit solchen Problemen leben zu müssen. Seiner Ansicht nach sollten Neugeborene, die mit schweren Mißbildungen oder schweren und schwerwiegenden Syndromen auf die Welt kommen, das Recht auf einen medizinisch unterstützten Tod haben. Aber da so ein Säugling nicht entscheiden kann, ob er leben oder sterben möchte, wer wird diese Entscheidung für ihn fällen? Ärzte oder gar die "besorgten" Eltern?

Ganz zu schweigen von der Gefahr, daß unter dem Deckmantel "Sterbehilfe" Menschen aus dem Weg geräumt werden, die den Staat und das Gesundheitssystem nur Geld kosten, anstelle Steuern abzuführen. Wer darf dann am Ende die Frage beantworten, ob ein Leben lebenswert ist oder nicht? Und wer will diese Last der Entscheidung mit all ihren Konsequenzen auf sich nehmen?

Eine solche Ärztin, die assistierten Suizid durchführt, ist Dr. Stefanie Green, eine MAiD- Enthusiastin, die bereits mehr als 300 Menschen in den Tod begleitet hat. Früher war Dr. Green für die Betreuung am Lebensanfang zuständig, sie spezialisierte sich auf Säuglings- und Müttergesundheit, jetzt ist sie auf die "Betreuung" am Lebensende umgestiegen. "Das eine ist die Einlieferung, das andere ist die Auslieferung", scherzte Dr. Green im April 2022 gegenüber CTV News. "Sie ähneln sich insofern, als daß es sich bei beiden um unglaublich intime Momente handelt. Es sind Meilensteine im Leben eines Menschen. Sie sind sehr intensiv."

Sie beschreibt es als "starkes Gefühl", wenn sie die Todesmedikamente verabreicht. Diese

verstörende Aussage läßt aufhorchen. Und man fragt sich, ob sich ein Genuß am Tod dahinter verbirgt? Jedenfalls erinnert Dr. Greens Bekenntnis auch stark an die sogenannten "Todesengel", Menschen, die meist als Pfleger oder Ärzte in medizinischen Berufen tätig waren und ihre Patienten auf eigene Faust "erlöst" haben. Flogen diese Morde auf, wurden die Straftäter oft als Serienmörder verurteilt. Wobei sich an dieser Stelle die weitere Frage aufdrängt, ob aus den selbsternannten "Erlösern" von damals die "Helfer" von heute werden?

Nicht unerheblich ist auch die Verknüpfung des Onlineportals Bioedge.org. von deutlich gestiegenen Zahlen von sog. Organspenden, nachdem Kanada 2016 die Sterbehilfe legalisierte. Nun ist Kanada bereits weltweit führend bei der Organspende nach Sterbehilfe.

Bioedge.org berichtete über eine im September 2022 veröffentlichte amerikanische Studie mit Untersuchungen zu konkreten Zahlen dieser umstrittenen Praxis. Dennoch soll das kanadische MAiD-Programm auf Empfehlung der Ärztekammer von Quebec nun auch auf kleine Kinder ausgeweitet werden. Die Möglichkeit, Organe von einem Säugling zu entnehmen und zu verkaufen - der keinen Einspruch gegen seine Euthanasie erheben kann - ist ein höchst skrupelloses, gewinnbringendes Geschäft, und die Nachfrage steigt.

Abschließend bleibt nur noch zu schlußfolgern, daß es sich beim kanadischen Programm längst nicht mehr um Sterbehilfe für Schwerstkranke handelt, und das Schlimmste von allem ist, daß dieses Programm den globalen Bevölkerungsreduktions-Plänen in die Hände spielt, (sehen Sie dazu: Die Georgia Guidestones kla.tv/5872 und Eugenik 2.0 kla.tv/23307) wobei die praktische Umsetzung, ganz kraß formuliert, an eine Ausweidung von Schutzlosen erinnert, an der sich all jene berauschen können, die buchstäblich dem Satanskult verfallen sind. (sehen Sie dazu: Die Blutsekte II kla.tv/27211)

Niemals darf dieses Vorhaben zu einer gesellschaftlichen Akzeptanz gelangen: Jedes einzelne Kind und jeder Mensch hat ein absolutes Recht auf Leben - und niemand von uns hat das Recht, es ihnen zu nehmen.<<

<u>Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 10. März 2024 (x1.365/...):</u> >>**Gegen die Meinung von Parteien, Medien und NGOs: Irische Bevölkerung lehnt Umdeutung des Familienbegriffs ab**

Regierungschef Leo Varadkar konnte sich beim Referendum nicht durchsetzen. Redaktion

In Irland trommeln fast alle Parteien, zahlreiche Medien und der NGO-Komplex für Verfassungsänderungen, um den Begriff der Familie umzudefinieren. Doch die Iren stimmen bei einem Referendum mit überwältigender Mehrheit dagegen.

Das irische Volk hat am Freitag gleich zwei Verfassungsänderungen in einem Referendum abgelehnt und damit dem politischen Establishment einen harten Schlag versetzt. Fast alle etablierten Parteien hatten sich zuvor für die Änderungen ausgesprochen. Darunter waren etwa die Partei von Regierungschef Leo Varadkar, Fine Gael (Liberale), die beiden Koalitionspartner Fianna Fail (Liberal-Konservative) und die Grünen, sowie Labour (Sozialdemokraten) und Sinn Fein (linke Nationalisten). Zusammen kommen diese Parteien auf 128 der 160 Sitze im irischen Parlament.

Doch die Wähler entschieden sich mit einer Mehrheit von 67,7 Prozent (1. Änderung) und 73,9 Prozent (2. Änderung) der Stimmen dagegen, wie die irischen Behörden am Samstag bekannt gaben. Dies war der höchste Prozentsatz an Nein-Stimmen, der jemals in einem irischen Referendum erzielt wurde.

Begriff der Familie sollte ausgedehnt werden

Worum ging es also bei der Abstimmung? Die Wähler hatten die Möglichkeit, "die irische Verfassung zu modernisieren", wie es der britische Guardian ausdrückte. Zwei "veraltete" Klauseln in der Verfassung, die aus dem Jahr 1937 stammt, sollten geändert werden.

Die erste Formulierung besagt, daß "der Staat die Familie als die natürliche primäre und

grundlegende Einheit der Gesellschaft und als eine moralische Institution anerkennt, die unveräußerliche und unumstößliche Rechte besitzt", und daß "der Staat sich verpflichtet, die Institution der Ehe, auf der die Familie beruht, mit besonderer Sorgfalt zu bewahren und sie vor Angriffen zu schützen". Die Regierung wollte die verfassungsrechtliche Definition des Begriffs "Familie" auf andere "dauerhafte Beziehungen" erweitern.

Der zweite Teil betraf die Stellung der Frau. In der Verfassung heißt es: "Der Staat erkennt insbesondere an, daß die Frau durch ihr Leben im Haus dem Staat eine Stütze ist, ohne die das Gemeinwohl nicht erreicht werden kann." Und weiter: "Der Staat wird sich daher bemühen, dafür zu sorgen, daß Mütter nicht durch wirtschaftliche Notwendigkeit gezwungen werden, unter Vernachlässigung ihrer häuslichen Pflichten zu arbeiten."

In dem Änderungsantrag wurde gefordert, diese beiden Sätze zu streichen und einen neuen Text hinzuzufügen, der besagt, daß der Staat die familiäre Fürsorge "unterstützen" soll. Kritiker empörten sich unter anderem darüber, daß die Wörter "Mütter" und "Frau" aus dem Gesetz gestrichen würden.

Nichtregierungsorganisationen seien "ideologisches Gift in der Politik"

Die fehlgeschlagene Kampagne der Regierung kostete den Steuerzahler knapp 23 Millionen Euro. "Es lag in unserer Verantwortung, die Mehrheit der Menschen davon zu überzeugen, mit Ja zu stimmen und das haben wir eindeutig nicht geschafft", bedauerte Regierungschef Leo Varadkar. Seine Regierung werde "das Ergebnis akzeptieren und voll und ganz respektieren".

Die Kampagnen-Gegner hingegen konnten jubeln. Carol Nolan, die als unabhängige Abgeordnete im Parlament sitzt, sprach von einem "politischen Erdbeben". Bei diesem Referendum sei es vor allem "um die Dominanz der NGOs in unserem derzeitigen politischen System gegangen", erklärte sie. Die Menschen hätten es satt, von nicht gewählten Nichtregierungsorganisationen wie dem National Women's Council herumkommandiert zu werden. Jener Dachverband hatte sich vehement für ein Ja beim Referendum eingesetzt. Die NGOs seien "ideologisches Gift in der Politik", schloß Nolan.

Auch eine der Hauptprotagonisten der Nein-Kampagne, die Frauenrechtlerin Laoise de Brún, zeigte sich erfreut. "Unsere Botschaft ist kraftvoll und findet im ganzen Land und weltweit Anklang. Die Welt schaut zu. Irland ist ein Versuchsfeld für linksradikale Politik und Gesetzgebung, und die Regierung hat erwartet, daß sie damit einen Volltreffer landen würde", sagte sie laut dem Onlinemagazin Gript.

"Sie werden alles tun und sagen, um den Menschen das aufzuzwingen, was sie Fortschritt oder Inklusion nennen, was aber in Wirklichkeit das kalte Herz des Neoliberalismus, gemischt mit Gender-Ideologie, ist. Und das Volk sagt Nein. Genug", so de Brún.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 12. März 2024 (x1.361/...): >> Haß auf Weiße: Bundesregierung finanziert neues Projekt, das Schulkinder nach Hautfarbe trennt

Ab dem 11. März finden in Deutschland bundesweit die "internationalen Wochen gegen Rassismus" statt. Gefördert vom Bundesinnenministerium und -familienministerium werden in Stuttgart dabei Kinder nach Hautfarbe getrennt, Weiße zum Problemfall erklärt und Veranstaltungen der Migrantifa unterstützt.

Pauline Schwarz

Unter dem Motto "Menschenrechte für alle" finden ab dem 11. März wieder die "internationalen Wochen gegen Rassismus" in Deutschland statt. Und die sind laut den Organisatoren der Projekttage aus der Stadt Stuttgart "mit Blick auf die aktuelle gesellschaftliche Situation" wohl seit der ersten Veranstaltung im Jahr 2008 nie so wichtig gewesen wie heute. Mit seinen Veranstaltungen will man zeigen, daß "nicht alle Menschen mit der Aufrechterhaltung weißer Privilegien und der Ausgrenzung von BIPoC" einverstanden seien. Gefördert vom Bundesin-

nenministerium und -familienministerium wurden deshalb vier verschiedene Projektgruppen gestartet, die vor allem eines auszeichnet: die Dämonisierung von Weißen und die Kriminalisierung Andersdenkender.

Apartheid 2.0 im Klassenzimmer

Das sieht man schnell, wenn man sich zum Beispiel das "Schulprogramm" der "Aktionswochen Stuttgart" ansieht. Damit Kinder und Jugendliche sich "aktiv mit den Themen Rassismus, Vorurteile, Toleranz, Identität und Solidarität auseinandersetzen" wurden insgesamt 24 verschiedene Projekte aufgestellt - und schon das erste verkörpert im Prinzip nichts anderes, als eine woke Apartheid 2.0. Bei dem Workshop "Empowerment und Sensibilisierung" werden die Schulkinder nämlich nach zwei Gruppen aufgeteilt: Es gibt einen "Sensibilisierungsworkshop" für weiße und einen "Empowermentworkshop" für Kinder mit Migrationshintergrund.

Im Rahmen des "Sensibilisierungsworkshops" der "Black Community Foundation Stuttgart" sollen Kinder ab der 9. Klasse ihre "Involviertheit in Machstrukturen" erkennen, um für "unterschiedliche Formen von Rassismus im Alltag" sensibilisiert zu werden - denn eine "weiße Person, die noch nie mit Rassismus konfrontiert wurde" könne sich "unmöglich" in solche Situationen hineinfühlen. Demnach wird etwa 15 Jahre alten Kindern also eingeredet, daß es Rassismus gegen weiße Menschen nicht gibt, während sie, ihre Familien und ihre ganze Kultur, zu einem Problemfall erklärt werden. Die "BIPoC-Schüler" sollen derweil über ihre traumatisierenden Rassismuserfahrungen sprechen, um dann gemeinsam "zu heilen".

In anderen Workshops dürfen die Schulklassen zumindest zusammen etwas über die "die tieferen Ursachen von Alltagsrassismus" lernen - darüber wie man "rassismuskritisches Denken in die DNA unserer Gemeinschaft" einwebt, um gemeinsam eine "diversitätsorientierte" Zukunft zu schaffen. Es gibt aber auch Projekte, die auf den Kampf gegen "Fakenews", "Haß im Netz" und "Verschwörungsdenken" abzielen - zum Beispiel der Theaterworkshop "Eigentlich ist Komplexität gar nichts Schlimmes", in dem Kinder ab 14 Jahren lernen sollen "rassistische Abwertungsmuster und Stereotypisierungen", auch im Kontext von Verschwörungstheorien, zu "dekonstruieren".

Der Veranstalter dieses Workshops ist das Projekt "Einmal Brainwash und Zurück" von der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg e.V. - das laut seiner Website unabhängig von den "Wochen gegen Rassismus" vom Bundesfamilienministerium und durch "Demokratie Leben!" gefördert wird. Und zwar um sich dem Thema "Verschwörungsmythen" in all seinen Facetten zu widmen: "Reptiloide, die Klimalüge, die Islamisierung Europas, die jüdische Weltherrschaft, Chemtrails" oder auch der "Corona-Übertragung durch 5G". Das heißt also, daß Kindern verkauft wird, daß Leute, die an außerirdische Echsenmenschen glauben, genauso irre sind, wie Leute, die nicht den linken Klima-Narrativen folgen oder die vor den Folgen der Massenmigration warnen.

"Das Decodieren von Weißen Strukturen"

Qualitativ hochwertige Bildung wie diese gibt es im Rahmen der Stuttgarter Aktionswochen aber nicht nur für Schüler, sondern auch für Ihre Lehrer und andere "Multiplikatoren". In der Projektgruppe "Fortbildungsprogramm" finden sich zum Beispiel Workshops rund um "rassismuskritische, kultursensible und diversitätswertschätzende Bildung". Auch das zuvor genannte "Brainwash-Projekt" richtet gleich zwei solcher "Fortbildungen" aus.

In der Veranstaltung "Das Decodieren von Weißen Strukturen in Bildungsinstitutionen" sollen sich "Personen, die Interesse an der Schaffung von safer spaces haben" sowie "Fachkräfte" und "Interessierte" kritisch mit dem "Konzept des Weißseins" auseinandersetzen. Geleitet wird das Seminar von Nilima Zaman, der Schöpferin einer Gruppe namens "BiPoC+ Feminismen" und Universitätsdozentin zum Thema "(Post)koloniales Weißsein".

Noch wesentlich interessanter ist allerdings eine Veranstaltung der "Migrantifa Stuttgart" - ja,

sie haben richtig gehört: Das Bundesinnenministerium und das Bundesfamilienministerium fördern zumindest indirekt Veranstaltungen eines migrantischen Ablegers der linksextremen Antifa. Die extremistischen Gruppen beteiligten sich nicht nur an den gewalttätigen Ausschreitungen rund um den 1. Mai in Berlin, sondern zuletzt auch bundesweit an den Palästinenser-Demos - dabei fielen sie lautstark mit antisemitischen Haß-Parolen und Aufrufen zum Völkermord an Israelis auf.

Und mit diesem extremistischen Geist wollen sie nun offenbar auch die deutschen Lehrkräfte anstecken - denn der Workshop dreht sich um die "rassistische Berichterstattung" rund um den Nahost Konflikt und darum, wie das Leid der Menschen genutzt wird, "um hier rassistisch zu hetzen und rechte Propaganda immer mehr in die Mitte zu rücken". Zudem habe die Bundesrepublik laut der Gruppe an den Konflikten in "Süd-West-Asien" - "Nahost" ist laut Migrantifa ein "eurozentrischer Begriff" - eine Mitschuld.

Doch die Migrantifa kann nicht nur antisemitische und anti-westliche Propaganda, sie kann auch "intersektionalen" Feminismus - also Feminismus für "BIWOCS" (BIWOC = "Black, Indigenous, Women Of Color"), für "Mehrfachdiskriminierte". Eine entsprechende Podiumsdiskussion "mit anschließender Party" wird der Öffentlichkeit in der dritten Projektgruppe, den "öffentlichen Veranstaltungen", mit Staatsförderung zur Verfügung gestellt - damit sich die linksextreme Szene bei "Musik und Getränken" vernetzen kann.

Rassistische Spielzeuge und Schönheitsideale

Und das ist nicht die einzige extreme "Kulturveranstaltung": unter dem Titel "Spielfeld der Herrenmenschen" können sich Interessierte zum Beispiel mit der Frage auseinandersetzen, wie sich der Fußball dekolonialisieren läßt. Die Verbreitung des Fußballs sei ohne den Kolonialismus nämlich nicht denkbar gewesen - das Spiel sei zur "Unterdrückung" genutzt worden und Teil der "Rassenlehre". Doch nicht nur unser Fußball ist von Rassismus durchsetzt: Auch unsere Schönheitsideale und sogar unser Kinderspielzeug sind von Vorurteilen uns Rassismen geprägt. So kann man bei dem Vortrag "Spielzeug und Rassismus. Perspektiven, die unter die Haut gehen" zum Beispiel lernen, daß wir Spielzeug haben, "das Schwarze Menschen entstellt, herabwürdigt und lächerlich macht".

Und es ist noch lange nicht vorbei: Auch unser Kaffee und die Pyramiden haben etwas mit Rassismus zu tun. Deshalb sollten Sie sich, wenn sie es immer noch nicht kapiert haben, schleunigst beim Infotreffen des "Netzwerk für Demokratie und Courage" oder von "STELP Volunteer" anmelden - dort können Sie sich dann auch gleich für mindestens vier Wochen verpflichten auf Lesbos (Griechenland) in einem Flüchtlingslager auszuhelfen. Ein guter Demokrat sollte aber zumindest versuchen, mit einer szenischen Lesung, einem interaktiven Theaterworkshop oder der Teilnahme an einer Ramadan-Kulturnacht seine koloniale Schuld ein bißchen abzubauen - wenn das überhaupt möglich ist.

So oder so, eines steht fest: Wer weiß und deutsch ist, hat in der vierten und letzten Projektgruppe nichts verloren. Das "Empowermentprogramm" richtet sich laut Zielgruppenbeschreibung nämlich ausschließlich an Menschen mit Migrationshintergrund - nur eine einzige Veranstaltung, ein "FLINTA* Brunch & Creative Workshop" der Migrantifa, richtet sich zumindest scheinbar an Frauen (und die restlichen LGBT-Buchstaben) aller Hautfarben.

Die linksextreme Gruppierung "empowert", also ermächtigt, aber nicht nur die armen unterdrückten Frauen, sondern in einem zweiten Workshop natürlich auch noch "Menschen mit Diskriminierungs- und v.a. Rassismuserfahrungen", die unter dem "Imposter-Syndrom" leiden. Dort kann man sich dann "Selbstliebe, Stärke und Selbstbewußtsein" antrainieren, das einem das kapitalistische System, das Patriarchat und wahrscheinlich auch noch das kolonialistische Konzept des Weißseins genommen haben.

"BIPoCs" sollen sich austauschen, Karaoke singen, gemeinsam kochen oder Talkrunden abhalten. Es gibt einen "Drei-Schritte-Plan" nur für Muslimas, einen "Healing Circle" nur für

schwarze Männer und einen Safespace nur für Asiaten - ihnen allen wird auf Kosten unserer Steuergelder eingeredet, daß sie von Deutschen ohne Migrationshintergrund unterdrückt werden und ihre Probleme unsere Schuld sind.

Wie viel Geld genau das Bundesinnenministerium und das Bundesfamilienministerium im Namen des Anti-Rassismus in diesen offensichtlichen Rassismus gegen Weiße investieren, will man auf Anfrage von Apollo News nicht sagen. Ein Sprecher des Familienministeriums verwies lediglich darauf, daß "die Gebietskörperschaften und Projekte" eigenverantwortlich über die "Verwendung ihrer Fördermittel im Rahmen der Vorgaben des Bundesprogramms Demokratie leben!" entscheiden würden.<<

<u>Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt"</u> <u>berichtete am 13. März 2024 (x1.360/...):</u> >>**Straftaten mit Kinderpornographiebezug müssen Verbrechen bleiben!**

Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) will durchsetzen, daß die Verbreitung sowie der Erwerb und Besitz von kinderpornografischen Inhalten gemäß Paragraph 184b des Strafgesetzbuches zu bloßen Vergehen herabgestuft werden. Das darin vorgesehene Mindestmaß von einem Jahr Freiheitsstrafe für die Erfüllung dieser Tatbestände soll nach einem neuen Gesetzentwurf der Ampel-Regierung auf sechs Monate verkürzt werden. Darüber berät morgen der Deutsche Bundestag.

Dazu teilt Mariana Harder-Kühnel, stellvertretende Bundessprecherin der Alternative für Deutschland, mit:

"Straftaten, die in Zusammenhang mit Kinderpornographie und damit sexuellem Mißbrauch von Kindern stehen, dürfen nicht verharmlost werden, sondern müssen weiterhin als das angesehen und behandelt werden, was sie sind: inakzeptable Verbrechen.

Mit einer Herabstufung zu einem bloßen Vergehen würde die Ampel das fatale gesellschaftspolitische Signal aussenden, daß eine Schändung von Kindern keinen allzu hohen Unrechtsgehalt mehr aufweise.

Den in ihrem Gesetzentwurf als Begründung für die Herabstufung angeführten Bagatellfällen, bei denen zum Beispiel Eltern den Lehrern ihrer Kinder an der Schule kursierende kinderpornografische Inhalte zur Kenntnisnahme weiterleiten, könnte in Paragraph 184b StGB durch die Regelung von minder schweren Fällen sowie der Möglichkeit des Gerichts, unter bestimmten Voraussetzungen von Strafe abzusehen, begegnet werden.

Mangelnde Ressourcen bei den staatlichen Strafverfolgungsbehörden dürfen bei der Bekämpfung von Verbrechen an Kindern nicht als Vorwand für Herabstufungen dienen, da es gerade die Pflichtaufgabe der Bundesregierung ist, für ein angemessen ausgestattetes Polizei- und Justizsystem zu sorgen."<<

<u>Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 18 März 2024:</u> >>**Endlich: Krieg im Schulunterricht**

Von Karel Meissner

Zweiter Kalter Weltkrieg: Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) will Krieg und Survivaltraining in den Schulunterricht integrieren. Wie Verteidigungsminister Boris Pistorius und seine Generäle den Angriffskrieg gegen Rußland planen - das ist das Titelthema der April-Ausgabe von COMPACT-Magazin ...

In den 1950er Jahren, während des ersten Kalten Krieges, produzierte man in den USA diverse Propagandafilme, in denen man Überlebenstechniken für den kommenden Atomkrieg präsentierte.

Beispiel: Wenn am Horizont grelles Licht aufleuchtet, sofort auf den Boden und das Gesicht schützen. Entsprechend zeigt der Film einen Jungen auf seinem Fahrrad. Da, der Blitz. Sofort läßt der Knabe sich fallen, "Gut gemacht", lobt der Sprecher.

Solch Propaganda-Trash fand dreißig Jahre später Eingang in den Kompilationsfilm "The

Atomic Cafe" (1982). Das damalige Publikum lachte schallend. Niemand konnte sich vorstellen, daß solche Survival-Idiotien zweiundvierzig Jahre später ihr Comeback feiern würden:

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) fordert aktuell von den Schulen, dem Nachwuchs ausreichend Kriegsfitneß zu vermitteln. Gegenüber der Funke-Mediengruppe läßt sie wissen:

"Die Gesellschaft muß sich insgesamt gut auf Krisen vorbereiten - von einer Pandemie über Naturkatastrophen bis zum Krieg. Zivilschutz ist immens wichtig, er gehört auch in die Schulen. Ziel muß sein, unsere Widerstandsfähigkeit zu stärken."

Was ist damit gesagt? Meint Stärkung der "Widerstandsfähigkeit" maximale Instandhaltung hiesiger Infrastrukturen? Oder soll jeder Schüler, wenn Deutschland vom bösen Russen okkupiert ist, als Guerilla-Kämpfer dem Widerstand beitreten?

Natürlich begrüßt Stark-Watzinger auch die Schaffung neuer Schutzräume. Bleibt zu hoffen, daß diese "Safe-Spaces" ästhetisch nicht ganz so grausig ausfallen wie die Betonschutzbunker der Siebziger. Wichtiger ist jedoch Verstärkung an der Propagandafront:

Nicht nur Lehrer, auch Sozialarbeiter und Psychologen sollen den Nachwuchs entsprechend bearbeiten. Schließlich gehe es "auch darum, Sorgen und Ängsten zu begegnen." Dem entgegen müßten die Schulen ein "unverkrampftes Verhältnis zur Bundeswehr" vermitteln:

"Ich halte es für wichtig, daß Jugendoffiziere in die Schulen kommen und berichten, was die Bundeswehr für unsere Sicherheit tut. Daß es da Vorbehalte gibt, kann ich nicht nachvollziehen."

Tja, der Russe macht uns das Leben schwer: Tu was - mit der Bundeswehr. Was das Überlebenstraining betrifft, empfiehlt Stark-Watzinger die Briten als leuchtende Vorbilder: "Dort gehören Übungen für den Katastrophenfall an Schulen zum Alltag. Davon können wir lernen." Stefan Düll, Präsident des Deutschen Lehrerverbands (DL), zeigte sich gegenüber Bild am Sonntag von Stark-Watzingers Vorschlag angetan: "Ich erwarte von der Bundesministerin, daß sie jetzt das Gespräch mit den Bildungsministern in den Bundesländern sucht. Eine Absichtserklärung reicht nicht, jetzt muß im Politik-Unterricht zum Ukraine-Krieg und zur gesamteuropäischen, ja globalen Bedrohungslage gelehrt werden."

Also Propaganda zur Rechtfertigung der eigenen Kriegslust? Solange, bis die Klasse sich freiwillig und geschlossen zum Einsatz meldet, wie in Erich Maria Remarques Roman "Im Westen nichts Neues" (1929)? Nicht ganz so glücklich ist die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Karin Prien (CDU) über diesen Vorstoß:

"Es hilft nicht, der Bevölkerung und insbesondere Kindern und Jugendlichen Angst zu machen. Es ist Aufgabe des Bundes, sich um Fragen des Zivilschutzes und der äußeren Sicherheit zu sorgen."

In der Tat: Eine Generation, die Bücher und Filme mit Trigger-Warnungen versehen oder vom Sensitiv Reader entschärfen läßt - für solche Softies dürften Kriegs-Dokumentarfilme zur Psychiatrie-Einweisung führen.

Übrigens: Eine echte Kriegskultur braucht neben Propaganda auch Pin-Up-Girls - damit die Soldaten wissen, für was/wen sie kämpfen. Vorschlag: Wie wäre es mit Postern, die Marie Agnes Strack-Zimmermann im Bikini zeigen? Die ließe sich auch auf die erste deutsche Atomrakete kleben. Wie bei der Hiroshima-Bombe. ...<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 21. März 2024 (x1.361/...): >> Wer die politische Neutralität der Schulen in Frage stellt, greift die Wurzel der Demokratie an

Als Lehre aus dem Nationalsozialismus wurde die Bildung in der Bundesrepublik föderalisiert und die absolute weltanschauliche und politische Neutralität an Schulen festgeschrieben. Doch dieser Grundsatz scheint immer weniger zu gelten. Der Fall Loretta zeigt, wie schnell Schüler heute zu Denunziations-Opfern ihrer eigenen Vertrauenspersonen werden können.

Jonas Aston

"Wie sieht denn bei Euch zu Hause die Fernseh-Uhr aus? Hat sie Punkte oder Striche?" Mit dieser Frage wurden unzählige Schüler in der DDR konfrontiert. Familien, deren Kinder diese Frage wahrheitsgemäß beantworteten, konnte erheblicher Ärger drohen. "Punkte" bedeuteten nämlich, daß die Familie Westfernsehen schaute. Im Staatsbürgerkundeunterricht wurden den Schülern die marxistisch-leninistische Weltanschauung und die Bekämpfung des "Klassenfeinds" eingebläut.

Ebenso versuchte der Nationalsozialismus über die Schulen den Lebensalltag der heranwachsenden Bürger zu durchdringen. Im Biologieunterricht wurde der Schwerpunkt auf die Vererbungskunde und die Rassenlehre gelegt. Im Deutsch- und Geschichtsunterricht ging es um die Vermittlung von "vaterländischer Größe". Zudem wurde die Stundenzahl des Sportunterrichts erhöht, um die Schüler zunehmend wehrfähig zu machen. Ideologisch geprägte Rituale und NS-Symbolik wie Hakenkreuze, Fahnenappelle und Hitlergruß-Gesten spielten im Schulalltag eine immer größere Rolle.

Freiheitsfeindliche Systeme zielen stets darauf ab, die Menschen von Kindesbeinen an mit ihrer Ideologie zu durchdringen. Aus diesem Grund sollte ab 1949 sichergestellt werden, daß die Schulen nicht mehr an einer zentralen Stelle zusammengeführt und der Ideologisierung der Schulen so schon strukturelle Hürden in den Weg gelegt werden. Im Grundgesetz ist das Föderalismusprinzip - genauso wie das Demokratie-, das Sozialstaats- und das Rechtsstaatsprinzip - mit einer Ewigkeitsgarantie versehen und kann daher nicht beseitigt werden.

Das Ende der politischen Neutralität der Schulen

Dennoch wird der Föderalismus gerade im Bildungsbereich seit Jahren ausgehöhlt und die Finanzierung auf den Bund ausgelagert. Durch den Digitalpakt sollen beziehungsweise haben Schulen bundesweit etwa 6,5 Milliarden erhalten. Unterstützt wurde dieser Pakt von sämtlichen im Bundestag vertretenen Parteien, abgesehen von der AfD. Zudem hat die Ampel gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz kürzlich beschlossen, daß bis 2035 "sozial benachteiligte Schüler" 20 Milliarden Euro erhalten sollen.

In der Bundesrepublik Deutschland sollte an den Schulen zudem die absolute weltanschauliche und politische Neutralität gelten. Doch an diesen Grundsatz wird schon länger die Axt angelegt. 1995 erhielt die erste Schule in Deutschland den Titel "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage". Im April 2018 gehörten diesem Netzwerk deutschlandweit fast 2600 Schulen an, die von mehr als 1,5 Millionen Schülern besucht werden. Damit ist es das größte Schulnetzwerk in ganz Deutschland. Um den Titel "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" zu erhalten, ist eine Zustimmung von mindestens 70 Prozent aller Personen erforderlich, die in der Schule lernen und arbeiten.

Durch die Unterzeichnung der Selbstverpflichtungserklärung verpflichten sie sich dazu, zukünftig jegliche Form von Diskriminierung abzulehnen. Die Schule muß zudem mindestens einmal jährlich einen Projekttag zu diesem Thema durchführen. Im Falle von Diskriminierungsfällen verpflichten sich die Unterzeichner dazu, aktiv einzugreifen. Durch die Kampagne "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" haben die Bildungseinrichtungen hierzulande eine massive Ideologisierung erfahren.

"Schutzraum Schule" im Auflösungszustand

Auch der Fall der 16-jährigen Loretta zeigt, daß der "Kampf gegen Rechts" inzwischen außer Kontrolle geraten ist. In der Schule sollte für Kinder und Schüler ein sicherer Ort sein. Durch übereifrige Schulleiter wie Jan-Dirk Zimmermann an dem Richard-Wossidlo-Gymnasium in Ribnitz-Damgarten befindet sich der "Schutzraum Schule" im Auflösungszustand. Die Denunziation scheint an den Bildungseinrichtungen inzwischen Schule zu machen.

Das zeigt nicht zuletzt auch die Kampagne, die im vergangenen Spätsommer gegen Bayerns Vizeministerpräsident Hubert Aiwanger (Freie Wähler) gefahren wurde. Aiwangers ehemali-

ger Lehrer, Franz Graf, stach jahrzehntealte antisemitische Flugblätter an die Süddeutsche Zeitung durch und behauptete, Aiwanger hätte diese verfaßt. Von dieser Geschichte ist nichts übriggeblieben und doch hatte diese Kampagne das Potential, die Karriere von Aiwanger zu zerstören.

Durch ein solches Vorgehen wird das Vertrauensverhältnis von Schülern und Lehrern nachhaltig beschädigt. Schüler, Eltern und Lehrkräfte müssen sich auf Dauer darauf verlassen können, daß schulische Interna nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Ebenso muß man sich darauf verlassen können, daß Schulleiter nicht bei der erstbesten Gelegenheit die Polizei zur Abführung von Schülern kontaktieren, sondern zunächst einmal das Gespräch mit dem Schüler und gegebenenfalls den Eltern suchen.

Wenn Jan-Dirk Zimmermann irgend etwas daran liegt, daß die Schule ein Raum für Bildung ist, dann müßte er zurücktreten. Der Skandal ist nicht, daß ein 16-jähriges Mädchen irgendwelche Inhalte auf Social Media geteilt hat. Der Skandal ist, daß der Schulleiter als die verantwortliche Person noch immer in Amt und Würden ist. Tritt er nicht aus freien Stücken zurück, müßte das Kultusministerium eingreifen.

Ebenso wie Zimmermann vom Kultusministerium ernannt wurde, kann er von diesem auch wieder abberufen werden. Daß Kultusministerin Simone Oldenburg (Die Linke) Schritte in diese Richtung unternehmen würde, ist gegenwärtig nicht zu vernehmen. Im Gegenteil: Die Regierungskoalition um Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) weist sämtliche Vorwürfe von sich.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28454" berichtete am 23. März 2024 (x1.366/...): >>SKANDAL: Justiz in pädokriminelle Netzwerke verstrickt

Epstein, Dutroux, Teichtmeister - Namen, die für grauenvollste Verbrechen an Kindern stehen. Waren sie wirklich nur Einzeltäter - oder gibt es weltweite pädokriminelle Netzwerke, die hier nach wie vor aktiv sind? Welche Rolle spielt die Justiz? Stimmt die Behauptung unzähliger Zeugen, daß Richter, Staatsanwälte und Ermittlungsbeamte diese Verbrechen nicht nur decken, sondern selbst darin verwickelt sind? Kla.TV deckt Erschreckendes auf. USA, Deutschland, Österreich, Niederlande, Belgien, Frankreich, Schweiz: Die Verfilzung der Justiz in Fällen von schwerstem Kindesmißbrauch und Mord in sieben Ländern unter die Lupe genommen.

(Einführung:)

(Kinderärztin Dr. Dorothea Thul:) "Ich gebe es jedem schriftlich. Den schlimmsten, perversesten Kindesmißbrauch, den ich jemals in meinem Leben gesehen und beschrieben bekommen habe, von den Opfern selber, die schlimmsten, perversesten Täter waren die Staatsanwälte und die Richter selber. Ich meine das ernst. Die perversesten Täter, die ich in meinem Leben erlebt habe, waren Staatsanwälte und Richter. Und niemand geht gegen diese Leute vor. Und ihr habt keine Ahnung, was passiert, wenn man als Whistleblower das laut ausspricht. Und ganz besonders ist bei diesen rituellen Mißbrauchsopfern, Kleinkinder und Säuglinge und Babys und die Kinder werden oft unter Drogen gesetzt, bevor die getötet werden.

Und das ist der Punkt, auf den ich hinauswill, ich habe seit Jahren gesagt, ich habe den begründeten Verdacht, daß wir hier organisierte Kriminalität innerhalb der Justiz haben. Und deswegen sag ich, ich gebe es jedem schriftlich, die schlimmsten Täter sind in der Justiz. Und wenn mir etwas zustoßen sollte, dann können Sie das, was ich ausgesagt habe, als Zeugenaussage werten, als eidesstattliche Zeugenaussage."

Dorothea Thuls Engagement und ihre Aussage hatten ernste Konsequenzen: Ihre ärztliche Kollegin Dr. Jette Limberg-Diers veröffentlichte einen Hilfeschrei, daß die Kinderärztin überfallen und zusammengeschlagen worden sei, daß sie in die Psychiatrie verfrachtet wurde. Ihr sei der Führerschein entzogen worden und ihr Haus sei mit Zwangshypotheken belegt worden, was zu einer Zwangsversteigerung des Hauses führen sollte. Es wurde Strafanzeige gegen sie

erhoben wegen Beleidigung im Internet.

Laut ihrem Telegram-Kanal wurde sie 2021 zu neun Monaten Haft auf Bewährung mit einer Bewährungszeit von drei Jahren verurteilt. Dr. Dorothea Thul ist im Gerichtssaal zusammengebrochen. Im April 2023 sei sie wegen Volksverhetzung in Untersuchungshaft gekommen. Seitdem ist sie von der Bildfläche verschwunden, niemand weiß, wo sie sich aufhält und wie es ihr geht.

Warum wird mit solch einer Wucht gegen Frau Dr. Thul vorgegangen? Könnte es mit ihrer Aussage zusammenhängen, daß die schlimmsten Täter selbst in der Justiz sind? Gibt es Hinweise für eine Verstrickung der Justiz in pädokriminelle Netzwerke? Kla. TV ist diesen Fragen nachgegangen und dabei tatsächlich auf erschreckende Abgründe gestoßen.

Denn eine Vielzahl an Überlebenden und Zeugen organisierter sexualisierter und ritueller Gewalt haben bezeugt, daß hochrangige Richter, Staatsanwälte, Anwälte und Polizisten in diese Verbrechen verwickelt sind. Etliche von ihnen sind selbst Täter, andere decken die pädokriminellen Netzwerke, sie schützen die Täter und verfolgen Zeugen und Aktivisten. Hören Sie im Folgenden einige Beispiele.

USA - Die Verstrickung der US-amerikanischen Justiz in den Epstein-Skandal

Der US-amerikanische Finanzier und Sexualstraftäter Jeffrey Epstein betrieb über einen Zeitraum von ca. 20 Jahren einen Sexhandelsring mit Minderjährigen. Opfer berichten von Sexhandel und sexuellen Übergriffen, die bereits 1996 stattgefunden hätten. Insgesamt wird von mindestens 100 Opfern ausgegangen.

Die Dunkelziffer ist jedoch mit Sicherheit um ein Vielfaches höher. Maria Farmer, eines der Epstein-Opfer, das zwangsweise an der Rezeption eines Gästehauses arbeitete, in dem Epstein zu dieser Zeit residierte, beobachtete über einen Zeitraum von einem Jahr hinweg Folgendes: Jeden Tag seien 5 bis 10 Mädchen zu Epstein gebracht worden, dies sei eine sehr schreckliche Sache für die Kinder gewesen. Sie sprach von insgesamt Tausenden von Mädchen, die in Epsteins Anwesen ankamen.

Allein in Florida seien 500 Mädchen nicht mehr auffindbar gewesen, die Maria Farmer für Aussagen gegen Epstein kontaktieren wollte. Sie kann nicht nachvollziehen, was mit all den Mädchen passiert ist. Sie hat den schweren Verdacht, daß sie ums Leben gekommen sind. Virginia Roberts Guiffre, ein anderes Opfer von Epstein, das jahrelang in seiner Gewalt war, sagte: "Ich habe Hunderte von Mädchen durch Jeffrey's Schwingtür gehen sehen, seine sich ständig drehende Tür."

Virginia Roberts Guiffre war live dabei, als Epstein 12-jährige Drillinge vom Model-Scout (= Eine Person, die gutaussehende Menschen für die Modebranche sucht) Brunel aus Frankreich "geliefert" bekam. Die Mädchen wurden zu abartigen sexuellen Handlungen mit Epstein gezwungen.

Epstein mißbrauchte und vergewaltigte die Mädchen jedoch nicht nur selbst, sondern stellte sie auch Prominenten zum Sex zur Verfügung. Die Mädchen wurden dafür rund um den Globus geflogen. Mehrere Epstein-Opfer nannten Namen von Personen, von denen sie als Minderjährige sexuell mißbraucht wurden. Virginia Roberts Guiffre beschuldigte neben Epstein folgende Personen, sie mißbraucht zu haben:

- Prinz Andrew,
- den Staranwalt Alan Dershowitz,
- den Hedge-Fonds Manager Glenn Dubin,
- den Politiker Bill Richardson,
- den französischen Model-Scout Jean-Luc Brunel,
- den KI-Wissenschaftler Marvin Minsky und
- den Hotelmilliardär Tom Pritzker.

Maria Farmer berichtete, daß Donald Trump, sowie Bill und Hillary Clinton "Mitverschwö-

rer" von Jeffrey Epstein gewesen seien. Sie sah sie "alle bei Epstein ein- und ausgehen und wußte, daß sie Teil des Ganzen waren", so Farmer wörtlich.

Epstein pflegte gute Beziehungen zur Justiz. Mehrere Klägerinnen gegen Epstein sagten aus, daß der bekannte US-amerikanische Staranwalt Alan M. Dershowitz, der Epstein mehrmals verteidigt hat, zu den Tätern gehört habe. Maria Farmer bezeichnete Dershowitz wörtlich als "Mitverschwörer".

Virginia Roberts Guiffre - die Hauptklägerin im Fall Epstein - verklagte den Anwalt im Jahr 2019 wegen sexuellen Mißbrauchs und Rufschädigung. Dershowitz reichte daraufhin eine Gegenklage wegen Rufschädigung und vorsätzlichen Zufügens von emotionalem Streß ein. Er bestreitet bis heute vehement, jemals sexuellen Kontakt zu Minderjährigen gehabt zu haben.

Die Anschuldigung, der Anwalt habe Virginia Roberts Guiffre als Minderjährige mißbraucht, wurde von einem Richter sogar aus den Akten gestrichen.

Dershowitz ging straffrei aus, obwohl mehrere Frauen ihn belastet hatten. Sie gaben zu Protokoll, daß sie als Minderjährige von ihm sexuell mißbraucht oder vergewaltigt worden seien. Er war bei mehreren Klägerinnen auch dahingehend aktiv geworden, diskreditierende Informationen (= abwertende, schlechtmachende Aussagen) zu suchen und sie der leitenden Ermittlerin zuzuführen.

Er behauptete zum Beispiel, daß Virginia Roberts Guiffre eine bekannte Prostituierte und Lügnerin sei. Ausgerechnet sie, die nach eigenen Angaben als Minderjährige von Epstein und Dershowitz mit Gewalt zur Prostitution gezwungen worden war! Der mediale und juristische Druck auf Virginia Roberts Guiffre führte schließlich dazu, daß sie einknickte und die Anschuldigung gegen Dershowitz zurücknahm.

Epstein wurde im Jahr 2019 zum zweiten Mal von Alan Dershowitz in einem gerichtlichen Verfahren vertreten. Epstein war bereits 2008 angeklagt worden, Minderjährige vergewaltigt und zur Prostitution gezwungen zu haben, wofür er normalerweise eine lebenslängliche Haftstrafe hätte verbüßen müssen.

Stattdessen handelte Jay Levkowitz, ein weiterer hochbezahlter Staranwalt aus dem damals siebenköpfigen Anwaltsteam um Dershowitz, einen außergerichtlichen Vergleich mit dem Bundesstaatsanwalt von Florida, Alexander Acosta aus.

Aufgrund dieses Deals bekam Epstein statt lebenslänglich eine völlig unangemessene Gefängnisstrafe von 18 Monaten. Davon mußte er nur 13 Monate absitzen. Er war im Privatflügel des Gefängnisses untergebracht und hatte jeden Tag bis zu 12 Stunden Freigang, um in sein Büro zu gehen.

Staatsanwalt Acosta und das Anwaltsteam um Levkowitz und Dershowitz sind somit dafür verantwortlich zu machen, daß Epstein nach seinem Verfahren im Jahr 2008 statt der lebenslänglichen Haftstrafe nur 13 Monate abbüßen mußte. Nur dadurch war es Epstein überhaupt möglich, bis ins Jahr 2019 den Kindervergewaltigerring weiter zu betreiben. Außerdem war Epstein 2008 durch diesen Deal einem Gerichtsverfahren auf Bundesebene entgangen und das wiederum bewahrte ihn vor weiteren Ermittlungen. Der Verdacht liegt nahe, daß es den Verantwortlichen aus der Justiz und den prominenten Tätern durchaus entgegenkam, daß nicht noch mehr Details des Epstein-Skandals ermittelt wurden.

Staatsanwalt Acosta wurde unter Trump später zum Arbeitsminister befördert. War das eine "Belohnung" für sein kooperatives Verhalten, die Täter geschützt und die wahren Ausmaße des Skandals unter dem Deckel gehalten zu haben?

Die Journalistin Julie K. Brown von der amerikanischen Zeitung "Miami Herald" erfuhr von Polizisten, daß diese auf Anweisung von höherer Stelle nicht richtig gegen Epstein ermitteln durften. Sie sah Gerichtsakten ein und veröffentlichte im November 2018 schließlich eine Serie über die Verbrechen Epsteins. Sie brachte als einzige das ganze Ausmaß der Vorwürfe an die Öffentlichkeit. "Es gab wirklich niemanden, der das Ganze verfolgte", sagte die Journali-

stin.

Auch das FBI (= Federal Bureau of Investigation - Bundesamt für Ermittlungen = sowohl Strafverfolgungsbehörde als auch Inlandsgeheimdienst der US-Bundesregierung), eine der höchsten Strafverfolgungsbehörden in den USA, verfolgte Epstein nicht, obwohl es laut dem Epstein-Opfer Maria Farmer über den Sexhandelsring mit Minderjährigen bestens unterrichtet war. Das FBI hatte auch Kenntnis davon, daß Maria Farmer und ihre Schwester Annie bereits 1996 Opfer von Epsteins Sexhandelsring geworden waren.

Nach Aussage von Maria Farmer wußte das FBI genau, wer in den Fall involviert war und daß Epstein ein Erpressungssystem mit kinderpornografischem Material betrieb. Trotzdem wurde nichts gegen Epstein unternommen. Aufgrund der vorliegenden Beweise hätte das FBI die Pflicht gehabt, Epstein lebenslang festzusetzen. Man tat es aber nicht.

Zwischenfazit: Der Fall Epstein offenbart ein totales Wegschauen von Justiz und Ermittlungsbehörden, was zu tiefem, jahrelangem Leid zahlreicher junger Mädchen führte. Leider hat sich daran nur wenig geändert. Seine Komplizin Ghislaine Maxwell wurde nun zwar zu 20 Jahren Haft verurteilt. Jedoch ließ die Richterin Alison Nathan in diesem Prozeß keine Beweismittel zu, welche die Namen von potentiellen weiteren Mitwissern, Komplizen oder Nutznießern enthalten.

Die Flugprotokolle des "Lolita Express" (= Einer von Epsteins Privatjets), welcher die Promis zu Epsteins Insel flog, oder das "Black Book" von Maxwell mußten dem Gericht mit weitgehend geschwärzten Seiten vorgelegt werden. Somit bleiben mit Ausnahme von Maxwell alle weiteren prominenten Täter nach wie vor auf freiem Fuß.

Deutschland: Sachsensumpf - Verschleierte die Justiz die Verbrechen und den Täterkreis?

Mit "Sachsensumpf" wird eine Affäre um die Verwicklung hochrangiger Persönlichkeiten in Sachsen in die Zwangsprostitution Minderjähriger bezeichnet.

Als Zeugin erhob die damals minderjährige Mandy Kopp schwere Vorwürfe gegen diese hochrangigen Personen. Sie geriet 1989 durch familiäre Probleme in das Leipziger Minderjährigen-Bordell "Jasmin". Dort wurden sie und andere Mädchen körperlich schwer mißhandelt, jahrelang vergewaltigt und gequält. 1993 wurden die Geschehnisse im Bordell "Jasmin" als Affäre "Sachsensumpf" bekannt und das Bordell gestürmt. In einer polizeilichen Vernehmung identifizierte Mandy Kopp mehrere ihrer Peiniger: Darunter renommierte Leipziger Richter, Juristen, Polizisten und Immobilienmakler.

Laut Mandys Angaben war der Richter, der dem Prozeß vorstand, ebenfalls einer der Vergewaltiger. Dieser Richter verurteilte den Bordellbetreiber zu milden vier Jahren und zwei Monaten Haft.

Der Bordellbesitzer sagte später aus, er sei nur deshalb milde bestraft worden, weil er die Namen der Täter in seinem Minderjährigenbordell nicht preisgab. Dies ist ein weiterer Beleg für die Verfilzung der Justiz mit pädokriminellen Tätern.

Mandy Kopp und ihre Leidensgenossinnen wurden bis 2009 noch zwei Mal vernommen, und wieder identifizierten sie auf Fotos zwei hochrangige Juristen als mißhandelnde Freier. Aber weder die Staatsanwaltschaft Dresden, noch der sächsische Untersuchungsausschuß reagierten. Stattdessen veröffentlichen sie Namen und Wohnort des Opfers. Daraufhin wurde Mandy Kopp von den identifizierten Tätern wegen "Verleumdung" angezeigt.

Aus Furcht um ihr Leben und vor weiteren Klagen gab sie ihr Wissen nicht vollständig preis. Im November 2012 wurde die Verhandlung vertagt, nachdem Mandy am vierten Prozeßtag nach sieben Stunden Verhandlungsdauer einen Nervenzusammenbruch erlitten hat. Kurz darauf, am 28. Januar 2013, waren die grausamen Taten verjährt.

Diese Verjährung hätte aber verhindert werden können. Denn Mandy Kopp war mit ihrer Aussage nicht allein. Auch der Sächsische Verfassungsschutz hatte im Rotlichtmilieu ermit-

telt und 2005 dem sächsischen Innenminister Thomas de Maizière brisantes Material übergeben. Laut diesem standen Leipziger Richter und Staatsanwälte im Verdacht, mit Kriminellen unter einer Decke zu stecken, sowie selbst in Kindesmißbrauch verwickelt zu sein. Die Namen der Täter waren dem Verfassungsschutz bekannt.

Der Verfassungsschutz berichtete auch, daß das Rotlichtmilieu die Staatsanwaltschaft mit diesem belastenden Material erpreßte. Die betreffenden Beamten hätten im Gegenzug vor Razzien gewarnt, Ermittlungen behindert und Prozesse beeinflußt. De Maizière als oberster Dienstherr informierte aber weder das Parlament noch die zuständigen Strafermittlungsbehörden. Er wurde deshalb später der Strafvereitelung im Amt angeklagt.

Die Ermittlungen wurden jedoch später eingestellt und der Sachsensumpf als "heiße Luft" und "Verschwörungstheorie" bezeichnet. Die Existenz eines kriminellen Netzwerkes wurde verneint. Angegriffen wurden nun vielmehr die beiden führenden Ermittler bei Polizei und Verfassungsschutz. Der Chefermittler der Kriminalpolizei im Bereich "Organisierte Kriminalität", Georg Wehling, wurde mit fragwürdigen Begründungen direkt vom Innenminister suspendiert.

Auch die damalige Referatsleiterin des Verfassungsschutzes, Simone Skroch, ehemals Henneck, die bereits in einer früheren Tätigkeit als Staatsanwältin einen Kinderschänderring zerschlagen hatte, wurde nun jahrelang mit Disziplinar- und Ermittlungsverfahren überzogen. Beide wurden angeklagt, dann aber nach einem langen Prozeß in den wesentlichen Punkten freigesprochen.

Thomas De Maizière hingegen stieg in seiner Karriere noch in diverse Posten als Bundesminister auf. Dasselbe beobachteten wir schon beim Fall Epstein, als der Staatsanwalt Alexander Acosta, der nachdem er die Täter schützte, von Trump zum Arbeitsminister befördert wurde. Zeigt sich hier wieder dieses Muster, daß die Justiz gegen die Aufdecker vehement vorgeht, die eigentlichen Kriminellen aber unbehelligt bleiben und die Vertuscher befördert werden?

Schützte die österreichische Justiz den pädokriminellen Schauspieler Florian Teichtmeister?

Für große Aufregung sorgte im Jahr 2023 das extrem milde Urteil gegen Florian Teichtmeister, den österreichischen Schauspieler und Freimaurer der Großloge von Österreich. Teichtmeister war offensichtlich so überzeugt von der Freimaurerei, daß er auf seinem Grundstück sogar einen entsprechenden Tempel errichtete. Er stand vor Gericht, weil eine größere Menge Drogen bei ihm gefunden wurden und er 76.000 kinderpornografische Dateien gesammelt hatte.

Viele davon wurden von ihm bearbeitet, mit Kommentaren versehen oder zu Collagen zusammengestellt. In seinen Kommentaren schilderte er schlimmste Gewaltphantasien, die er sich vorstellte, Kindern anzutun. Von Auspeitschen, Folter, grauenvollen Vergewaltigungen bis hin zum Tod kannten seine Phantasien keine Grenzen. Die Staatsanwaltschaft stufte Teichtmeister auf einer Gefährlichkeitsskala auf der zweithöchsten Stufe 9 von 10 ein.

Trotz dieser hohen Gefahr, die von ihm ausgeht und trotz der Tatsache, daß hier Kinder in abertausenden Fällen geschädigt wurden und Teichtmeister als Konsument eine Mitschuld trifft, wurde er nur zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt unter der Auflage, sich einer Therapie unterziehen zu müssen. Er muß also für keinen einzigen Tag für seine Taten ins Gefängnis. Nicht nur das völlig unangemessene Urteil, sondern auch das Verhalten der Prozeßbeteiligten wirft große Fragen auf.

Es wurde weder erforscht, für wen Teichtmeister die Dateien kommentiert hatte, noch ob er Teil eines Netzwerks war. Es gab laut Prozeßbeobachtern keine kritischen Fragen an den Angeklagten und keinerlei Befragungen von Zeugen durch Staatsanwaltschaft und Richter. Hatte man Angst, daß hier weitere prominente Persönlichkeiten auffliegen würden?

Es wurde nie erforscht, ob er seine Gewaltphantasien auch in die Tat umgesetzt hatte. Dies

trotz deutlicher Hinweise, wie einer bei ihm gefundenen Einkaufsliste für den Kauf von Mädchenkleidern und sadomasochistischen Gegenständen.

Der Richter Stefan Apostol bedauerte die soziale Ächtung von Teichtmeister und nahm Demonstrationen gegen ihn als Anlaß für die Gewährung mildernder Umstände. Die eher passive Staatsanwältin Julia Kalmar hielt wichtige Details bis zum Abschluß der Beweisaufnahme zurück. Sie verzichtete trotz der von ihr bescheinigten hohen Gefährlichkeit Teichtmeisters darauf, gegen das Urteil Berufung einzulegen. Der geladene Gutachter Prof. Dr. Peter Hofmann setzte sich ebenfalls sehr für den Angeklagten ein und spielte die von ihm ausgehende Gefahr herunter.

Hofmann fiel bereits in früheren Mißbrauchsprozessen dadurch auf, sonderbare Gutachten zugunsten der Angeklagten zu erstellen und die Taten zu verharmlosen. Er äußerte einmal folgendes: "Die Hälfte der betroffenen Kinder kann mit pädophilen Übergriffen gut umgehen. Sie ordnen sie in ihre Biographie ein und bekommen keine posttraumatische Belastungsstörung." War es Zufall, daß gerade er als Gutachter für diesen Prozeß ausgesucht wurde?

Zwischenfazit: Das Urteil und das seltsame Verhalten von Gutachter, Richter und Staatsanwaltschaft werfen Fragen auf. Wurde Teichtmeister zart angefaßt, damit dieser nicht weitere Mittäter aufdeckt? Haben ihn seine Freimauerverbindungen vor der Haft bewahrt? Entsprechend dem Motto, mit dem bereits die Zeitung "Der Standard" vielsagend hinsichtlich der Freimaurer titelte: "Brüder halten nun einmal zusammen"?

Niederlande und Belgien: Der Fall Zandvoort

Der "Zandvoort-Kinderporno-Ring" ist nach dem niederländischen Badeort Zandvoort benannt, in welchem zwei der Haupttäter einen Videoladen betrieben. In diesem Zusammenschluß von Kinderschändern wurden schlimmste Verbrechen verübt. Als der Fall 1998 aufflog, wurden hunderte Filme sichergestellt, auf denen Kinder und selbst Säuglinge vergewaltigt wurden.

Auf der Yacht eines der Täter wurden Sex-Partys mit elitären Personen gefeiert, auf denen sogenannte Snuff-Videos gedreht wurden, bei denen Kinder vor laufender Kamera bis zum Tod mißbraucht und gefoltert wurden. Eines der dadurch zu Tode gekommenen Kinder war der 13-jährige, aus Berlin entführte Manuel Schadwald, der zuvor zur Prostitution in einem Rotterdamer Kinder-Bordell gezwungen worden war.

Die Belgische Bürgerrechts-Hilfsgruppe "Werkgroep Morkhoven" mit ihrem Gründer und Leiter Marcel Vervloesem hat maßgeblich dazu beigetragen, daß der Fall aufgedeckt wurde. Der Gruppe wurden Videos zugespielt, auf denen Männer beim Sex mit Kindern zu sehen sind. Diese gaben sie an die Polizei weiter Die belgische Polizei reagierte jedoch 5 Jahre lang nicht darauf.

Der Justizminister verkündete noch 1997, daß es keinen Pädophilen-Ring gäbe, und es stellte sich später heraus, daß ein Mann auf dem Video mit belgischen Politikern verwandt war. Aufgrund der Untätigkeit der Polizei stellte Vervloesem nun eigene Recherchen an und es gelang ihm, Kontakt zu einem der Täter aufzubauen und dessen Vertrauen zu gewinnen.

Dieser Täter wurde jedoch kurz danach ermordet. Vervloesem gelang es aber durch einen Einbruch bei ihm, tausende Dateien mit pornografischem, z.T. auch (mit) sadistischem Inhalt sicherzustellen. Diese übergab er dann der Presse und der Staatsanwaltschaft. Jedoch sind sieben CD-Roms mit Beweismaterial, die von der Werkgroep Morkhoven an den Generalstaatsanwalt des Gerichts in Antwerpen weitergeleitet wurden, spurlos verschwunden. Vervloesem stellte außerdem über 3.000 Dokumente mit Adressen von Kunden und Abrechnungen sicher, die deutlich machten, daß der Kinderporno-Ring weltweit operierte, u.a. in Deutschland, den USA und Israel.

Durch seine Ermittlungen wurde Vervloesem jedoch selbst zur Zielscheibe der Justiz. Ihm wurde Kindesmißbrauch vorgeworfen - und er wurde zu mehreren Jahren Haft verurteilt.

Nachdem er zwei Jahre in belgischen Gefängnissen verbracht hatte, wurde er 2010 unter folgenden Bedingungen freigelassen:

- 1) Es wurde ihm verboten mit der Presse in Kontakt zu treten und sich weiterhin mit pädokriminellen Fällen zu befassen.
- 2) Er durfte sich nicht an Aktivitäten von Organisationen beteiligen, die gegen Kindesmißbrauch kämpfen und auch keinen Kontakt zu seinen Freunden von der Werkgroep Morkhoven aufnehmen, die ihn während seiner Haftzeit treu jede Woche im Gefängnis besucht hatten.

Ist es nicht sehr erstaunlich, daß gerade die Justiz solche Bedingungen stellt? Versuchte man hier einen unangenehmen Aufklärer zum Schweigen zu bringen? Und - hatte die Justiz Verbindung zur Täterschaft, als sie versuchte, die Aufklärung dieser Fälle zu unterbinden?

Aber auch die Medien bemühten sich sehr, Vervloesems Ruf zu zerstören und ihn selbst als Kinderschänder darzustellen.

Frankreich: Die Aktivisten Janett Seemann und Stan Maillaud berichten über Verwicklung der französischen Justiz in Fälle von organisiertem Kindesmißbrauch und Ermordungen

Die deutsche Aktivistin Janett Seemann hatte sich bereits in Deutschland gegen das Verschwinden zahlreicher Kinder in pädokriminellen Netzwerken eingesetzt. Zu diesem Zweck hatte sie z.B. unter anderem zwei Videobotschaften erstellt: Eine an den damaligen Papst Benedikt XVI. und eine zweite an die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Sie schloß sich später mit Stan Maillaud, einem französischen Aktivisten und Ex-Gendarmen zusammen. Als Team untersuchten sie gezielt Fälle von organisiertem Kindesmißbrauch, in die die französische Justiz verwickelt war. Stan Maillaud bezeichnete die von ihm recherchierten Justizverfahren und -maßnahmen nicht nur als illegal, sondern als kriminell. Diese Urteile würden nicht im Namen des Volkes, sondern im Namen einer verbrecherischen okkulten Macht gefällt, so Maillaud.

Er und Janett Seemann untersuchten etliche Fälle in Frankreich, bei denen Angehörige der Justiz, wie z.B. Polizeibeamte, Anwälte, Richter und Staatsanwälte mit ausgewählten Psychiatern zusammengearbeitet hatten. Es zeigte sich immer dasselbe Muster: Sobald sexueller Mißbrauch von Kindern durch die Mütter angezeigt wurde, trat der Justizapparat in Aktion. Nicht aber - wie eigentlich zu erwarten gewesen wäre - um die mißbrauchten Kinder zu schützen und die Täter einer Bestrafung zuzuführen.

Nein, im Gegenteil: Die Mütter und ihre mißbrauchten Kinder wurden Polizei- und Justizterror ausgesetzt. Die schützenden Angehörigen wurden unrechtmäßigen Verfahren ausgesetzt, sie wurden inhaftiert und in die Psychiatrie eingewiesen. In vielen Fällen konnten Mütter nichts tun, um ihre Kinder vor den Vergewaltigern zu schützen. In mehreren Fällen wurde ihnen sogar das Sorgerecht entzogen. Sie müssen seit Jahren hilflos ertragen, ihre Kinder in der Obhut ihrer Peiniger zu sehen. In den Interviews, die Stan Maillaud mit den betroffenen Müttern geführt hat, nennen diese ganz konkret die Namen und das illegale Vorgehen der in die Fälle verwickelten Justizangehörigen.

Laut Zeugenaussagen handelt es sich dabei auch um äußerst schwerwiegende Verbrechen, wie z.B. die Ermordung von Kindern zu filmen, um Snuff-Videos herzustellen. Zeugen berichten zudem von größeren Treffen, bei denen Kinder durch mehrere Personen mißbraucht oder vergewaltigt wurden. Es liegen außerdem Zeugenaussagen vor, daß Kindesmißbrauch durch einen ehemaligen französischen Präsidenten und mehrere Minister stattfand.

Das Engagement von Maillaud und Seemann führte dazu, daß auch diese beiden Aktivisten ins Visier von Justiz und Polizei gerieten.

Sie wurden von der Polizei gejagt, auf der Basis von unrechtmäßigen Vorwürfen zeitweise inhaftiert und unmenschlichen Verhörmethoden unterzogen. Sie wurden in den Medien denunziert und flüchteten schließlich sogar nach Venezuela. Dort wurde Stan Maillaud durch

Interpol aufgespürt und nach Frankreich überstellt, wo er eine Haftstrafe absitzen mußte. Ihm wurde unter anderem Kindesentführung vorgeworfen. Tatsache ist, daß Stan Maillaud einer Mutter, der das Sorgerecht entzogen worden war, half, das Kind in Sicherheit zu bringen, da dieses - unter anderem - vom eigenen Vater mißbraucht wurde. Der Staatsanwalt, der für Maillauds Inhaftierung verantwortlich war, war laut Zeugenaussagen einer der Mißbrauchstäter.

Zwischenfazit: Auch bei den Untersuchungen von Seemann und Maillaud zeigt sich, daß Verantwortliche der Justiz die Täter schützen und Opfer, Angehörige von Opfern und die Aktivisten selbst regelrecht attackieren.

Belgien: Der Fall Marc Dutroux und die Rolle der belgischen Justiz

Der Fall Marc Dutroux ist wohl der in der Öffentlichkeit bekannteste Fall von Kindesentführung, Kindesmißbrauch Folterung, Inzest und Kindstötung in Europa. Dutroux stand zwei Mal vor Gericht. 1989 wurde er wegen fünffachen sexuellen Mißbrauchs zu 13,5 Jahren Haft verurteilt, die er aber nicht einmal zu einem Drittel verbüßen mußte. Der Vorwurf bei der erneuten Verhaftung 1996 lautete, daß er sechs Mädchen im Kindes- und Jugendalter entführt, sie sexuell mißbraucht und wie Tiere im Kellerverlies eines seiner Häuser eingesperrt hatte. Vier von ihnen starben qualvoll in der Gefangenschaft.

Die große Kontroverse im Fall Dutroux bestand in der Frage, ob es sich um einen perversen Einzeltäter handelte oder ob er auch ein Zulieferer für ein weit größeres Netzwerk mächtiger Männer war.

Welche Indizien und Beweise gab es dafür, daß Dutroux für ein Netzwerk gehandelt hat? Seine eigene Aussage:

2002 sagte Dutroux im Gefängnis in einem Interview, es gäbe sehr wohl ein Netzwerk mit vielen kriminellen Verästelungen. Die Mädchen seien nicht nur für ihn allein da gewesen, sondern auch für andere.

Seine finanzielle Situation:

Der arbeitslose Sozialhilfeempfänger Dutroux besaß fünf Häuser, kaufte regelmäßig Aktien, verfügte über mehrere Bankkonten, auf denen jeweils zeitgleich mit der Entführung der Mädchen größere Summen in bar eingezahlt worden waren. Hätte Dutroux die Kinder nur selbst mißbraucht, hätte er damit kein Geld gemacht.

Zeugenaussagen:

Auch die Überlebende Regina Louf (Film) berichtete, daß Marc Dutroux nicht als Einzeltäter handelte, sondern daß der Mitangeklagte Brüsseler Geschäftsmann Michel Nihoul (Foto) Kindersexpartys mit den von Dutroux beschafften Kindern organisierte. "Michel Nihoul bestellte bei Marc Dutroux Kinder zwischen zwölf und 14 Jahren für einschlägige Pädophilenfeste", berichtete sie. Auch Dutroux selbst sagte aus, daß Nihoul Schutz "von ganz oben" genieße. Der Mann habe Kontakte zum Brüsseler Jetset (Jetset = High Society), darunter viele Kunden einschlägiger Sado-Maso-Partys.

Ermittlungen des Untersuchungsrichters Jean-Marc Connerotte:

Dieser verfolgte Spuren, die auf ein Netzwerk hindeuteten. Er richtete eine Telefonnummer ein, unter der Bürger anonym Hinweise zum Fall Dutroux geben konnten. Eine Lawine von Informationen brach über die Ermittler herein. Darunter waren auch Aussagen von mehreren jungen Frauen, die Unglaubliches zu Protokoll gaben: Sie wüßten von Sex-Partys in den frühen achtziger Jahren in den besten Kreisen, auf denen Kinder gefoltert und getötet worden seien. Auch Nihoul und Dutroux habe man gesehen. Sogar der belgische König Albert II. wurde als Besucher von solch grauenvollen "Partys" genannt.

Zwischenfazit: Es wäre absolut naheliegend gewesen, den vielen Spuren, die auf ein Netzwerk hinweisen, nachzugehen. Sieht man sich jedoch das Vorgehen von Justiz und Sicherheitsbehörden an, erkennt man, daß alles dafür getan wurde, die Ermittlungen in Richtung eines

Netzwerks zu verhindern, um unbedingt Dutroux als Einzeltäter präsentieren zu können:

- So wurde etlichen Hinweisen von Seiten der Polizei überhaupt nicht nachgegangen, darunter Zeugenaussagen oder Videobänder, die in Dutroux Haus sichergestellt und nicht ausgewertet wurden.
- Andere Beweismittel wurden gestohlen oder verschwanden einfach.
- Der Prozeßbeginn wurde massiv verschleppt. Es dauerte ganze 7,5 Jahre bis Dutroux und drei Mitangeklagte vor Gericht gestellt wurden. In dieser Zeit kamen aber mindestens 27 Zeugen auf mysteriöse Weise ums Leben. Die meisten von ihnen wollten über Zusammenhänge aussagen, die den Verdacht untermauerten, daß Marc Dutroux kein Einzeltäter war, sondern daß es um ihn herum ein Netzwerk von Mittätern gab. Die Umstände, die zum Tod dieser 27 Zeugen geführt hatten, wurden entweder völlig unzureichend oder gar nicht untersucht.
- Die Überlebende Regina Louf hatte ca. 60 Morde miterlebt, von 35 Opfern konnte sie sogar die Namen nennen. Auch die Täter, Straftaten und Tatorte konnte sie konkret benennen. Experten bezeugten nach einer psychologischen Untersuchung, daß sie in ihrer Kindheit massivem sexuellem Mißbrauch ausgesetzt war. Trotzdem wurden ihre Spuren nicht verfolgt und die belgische Staatsanwaltschaft bezeichnete ihre Zeugenaussagen als unglaubwürdig und behauptete, daß diese der reinen Fantasie entsprungen seien. Der Staatsanwalt ließ daraufhin das Dossier ihrer Zeugenaussagen schließen.
- Dem Untersuchungsrichter Jean-Marc Connerotte, der die Spuren untersuchte, die auf ein Netzwerk hindeuteten, wurde der Fall entzogen. Er sei befangen, da er an einer Wohltätigkeitsveranstaltung für zwei der ermordeten Mädchen teilgenommen hatte. Diese fadenscheinige Begründung führte zu einem Proteststurm in der belgischen Bevölkerung. Der Justizapparat zeigte sich jedoch davon unbeeindruckt.

Der Untersuchungsrichter, der auf Connerotte folgte, Jacques Langlois, war eine der Schlüsselpersonen, welche die Netzwerkthese unterdrückten. Er stoppte sämtliche Nachforschungen nach möglichen Hintermännern.

Jahre später stellte sich heraus, daß Langlois die Aussagen von mehr als 600 (!) Zeugen nicht in das Verfahren mit einbezogen hatte. Alle Zeugenaussagen über ein Netzwerk kamen unter Verschluß. Die damit befaßten Ermittler wurden im Frühjahr 1997 versetzt. Die Akten mit allen nachprüfbaren Hinweisen, Namen und Verdächtigen wurden 1998 geschlossen.

Später berichteten Justizminister Marc Verwilghen und Staatsanwalt Michel Bourlet, daß sie immer wieder neue Ermittlungen gefordert hätten - jedoch ohne Erfolg, da Langlois die Ermittlungen blockiert habe.

Neben Langlois spielt auch Justizminister Melchior Wathelet eine entscheidende Rolle. Wathelet, der laut Aussage von Opfern selbst Organisator und Teilnehmer von Kindersexpartys war, begnadigte Dutroux überraschend bei seiner ersten Haftstrafe nach nicht mal einem Drittel der Zeit. Er ist damit mitverantwortlich dafür, daß Dutroux nach seiner Entlassung mehrere junge Mädchen entführen, vergewaltigen und töten konnte.

Die katastrophale Fehlentscheidung, Dutroux zu begnadigen, hatte jedoch keine negativen Konsequenzen auf Wathelets Karriere - eher im Gegenteil: Er war von 1995-2003 Richter am Europäischen Gerichtshof und von 2012-2018 europäischer Generalanwalt.

Fazit: Gewichtige Kräfte innerhalb der Justiz und Ermittlungsbehörden haben offensichtlich alles dafür getan, daß der Fall Dutroux nicht wirklich aufgeklärt wird, was nahelegt, daß sie selbst Teil dieser Netzwerke waren oder zumindest von diesen unter Druck gesetzt wurden.

Die Verstrickung der Justiz wird von der Aussage der Überlebenden Regina Louf untermauert.

Auf Zeitungsfotos und im Fernsehen hatte sie später die Teilnehmer der pädophilen Sexpartys wieder erkannt, bei denen sie "ihren Kunden" willig zu Diensten stehen mußte. Gemäß ihren Aussagen waren allesamt als höchst ehrenhaft geltende Mitglieder der Gesellschaft bekannt,

darunter Politiker, Manager, Industrielle und eben auch Rechtsanwälte und Justizbeamte.

In einem der Untersuchungsrichter welcher im Fernsehen zum Fall Dutroux aussagte, erkannte sie sogar einen der Mittäter bei der rituellen Ermordung eines ihrer Babys, die sie in ihrer Gefangenschaft geboren hatte. Nach dieser belastenden Aussage von Regina Louf wurde sie für unzurechnungsfähig erklärt und das Verfahren gegen Michel Nihoul komplett eingestellt. Dies geschah durch eben jenen Untersuchungsrichter, der ihrer Aussage nach einer der Mörder ihres Babys war.

Schweiz: Der Fall Nathalie und die Verwicklung von Schweizer Justizangehörigen in Kindesmißbrauch, Menschenhandel und satanische Opferungen

Seit einigen Jahren wird der Fall Nathalie in den Schweizer Medien thematisiert. Blick.ch zum Beispiel berichtete 2020 von sexuellem und satanisch-rituellem Mißbrauch des damals 8-jährigen Mädchens durch den eigenen Vater. Das Mädchen selbst berichtete darüber hinaus, daß sie von ihrem Vater auch anderen Tätern und Täterinnen zur Verfügung gestellt worden sei. Sie habe auch Mißbrauch und grausamste Folterungen anderer Kinder und Erwachsener beobachtet.

Sie sei Zeuge von Handel mit Menschen, Organen und Adrenochrom (= Ein rauscherzeugendes Abbauprodukt von Adrenalin, das laut Zeugenaussagen aus dem Blut von gefolterten Kindern gewonnen wird) geworden und habe satanische Opferungen miterlebt. Dies habe unter anderem an rituellen Stätten und in verborgenen unterirdischen Tunnelsystemen stattgefunden. Die Schilderungen von Nathalie decken sich mit unzähligen anderen Aussagen, die Kla.TV in den Dokumentationen Blutsekte I und II thematisierte.

Auch im Fall Nathalie sind deutliche Verstrickungen der Justiz mit dem Täternetzwerk erkennbar. Einige Personen aus dem Schweizer Justizapparat wurden von Nathalie sogar als Täter identifiziert. So erkannte sie im Verlauf des strafrechtlichen Vorverfahrens gegen den Vater etliche Mißbrauchstäter, einen Oberrichter, zwei Staatsanwälte und etliche Polizeibeamte, die eine Hausdurchsuchung in der Wohnung Nathalies durchgeführt hatten. Nathalie sagte im Verlauf des Verfahrens immer wieder aus, daß sie diese Personen bereits kenne. Sie hätten an den Mißbrauchs- und Tötungszeremonien, zu denen sie ihr Vater mitgenommen hatte, teilgenommen.

Zum Beispiel wurde eine ehemalige Leiterin des Kinder- und Erwachsenenschutzes (KES) der zuständigen Sozialregion von Nathalie als Mißbrauchstäterin und Kindermörderin erkannt und benannt. Nathalie berichtete, daß sie gesehen habe, daß diese KES-Leiterin Babys zu Treffen mitgebracht habe und an den Tötungen der Babys beteiligt war.

Die der KES übergeordnete KESB teilte Nathalie eine Kinderanwältin zu, die Nathalie ebenfalls als Täterin identifizierte. Diese Anwältin hat kein einziges Mal mit Nathalie oder ihrer Mutter gesprochen. Sie hielt keinen persönlichen Kontakt zu Nathalie, dafür umso mehr mit dem Anwalt ihres Vaters, den Nathalie des Mißbrauchs bezichtigt.

Mit diesem stimmte sie sich ab, wie Nathalie durch Gutachten am besten unglaubwürdig gemacht werden könnte. Sie verfolgte augenscheinlich das Ziel, Nathalies Mutter das Sorgerecht entziehen zu lassen. Dieses Vorgehen wird juristisch als Klientenverrat bezeichnet. Die KESB war über diese Vorgänge informiert. Hierfür liegen der Redaktion schriftliche Belege vor.

Der für den Fall zuständige Oberrichter nahm Einfluß auf den Anwalt von Nathalies Mutter. Er solle sie überreden, die Anzeige gegen Nathalies Vater zurückzuziehen. Daraufhin stellte der Anwalt von Nathalies Mutter einen Antrag auf Befangenheit dieses Oberrichters, dem jedoch bis heute nicht stattgegeben wurde.

Die KESB teilte Nathalie nicht nur eine Anwältin zu, die nach Nathalies Angaben zu den Tätern gehörte. Sie erlegte dem Mädchen auch auf, daß sie zu einer psychiatrischen Oberärztin in Behandlung gehen müsse, die Nathalie ebenfalls als Täterin erkannte. Von Zufall kann hier wohl nicht mehr gesprochen werden. Nathalie berichtete, daß die Psychiaterin bei den Befra-

gungen Elektroschocks an ihr durchgeführt habe. Das sei sehr quälend für sie gewesen. Nathalie war bei den Befragungen allein. Ihrer Mutter sei es verwehrt worden, bei den Befragungen anwesend zu sein.

Nathalie spricht immer wieder davon, wie die an der Untersuchung ihres Falls beteiligten Amtsstellen und Personen zum Täterkreis gehören. Im laufenden Verfahren zeigte sich, wiederholt, daß die erwähnten Personen definitiv nicht an einer neutralen Untersuchung, sondern im Gegenteil an einer Vertuschung des Falles Nathalie interessiert waren.

Absolut skandalös und verstörend ist die Tatsache, daß nicht der wegen Mißbrauchs angeklagte Vater, sondern die völlig unbescholtene Mutter Nathalies für einen Tag in strenge Untersuchungshaft genommen wurde. Dort wurde sie - nur dünn bekleidet - in einer kalten Zelle mit einem stinkenden Plumpsklo für 24 Stunden festgehalten und erst nach einem stundenlangen Verhör wieder freigelassen. Diese Aktion der Fall-führenden Staatsanwaltschaft läßt sich wohl nur als "Zermürbungstaktik" einordnen, um Nathalies Mutter zu ermüden und zu entmutigen.

Balz Bruder, ein kritischer Reporter der Solothurner Zeitung, hatte den Mut, diese ganzen Behörden-Verflechtungen von KESB, Staatsanwaltschaft und Ärztinnen der Kinder- und Jugend-Psychiatrie aufzudecken und in seinen Artikeln öffentlich zu machen. Dieser Chefreporter der Solothurner Zeitung, der über Nathalies Fall geschrieben hatte, wurde nach der Veröffentlichung seiner kritischen Zeitungsberichte in einer Blutlache liegend tot aufgefunden. Die näheren Umstände dieses mysteriösen Todes des erst 53-jährigen, engagierten Reporters wurden nie genau aufgedeckt.

Dies erinnert an den Fall Dutroux, bei welchem auch 27 Zeugen, die über diese Verflechtungen aussagen wollten, auf mysteriöse Weise aus dem Weg geräumt wurden. Damit sich dies im Fall Natalie und in weiteren Fällen nicht wiederholt und die Verbrechen vertuscht werden können, haben die Betroffenen und Informanten bereits vorsorgliche Maßnahmen getroffen. Für den Fall, daß ihnen irgend etwas zustoßen sollte, haben diese bereits alle Beweise mehrfach kopiert weltweit an verschiedenen Stellen unter Verschluß gebracht - bis eine nachweislich unbefangene Justiz sich dieser Verbrechen annimmt.

Fazit: Die in dieser Sendung angerissenen Beispiele sind nur die Spitze des Eisbergs. Laut den Aussagen der Zeugen scheinen sowohl das Leid der Opfer, als auch die Grausamkeit ihrer Peiniger grenzenlos zu sein. Schaffen es Opfer, diesen Kreisen zu entkommen und diese Verbrechen anzuzeigen, kommt es immer wieder zu dieser - für die Opfer überaus traumatischen - Situation, daß die Justiz die Täter beschützt und die Opfer angreift.

Überhaupt finden sich in nahezu jedem dieser Fälle deutliche Hinweise darauf, daß es sich um ein großangelegtes, länderübergreifendes Netzwerk handelt, in das hochrangige Mitglieder unserer Gesellschaft verstrickt sind. Ebenso zieht es sich durch nahezu alle Fälle wie ein roter Faden, daß diese wichtigen Amtsträger und Entscheider bei ihrem Kindesmißbrauch gefilmt wurden.

Dies macht sie erpreßbar und gefügig für die Kreise, die diese Netzwerke kontrollieren und so auch bei Politik und Justiz Entscheidungen in ihrem Sinne erzwingen können. Dies erklärt auch, weshalb aufgeflogenes kinderpornografisches Material immer sogleich als erstes von Sondereinheiten beschlagnahmt wird. Nichts von dem Beweismaterial dringt an die Öffentlichkeit, sondern bleibt unter Verschluß.

Es ist davon auszugehen, daß dies eine Ursache für den Rechtsbankrott ist, den Ivo Sasek in seiner Rede an der 19. AZK ausführlich aufgezeigt hat. ("Staatsfeind Nr. 1 - Krake im Staatsgewand", www.kla.tv/27396)

Nachdem offenbar gewichtige Teile von Politik und Justiz im Würgegriff dieses Netzwerkes sind, ist es umso wichtiger, die Medien als 4. Gewalt wieder herzustellen, die bislang auch mehrheitlich von diesem korrupten System beherrscht werden.

Deshalb bitten wir Sie: Verbreiten Sie diese Sendung und werden sie Teil des Kla.TV-Netzwerks, damit Licht in diese Justizskandale kommt und diese Verbrecher angesichts einer aufmerksamen Öffentlichkeit mehr und mehr unter Beobachtung kommen. All diese genannten Fälle deuten darauf hin, daß wir früher oder später nicht um legale demokratische Prozesse herumkommen, um die unbefangenen Rechtsinstanzen zur Bearbeitung solcher Extremfälle zu bevollmächtigen.

Mit dieser Dokumentation soll aber nicht der Eindruck erweckt werden, daß sämtliche Polizisten, Richter und Justizbeamte in diese Verbrechen verwickelt sind. Viele von Ihnen üben ihre wichtige Aufgabe von ganzem Herzen aus und sind aufrichtig um Gerechtigkeit bemüht. Gerade Sie, die aufrichtig Ihren Dienst an der Gesellschaft tun, möchten wir daher aufrufen: Scheuen Sie sich nicht, diese schlimmen Auswüchse in den eigenen Reihen persönlich zu erforschen, an die Öffentlichkeit zu bringen und schonungslos anzugehen.

Nur so kann unser Rechtsstaat und damit auch unsere Demokratie nicht weiter unterspült und ernsthaft beschädigt werden. Sie haben Ihre Aufgabe doch ergriffen, um für Gerechtigkeit zu sorgen! Vereinigen Sie sich miteinander, zeigen Sie Mut, treten Sie an die Öffentlichkeit und machen Sie diesem Machtmißbrauch ein für alle Mal ein Ende!<<

Das deutsche Online-Medienportal "NIUS" berichtete am 26. März 2024 (x1.365/...): >> Cannabis und Jugendliche: Experten kritisieren Freigabe und fordern verschärfte

Ab Ostermontag gelten neue Regeln fürs Kiffen - Experten sehen ernste Gefahren für Teenager und junge Erwachsene.

Redaktion

Experten im medizinischen Bereich bleiben besorgt über die Risiken des Cannabiskonsums, insbesondere für junge Erwachsene.

Vor der kontrollierten Freigabe von Cannabis ab Ostermontag fordern Fachleute aus der Medizin nun verstärkte Präventionskampagnen für Jugendliche und junge Erwachsene. "Teenager kommen nun wahrscheinlich leichter an Cannabis als früher, auch wenn es für sie offiziell verboten bleibt", sagte die Psychiaterin Euphrosyne Gouzoulis-Mayfrank als künftige Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie (DGPPN).

Junge Menschen sollten kein Cannabis konsumieren, warnen Experten. Studien zeigen, daß die Droge unter anderem der Gehirnentwicklung schaden kann.

Gehirnschäden drohen - auch über 18 Jahre

Probleme sehe die Expertin darüber hinaus weiterhin bei Cannabis im Straßenverkehr und Vergiftungen bei Kleinkindern, die sorglos zu Hause aufbewahrte Rauschmittel versehentlich essen könnten.

Die DGPPN kritisiert zudem eine zu niedrige Altersgrenze von 18 Jahren. Bis zum Alter von 25 Jahren reife das Gehirn. Komme in dieser Zeit zu viel Cannabis von außen hinzu, könne das lebenslange Folgen wie zum Beispiel Psychosen haben. Notwendig seien auch Aufklärung und Prävention ähnlich wie bei Alkoholmißbrauch und HIV. Doch Kampagnen seien so schnell gar nicht umzusetzen - "weder von der Zeit noch von der Finanzierung her", so Gouzoulis-Mayfrank.

Mit dem Cannabisgesetz, das am Ostermontag (1. April) in Kraft tritt, bleibt der Umgang mit Cannabis zwar weiterhin grundsätzlich verboten, aber mit genau definierten Ausnahmen für Volljährige. Das betrifft den Besitz bestimmter Mengen wie zum Beispiel 25 Gramm zum Eigenkonsum in der Öffentlichkeit, drei Pflanzen zur privaten Zucht sowie den geregelten Anbau und die Weitergabe des Rauschmittels in speziellen Vereinen.<<

<u>Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 29. März 2024 (x1.361/...):</u> >>**Lehrer sollen "ausdrücklich" Stellung gegen die AfD beziehen**

Die Chefin der Lehrergewerkschaft GEW fordert ihre Kollegen auf, die "Auseinandersetzung"

mit der AfD stärker als bisher zu suchen Lehrer müßten "ganz klar Gegenposition zu beziehen": "Hetzpropaganda" sei keine Meinungsäußerung

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat Lehrer in Deutschland aufgerufen, sich im Unterricht kritisch mit der AfD auseinanderzusetzen. "Die AfD ist eine Partei mit verfassungsfeindlichen Tendenzen. Das dürfen und sollen Lehrerinnen und Lehrer auch im Klassenraum so sagen", sagte GEW-Chefin Maike Finnern der Stuttgarter Zeitung und den Stuttgarter Nachrichten. "Ich ermuntere Lehrkräfte nicht nur dazu, die Auseinandersetzung mit der AfD auch im Klassenraum zu suchen. Ich rufe sie auch ausdrücklich dazu auf", betonte sie. "Lehrerinnen und Lehrer schwören auf die Verfassung - und darauf, diese zu verteidigen", machte die GEW-Chefin deutlich.

Deswegen müßten sie die "Auseinandersetzung" mit der und gegen die AfD suchen. "Am besten tun sie das, indem sie konkrete Aussagen und Vorgänge analysieren und mit den Schülerinnen und Schülern besprechen."

Finnern berichtete, viele Lehrkräfte hätten Angst, sie könnten Ärger mit ihrem Dienstherrn bekommen, wenn sie auf Demonstrationen gegen rechts gingen. Das stimme aber nicht. Lehrkräfte hätten, wie andere Staatsbürger auch, das Recht, gegen Rechtsextremismus zu demonstrieren, sagte Finnern. "Aus unserer Sicht haben sie sogar mehr als andere die Pflicht, sich für Demokratie und Vielfalt stark zu machen sowie ihre Stimme gegen Rechtsextremismus und verfassungsfeindliche Umtriebe zu erheben", fügte sie hinzu.

Die Forderung von Frau Finnern ist Beschlußlage der Lehrergewerkschaft: Laut Beschluß des GEW-Gewerkschaftstages sind alle GEW-Mitglieder in Bezug auf die AfD aufgefordert "ganz klar Gegenposition zu beziehen". "Hetzpropaganda" sei keine Meinungsäußerung, "sondern eine Form der Gewalt".<<

<u>Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 30. März 2024:</u> >>**Das Jesus-Rätsel: Wer war der Gekreuzigte wirklich?**

Von Jonas Glaser

Wer war der Mann aus Nazareth, der für uns am Karfreitag in den Tod ging und am Ostersonntag wiederauferstand? Schon zu seinen Lebzeiten herrschte in dieser Frage Uneinigkeit: Frühchristliche Zeugnisse belegen eine Vielzahl von Deutungen. ...

Palästina vor zweitausend Jahren: ein Pulverfaß, randvoll mit Zorn auf die römische Besatzung. Zunächst hatte Rom eine gemäßigte Unterwerfung versucht: Man ließ den Juden ihre Kultur, setzte aber Kollaborateure wie Herodes Antipas auf den Königsthron - als pflegeleichten Statthalter des Imperiums. Einem Teil der Bevölkerung war dies dennoch unannehmbar. Volle Souveränität oder Tod, riefen die Zeloten. Diese Freiheitskämpfer überfielen die Römer bei jeder Gelegenheit.

Anschläge auf Personen und Gebäude waren an der Tagesordnung. Der passive Teil der Bevölkerung erwartete derweil die Wiederkehr des Messias: Der würde die verhaßte Besatzung endlich aufheben. Die Imperialisten wurden nervös. Kaum ein anderes Volk widerstand ihnen mit solcher Ausdauer. Schließlich leitete Rom brutale Gegenmaßnahmen ein. Dazu gehörte die Kreuzigung. Ein qualvoller Tod, der bald jedem Aufrührer drohte. Hunderte Juden starben täglich am Blutbalken. Die römische Aggression nahm genozidale Züge an.

Das Zeugnis des Matthäus

Aber nicht nur römische Präsenz sorgte bei den Juden für Schrecken: Die Welt erschien ihnen voller Dämonen. Die lauerten an den Rändern der Städte, begegneten den Menschen in flirrender Wüstenhitze, brachten Unglück und Tod. Verhaßte Römer und gefürchtete böse Geister: Beides bot perfekten Nährboden für Charismatiker, die sich als Propheten, Messias oder Retter ausriefen. Darunter ein gewisser Jesus von Nazareth.

Laut Matthäus-Evangelium (16, 13-18) sorgte der bereits bei Zeitgenossen für Verwirrung: "Als Jesus in die Gegend von Cäsarea Philippi kam, fragte er seine Jünger: Für wen halten die

Leute den Menschensohn? Sie antworteten: Die einen für Johannes den Täufer, andere für Elija, wieder andere für Jeremia oder sonst einen der Propheten."

Und weiter: "Er fragte sie: Ihr aber, für wen haltet Ihr mich? Da antwortete Simon Petrus: Du bist der Messias, der Sohn des lebendigen Gottes! Da entgegnete ihm Jesus: Selig bist Du, Simon Barjona, denn nicht Fleisch und Blut haben Dir das offenbart, sondern mein Vater im Himmel. Und ich sage Dir: Du bist Petrus, und auf diesen Felsen werde ich meine Kirche bauen, und die Tore des Totenreichs werden sie nicht überwältigen."

Mit dieser Textstelle legitimiert die katholische Kirche bis heute ihr Jesus-Bild und ihre eigene Existenz als Institution. Aber Theologen, Kritiker und Historiker haben den antiken Dokumenten längst weitere Deutungsmöglichkeiten entlockt.

So vermutete Althistoriker Morton Smith in Jesus der Magier (1978), daß Jesus seinerzeit als Wunderarzt verstanden wurde. Als Belege führte er zahlreiche Heilungs- und Exorzismusberichte der Evangelien sowie magische Praktiken im frühen Christentum an. Auch die Spekulation, Christus habe sich in Qumran aufgehalten und sei Mitglied der dortigen Essener-Sekte gewesen, wird seit dem 4. Jahrhundert regelmäßig recycelt.

Andere Forscher verorten ihn im antirömischen Widerstand. Reza Aslan deutete in seinem Bestseller Zelot (2013) den Nazarener gar als politisch Radikalen, der mit dem überlieferten Friedensprediger wenig gemein hatte. Dennoch: Bei allem argumentativen Geschick bleiben diese Phantombilder im Spekulativen oder fußen auf selektiver Lektüre.

Religion der Heilung

Bereits 1921 brachte der evangelische Theologe Rudolf Bultmann das Dilemma aller Jesus-Biografik auf den Punkt: Wir wissen so gut wie nichts über die historische Persönlichkeit. Alle Dokumente sind bereits Glaubensbekenntnisse, religiöse Propagandaschriften, und hochwahrscheinlich hat keiner der Verfasser den historischen Jesus je getroffen.

Bereits der erste christliche Autor, Paulus, gesteht, Christus lediglich post mortem begegnet zu sein, in einer mystischen Vision, bevor er seine Briefe zwischen 50 und 60 nach Christus schrieb. Diese Schreiben enthalten auch erste biografische Anekdoten über den Gekreuzigten. Vor allem aber ist Paulus als Interpret des Lebens und Wirkens Jesu von entscheidender Bedeutung: Die Lehre der katholischen Kirche, wonach er der Sohn Gottes gewesen sei, der sich zur Vergebung menschlicher Sünden kreuzigen ließ und das Reich Gottes verkündete - all das geht auf die Paulus-Briefe zurück.

Unter deren Einfluß standen auch die vier kanonischen Evangelien (70-100 nach Christus): Matthäus, Markus, Lukas und Johannes. Sie integrierten Jesus in die jüdische Tradition, brachten ihn mit dem Alten Testament in Verbindung, bezeichneten ihn als "Sohn Davids", als "zweiten Adam" (zur Aufhebung von Adams Sündenfall), als "Menschensohn" oder als "Christus" (der Gesalbte). Außerdem zeigten sie hellenischen Einfluß. So scheint die Episode von der Hochzeit in Kanaan, wo Jesus Wasser in Wein verwandelt, der Dionysos-Mythologie entliehen.

Tatsächlich belegen altrömische Mosaike eine frühe Identifikation des Nazareners mit dem griechischen Gott. Gleiches gilt für das christliche Abendmahl: Brot und Wein, einst Symbole von Fruchtbarkeitsgöttin Ceres und Dionysos, wurden zum Leib und Blut Christi - sie dienen als Medien der Einverleibung Gottes.

Ein weiteres Bildnis der ersten Jahrhunderte zeigt Jesus als "Christus Medicus", gestützt auf seine im Markusevangelium betonte Heilkraft. "Einen Arzt gibt es, Jesus Christus, unseren Herrn", pries ihn Kirchenvater Ignatius von Antiochien. Das Christentum galt als "Religion der Heilung". Das Image des ärztlichen Jesus war zunächst weiter verbreitet als das des Gekreuzigten, entwickelte sich im antiken Rom in Konkurrenz zu Asklepios, dem Gott der griechischen Medizin.

Freilich brachten die Frühchristen mehr als vier Evangelien hervor, beispielsweise das Proto-

evangelium des Jakobus oder das Petrusevangelium (beide aus dem 2. Jahrhundert nach Christus). Erst auf dem - von Konstantin, dem ersten christlichen Kaiser des Römischen Reiches, initiierten - Konzil von Nicäa (325 nach Christus) fand eine redaktionelle Auswahl jener Texte statt, die seitdem als kanonische Evangelien, als "Neues Testament", gelten. Alle ausgesonderten Berichte bezeichnet man seitdem als "apokryph" (zweifelhaft).

Die Schriften früher Kritiker des Christentums setzten weitere Legenden in Umlauf. So behauptete der platonische Philosoph Kelsos (2. Jahrhundert nach Christus) in der Wahren Lehre, Jesus sei der Sohn von Maria (hebräisch: Miriam) und Pantera, einem römischen Soldaten. Das ließ wilde Spekulationen aufkommen, besagter Vater sei identisch mit dem sidonischen Bogenschützen Tiberius Julius Abdes Pantera.

Der war zur Zeit von Jesu Geburt in Palästina und später am Rhein stationiert: "Es ist möglich, wiewohl nicht wahrscheinlich, daß sein (Panteras) Grabstein aus Bingerbrück unsere einzige echte Reliquie der Heiligen Familie ist", kombiniert Altertumsforscher Smith. Für den Spötter Kelsos hatte der Mythos der Jungfernzeugung lediglich die Funktion, einen Seitensprung Marias zu vertuschen. Mehr noch als die Frühchristen dürfte Kelsos Behauptung die Gnostiker provoziert haben. Diese religiöse Strömung der östlichen Antike beanspruchte Jesus ebenfalls für sich.

Gnosis: Die Anti-Biographen

Ausgemergelt und bleich, mehr tot als lebendig, wandelten sie im Staub der Straßen. Aber diese Elendsgestalten waren kein Produkt bedauernswerter Mißhandlung - ihr Zustand war das Resultat härtester Askese, konsequenter Arbeit am eigenen Siechtum: Alle Vitaltriebe hatte man mühsam abgetötet, sich schon zu Lebzeiten vom irdischen Exil befreit. Niemals konnte diese Welt ihnen Heimat sein.

Nach ihrer Auffassung war jede Seele einst Teil des ewigen Lichts - bis zu ihrem Sturz, ihrem Fall auf die Erde. Die aber war von keinem guten Gott, sondern einem bösen Schöpfer (Demiurgen) hervorgebracht worden. Nach dem Sturz ist die Seele in der Materie, im Körper gefangen, wird durch ein Leben voller Qual gezerrt. Nur eine Therapie ist möglich: Die Seele durch Erkenntnis (Gnosis) und Entsagung aus dem fleischlichen Kerker zu befreien, sie auf die postmortale Rückkehr ins Licht vorzubereiten.

Für das Sexualleben bedeutete das: Abgesehen von der Askese sind nur jene Praktiken zulässig, die nicht zur Zeugung führen, denn jede Geburt bedeutet Einsperrung einer Lichtseele ins materielle Gefängnis ... Nie ist die Welt radikaler verneint, die Schöpfung wütender diskreditiert worden als in der Gnosis. Griechische, persische, syrische und alttestamentarische Elemente flossen - oft in konträrer Neudeutung - in diese Lehre ein. Kirchenlehrer wie Aurelius Augustinus, die vor ihrer Konvertierung der Gnosis angehörten, brachten deren Impulse mit: Die Bezeichnung der Erde als "Jammertal", das Bild vom "Sündenfall" sind gnostischen Ursprungs.

Maria Magdalena und der Lichtgeist

Nun erkannten die Gnostiker in den ersten Jahrhunderten nach Christus im Nazarener einen Verkünder des Lichts. In ihren Evangelien wird er neu interpretiert, predigt die Rettung der Seele, ihre spirituelle Rückkehr zum Ursprung. Allerdings dachten die Gnostiker viel zu gering über Körper und Materie, um Jesus "Menschwerdung" zu akzeptieren. Sie hielten ihn für einen Lichtgeist, der in einem Schein-Leib auf Erden wandelte.

Bei der Kreuzigung wurde in ihrer Lesart nur die virtuelle Hülle zerstört. Folglich sind gnostische Schriften wie das Philippusevangelium (3. Jahrhundert nach Christus) oder das Judasevangelium (2. Jahrhundert nach Christus) keine Biographien, da Jesus für die Autoren im biologischen Sinne gar nicht existiert hat.

Für die heutige Populärkultur ist das Evangelium der Maria (160 nach Christus) von herausragender Bedeutung. In ihm wird Maria Magdalena als Gefährtin und Nachfolgerin Jesu vorge-

stellt. Im Zentrum des Textes predigt sie von der Auferstehung Christi und der Befreiung der Seele: "Was mich einst gebunden, ist nun befreit, und was mich umgab, ist nun überwunden worden, und die Ignoranz ist besiegt."

Varianten der Heraushebung Maria Magdalenas finden sich auch in Nikos Kazantzakis Die letzte Versuchung Christi und in Dan Browns Da Vinci-Code wieder. Auf dem Evangelium der Maria basiert außerdem der Film Maria Magdalena (2018), die vielleicht erste Kino-Adaption eines gnostischen Evangeliums - ohne freilich dessen Metaphysik zu übernehmen. Aber ist Jesus als Projektion auf einer Leinwand, hervorgerufen durch einen Lichtstrahl, nicht die Erfüllung gnostischer Lichtkörper-Mythologie? Ist Kino nicht am Ende eine Gnosis-Technik?<<

<u>Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 1. April 2024 (x1.369/...):</u> >> **Esken: Cannabis-Legalisierung mutiger und richtiger Schritt**

Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken hat die umstrittene Teil-Legalisierung von Cannabis verteidigt. "Das neue Cannabis-Gesetz erkennt die Realitäten an und priorisiert den Gesundheitsschutz", sagte Esken den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Dienstagsausgaben). "Zudem bekämpfen wir den Schwarzmarkt und entstigmatisieren Konsumierende." Das sei ein "mutiger und ein richtiger Schritt".

Esken widersprach Kritik an der Freigabe von Cannabis. "Die Politik von Verbot und Kriminalisierung in Bezug auf Cannabis ist gescheitert und gehört nun der Vergangenheit an", sagte die Sozialdemokratin. "Es ist gut, daß die Ampel den Mut aufbringt für einen Neuanfang in der Drogenpolitik und gleichzeitig den Gesundheitsschutz für Kinder und Jugendliche stärkt."<<

<u>Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 1. April 2024 (x1.369/...):</u> >> **Kiffer feiern Cannabis-Legalisierung mit öffentlichem "Smoke-In"**

In Berlin und anderen Städten haben Anhänger von Cannabis die teilweise Legalisierung zum 1. April mit einem öffentlichen "Smoke-In" gefeiert. Am Brandenburger Tor steckten sich mehrere Hundert Personen nach einem Countdown demonstrativ ihre Joints an. Weitere entsprechende Veranstaltungen waren unter anderem in Leipzig, Hamburg, Nürnberg, Heidelberg, Regensburg, Dortmund, Köln, Mönchengladbach und Suhl geplant.

Seit Montag ist Cannabis in Deutschland in weiten Teilen legal. So ist Erwachsenen unter anderem der Besitz von bis zu 25 Gramm sowie der private und gemeinschaftliche Eigenanbau in bestimmten Grenzen erlaubt, zu Hause dürfen bis zu 50 Gramm gelagert werden.

Der Verkauf von Cannabis bleibt aber weiter verboten, abgesehen von lizenzierten Geschäften in Modellregionen, auch Online-Shops und Versandhandel sind zunächst nicht vorgesehen.<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 2. April 2024 (x1.367/...): >>Schüler dürfen in der Schule nicht politisch agitiert werden

Zur aktuellen Forderung der GEW, daß Lehrer die AfD im Unterricht bekämpfen sollen, äußert sich der schulpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag Götz Frömming wie folgt: "Gegen eine kritische Auseinandersetzung mit der AfD im Politikunterricht ist nichts einzuwenden. Problematisch am Vorstoß der GEW-Chefin Maike Finnern ist allerdings, daß sie eine kritische Auseinandersetzung zum Beispiel mit den Grünen, der SPD oder der GEW nicht für notwendig erachtet.

Wer Lehrer, die als Beamte Teil der Exekutive sind, für die politische Auseinandersetzung mit der Opposition instrumentalisieren möchte, hat unsere Verfassung nicht verstanden. Natürlich dürfen Lehrer eine Meinung haben, natürlich sollen sie für unsere Verfassung einstehen und natürlich dürfen sie sich außerhalb ihres Dienstes politisch betätigen und an Demonstrationen teilnehmen. Aber innerhalb des pädagogischen Schutzraums Schule dürfen sie eben nicht politisch agitieren und versuchen, die von ihnen abhängigen Schüler für oder gegen eine be-

stimmte politische Partei einzunehmen.

Das sagt auch der nach wie vor gültige Beutelsbacher Konsens, nach dem es dem Lehrer eben nicht erlaubt ist, den Schüler im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Entwicklung eines selbständigen Urteils zu hindern. Der Grat zwischen politischer Bildung und Indoktrination ist schmal, und die Versuchung, ihn zu überschreiten, offenbar groß. Die Äußerungen der GEW-Chefin sind das jüngste Beispiel dafür."<<

<u>Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28702" berichtete am 8. April 2024</u> (x1.366/...): >>**Kinder! - Die Opfer der "Trans-Kultur"**

Allerorts und immer häufiger werden Kinder mit der Transkultur konfrontiert und sind dieser gefährlichen Indoktrination schutzlos ausgeliefert. Kann es sein, daß die Geschlechterverwirrung, wie wir sie heute bei vielen Kindern und Jugendlichen vorfinden, ganz gezielt und systematisch erzeugt wird?

In welchem Ausmaß sich die Transgender-Bewegung in sämtliche Lebensbereiche eingeschlichen hat, zeigt der Bericht einer jungen Frau, die in einem Seminar folgende Begrüßung erlebte: "Willkommen an alle Geschlechter, willkommen an alle Binären und Non-binären, willkommen an alle Genderfluiden und willkommen an alle, die sich keinem Geschlecht zuordnen wollen. Willkommen an alle Bisexuellen und Heterosexuellen. Willkommen an alle Homosexuellen, Pansexuellen und Asexuellen. Willkommen auch an alle, die sich in diesen Aufzählungen vielleicht noch nicht gefunden haben."

Verehrte Zuschauer, wie wirkt eine derartige Begrüßung auf Sie? Wirkt sie nicht äußerst befremdlich oder gar verwirrend? So berichtete es zumindest diese junge Frau. Und diese Verwirrung scheint auch genau das Ziel hinter der Transgenderagenda zu sein. Ihre Opfer sind allen voran leicht zu beeinflussende Kinder und Jugendliche.

Allerorts mit der Trans-Kultur konfrontiert, sind sie dieser gefährlichen Indoktrination schutzlos ausgeliefert. (www.kla.tv/27281) Abgesehen davon, daß die Trans-Kultur inzwischen auch an deutschen Schulen propagiert wird, gibt es ein weiteres wirkungsvolles Mittel, um die Trans-Kultur ins Bewußtsein der Kinder zu bringen: die immer häufigere und gezielte Plazierung von Transsexuellen in Kinderbüchern, Film und Fernsehen.

Das US-amerikanische Medienunternehmen Disney will sogar sicherstellen, daß künftig jeder Film "vorschriftsmäßige asexuelle, bisexuelle sowie Transpersonen" enthält. Auch in Deutschland erobert Transfrau "Herr Ingeborg" in der Sendung "Unser Sandmännchen" die Kinderzimmer der Allerjüngsten. Kinderbücher schießen aus dem Boden, welche Geschlechts-OPs propagieren und Drag Queens (Drag Queens sind Männer, die sich wie Frauen anziehen und auftreten) lesen Kindern Geschichten vor, in denen sich einsame Kinder geliebt und verstanden fühlen, sobald sie erklären, daß sie transsexuell seien.

Diese Entwicklungen zeigen, welchen Einfluß die Transgender-Ideologen mittlerweile ausüben und daß die Geschlechterverwirrung, wie wir sie heute bei vielen Kindern und Jugendlichen vorfinden, ganz gezielt und systematisch erzeugt wird.

Die Folgen davon sind oft tragisch, wie man an der Lebensgeschichte der 19-jährigen Chloe Cole erkennen kann.

Stellvertretend für viele spricht Chloe Cole vor einem US-Justizausschuß über ihren Leidensweg als ehemalige Trans-Person und fordert ein Umdenken der Politik.

Sie klagt die Ärzte an, die den Alptraum, vor dem sie sie angeblich bewahren wollten, Wirklichkeit werden ließen. Als 13-Jährige fühlte sie sich in ihrer Haut nicht wohl und wollte lieber ein Junge sein. Ärzte diagnostizierten eine Geschlechtsdysphorie (Bezeichnung für Menschen, die sich im "falschen" Geschlecht fühlen) und setzten die Eltern unter Druck. Sie sollten sich zwischen einer toten Tochter und einem lebenden Transgender-Sohn entscheiden. Die Eltern beugten sich dem Druck und Chloe erhielt Pubertätsblocker und eine Testosterontherapie. (Verabreichung von männlichen Hormonen)

Mit 15 Jahren wurden ihr die Brüste amputiert. Doch anstelle der von den Transgender-Medizinern versprochenen Erleichterung löste dieser Eingriff Selbstmordgedanken in ihr aus. Ihre Kindheit, ihre Jugend und vor allem ihr Körper seien durch die Therapien und medizinischen Eingriffe regelrecht zerstört worden.

Sie bereue den Versuch, ein Junge zu werden. Sie wäre ein völlig normal entwickeltes Kind gewesen, das sich einfach nicht anpassen wollte. Chloe warnt, daß in pubertierenden Jugendlichen, die aufgrund hormoneller Veränderungen oftmals in Krisen stecken, durch die Erzählung vom "falschen Geschlecht" gefährliche Vorstellungen geweckt werden. Sie selbst sieht sich heute als Opfer eines der größten Medizinskandale und fordert ein Verbot von Geschlechtsumwandlungen für Minderjährige!

Es stellt sich nun unweigerlich die Frage, warum sich das Thema Transsexualität in der Gesellschaft so schnell durchsetzen konnte? Gibt es Profiteure, die diese Entwicklung vorantreiben?

Eine Finanzanalyse von "Global Market Insights" beschreibt den Markt für Geschlechtsangleichungen als eine sehr gute Investition. Bis 2026 werden jährliche Wachstumsraten von bis zu 25 % erwartet. Dementsprechend setzen die politisch gut vernetzte Pharmalobby und die dahinterstehende Finanzelite laut der investigativen Journalistin Jennifer Bilek alles daran, um diesen Markt zu erschließen. Superreiche Globalstrategen, wie z.B. George Soros und Warren Buffett, finanzieren die Transgender-Lobby sowie deren Organisationen. Ebenso spenden Pharmaunternehmen Millionen für die LGBT*Q-Bewegung.

So wurde es dieser möglich gemacht, sogar Universitäten, Hospitäler oder medizinische Fakultäten durch Millionenspenden zu erkaufen, um z.B. Lehrstühle für Transgenderstudien einzurichten. Gleichzeitig ist vor allem die US-Milliardärsfamilie Pritzker eine der Hauptinvestoren in "LGBT*Q-Kliniken". Ziel dieser Transgender-Lobby ist es, Trans-Rechte als Menschenrecht zu definieren, sodaß all die Kosten für Geschlechtsumwandlungen von der Allgemeinheit getragen werden - und das, um weitere Milliarden zu verdienen!

Verehrte Zuschauer! Nicht mehr wissen, ob man Männlein oder Weiblein ist, drückt aus, wie sehr durch den Einfluß der Transgender-Ideologie vor allem bei Kindern Verunsicherung und Verwirrung erzeugt wird. Genau dies, ist aber offensichtlich auch das Ziel hinter dieser Agenda, die bereits jetzt einen zerstörerischen Einfluß auf unsere Kinder und die gesamte Gesellschaft ausübt. Die Profiteure sind wieder einmal einige Superreiche, die in ihrer grenzenlosen Profitgier das Leben der so betrogenen Kinder und Jugendlichen buchstäblich ruinieren.

Daher ist es von entscheidender Bedeutung, daß der fromme und humanistische Deckmantel, unter dem diese gefährliche Ideologie die Völker durchdringt, aufgedeckt wird. Dies ist möglich, wenn all die schädigenden Auswirkungen, die erschütternden Opferberichte und vor allem die Drahtzieher mit ihrem verbrecherischen Profitstreben allgemein bekannt werden! Helfen Sie mit und verbreiten Sie diese Sendung.<<

<u>Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt"</u> berichtete am 9. April 2024 (x1.367/...): >>**Ungeborenes Leben vor Abtreibungslegalisierung der Ampel schützen!**

Die Bundesregierung plant laut Medienberichten eine weitreichende Legalisierung von Abtreibungen. Dies soll sich aus dem Abschlußbericht einer von ihr eingesetzten "Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin" ableiten lassen, der in der kommenden Woche veröffentlicht werden wird.

Dazu teilt die familienpolitische Obfrau der AfD-Bundestagsfraktion, Mariana Harder-Kühnel, mit: "Die von der Ampel vorgesehene Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen innerhalb der ersten zwölf Wochen ließe die bislang notwendige Beratungspflicht in diesem Zeitraum vollständig entfallen. Dies würde eine Mißachtung der grundgesetzlich geschützten Menschenwürde des ungeborenen Lebens und der ständigen Rechtsprechung des Bundesver-

fassungsgerichts zur staatlichen Schutzpflicht darstellen.

Dieses hat mehrfach klargestellt, daß es sich bei Schwangerschaftsabbrüchen ausnahmslos um die Tötung menschlichen Lebens handelt, und deshalb ein kompletter Verzicht auf geburtenbejahende Beratungen und strafrechtliche Sanktionen nicht mit unserem Grundgesetz vereinbar wäre. Auch enthalte das Grundgesetz keine 'vom Ablauf bestimmter Fristen abhängige, dem Entwicklungsprozeß der Schwangerschaft folgende Abstufungen des Lebensrechts und seines Schutzes'.

Daher müßten Abtreibungen grundsätzlich für die gesamte Dauer der Schwangerschaft als Unrecht angesehen und weiterhin rechtlich verboten werden. Eine andere Betrachtungsweise hätte die absolute Schutzlosigkeit von ungeborenem Leben innerhalb einer gewissen Schwangerschaftsphase zur Folge und wäre somit verfassungswidrig.

Die Tötung von ungeborenem Leben darf jedoch in unserer Gesellschaft weder verharmlost noch schrittweise normalisiert werden. Die AfD-Fraktion hält insofern an der sinnvollen Kompromißlösung des Bundesverfassungsgerichts fest und verneint ebenso ein dem Schutz des ungeborenen Lebens höhergestelltes Abtreibungsrecht der Frau."<<

<u>Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28731" berichtete am 11. April 2024 (x1.366/...):</u> >>Elitäre Kindersex-Netzwerke: Werden Aufklärer dem Establishment zu gefährlich?

Derzeit kursieren in den schweizerischen und deutschen Medien massenhaft Berichte über die sogenannte "Reichsbürgerszene". Reichsbürger werden darin als Wirrköpfe bezeichnet, weil etliche von ihnen darüber berichtet haben, daß es elitäre Kindersex-Netzwerke gibt und Kinder in unterirdischen Tunnelsystemen gefoltert und getötet werden. Doch sind das wirklich nur absurde Theorien?

Lois Sasek ließ alleine in zwei Dokufilmen 137 Opfer und 77 Zeugen zu Wort kommen, die von diesen organisierten Greueltaten berichteten. Parallel dazu tauchen in diversen sozialen Medien nun aber vermehrt "Erfolgsmeldungen" davon auf, daß unterirdische "Dumbs" gestürmt und gefangengehaltene, mißbrauchte Kinder befreit wurden. Massenhaft belastendes Material, wie z.B. Videoaufnahmen sei sichergestellt worden und werde nun für Justizverfahren eingesetzt... Sogar der ehemalige US-Präsident Trump sei dabei, den Sumpf trockenzulegen... Wird hier gerade mittels einer ausgeklügelten Strategie und diversen Täuschungsmanövern versucht, die Aufklärungsbewegung auszubremsen?

Der bekannte Schauspieler Tom Hanks sagte einst selbstsicher in die Kamera: "Das Beste daran, als der netteste Kerl in Hollywood gesehen zu werden, ist, daß niemand meinen Hinterhof nach Leichen absucht." Dumm gelaufen, aber es ist so weit! Es sind inzwischen zu viele Zeugenaussagen bekannt geworden, die auf solche "Leichen im Hinterhof" hingewiesen haben. Denken wir nur an Isaac Kappy, dessen entlarvende Videos noch immer um die Welt gehen, auch wenn er längst "gestorben wurde", wie ihr in meiner Doku Blutsekte1 (www.kla.tv/-24000) sehen könnt.

Er deckte nicht nur den selbst erlebten Kindesmißbrauch durch Tom Hanks und Steven Spielberg auf, sondern noch weit, weit mehr ... Ich habe in den letzten Monaten mit einem Redaktionsteam einige brisante Recherchen auf Kla.TV zu diesem Thema veröffentlicht, die rund neun Millionen Ansichten erreicht haben (www.kla.tv/27211, 26203, 26810, 26202, 26577). Wir sprechen hier vom gnadenlosen, weltweiten rituellen Kindesmißbrauch - bis hin zu Folter und Mord -, der hundertfach bezeugt wird und immer mehr ans Licht der Öffentlichkeit kommt.

(Allie, USA): "Und im Rahmen meiner Arbeit als Opfervertreterin bin ich mehreren Personen begegnet, die Opfer von satanischem rituellem Mißbrauch wurden."

(Philippa, Neuseeland): "Ich war Zeuge von rituellen Opfern und mußte daran teilnehmen. Ich wurde gezwungen, Opferblut zu trinken und gekochtes Fleisch zu essen."

(Mary Sparrow, USA): "Als Teil der rituellen Gruppe, die diese Leute hatten, sah ich, wie Kinder getötet wurden. Und ich sah, wie Babys getötet wurden. Und sie praktizierten eine Art von Bluttrinken und Kannibalismus als Teil ihrer Religion."

(Doug, Australien): "Und bevor sie dich zwingen, einen anderen Menschen oder ein anderes Kind zu töten, bringen sie dich mit dem Kind zusammen, so daß du eine emotionale Bindung aufbaust, so daß sich das Trauma noch verschlimmert."

(Sue, USA): "Sie machten also ihre Symbole, ich war betäubt, ich war wie eine Stoffpuppe, und ich wurde einfach herumgereicht und vergewaltigt. Ein anderes Mal waren es Dutzende. Ich erinnere mich außerdem an einen Campingplatz, wo sie ein Kind in meinem Alter auf einem Scheiterhaufen verbrannten."

(Christine, USA): "... und sehe eine Gruppe von Menschen in Roben, die eine Straße hinaufgehen und singen: "Sohn des Satans, töte das Baby." ... Die Prozession hält an einem Altar draußen im Wald. Und der Monsignore opfert das Baby."

(Ron Alan, USA): "Das MK Ultra, der SRA (satanischer ritueller Mißbrauch), das ist alles Teil einer sehr großen Anstrengung, die im Gange ist. Es läuft hinter den Kulissen ab und es wird nicht sehr viel darüber gesprochen."

(Diana, USA): "Ich erinnere mich daran, daß ich an verschiedene Orte geflogen wurde. Area 51, Stanford University, der Schwarzwald in Deutschland und, wie gesagt, Westminster Abbey und das Tavistock Institute, die Tunnel darunter in London, England. Ich gebar auch Zwillinge im Skull-and-Bones-Gebäude der Yale University. Viele verschiedene Folterungen wurden durchgeführt vor, während und nach den Schwangerschaften und der Geburt..."

(Eva Frey, Schweiz): "... als ich dann beim zweiten Mal, als die Geburt vom Baby anstand, in unterirdische Gänge entführt wurde und durch Folter das Kind auf die Welt brachte. ... Das haben sie ein paar Tage leben lassen und dann haben sie es vor meinen Augen an die Wand geschmissen ... und danach haben sie dieses Kind vor meinen Augen verwurstet."

(Gloria Masters, Neuseeland): "Ich erinnere mich, daß ich die Worte hörte: "Sie ist zu alt." Und so holten sie sich einen Jungen, der ein bißchen jünger war als ich, und er wurde stattdessen geopfert."

Ja, die Stunde ist gekommen, wo aller Augen so langsam auf den "Hinterhof" unserer "mächtigen Eliten" gerichtet sind. Allerdings findet die aufwachende Welt nicht nur "eine verscharrte Leiche", sondern ganze Leichenberge. Die Informationsflut ist nicht mehr aufzuhalten, das Rad der Zeit nicht mehr zurückzudrehen. "Die gegenwärtige Elite strampelt wie eine Ertrinkende und löscht panisch drauf los, was auch immer ihr im Internet an entlarvenden Beweisvideos in die Hände kommt. Gerade diese Tage läuft wieder eine großangelegte Medienoperation, um aufgeflogene Fakten unter den Tisch zu kehren.

Doch weder das Sperren von Kanälen, noch das Einlochen oder sogar Ermorden von wichtigen Zeugen, kann den Frühling der Wahrheit noch aufhalten. Die Knospen drücken sich an jedem Ast ans Licht, die Blumen durchbrechen das Erdreich und strecken ihre Blüten aus. Wer kann das jemals zurückhalten? Ein paar Schößlinge kann man zwar ausreißen, doch längst nicht alle. Wie bei einem Dammbruch strömen die Informationen über die "verbuddelten Leichen" aus allen Ritzen und fluten das Land.

Diese Kinderschänder versuchen jetzt zwar noch irgendwie den Deckel wieder auf die Flasche zu bekommen, doch wenn der Geist mal aus der Flasche ist, ist er draußen - den fängt keiner mehr ein. Trotzdem versuchen sie es.

Seit einigen Tagen berichten nämlich diverse Medien in der Schweiz und Deutschland wieder vermehrt über die sogenannte "Reichsbürger-Szene", deren Mitglieder versucht hätten, die deutsche Regierung zu stürzen. Diese "Umstürzler" sollen sich dazu krude Verschwörungstheorien ausgedacht haben, um die Bevölkerung zum Umsturz aufzuhetzen: Die Medien sprechen von "absurden Theorien" über unterirdische Tunnelsysteme, in denen Kinder zu Massen

von elitären Kreisen mißbraucht worden sein sollen.

Da die Bürger zu Recht derartige Umstürze ablehnen, wurden hier geschickt wieder die Themen Reichsbürger, "Regierungsumstürzler" und pädokriminelle Netzwerke in einen Topf geschmissen und damit suggeriert, daß diese Netzwerke nur Hirngespinste einiger Revoluzzer seien. Ich möchte Euch nun kurz schildern, welche Informationen Kla.TV diesbezüglich zugetragen wurden. Durch eine Reihe von Interviews und Befragungen, die ich mit Opfern grausamster Mißbrauchsrituale führen durfte, begegnete ich einer krassen Finte... Und zwar bemerkte ich, daß folgende Informationen in Kreisen der Aufgewachten kursieren:

"Wir müssen ja gar nichts mehr an die Öffentlichkeit bringen! Wir brauchen uns auch nicht mehr zu vernetzen, weil das ja schon längst passiert ist. Im Untergrund, fernab von jedem Wissen des Volkes, haben sich speziell ausgebildete Sonderkommandos weltweit formiert und vernetzt. Im geheimen Untergrund sind diese SUPER ausgebildeten PROFIS dran, allen "Mist auszuräumen". Die sogenannten "DUMBs und Untergrundbasen", von denen hunderte Zeugen und Opfer berichten, daß dort die grausamsten satanischen Tötungen und Folterungen geschehen: Die werden gerade allerorts geräumt und gesäubert.

Davon darf aber nichts an die Öffentlichkeit dringen, sonst ist diese WELTWEITE Aktion gefährdet. Denn diese Sonderkommandos der besten Klasse, von denen man KEINEN NA-MEN erfahren darf, werden sogar in Kürze die ganze "böse Regierung" auswechseln und mit einer militärischen Übergangsregierung ersetzen. Beweise dazu gibt's zwar keine, aber wir vom Volk sind da gerade überhaupt nicht gefragt. Und vernetzt sind die auch schon in allen Ländern! Also, vernetzen brauchen wir uns auch nicht mehr."

Toll! So gut. Wohin gehen wir in die Ferien? Welchen Drink sollen wir wählen, während ja andere die Arbeit schon sooo professionell machen? Ach ja, und der liebe Trump managt das alles ja schon längst verdeckt im Hintergrund, auch wenn man vordergründig davon gar nichts mitbekommt. Unter ihm wurde zwar die ganze Covid-Plandemie vom Stapel gelassen, aber vertrauen dürfen wir ihm jetzt doch wieder einmal ganz blind! Er ist unser Messias! Aber wißt Ihr eigentlich, daß Trump den damaligen Staatsanwalt von Florida, Alexander Acosta ins Amt des Arbeitsministers beförderte, nachdem dieser treu dafür sorgte, daß im Epstein-Skandal keine weiteren Namen ans Licht kamen?

Zur Erklärung: Epstein hat über 20 Jahre ein brutales Kindersexnetzwerk mit Minderjährigen betrieben - ein Netzwerk, das vor allem elitäre Personen für ihre perversen Neigungen nutzten. Das Epstein-Opfer Maria Farmer bezeichnete Trump genauso wie Bill und Hillary Clinton sogar als "Mitverschwörer", sie sah ihn bei Epstein ein- und ausgehen und wußte, daß er Teil des Ganzen war. Dokumente aus dem Prozeß gegen Epstein-Komplizin Ghislaine Maxwell belegen, daß Trump mindestens sieben Mal mit dem Lolita-Express von Jeffrey Epstein geflogen ist. ...

War Trump vielleicht sehr froh, daß im Epstein-Skandal nicht das ganze pädokriminelle Netzwerk aufgeflogen ist? Die Hochgrad-Satanistin Marina Abramovic rühmt Trump sogar als den "besten Magier". (Marina Abramovic zitiert eine Schamanin): "Trump ist das Beste, was uns je passieren konnte, weil er der mächtigste Magier der höchsten Grade ist. Er ist da mit seinem irrationalen Verstand, um Verwirrung zu stiften und so endlich eine neue Gesellschaft zu schaffen."

Merkt Ihr, wie perfide dieses Spiel ist? Sobald der Verbrecher realisiert, daß die Leichen samt den Tätern geortet und entdeckt werden, fädelt er die Fahndung, Räumung und Säuberung des Hinterhofs gleich selbst ein. Und überwachen tut er es auch ganz gerne selber, geht doch grad in einem! Das Filmmaterial von diesen großartigen "Räumungsaktionen" sackt der Verbrecher natürlich auch immer gleich selbst ein, man kann also nichts davon selber überprüfen. Die große Masse erfährt dadurch nicht mal von der Existenz dieser gigantischen Leichenberge.

Dort, wo es unvermeidbar geworden ist, wie z.B. beim Fall Dutroux, stellt man zwar ein paar

Fotos ins Netz, wie "die Leichen weggeräumt wurden", verteufelt einen ach so bösen "Einzeltäter" und schnell wieder "Deckel drauf". Aber ich sage: NEIN! Wir sagen NEIN! Keine anonymen Säuberungen, keine Untergrundorganisationen, keine militärischen, dubiosen Regierungsumstürze von irgendwelchen Sondereinheiten, die man nicht kennt. Nein!

"Es wird LICHT, es werde LICHT, Ihr Verbrecher fliegt jetzt auf, LICHT beendet Euren Lauf." Jetzt noch mehr Licht, bis alle Namen und Verbrechen bekannt sind! Bis das ganze Volk es sieht! Jetzt noch mehr Vernetzung der Gerechten auf der ganzen Welt, denn genau auf diesem Weg kommt es zum weltweiten Durchbruch der Gerechtigkeit!

Wenn getäuschte Menschen aber auf solch ausgeklügelte Finten reinfallen, wie z.B. bei der "Stürmung des Kapitols", dann kann man diese mit Recht diffamieren oder sogar wegsperren. So wurde bei dieser Aktion beispielsweise die ganze "Aufklärungsszene" als "durchgedrehter Mob" dargestellt, der die Demokratie gefährdet. Dies nennt man in der Fachsprache eine "Psy-Op" - Psychological Operation das meint, psychologische Kriegsführung. Trump rief also seine aufgeheizten Anhänger am 6. Januar 2021 dazu auf, zum Kapitol zu marschieren und sich das Land "mit Stärke zurückzuholen".

Nach der Erstürmung des Kapitols wurden über soziale Medien diverse Videoaufnahmen verbreitet, die zeigten, wie EINZELNE Personen die Massen hinter die Barrikaden des kaum beschützten Kapitols winkten und Sicherheitskräfte die Absperrungen von sich aus öffneten! Diese Personen die gezielt bei solchen Aktionen eingesetzt werden, nennt man "Agents Provocateurs". Zitat Wikipedia: "Agenten werden rechtswidrig eingesetzt zur verdeckten Störung von sozialen Bewegungen und der gewalttätigen Eskalation von Demonstrationen."

Man lockte also ganz bewußt die vorher hochgeheizten Demonstranten durch eine geschaffene Sicherheitslücke hinein ins sonst hermetisch abgesicherte Kapitol, um ihnen dann einen Umsturzversuch in die Schuhe zu schieben! Mit solch einer Operation versucht man dann den Menschen klarzumachen, daß ein naiver Glaube an die "angebliche Verschwörung einer satanischen Elite" die WAHRE Gefahr für die Demokratie sei ...

Beim Sturm auf den Reichstag ist es auf dieselbe Weise abgelaufen! Und genau auf diesem Weg kann man dann Leute einsperren, die anscheinend solche "Umstürze" unterstützen oder gutheißen. Es sitzen bereits Dutzende wichtige Leute in Gefängnissen fest, weil sie auf diese raffinierten Finten reingefallen sind, selbst wenn sie selber gar nichts getan haben.

In den Medien pusht man dann nur noch das hoch, wie es z.B. Kurt Pelda in der Appenzeller-Zeitung macht. Alle Opfer und Zeugen, die Grausames über pädokriminelle Netzwerke berichten, werden dann durch die Medien lächerlich gemacht, wie z.B. beim Fall Nathalie. Pelda gehört übrigens zu denen, die uns auch gelegentlich gerne angreifen. (www.kla.tv/16081)

Es ist höchste Vorsicht geboten in diesem Aufklärungs-Kampf, daß wir nicht auf diese Pseudo-Operationen und haltlosen Versprechungen reinfallen! Man sollte ebenso auf der Hut sein, daß man sich nicht gegen die Aufklärungsszene aufhetzen und schon gar nicht zu gewaltsamen Handlungen provozieren läßt. Unsere Waffe ist und bleibt das LICHT und die weltweite Vernetzung! Vernetze Dich darum unbedingt internet-unabhängig mit allen gerechten Menschen, die Du kennst und mit dem internationalen Kla.TV-Netzwerk! ...

Doch genau diese "Show" möchte die verbrecherische Elite jetzt noch kurz "vorneweg stehlen", um einmal mehr im Untergrund zu "überleben", wie es damals schon beim Sturz des Römischen Reiches war. Doch diesmal geht es anders aus. Diesmal ist der Sturz dieses Verbrechersystems endgültig. So steht es geschrieben und so wird es geschehen. ...<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 20. April 2024 (x1.368/...):

>>Tod auf Bestellung

Sollten Depressive sich medizinisch töten lassen dürfen? Wer entscheidet, wann es vernünftig ist, sterben zu wollen? Eine Analyse zu dem feinen Grat der Selbstbestimmung. *Elisa David*

Sollte es einem Menschen möglich sein, selbstbestimmt und würdevoll zu sterben? Diese Frage ist eine ethische, mit der man sich nicht gerne befassen will. Nicht zuletzt, weil man sich kaum darin hineinversetzten kann, wie hoffnungslos jene Menschen sein müssen, die Sterbehilfe fordern und in Anspruch nehmen wollen. Im deutschen Strafgesetzbuch steht der Paragraph 217, der die geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestrafen will.

Doch er ist kursiv geschrieben und mit dem Hinweis versehen, daß das Bundesverfassungsgericht diesen im Jahr 2020 für nichtig erklärt hat. Der Paragraph ist mit Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz nicht vereinbar, so das Urteil. Es gibt ein Recht auf Leben, aber keine Pflicht zum Leben.

In der Debatte um die Legalisierung der Sterbehilfe ist eigentlich immer die Rede von leidenden, unheilbar kranken Menschen, die ohnehin am Ende ihres Lebens stehen. Sie haben chronische Schmerzen, werden das Krankenhausbett niemals mehr verlassen und vereinsamen inmitten von Schläuchen und piependen Geräten. Sie wollen nicht weiter verpflichtet sein, zu leben. Der begrenzte Horizont, den man als gesunder Mensch zu so einem Schicksal hat und auch die Überzeugung, daß kein Leben unwert ist, lassen trotzdem die Empathie zu, den Wunsch nach dem Tod doch irgendwie nachvollziehen zu können.

Doch was ist, wenn die Menschen, die durch Sterbehilfe ihr Leben beenden wollen, keine physischen Schmerzen haben, keine finstere Diagnose, wenn sie noch am Anfang ihres Lebens stehen? Wenn sie einfach nur sterben wollen, weil sie depressiv sind? Wenn es in Deutschland die Möglichkeit der Sterbehilfe geben sollte - wo würden ihre Grenzen liegen? Es gibt noch keinen Ersatz für den Paragraphen 217 StGB, der Gesetzgeber hat diese Frage noch nicht beantwortet. Das heißt aber nicht, daß sich in der Zwischenzeit nicht weiter Menschen umbringen - und daß es nicht Menschen gibt, die bereit sind, ihnen dabei zu helfen.

Drei Jahre Haft wegen Beihilfe zum Tod

Am vergangenen Montag sprach das Landgericht Berlin ein Urteil, das noch vor Ende des Prozesses als Meilenstein in dieser Debatte antizipiert wurde. Der Berliner Arzt Christoph Turowski stand vor Gericht, weil er seiner Patientin, einer 37-jährigen Frau, die an starken Depressionen litt, bei einem Selbstmordversuch geholfen und bei einem zweiten Versuch ihren Tod verursacht haben soll. Im Prozeß stand insbesondere eine Frage im Mittelpunkt: War Isabell R. zurechnungsfähig genug, um in ihren Tod einzuwilligen?

Die drei Jahre Freiheitsstrafe, zu denen Turowski wegen Totschags in mittelbarer Täterschaft im minder schweren Fall verurteilt wurde, wirken zwar wie eine eindeutige Antwort, doch so wirklich sind sie es nicht. Schlußendlich ausschlaggebend war die Ambivalenz des Todeswunsches des Opfers. Sie soll sich immer mal wieder von diesem Wunsch distanziert haben, in Textnachrichten, die die beiden sich stetig schrieben. Insbesondere soll sie es am Morgen des Tattages als "ewiges Hin und Her" beschrieben haben, für das sie sich entschuldigte.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, der Arzt kündigte bereits an, sich dagegen wehren zu wollen. Und nach Berichten der Presse soll der vorsitzende Richter die Revision sogar begrüßt haben, damit diese Grundsatzfrage höchstrichterlich geklärt wird. Es gab bereits Fälle in Deutschland, in denen Ärzte für Suizidhilfe freigesprochen wurden - auch Turowski selbst, der 2013 bereits einer anderen langjährigen Patientin mit einer chronischen Darmerkrankung Suizidassistenz geleistet hatte.

Er wurde freigesprochen, in einem Verfahren, das 2019 sogar beim Bundesgerichtshof landete. Abseits von Einzelfällen stellt sich eins sehr eindeutig dar: Es gibt einen Wertungsunterschied zwischen Suizidhilfe für Patienten mit psychischen und Patienten mit körperlichen Krankheiten. Es ist ja auch klar: Äußert ein depressiver Mensch einen Suizidwunsch, ist die naheliegende Reaktion von jedem - und doch insbesondere von Ärzten -, die Person von diesem Wunsch abbringen zu wollen und nicht ihn zu befürworten und umzusetzen.

Wenn Depressive sterben wollen

Relativ parallel findet ein sehr ähnlicher Fall gerade in den Niederlanden statt. Eine junge Frau, 28 Jahre alt, ist schwer depressiv, außerdem hat sie eine Autismus- und ADHS-Diagnose. Sie will sterben. Das steht da deshalb im Präsens, weil sie aktuell noch lebt. In den Niederlanden sind die Gesetze anders als in Deutschland.

Dort hat man die aktive Sterbehilfe als erstes Land der Welt bereits 2002 eingeführt. In Anspruch nehmen kann sie salopp gesagt jeder - sogar Kinder ab 12 Jahren mit Zustimmung ihrer Erziehungsberechtigten oder Demenzkranke, wenn eine schriftliche Patientenverfügung vorliegt. Der durchführende Arzt muß diagnostizieren, daß der Patient unheilbar krank ist und unerträglich leidet.

Die junge Zoraya hat keine richtige Arbeit, sie hatte nie die Ambitionen, eine Ausbildung zu beenden. Aber sie lebt mit ihrem Lebensgefährten und ihren Katzen in einem schönen Haus. Sie ist körperlich kerngesund, doch ihr Antrag auf Sterbehilfe wurde genehmigt. Ihr Todestermin ist für den Mai festgelegt. In einem Artikel der Free Press erzählt sie von ihrem Sterbewunsch. Auch davon, daß sie eigentlich Angst hat zu sterben. Doch eine Ärztin soll ihr gesagt haben, daß sie unheilbar depressiv sei. "Es gibt nichts, was wir noch für Sie tun können. Es wird niemals besser werden", soll sie zu ihr gesagt haben.

Zoraya beschloß daraufhin, sterben zu wollen. "Mir war immer sehr klar: Wenn es nicht besser wird, halte ich das nicht mehr aus." In dem Artikel steht nichts über die Reaktion ihres Freundes zu dieser Entscheidung. Zoraya selbst schildert nur, daß sie mit ihm schon auf einem Waldspaziergang entschieden habe, unter welchem Baum er ihre Asche verschütten soll. Sie will kein Grab, weil sie ihren Angehörigen keine Arbeit machen will. Und sie will keine Beerdigung, weil sie nicht glaubt, daß da irgendeiner ihrer Freunde hinwollen würde.

"Schlaf schön" soll die Ärztin sagen

Im Mai wird eine Ärztin zu ihr nach Hause kommen, erzählt Zoraya. Sie wird mit ihr zur Beruhigung erstmal einen Kaffee trinken und sich mit ihr unterhalten. Wenn sie dann bereit ist, legt sie sich auf eine Couch und bekommt nach wiederholter Einwilligung eine Spritze gesetzt. "Schlaf schön", soll die Ärztin dann zu ihr sagen. Normalerweise sagen Ärzte in dieser Situation wohl "Gute Reise", doch das will Zoraya nicht: "Schöne Reise? Ich gehe doch nirgendwo hin!"

Alles an diesem Fall ist haarsträubend. Daß ihr Freund das alles so mitträgt, daß sie sich offensichtlich für unwertig hält, daß ihre Ärztin sie so aufgegeben hat. Wenn Zoraya so unbedingt sterben will, wenn das alles so unaufhaltbar ist, warum beging sie keinen Selbstmord? Etwa, weil sie sich nicht traut, weil sie es nicht durchziehen würde? Ist es ein Hilferuf, der Wunsch, daß ihr Freund, ihre Familie, ihre Freunde sie davon abhalten?

Auch in Kanada spielte sich ein ähnlicher Fall ab. Dort wollte eine 27-Jährige, die keine körperlichen Krankheiten hatte, Suizidhilfe in Anspruch nehmen. Wieder unter anderen Gesetzen. In Kanada gab es zuletzt besonders viele Sterbehilfe-Skandale. Hier wurde die medizinische Sterbehilfe - Medical Assistance in Dying (MAiD) - 2016 eingeführt. Zunächst war diese nur für Patienten erhältlich, die todkrank waren. Der häufigste Grund ist schwerer Krebs im fortgeschrittenen Stadium. 2021 wurde die Zielgruppe jedoch ausgeweitet. Auch unheilbar Kranke, die aber nicht in naher Zukunft sterben müssen, können MAiD in Anspruch nehmen. Es braucht aber Gutachten von zwei Ärzten.

Kanada wird häufig dafür kritisiert, daß die Sterbehilfe zu leicht erhältlich, teilweise von Ärzten regelrecht angeboten wird. Oftmals werde MAiD von Menschen in Anspruch genommen, die eigentlich nicht sterben wollen, so der Vorwurf. Sie wollen aber keine Last sein oder können sich Behandlungen oder eine angemessene Versorgung nicht leisten. Vielleicht haben sie auch nur die Hoffnung verloren, eine gute medizinische Versorgung zu erhalten.

Zwei Gutachten beenden ein Leben

Der Fall der 27 Jährigen, die nur unter dem Kürzel M.V. bekannt ist, handelt vor allem von ihrem Vater (als W.V. bezeichnet). Eines Tages beschloß seine Tochter, die wie Zoraya autistisch ist und ADHS hat, zu sterben. Ihre Eltern waren geschockt - denn sie wußten nicht, welche Krankheit sie haben soll, sie ist körperlich völlig gesund. Doch nach zwei Durchgängen fand M.V. zwei Ärzte, die ihr die nötigen Gutachten ausstellten. Ihr Vater klagte, argumentierte, seine Tochter sei unerkannt psychisch krank und daher nicht in der Lage, wirksam in die Sterbehilfe einzuwilligen.

Sie habe außerdem wiederholt versucht, von verschiedenen Ärzten Diagnosen für Krankheiten zu erlangen, die aber immer nicht festgestellt werden konnten. Doch das Gericht war nach Kanadischen Recht dazu gezwungen, gegen ihn zu urteilen. Zwar muß man unheilbar krank sein, doch die Tochter mußte vor Gericht nicht offenlegen, welche Krankheit sie habe, auch die Symptome nicht - nur daß sie die Antragsprozedur richtig durchlaufen hatte und die qualifizierte Unheilbarkeit von zwei Ärzten festgestellt wurde. Ihre Eltern wissen bis heute nicht, welche Krankheit ihr Leben so unaushaltbar machen soll.

Die Frage, ob es psychisch Kranken möglich sein sollte, in ihren Tod einzuwilligen und Sterbehilfe zu beanspruchen, ist kompliziert. Das Bundesverfassungsgericht entschied in seiner Grundsatzentscheidung, die den Paragraph 217 StGB kippte, daß es Menschen in jeder Lage möglich sein sollte, ihr Leben zu beenden und sich dafür Hilfe zu suchen. Auch psychisch Kranken. Egal in welcher Lebenslage. Man könne alles versuchen, sie davon abzubringen, es dürfe aber keine Wertung der Gründe stattfinden und man müsse die Entscheidung schlußendlich akzeptieren.

Die Frage nach der Zurechnungsfähigkeit

Natürlich hebelt das nicht alles aus. Der Sterbewillige muß in der Lage sein, diesen Wunsch selbstständig und eigenständig zu treffen. Doch damit dreht man sich eigentlich nur im Kreis. Wie kann man "vernünftigerweise" ganz ohne Mängel der Zurechnungsfähigkeit seinem Tod zustimmen? Eigentlich ist das - besonders bei einer Depression, deren Symptom doch gerade der Selbstmordgedanke sein kann - gar nicht möglich. Wenn man in seinen Tod einwilligt, willigt man in seinen Tod ein. Und das ist nichts, was ein normaler zurechnungsfähiger Mensch tun würde.

Dieses Paradoxon breitet sich damit aber ganz grundlegend auf die Sterbehilfe auch für körperlich Kranke aus. Sicher gibt es die Extremfälle, wie eingangs beschrieben. Doch wenn man wegen einer Krankheit sterben will, findet das auch im Kopf statt.

Denn klar ist doch erst einmal, daß der durchschnittliche Mensch - auch mit leichten Depressionen, Heuschnupfen, Liebeskummer, Behinderung, Kurzsichtigkeit und den Problemen, die man nun mal hat - nicht sterben will. Der Wunsch nach dem Tod ist erstmal nicht normal, sondern in sich krankhaft.

Und es tut sich eine weitere Debatte auf, die zu Unrecht von der Debatte um die Sterbehilfe überschattet wird. Ist die Sterbehilfe ein Korrektiv von Behandlungsfehlern, mangelhafter Gesundheitsvorsorge und schlechten Ärzten geworden? Ich habe in der Recherche für diesen Artikel unabhängig voneinander mit verschiedenen Psychologen gesprochen. Alle waren sich einig: So etwas wie eine absolut nicht behandelbare Depression gibt es nicht. Die Patienten mögen vielleicht immer eine gewisse Beeinträchtigung haben, doch sie können durch Psychotherapie lernen, ein normales Leben zu leben oder im Ernstfall durch Medikamente behandelt werden. Der Tod aller drei Frauen ist im Grunde unnötig.

Alles nur Vertuschung?

Ist die Debatte über Sterbehilfe zu spät angesetzt? Sollte man bei der medizinischen Versorgung anfangen? Zuletzt sorgte der besonders anschauliche und tragische Fall des Kanadiers Normand Meunier für Schlagzeilen. Der 66-Jährige starb am 29. März 2024. Meunier war in

seinen Armen und Beinen bereits seit 2022 gelähmt. Doch das war nicht der Grund, weshalb er sterben wollte. Infolge mehrer schwerer Viruserkrankungen wurde er ins Krankenhaus zur stationären Behandlung eingeliefert. Auch diese Krankheit war nicht der Grund für seinen Todeswunsch. Der entwickelte sich erst im Laufe und insbesondere in Folge seines Krankenhausaufenthalts.

Aufgrund seiner Lähmung konnte er sich selbstverständlich nur stark eingeschränkt eigenständig bewegen. Seine Frau hatte das Pflegepersonal darauf hingewiesen, daß Meunier wegen seines Zustandes auf eine spezielle Matratze angewiesen ist, diese hatte das Krankenhaus jedoch nicht vorrätig. Für vier Tage lag Meunier auf einer Trage in der Notaufnahme in der gleichen Position. Durch den Druck des Körpergewichts beim Liegen können auf Dauer besonders belastete Körperteile geschädigt werden, eine Wirkung, die auch als Wundliegen bezeichnet wird.

Patienten wie Meunier sind dafür anfällig, weshalb diese Patienten im Krankenhaus eigentlich von Pflegepersonal regelmäßig umgelegt werden müssen. Ansonsten können sich sogar tiefe Wunden bilden - wie es bei Meunier der Fall war: An seinem Gesäß entwickelte sich ein Druckgeschwür, durch das Muskel und Knochen in einer offenen Wunde freigelegt und sichtbar wurden, diese offene Wunde hatte einen Durchmesser von mehreren Zentimetern.

Der Heilungsprozeß solcher Wunden ist lang und schmerzhaft. Meunier ließ zunächst mehrere Operationen über sich ergehen, in denen abgestorbenes Gewebe entfernt wurde, um den Heilungsprozeß zu fördern. Doch irgendwann wollte er das Leiden nicht mehr aushalten und beschloß, sein Leben durch MAiD zu beenden. "Ich verstehe nicht, wie das passieren kann, denn eine Matratze ist das Grundlegendste, sagte seine Ehefrau gegenüber Radio-Canada. Meunier hatte zuvor schon öfter Wunden infolge von Wundliegen erlitten, jedoch war keine davon so extrem wie seine letzte.

Flyer, die den Tod bewerben

"Medizinische Sterbehilfe ist einfacher und regelmäßiger verfügbar als einige der grundlegendsten Pflegemaßnahmen", sagte Trudo Lemmens, Professor für Gesundheitsrecht an der Universität von Toronto, gegenüber CBC Canada. Viele Patienten wollen keine Last sein. "Und dann antwortet das Gesundheitssystem: Nun, Sie haben Zugang zu medizinischer Sterbehilfe."

Im Fall der deutschen Isabell R. war ein Schwerpunkt des Prozesses: Inwieweit hatte sie den Prozeß selbst in der Hand und inwieweit hat ihr Arzt sie quasi als willenloses Werkzeug gegen sich selbst genutzt, indem er ihr den Zugang in eine Vene legte, damit sie sich das tödliche Medikament verabreichen konnte? In Deutschland gibt es keine einheitliche gesetzliche Regelung, deshalb hat das Gericht mit einer Palette an Tötungsdelikten zu arbeiten, Mord, Totschlag, Tötung auf Verlangen - wie bei jedem anderen Tötungsdelikt auch. In Deutschland fordern Strafrechtler, daß sich das ändert und endlich für Klarheit gesorgt wird.

Doch wäre das wirklich besser? Wenn die Entscheidung von Ärztinnen getroffen wird, wie in Zorayas Fall, die ihre Patientinnen aufgegeben haben? Wenn gutachterliche Befunde nicht durch Gerichte hinterfragt werden, wie im Fall von M.V.? Wenn Opfer von medizinischem Versagen durch Ärzte den Freitod durch Ärzte wählen, wie im Fall von Meunier?

Klar ist jedenfalls: Es geschehen unvermeidbar Fehler - ob mit Regelung wie in Kanada und der Niederlande oder ohne, wie in Deutschland. Doch es wird unweigerlich mehr Fehler geben, wenn es mehr Fälle gibt. Und die werden verursacht durch Fehler im System, Probleme, die nicht behoben werden. Und wenn der Ausweg in den Tod auf Flyern im Krankenhaus bereit steht. ... <<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/28876" berichtete am 30. April 2024 (x1.366/...): >>50 Voices of Ritual Abuse - 50 Zeugen weltweiter, satanisch-ritueller Gewalt

Achtung: nichts für schwache Nerven und Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren! Einer der wichtigsten satanischen Feiertage ist der 30. April - die Walpurgisnacht, Satans Geburtstag. Passend dazu wurde am 30. April 1966 in San Francisco die "Church of Satan" gegründet. Satanisten kennen vor allem eines: "Tu, was du willst, soll sein das ganze Gesetz".

So kannte und lebte es auch der Gründer und erste Hohepriester der "Satanskirche" Anton Szandor LaVey. Wie unvorstellbar grausam und mörderisch dieses "Tu, was du willst ..." ist, beschreiben die 50 Überlebenden satanisch ritueller Gewalt in dieser Dokumentation. Sehen und hören Sie selbst, damit der Satanismus nie mehr verherrlicht oder bagatellisiert wird! ...

Neben sehr vielen anderen Überlebenden haben 50 Menschen aus den verschiedensten Ländern die von ihnen durchlebte rituelle Gewalt an die Öffentlichkeit gebracht.

Zur Erklärung:

Bei der Thematik der satanisch-rituellen Gewalt handelt es sich um grausamste Verbrechen, die durch die Mitglieder okkulter Gruppierungen begangen werden, häufig im Rahmen von satanischen Zeremonien. Weltweit berichten Tausende Überlebende, Opfer, Zeugen und Therapeuten von sexuellem Mißbrauch, Folterungen und sogar rituellen Opferungen.

Es handelt sich deren Angaben nach um Verbrechen, die von einem gut vernetzten und bestens organisierten, elitären Täterkreis begangen werden, der sich gut zu schützen weiß. In Zusammenarbeit mit den Produzenten des Projektes "50 Voices of Ritual Abuse" schildern diese 50 Überlebenden in ihren Videos ihre ganz persönlichen Erlebnisse. So entstanden aus diesen Zeugenberichten rund 10 Stunden Filmmaterial.

Wir möchten in dieser Sendung einen gerafften Einblick in diese vielen individuellen und doch immer wieder auch ähnlichen Schicksale geben. Die Berichte zeigen auf, daß diese Dinge nicht auf ferne Länder beschränkt sind. Vielmehr wird klar, daß sich diese Gewalttaten auf ziemlich allen Kontinenten abspielen. Auch vor unserer Haustür hier in Deutschland, der Schweiz und ganz Europa. Auf einer Weltkarte haben wir die Orte gekennzeichnet, von denen die 50 Zeugen berichten.

Viele von ihnen wurden nicht nur an einem Ort rituell mißbraucht oder grausamen Mind-Control-Prozeduren unterzogen, sondern wurden in mehreren Ländern herumgereicht. Daher tauchen viele Namen von Überlebenden gleich an mehreren Stellen auf dieser Karte auf. Allein durch Betrachtung dieser Weltkarte und der Namen wird erkennbar, daß es sich bei den Tätern häufig um international gut vernetzte Ringe handeln muß.

Vorweg sei gesagt, daß die folgenden kurzen Beschreibungen und Aufzählungen nur einen kleinen Bruchteil der Dinge aufgreifen, welche die Opfer - die Überlebenden dieser Greueltaten - nach ihren eigenen Schilderungen erleiden mußten. Die kompletten Inhalte sehen sie auf der Webseite "www.50voices.org". ...

In welchem Alter erlebten die Zeugen den Mißbrauch?

Die meisten der 50 überlebenden Zeugen satanischer und okkulter Rituale, erlebten ihr Martyrium bereits sehr früh. Viele wurden bereits als Baby oder Kleinkind sexuell mißbraucht. Spätestens bis zum Alter von acht oder neun Jahren begann auch bei den anderen, die nicht schon als Babys mißbraucht wurden, die permanente Anwendung von Gewalt, Folter, sexuellem Mißbrauch und Manipulation. Der Grund hierfür: Die traumabasierte Bewußtseinsspaltung ist nur in jungen Jahren möglich. Auf diese Weise werden die Kinder im Kult zur nächsten Tätergeneration und für spezielle Aufgaben wie Kinderprostitution konditioniert.

Durch wen kamen die Überlebenden in die Mißbrauchskreise?

Sehr viele dieser Menschen wurden direkt in okkulte, pädophile oder satanische Kult-Familien bzw. Sippen hineingeboren. In diesem Zusammenhang ist mehrmals die Rede von Frei-

maurern, wie z.B. bei Pia aus der Schweiz. Carina aus Deutschland berichtet von Logenmitgliedern, über die sie in die Kultkreise eingeführt wurde. Nessjah sagt aus, daß ihr Vater Satanist war. Rike Schwan aus Deutschland ist ebenfalls in einer Familie aufgewachsen, die den Teufel anbetet.

Auch Haze wurde in Deutschland in eine mächtige Kult-Familie hineingeboren. Sie sagte, daß die Angehörigen stolz waren auf ihre Blutlinie. Es waren alles Richter, Anwälte, Kriminalbeamte usw. Ihr Großvater war Psychologe und die Großmutter lehrte sogar Psychologie an einer Universität.

Später wurde Haze nach Großbritannien und Irland geschickt. Ein Beispiel von vielen für das Aufwachsen in einer Satanskult-Familie ist auch die Aussage von Kaya: "Beide Seiten meiner Familie sind von königlichem Blut, insbesondere die meines Vaters ist englisch, ziemlich weit oben in der königlichen Linie, und ich glaube, das war einer der Gründe, warum ich ausgewählt wurde. Und meine Familie hat auf beiden Seiten politische Verbindungen. Es gibt also viele Möglichkeiten, wie das alles angefangen hat. Und ich glaube, daß es wahrscheinlich Generationen zurückreicht."

Anneke aus Belgien spricht von einem Ehepaar, welches sich der Familie angenähert hatte. Diese brachten sie dann an einen internationalen Vermittler für satanische Netzwerke. Eine Zeugin aus dem Großraum Frankfurt erzählt, daß sie durch den Arbeitgeber ihres Vaters in satanische Kreise geriet. Dieser Arbeitgeber war der Chef einer großen deutschen Bank. Eine Zeugin aus der Schweiz, Eva Frey, kam während eines Aufenthalts im Krankenhaus in Lausanne durch dessen Mitarbeiter in satanische Kreise. Andere berichten von Adoptiveltern, Erziehern oder Personen aus dem Schuldienst, von Geistlichen in Kirchen, welche sie in entsprechende satanische Kulte einführten.

Verherrlichung von Satanismus? Was passiert da gerade weltweit?

Vielfach ist bei den Überlebenden die Rede von satanistischen Kreisen, satanischen Ritualen und satanischen Kult-Familien, in die sie hineingeboren oder eingeführt wurden. In diesen Kreisen werden die abscheulichsten und unvorstellbarsten Greueltaten bis hin zu grausamen Menschenopferungen vollzogen.

Und gerade jetzt versucht man überall auf der Welt Satanismus als faszinierend und reizvoll darzustellen. Im Internet wimmelt es von Angeboten für Kleidung mit satanischen Motiven, okkulten Accessoires und teuflischen Tattoos. In Musikvideos und Spielfilmen werden die abartigsten satanischen Szenen und grausigsten Rituale gezeigt, ohne daß diese Videos in irgendeiner Form zensiert oder gesperrt werden.

In unseren Parlamenten werden Bilder von äußerst fragwürdigen Künstlern wie der Schwedin Lena Birgitta Cronqvist Tunström oder Bernhard Prinz ausgestellt. Beide schrecken in ihren Werken nicht vor der Darstellung von ritueller Gewalt zurück. Auch die abartigen und verstörenden Darstellungen der serbischen "Performance-Künstlerin" und Hochgrad-Satanistin Marina Abramović werden seit Jahren in den Medien als Kunst hochgejubelt (www.kla.tv/-27323).

Man könnte verharmlosend sagen, es ist ja nur Kunst und Mode, es sind ja nur Kleider, Bilder, Tattoos, Videos usw. Was sich allerdings hinter der satanischen Ideologie verbirgt, zeigen die Aussagen der 50 Überlebenden von satanisch-okkulten Ritualen. Aus diesem Grund verschweigen wir unserem Publikum die Grausamkeiten nicht, welche die Opfer aus "50 Voices" erleiden mußten.

Daher unsere Warnung: Diese Schilderungen sind nichts für Menschen mit schwachen Nerven und vor allem nichts für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren!

Nichts für schwache Nerven!

Was mußten die Zeugen als Opfer selbst erleiden?

Bei allen Zeugen war vor allem zuerst sexueller, ritueller Mißbrauch, Vergewaltigungen, To-

desdrohungen und sehr oft Folter im Spiel. Auch Gruppenvergewaltigungen bei größeren Ritualen haben viele der Zeugen erlebt. Viele andere, wie Chantal Frei aus der Schweiz, Luna aus den USA oder Natalie aus Deutschland, berichten von grausamen Hetzjagden auf Kinder, die sie nur knapp überlebten.

Diese wurden meist in Wäldern von Personen elitärer Kreise abgehalten. David wurde in Europa herumgereicht und erlebte im Tunnelsystem unter dem Gebiet von Westminster solche Jagdszenen. Er wurde mit vier Jahren als Sexsklave verkauft und u.a. im Vatikan mißhandelt. Andere, wie Christine aus den USA, mußten im Kindesalter als Sexsklaven von Priestern dienen.

Asia Raine stammt ebenfalls aus den USA und wurde als Kind zum "Besitz" eines hochrangigen Mormonen bestimmt. Sie erlebte dort grausamste Rituale und Zeremonien - vom sexuellen Mißbrauch bis fast zu Tode ertränkt werden. Ebenso benennt Elisa E. die Führungselite der Mormonen als Täter.

Viele Kinder, wie z.B. Hajar aus dem deutschsprachigen Raum, Kaya aus den USA, Erika aus der Schweiz und Rachel aus Australien, wurden für pornografische Filme mißbraucht. Manche wurden in Experimente einbezogen, wurden vergewaltigt und geschwängert - teilweise auf Altären in Kirchen und Schlössern - und mußten unter Folter die Kinder zur Welt bringen. Sarah und viele andere Mädchen im Teenageralter mußten in Kalifornien als "Züchter-Mama" Babys für Opferungen zur Welt bringen. Und sie mußte mit ansehen, wie ihr eigenes Baby als Opfer in den Abgrund geworfen wurde.

Diana aus den USA berichtet, daß Züchtungsexperimente an ihr durchgeführt wurden. "Und ich wurde für die In-vitro-Fertilisationstechnologie verwendet. Ich war das Versuchskaninchen dafür. Ich wurde für das Humangenomprojekt verwendet, für diese Art von Experimenten. Ich erinnere mich daran, daß ich an verschiedene Orte geflogen wurde. Area 51, Stanford University, der Schwarzwald in Deutschland und, wie gesagt, Westminster Abbey und das Tavistock Institute, die Tunnel darunter in London, England. Ich gebar auch Zwillinge im Skull-and-Bones-Gebäude der Yale University. Ich erinnere mich auch an mehrere, unterirdische Militärbasen unter Washington, DC."

Andere Zeugen wurden als Kinder verschiedenen Leuten angeboten oder an sie "vermietet ". Das gilt zum Beispiel für Hajar, die durch ihren pädophilen Vater Sadisten und Satanisten zur Verfügung gestellt wurde. Auch Elke aus Deutschland wurde an einen Pädophilenring "verkauft". Jeanette Archer wurde Zeugin davon, wie Babys und Kinder aufgeschnitten wurden, um an ihr Blut und Fleisch zu kommen. Sie wurde gezwungen, Organe zu essen. Sie nennt dies ein "typisches rituelles Szenario".

Isabelle aus Deutschland wurde in einem Ritual auf einem Altar liegend vergewaltigt, während man ihr mit Messern in Rücken und Schultern stach. Auch Kaya aus den USA erzählt von Vergewaltigungen auf Altären in Schlössern und Burgen. Während solcher Rituale wurde sie geschwängert und die Geburt wurde vor Ablauf der regulären Schwangerschaft gewaltsam eingeleitet. Kaya wurde dann gezwungen, dem Neugeborenen das Leben zu nehmen.

Andere wie Haze oder Katy Groves aus den USA mußten bei Snuff-Filmen mitwirken. Snuff-Videos sind Live-Aufnahmen von Tötungen, Ermordungen, Opferungen von Menschen; in diesem Falle vorrangig Live-Filme von Kindstötungen.

Was erlebten die Überlebenden als Beobachter - wo mußten sie dabei sein?

Die Zeugin Anneke Lucas hatte ein schreckliches Erlebnis im Rahmen des Bilderbergertreffens 1972 in Belgien. Während sie vergewaltigt wurde, schlachtete man im gleichen Raum ein anderes Kind. Auch viele andere Zeugen mußten mit ansehen, wie Kinder gefoltert, in Ritualen vergewaltigt oder teilweise bestialisch getötet wurden. Die deutsche Zeugin Elisabeth Schäfer berichtet von der Verstümmelung, dem Aufhängen, Schlagen, Auspeitschen, in heißes Wasser setzen und Skalpieren eines Neugeborenen bis zu dessen Tod.

Von Christine aus Louisiana, Kanada wird von der Opferung eines Babys im Namen Satans durch einen Monsignore und einen Priester berichtet. Lily erlebte Greueltaten in katholischen Kirchen, auf Burgen und Schlössern. Sie erlebte mit, wie schwangeren Frauen bei lebendigem Leib der Bauch aufgeschnitten, das Baby entnommen und sie dann ausgeweidet wurden. Maria mußte vor allem in kirchlichen Bereichen mit ansehen, wie Kinder grausam gefoltert wurden. Phillippa aus Neuseeland mußte dabei sein, als Menschen zur Strafe die Haut vom Leib gerissen wurde. Sue aus Kalifornien erlebte auf einem Campingplatz, wie ein Kind auf einem Scheiterhaufen verbrannt wurde.

Die meisten der 50 Zeugen mußten mit dabei sein, wenn andere Kinder geopfert wurden. Teilweise wurden ihnen bei lebendigem Leib das Herz oder andere Organe herausgeschnitten. Das Blut wurde in diesen satanischen Ritualen von den anwesenden, meist in Kutten gehüllten Personen getrunken und die Organe gegessen. Es wurden auch Kinder gekocht und erst dann das Fleisch und die Organe verzehrt. Die Zeugin, Max Lowen aus Italien, mußte mit ansehen, wie Kinder in einer Anlage unterhalb des Vatikans geopfert wurden. Sie wurden bei lebendigem Leib aufgeschnitten und auch hier tranken die Anwesenden das Blut der Kinder und aßen ihre Organe ...

"Die Erfahrungen, mit denen ich mich jetzt wirklich schwertue, nachdem ich sozusagen alle Erinnerungen daran entwickelt habe, waren die Adrenochrom-Partys, an denen ich teilnehmen mußte und bei denen sie buchstäblich einfach nur Babys und sehr, sehr kleine Kinder brutal behandelten, um das Adrenalin im Blut zu entwickeln. Und dann habe ich gesehen, daß sie diese Kinder und Babys töten, um das Blut zu bekommen. Sie haben das Blut entweder getrunken oder die ganz Harten haben es sich injiziert. Und das ist eine wirklich schlimme Sache, mit der ich zu kämpfen habe."

Eine Zeugin aus der Schweiz, Svali, erzählt, daß sie ihren christlichen Glauben widerrufen mußte: "Eines Tages ging ich in einen Raum und jeder, den ich liebte, hing an einem Kreuz. Und sie sagten mir, daß sie einen nach dem anderen töten würden, bis ich meinen Glauben widerrufe. Ich mußte dann mit ansehen, wie sechs von ihnen vor meinen Augen zu Tode gefoltert wurden."

Wurden Dinge unter Fremdeinfluß von den Zeugen selbst getan?

Evelyne aus der Schweiz mußte in der Küche einer Kirche menschliches Fleisch schneiden. Mehrere Zeuginnen aus den USA wurden unter Fremdeinfluß als Attentäterinnen ausgebildet. Die Zeugin Anneke aus Belgien wurde als Köder für Kindervergewaltiger ausgebildet. Die Männer wurden später beim Mißbrauch von Kindern gefilmt, um sie erpreßbar zu machen. Die meisten Kleinkinder haben den Sex mit diesen Männern nicht überlebt.

Die Schweizerin Karin berichtet, daß sie unter anfänglicher Mithilfe der Täter 20-30 vietnamesischen Flüchtlingsjungen die Penisse abschneiden mußte. Die weiteren Details dieses satanischen Rituals sind so unvorstellbar grausam, sodaß wir sie hier nicht weiter schildern wollen. Die Jungen sind danach alle gestorben. Doug aus Australien berichtet, wie er als 3-Jähriger ein gleichaltriges Mädchen mit einem Messer töten mußte. Dabei führte ein Täter seine Hand.

Chantal Frei aus der Schweiz wurde dazu gezwungen, eine Freundin mit einer Pistole umzubringen, die dann vor ihren Augen qualvoll starb. Ihr Kultvater zwang sie auch dazu, ihre eigene Schwester umzubringen. Diese überlebte Gott sei Dank die schwersten Verletzungen. Elisabeth Schäfer aus Hessen und Lily, ebenfalls aus dem deutschsprachigen Raum, mußten neugeborene Babys ermorden. Auch Laura aus Bayern wurde mit der Pistole am Kopf gezwungen, ein noch an der Nabelschnur hängendes Baby zu töten - es war ein satanischer Ritualmord, wie sie es beschreibt.

Haze berichtet: "Sie wollten, daß ich ein Messer nehme und einem der Kinder wehtue. Am Ende war es mein Großvater, der meine Hände hielt und dieses Kind tötete. " Mary Sparrow

aus den USA berichtet etwas Ähnliches: "Man gab mir ein Messer und sagte mir, ich muß helfen, den Jungen zu töten. Und ich weigerte mich. Und sie sagten zu mir: "Wenn du nicht gehorchst, werden wir weiterhin Kinder auf diese Weise töten, bis du es tust." Ich hatte also das Gefühl, daß ich helfen mußte, sonst würden andere Kinder sterben."

Phillippa aus Neuseeland mußte Opferblut trinken und das gekochte Fleisch der Opfer essen. Nach dem Ritual mußte sie alles perfekt säubern und die Toten auf dem Gelände des Ritualplatzes begraben. Nina aus der Schweiz mußte teilweise helfen, die Leichen der Opfer ritueller Gewalt zu zerstückeln und dann in Säurefässer zu werfen. Sie sagt, es seien ganze Apparate, die sie haben, in denen sie die Kinder entsorgen.

Wie bringt man Kinder dazu, solche schrecklichen Dinge zu tun?

Die meisten Überlebenden sprechen von Mißbrauch und Gewalt von klein auf. Dazu zählen Manipulation, psychischer Druck, Folter wie Elektroschocks und Waterboarding (Foltermethode des simulierten Ertränkens), Prügel und Gewaltanwendung, Morddrohungen, Vergewaltigungen, Einsperren in Käfige - oft tagelang ohne Essen und Trinken. Oft ist auch vom Einsatz von Drogen gesprochen worden.

Es gibt noch ein weiteres Mittel, um Kinder zu Taten zu bringen, die sie eigentlich niemals tun würden: Die Täter bringen die Kinder ganz massiv unter Druck, indem sie ihnen drohen, geliebten Tieren oder Menschen Gewalt anzutun. Das geht bis dahin, daß geliebte Tiere getötet und nahestehende Menschen grausam gefoltert oder umgebracht werden, wenn die Kinder nicht machen, was die Täter ihnen befehlen. Die Schuld wird dann dem auserwählten Kind gegeben nach dem Motto: "Hättest Du gehorcht, wäre dem Kind oder dem Tier dieses Leid erspart geblieben." Dies wird so oft wiederholt, bis das Kind schließlich gehorcht.

Allie Harrison, die selbst von klein an sexuellen Mißbrauch und Gewalt erleiden mußte, faßt die Aussagen vieler Opfer, mit denen sie gearbeitet hat, wie folgt zusammen: "Wenn ich diese Aussagen höre, ist für mich eines der schrecklichsten Dinge die Erkenntnis, daß diese Kleinkinder im Grunde genommen Opfer von Menschenhandel sind. Sie wurden von mehreren erwachsenen Tätern in ihrer Welt vergewaltigt, die sie liebten und denen sie vertrauten. Ich meine, das waren ihre einzigen Beschützer, die Leute, die sie beschützen und verteidigen sollten, waren genau diejenigen, die sie ausgenutzt und mißbraucht haben."

In welchem Umfeld haben die Taten stattgefunden?

Als Tatorte werden von vielen Überlebenden immer wieder kirchliche Einrichtungen –Verwaltungsgebäude, ein Novizenhaus, die Kirchen selbst und darunterliegende Gewölbe sowie Sakristeien - genannt. Militärbasen, teilweise unterirdisch - z.B. die McDill Air Force Base, werden als Tatorte beschrieben. Krankenhäuser, wie in Lausanne oder z.B. das Valley Forge Army Krankenhaus in den USA, spielen bei den Ritualen oder Mind-Control-Folter immer wieder eine Rolle. Räumlichkeiten unter Unis und Colleges in den USA werden ebenso erwähnt, wie Räume unterhalb der Altstadt von Solothurn in der Schweiz.

In den USA, Neuseeland und Australien werden oft große, abgelegene Landgüter als Tatorte beschrieben. Gloria Masters beschreibt z.B. einen großen Landsitz der Freimaurer in West Auckland, Neuseeland. "Dann wurden wir in die Hauptkammer gebracht. Und dort wurden wir in einem rituellen Muster hingelegt, wie ein Kompaß mit Punkten darauf, und dann begannen die Gesänge.

Das war also ein typisches Beispiel für mich. Das geschah sehr häufig, einmal im Monat bei den Freimaurern. Und dann zu anderen Zeiten während des Jahres bei bestimmten Veranstaltungen, die sie abhielten. Das war also eher in ländlichen Gegenden."

In Europa sind es eher Burgen und Schlösser, die immer wieder in den Zeugenberichten benannt werden. Des Öfteren ist die Wewelsburg und das Schloß in Heidelberg erwähnt. Auch Westminster Abbey und ein darunter befindliches Tunnelsystem werden von mehreren Überlebenden genannt. Ebenfalls spielt ein Anwesen der britischen Krone offensichtlich eine grö-

ßere Rolle bei den satanischen Ritualen.

Mehrmals werden der Vatikan und seine unterirdischen Anlagen als Tatort benannt. So machten Svali, Max Lowen und David dort grausame Erfahrungen. Auch Villen, große prunkvolle Häuser sowie abgelegene Jagdhütten spielen immer wieder eine Rolle bei den Beschreibungen durch die Überlebenden der satanisch-rituellen Zeremonien und Opferungen.

Kommen wir zu den Tätern - wer sind sie?

Bei den Tätern handelt es sich zu allermeist, neben den Familienmitgliedern, um hochrangige Vertreter aus Kirche, Politik, Wirtschaft und Akademikerkreisen. Aber auch der Hochadel bis hin zu Königshäusern wird in den Zeugenaussagen sehr oft erwähnt. Es werden vom katholischen Priester über einen Monsignore, Bischöfe bis zu einem ehemaligen Leiter von Pro Familia Leute benannt. Es werden Mormonen, Jesuiten und eben immer wieder die Katholische Kirche erwähnt. Selbst hochgestellte Beamte des Vatikans finden sich in den Auflistungen der Ritualmörder. Der Chef einer großen deutschen Bank wird ebenso als Täter benannt, wie Leute aus dem Ölgeschäft und Promis aus der Musik- und Filmszene.

Die Überlebende Rachel Vaughan aus Australien nannte den eigenen Vater als Täter, der als Freimaurer und Rosenkreuzer ein Mitarbeiter des australischen Geheimdienstes war.

Rachel sagt auch darüber aus, warum so wenig davon ans Licht kommt, obwohl viele von diesen schrecklichen Dingen wissen: "Bei einem bestimmten Ritual wurde ein Baby ermordet und dann gegessen. Es waren etwa 50 Erwachsene anwesend, und wahrscheinlich etwa neun von uns Kindern.

Und die Leute finden das schwer zu verstehen: Wie ist das möglich? Es müßte schon eine große Verschwörung dahinterstecken, damit all diese Erwachsenen das verschweigen. Nun, es ist ein verbindendes Ritual für sie alle. Sie alle haben Informationen übereinander. Sie haben dieses kompromittierende Material. ... Die Namen der beteiligten Personen sind allgemein bekannt. Sehr hochrangige Geschäftsleute, Richter, einflußreiche Ärzte. Sie sind nie zur Rechenschaft gezogen worden."

Weitere Täter aus der Politik werden genannt: z.B. ein belgischer Verteidigungsminister, US-Vizepräsidenten und Diplomaten, ein Premierminister aus Großbritannien sowie hohe Regierungsbeamte z.B. aus Irland und Neuseeland. Auch die Queen war laut Aussagen an einem Ritualmord beteiligt.

Häufig wird von weltweiten Vernetzungen berichtet. Dies bestätigt die Tatsache, daß die Opfer vielfach in mehreren Ländern weitergereicht wurden und dieselben Mind-Control-Abrichtungen erlebten. Dabei spielen sehr oft Freimaurer-Logen, die Rosenkreuzer und andere okkulte Gruppierungen eine gewichtige Rolle. "Ich habe einige Nächte mit einem Baron verbracht. Und das habe ich - rein zufällig, komplett zufällig - überlebt.

Mit neun Jahren brachte mich eine sehr merkwürdige Situation in eine andere Position, sozusagen. Jemand aus dem globalen Netzwerk - bis dahin war ich ein Wegwerfkind im belgischen Netzwerk gewesen - und der Chef dieses Netzwerks, ... er war damals Verteidigungsminister. Er gab mich an einen internationalen Netzwerker weiter. Das war im Rahmen des Bilderberg-Treffens von 1972. Ich war neun Jahre alt."

Was war das Schlimmste für die Opfer?

Wir greifen zwei Beispiele heraus, die aufzeigen, daß diese Dinge in den höchsten Kreisen stattgefunden haben und immer noch stattfinden:

"... das andere Schlimmste war für mich zu sehen, wie Kinder im Vatikan geopfert wurden. Zuzusehen, wie sie hereingebracht und aufgeschnitten wurden, und all diesen VIP-Leuten im Raum zuzusehen. Sie machen diese Opferrituale, um dämonische Wesenheiten dazu einzuladen, sie zu bewohnen. ... Und das war für mich ... Das Böse selbst zu sehen, war etwas, das mich auch heute noch verfolgt."

"Das Trinken von Blut und das Essen des Fleisches eines anderen Menschen, das war ziem-

lich schrecklich. Nun, nicht ziemlich schrecklich, sehr schrecklich. Und der Geruch von verbranntem Fleisch, das werde ich nie vergessen. Sie haben die Leichen auch verbrannt. Und dann speziell eine Begebenheit, wo die Queen einem Mädchen den Kopf abgehackt hat. Sie war in einem ähnlichen Alter wie ich. Und dann zu wissen, daß ich die Nächste sein würde, wenn ich nicht gehorchte, wenn ich nicht mitmachte."

Fazit: Obwohl es seit Jahrzehnten immer wieder zahlreiche Zeugenaussagen wie in der Dokumentation 50 Voices gab, wird nach wie vor mit aller Macht versucht, diese grausamen Verbrechen unter dem Deckel zu halten. Die Produzenten von "50 Voices" schreiben dazu trefflich: "Im Jahr 2022/23 versuchten Täterkreise erneut - diesmal ausgehend von der Schweiz - mit der "bewährten" Methode der Satanic-Panic-False-Memory-Propaganda, die Meinung der Öffentlichkeit zu manipulieren und die Opfer dieser Gewaltverbrechen unglaubwürdig zu machen."

Zur Erklärung: Die Strategie der "Satanic Panic-Propaganda" bedeutet, daß die gesamte Thematik der satanisch-rituellen Gewalt bereits seit Jahrzehnten verleugnet und als satanische Panikmache oder Hysterie verschrien wird. Mit dem zweiten Strategieansatz der "False Memory-Propaganda" wird ebenfalls seit langem immer wieder verbreitet, daß satanisch-ritueller Mißbrauch nicht existiert. Therapeuten würden den Patienten nur einreden, daß sie solche furchtbaren Grausamkeiten im Rahmen von satanischen Ritualen erlebt hätten. (https://www.-kla.tv/26577) Eine Begründung dafür, warum Therapeuten in aller Welt so etwas tun sollten, liefern diese Kreise nicht.

Derzeit läuft erneut eine Medienpropaganda-Welle an - auch in diesem Fall von der Schweiz ausgehend - und dieses Mal wieder mit einem anderen Ansatz: Diverse schweizerische und deutsche Medien berichten vermehrt über die sogenannte "Reichsbürger-Szene", deren Mitglieder versucht hätten, die deutsche Regierung zu stürzen. Diese "Umstürzler" sollen sich dazu krude Verschwörungstheorien ausgedacht haben, um die Bevölkerung zum Umsturz aufzuwiegeln: Die Medien bezeichnen die Berichte über unterirdische Tunnelsysteme, in denen Kinder zu Massen von elitären Kreisen mißbraucht worden sein sollen, als "absurde Theorien".

Hier wird die Thematik der satanisch-rituellen Gewalt über das Lächerlich-Machen hinaus mit einer Bewegung verknüpft, die mit Umsturz-Plänen in Zusammenhang gebracht wird. (www.kla.tv/28731)

Parallel zur penetranten Medienpropaganda wird der Satanismus wie ein Modetrend aggressiv in die Gesellschaft eingeschleust. Satanismus gilt als hip und trendy, als faszinierend und harmlos. Daß er aber alles andere als harmlos ist, beweisen nicht nur die in der Dokumentation "50 Voices of Ritual Abuse" gehörten Aussagen der Überlebenden. Lois Sasek ließ alleine in zwei Dokufilmen 137 Opfer und 77 Zeugen zu Wort kommen. Die Überlebenden nannten darüber hinaus 50 Täter mit Namen.

Wenn die Gesellschaft nicht in Kürze realisiert, daß sich hinter der aufpolierten Fassade der Satans-Ideologie unvorstellbare Gewalt, Perversionen und grausame Exzesse verbergen, wird dies mit großer Wahrscheinlichkeit fatale Folgen haben. Schließlich verfolgen die einflußreichen satanischen Kreise nach Aussagen von Überlebenden einen Langzeitplan, der uns alle betrifft und in unserer Freiheit bedroht ...

So hat z.B. der Satanskirchen-Gründer und 33. Grad-Freimaurer Albert Pike als "Brigadegeneral" und "Großkommandeur" des obersten Militärs, den Ersten und Zweiten Weltkrieg bereits vor 145 Jahren geplant und angeordnet. Die Ziele der ersten beiden Weltkriege wurden bereits exakt erreicht. Durch den Ersten müsse die Macht des Zaren in Rußland zerschlagen

Jährlich werden in Deutschland allein 80-90.000 Kinder ihren Eltern oft gewaltsam entzogen. Das "Kindeswohl" wird zu einem Schlagwort reduziert, um Kinder gegen ihren Willen von den Eltern zu trennen. Hochkarätige Referenten aus den Bereichen Psychologie, Kriminologie sowie Recht und Wissenschaft setzen sich bei einem Pressesymposium der gemeinnützigen Vereinigung "AXION Resist" kritisch mit dem Thema der Inobhutnahme auseinander und geben Einblick in die katastrophalen Mißstände der deutschen Justiz: "Zielscheibe Kind und Bindung". ...

Systematisch werden in Deutschland Kinder unter Angabe von falschen Tatsachen zwangsweise durch Familiengerichte und Jugendämter von ihren Müttern oder Vätern getrennt bzw. isoliert, teilweise sogar mit Gewalt verschleppt. Um den Betroffenen eine Stimme zu geben, veranstaltete die Vereinigung "AXION Resist" am 3. Mai dieses Jahres ein Pressesymposium mit dem Thema: "Zielscheibe Kind und Bindung".

Die Initiatorin von AXION, Dr. Andrea Christidis, ist seit 15 Jahren forensische Psychologin und unabhängige Gutachterin. In dieser Zeit hat sie in über 1.000 Familienfällen geprüft, ob Inobhutnahmen durch Jugendämter wirklich gerechtfertigt waren. Sie deckte Gefälligkeitsgutachten, Unterschriftenfälschungen, Datenmißbrauch, falsch gestellte Diagnosen, staatliche Korruption, Protokollfälschungen, Rufmord und Behauptung falscher Tatsachen auf.

Diese Mißstände konnten sich über Jahrzehnte hinweg etablieren, weil Umgangs- und Sorgerechtsverfahren an Familiengerichten unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden und kein internes Kontrollorgan an Gerichten oder Jugendämtern existiert. Richter, Staatsanwälte und Jugendamt-Mitarbeiter decken sich gegenseitig. Dies kommt organisierter Kriminalität gleich! Im Symposium beschäftigten sich die hochkarätigen Referenten aus den Bereichen Psychologie, Kriminologie, Recht und Wissenschaft u.a. mit folgenden Fragen:

- Wußten Sie, daß in Deutschland jährlich 80-90.000 Kinder ihren Eltern entzogen werden, oft unwiderruflich?
- Wußten Sie, daß Kinder von Flüchtlingen ein beliebtes Ziel der Jugendämter geworden sind, während ihre Eltern, ohne Sprach- und Gesetzeskenntnisse, hilflos zusehen müssen?
- Wußten Sie, daß die deutsche Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zusammen mit der WHO "Standards für die Sexualaufklärung der Kinder in Europa" entwickelt hat? Und sie dadurch bereits schamlos auf Pädophilie-Übergriffe vorbereitet?

In diesen "Standards" heißt es, daß Masturbation bereits im Alter von 0 bis 4 Jahren empfohlen wird und Kindern ab 12 der Umgang mit Peitschen, Handschellen und Liebeskugeln beigebracht werden soll.

- Wußten Sie, daß Kentlers Plädoyer für die Pädophilie dadurch wieder Einzug in die staatliche Erziehung von Kindern hält? Dabei war er ein nachweislich kriminell Pädophiler.
- Und wußten Sie, daß die "Sexualpädagogik der Vielfalt" alles andere als harmlos ist? Kla.TV hat in freundlicher Zusammenarbeit mit AXION die wichtigsten Aussagen des Tages im Folgenden für Sie zusammengefaßt:

Prof. Dr. Aris Christidis ist Naturwissenschaftler und Professor für Informatik und MWGFD-Vorstandsmitglied (Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V.). Er moderierte das Pressesymposium.

"Der Name der Veranstaltung oder der Titel der Veranstaltung ist schon eingeblendet: "Zielscheibe Kind und Bindung". Das deutet schon an, daß da irgend etwas Zielscheibe, also etwas da ist, worauf geschossen wird. Wir beziehen uns auf etwas, was offenbar verteidigenswert ist. Ich werde mich der Frage widmen, ob denn wirklich staatliche Maßnahmen die Eingriffe in die Eltern-Kind-Beziehung einfach vornehmen und dadurch das alles gefährden. Das her-

vorstechende Beispiel von Maßnahmen, die dann einen rigorosen Schnitt in dieser Beziehung vornehmen, sind die Inobhutnahmen, die Entfernung von Kindern aus Haushalten oder jedenfalls aus dem Milieu, in dem sie normalerweise leben.

Die Begründungen für diese Inobhutnahmen, die finden Sie hier, das war Überforderung der Eltern und ob das jetzt zwei Eltern oder ein Elternteil war. Wir stellen fest, ein Drittel, also ein großer Teil der Inobhutnahmen, hatten als Begründung die Überforderung der Eltern. Überforderung kann geschehen, zum Beispiel, daß man arbeitslos wurde in der Zwischenzeit. In Millionen, stellen wir fest, haben wir jedes Jahr, etwa eine halbe Milliarde Kosten der Inobhutnahmen. Eine halbe Milliarde betraf die öffentliche Hand.

Die Kosten für die Betroffenen selbst können Sie dann in Zehnerpotenz nehmen. Mindestens ein Zehnfaches würde ich schätzen, ein Hundertfaches halte ich für das Wahrscheinlichere. Also die Eltern, die dagegen prozessieren, die Eltern, die die Gutachten dazu finanzieren müssen, Eltern, die die Unterbringung finanzieren müssen und so weiter. In den 90ern ist sehr viel privatisiert worden. Und viele von den Heimen sind privat, die verdienen dann viel oder weniger gut daran."

Prof. Dr. Ulrich Kutschera ist Evolutionsbiologe mit Schwerpunkt Zoologie und Mikrobiologie. Er referierte zum Titel: "Angeborene Mutterliebe, Adoptionsrecht & Leihmutterschaft".

"Ich möchte Ihnen heute etwas sehr Provozierendes mitteilen, was aber glasklar wissenschaftlich belegt ist. Nämlich, daß die Mutterliebe von Mäusen und Menschen vorgeburtlich fixiert wird. Die Mutter-Kind-Bindung ist das Engste, was die Evolution hervorgebracht hat, auf dem Niveau von Regenwürmern nachweisbar. Das ist der erste wichtige Punkt.

Vor einem Jahr wurde der Begriff "Tagesmutter" durch Kindertagespflegeperson ersetzt. Kindertagespflegeperson. Das ist natürlich ein kompletter Witz, ein Schlag ins Gesicht jeder Mutter, frauenfeindlich bis dort hinaus. Da kann ich nur als Biologe den Kopf schütteln und sagen, ihr habt wohl nicht mehr alle Tassen im Schrank, wer sich so etwas ausdenkt. So, jetzt müssen wir uns natürlich fragen: Was passiert denn eigentlich, wenn Menschen ohne Mutterliebe groß werden?

Also ohne Mutterliebe entstehen Menschen, die keine Empathie oder wenig Empathie entwikkeln. Im Grunde, wenn man die Mutterliebe bekämpft, was ja politisch gewollt ist alles, zerstört man im Grunde eine natürliche, vitale Gesellschaft. Man hat also entdeckt, daß es bei schwangeren Mäuseweibchen vorgeburtlich, während der Schwangerschaft, vorgeburtlich, zu einer Neuverdrahtung bestimmter Areale im Hypothalamus, also in einer Hirnregion, kommt, und diese Neuverdrahtung des Muttergehirns sitzt auf Lebenszeit.

Einmal Mutter, immer Mutter. Ich habe jetzt Begriffe geprägt, die, wie gesagt, in der Quelle nachlesbar sind, nämlich angeborene Mutterliebe. Das Wort habe ich im Prinzip mir ausgedacht, steht aber im englischen Text natürlich verschlüsselt drin, und die erworbene Vaterzuwendung. Bei Vätern, bei Papas gibt es keine angeborene Babyliebe. Da gibt es eine Zuwendung zum Kind, das ist aber von der Qualität völlig anders.

Und man kann das noch deutlicher machen, ich habe das in einem anderen Schema nochmal dargestellt, wir können sagen, es kommt zu einer vorgeburtlichen Östrogen-Progesteronvermittelten neuronalen Hirnvermutterung. Das heißt, wenn die Mäuseweibchen, beziehungsweise die Menschenfrauen, ihr Baby zur Welt bringen, austragen, bei der Geburt, kurz nach der Geburt, ist die Mutterliebe schon fixiert. Das muß ich jetzt mal ganz deutlich hier sagen. Frauen, die selbst eigene Kinder zur Welt gebracht haben, leibliche Kinder zur Welt gebracht haben, können fremde Kinder mit entsprechender Liebe großziehen.

Es funktioniert aber nach allem, was wir wissen, bei Frauen, die keine Kinder zur Welt gebracht haben, viel schlechter. Oder gar nicht. Und bei Männern, zumindest von der Biologie her, ist da kaum zu erklären, wie das funktionieren soll. Jetzt Adoptionsrecht. Adoptionsrecht für alle. Ich meine, es ist einfach ein Unding, wenn man Kinder einem Männerpaar übergibt,

ob homo oder hetero, das spielt überhaupt keine Rolle, es können auch Hetero-Paare sein, es können Brüder sein. Da fehlt einfach diese Empathie der Mutter.

Ja. Und letztes Wort, Leihmutterschaft. Also diese Stoffpuppen-Experimente, damals das Men Having Babies, das haben Sie sicher mitbekommen. In Berlin war ja ein großer Kongreß, wo junge Männer bis unter 45 Babys kaufen durften oder sich zumindest beraten lassen konnten. Das wurde nach Angaben, die ich gestern gefunden habe, von der EU jetzt unterbunden, also Babyhandel geht jetzt offensichtlich nicht mehr.

Aus meiner Sicht ist das natürlich ein absolut verwerfliches Menschenexperiment. Ich würde nicht ausschließen, natürlich nicht ausschließen, daß es gelungene Adoptionen gibt. Ich würde auch nicht ausschließen, daß es gleichgeschlechtlich veranlagte Paare gibt, die das irgendwie hinbekommen, im Einzelfall. Aber diese Defektsituation zur Normalsache zu erheben und vor allem die ganze Biologie, der ich seit Jahrzehnten mein Leben widme hier, die auf die Müllhalde zu werfen, so ungefähr wird es ja gemacht, das ist einfach nicht akzeptabel.

Eine Gesellschaft, die die Mutterliebe ignoriert, bekämpft, die degeneriert, verkommt, verroht, verdummt. Und genau das haben wir ja leider in Deutschland zu beobachten. Und das waren meine Ausführungen. Vielen Dank."

Markus Matuschzyk ist Rechtsanwalt mit besonderem Fokus auf Familienrecht, Erbrecht und Wirtschaftsrecht. Er sammelte Erfahrungen in der Verteidigung mit zu Unrecht Verfolgten bis hin zur Diplomatie. Herr Matuschzyk referierte zu dem Thema: "Rechtliche Rahmenbedingungen von Inobhutnahmen".

"Grundsätzlich kann man sagen, also ganz allgemein, ganz kurz, mit plakativen Worten, ist eine Inobhutnahme nur dann zulässig, wenn das Kind sich in einer akuten Gefahr befindet und sein Wohl nicht anders gewährleistet werden kann. In der Praxis, theoretisch, bedeutet dies, daß eine Inobhutnahme nur dann gerechtfertigt ist, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft werden und das Kind sich tatsächlich in akuter Gefahr befindet.

Zu den rechtlichen Voraussetzungen von Inobhutnahmen gehören, wie gesagt, eine konkrete Gefährdungslage für das Kind, die eine sofortige Intervention erforderlich macht sowie eine sorgfältige Abwägung aller relevanten Faktoren wie die Bindung des Kindes zu seinen Eltern, seine Entwicklungschancen und seine individuellen Bedürfnisse.

Darüber hinaus ist es entscheidend, präventive Maßnahmen zu stärken, um Inobhutnahmen möglichst zu vermeiden. Das kommt in der Praxis überhaupt viel zu kurz. Überhaupt hat man den Eindruck, daß bei den Amtsgerichten, Familienrichtern das Grundgesetz überhaupt keine Rolle spielt. So habe ich mehrfach bereits in der Praxis gehört von Amtsrichtern: Das Grundgesetz, das ist das Grundgesetz, aber ich bin hier der Familienrichter und ich entscheide nach meiner Rechtsauffassung. Auch nach Vorgaben des Gerichtshofs für Menschenrechte müssen Inobhutnahmen auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen, verhältnismäßig sein und das Wohl des Kindes angemessen berücksichtigen.

Verhältnismäßig bedeutet geeignet, erforderlich und angemessen, so wie das die Juristen sagen. Wie gesagt, das sind die Vorgaben, in der Praxis sieht das natürlich alles ganz anders aus. Der Gerichtshof für Menschenrechte betont in seiner Rechtsprechung immer wieder die Bedeutung des Kindeswohls als oberste Maxime bei allen Entscheidungen im Bereich des Kindesschutzes. Er stellt klar, daß Inobhutnahmen nur dann gerechtfertigt sind, wenn das Wohl des Kindes akut gefährdet ist und andere Maßnahmen nicht ausreichen, um es zu schützen. Da sind wir wieder beim Verhältnismäßigkeitsprinzip.

Trotz dieser klaren rechtlichen Vorgabe kommt es immer wieder und vielleicht regelmäßig, könnte man sagen, zu Fällen, in denen Inobhutnahmen durch Jugendämter und Familiengerichte kritisiert werden. Oftmals wird zu Recht bemängelt, daß die Entscheidungen nicht ausreichend begründet sind, die Eltern nicht angemessen beteiligt wurden und daß die Kinder und Jugendlichen nicht ausreichend gehört wurden.

Auch die Dauer der Inobhutnahmen und die Unterbringungssituationen in Pflegefamilien und daheim sind häufig Gegenstand der Kritik. Einer der Hauptkritikpunkte ist die Frage nach der Rechtmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit von Inobhutnahmen. Wie gesagt, Verhältnismäßigkeit geeignet, erforderlich und Angemessenheit. Es wird bemängelt, daß in vielen Fällen Kinder zu schnell aus ihren Familien genommen werden, ohne daß eine akute Gefährdungssituation vorliegt. Dies führt in der Regel zu traumatischen Erfahrungen für die betroffenen Kinder und erschüttert natürlich das Vertrauen in das Jugendamts- bzw. Helfersystem.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Vermutung, daß Jugendämter und Familiengerichte finanzielle Anreize haben könnten, um Kinder in Obhut zu nehmen. Es wird befürchtet, daß es ein finanzielles Interesse geben könnte, da für jede untergebrachte Person finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden und zwar nicht in geringer Höhe. Darüber hinaus ist es wichtig, unabhängige Kontrollmechanismen einzurichten, um mögliche finanzielle Interessen bei Inobhutnahmen zu überprüfen und Mißbrauch vorzubeugen.

Eine regelmäßige Überprüfung der Entscheidungen und der finanziellen Mittel, die für die Inobhutnahmen bereitgestellt werden, kann dazu beitragen, Transparenz und Vertrauen in das System zu schaffen. Insgesamt ist es wichtig, daß Inobhutnahmen von Kindern durch Jugendämter und Familiengerichte kritisch hinterfragt werden und daß Maßnahmen ergriffen werden, um die Situation der betroffenen Kinder und Familien zu verbessern. Darüber hinaus ist es wichtig, präventive Maßnahmen zu stärken, um Inobhutnahmen möglichst zu vermeiden."

Uwe Kranz ist Leitender Ministerialrat außer Dienst, gelernter Polizist, ehemaliger Präsident des Landeskriminalamtes Thüringen, Deutscher unter den Vätern von Europol: Als Kriminalist gibt er Einblick in den Deep State, beobachtet im Ruhestand noch das Geschehen sowie Pädokriminelle und Amtsträger, die mit Kindswohl handeln. Sein Thema: "Sexueller Mißbrauch von Kindern: eine Metaanalyse" (vorhandene Forschungsarbeiten werden zu einer bestimmten Forschungsfrage untersucht).

"Ich bin 60 Jahre im Polizeidienst, über 60 Jahre im Polizeidienst. Ich habe 50 Jahre der Kriminalitätsbekämpfung, insbesondere der schweren Kriminalität gewidmet, insbesondere darunter dem Kindeshandel, dem Kindesmißbrauch. Ich habe in den 50 Jahren eigentlich keine großen Veränderungen festgestellt. Nur jedes Jahr neue Sprüche. Was wir jetzt haben, ist eine Generation Alpha, die zu über 70 Prozent psychisch belastet ist, dank einer Corona-Zeit, die wir durchmachen mußten und dank Entscheidungen von unseren Politikern. Also das war wahrlich kein Zeichen für Beachtung des Kindeswohls durch den Staat. Das war eine Verachtung des Kindeswohls.

Was wir wissen, ist aus diesen großen Fällen, Dutroux aus Belgien, wir wissen aus dem französischen Fernsehen, aus dem französischen Fernsehen wissen wir von einem englischen Skandal, wo ein riesiger Pädophilen- und Päderastenring zu Fall gebracht worden ist. 76 Politiker waren darin beteiligt, 43 Künstler, 35 Journalisten. Die ganze Mischpoke im Prinzip, die zusammenhält und das alles unter dem Deckel hält und uns weiterhin belügt. Über 100.000 Kinder beteiligt. Das Ding habe ich jetzt verfolgt, die letzten fünf Jahre, das war 2015, und der Reihe nach sind die wichtigsten Zeugen gestorben. Genau wie beim Dutroux-Fall.

Dieser klassische Fall von 2018 des jahrelangen sexuellen Mißbrauchs auf einem Campingplatz in einer verrotteten Liegenschaft, in einem Wohnwagen, wurden vom Jugendamt Kinder hin geführt zu einem Pflegevater, und der hat die Kinder dort sexuell mißbraucht. Und das Jugendamt sorgte für Frischfleisch. Das ist ein Unding. Der Untersuchungsausschuß, der parlamentarische Untersuchungsausschuß hat jetzt im März angefangen. Ich bin sehr gespannt, was dabei rauskommt. Denn hier wird die Verantwortlichkeit von Jugendämtern, Richtern, Familienrichtern und der sozialen Gesellschaft überdeutlich.

Wenn wir dahin kommen, daß einem Pädosexuellen Kinder zugeführt werden, damit er die Kinder dort erziehen kann, in Anführungszeichen, in seinem Sinne, dann ist es unmöglich.

Und das Wichtigste ist, kein Schwein forscht das Dunkelfeld aus. Seit über 40 Jahren erheben wir Kriminalisten, Praktiker, die Forderung, mehr Dunkelfeldforschung zu betreiben. Seit 47 Jahren wird das mündlich bei allen Pressekonferenzen. Wir müssen demnächst mal und das muß und und und und und und seine Vergessen. Das können Sie vergessen.

Aber wir haben am 9. April diese wunderschöne Pressekonferenz gehabt von unserem Dreigestirn. Deutschland, weiterhin eines der sichersten Länder der Welt. Ich könnte mich kaputtlachen. Dunkelfeld 1 zu 10 mindestens. Mindestens! Und wenn ich dann höre, die Gewaltkriminalitäten nahmen um 8 Prozent oder fast 9 Prozent auf 214.000 Fälle zu. Höchster Stand seit 2000. Ich kenne nur noch höchste Stände seit vielen Jahrzehnten. Jedes Jahr gibt es plus 1, plus 7, plus 3, plus 30 Prozent. Ich komme nicht mehr nach. In jeder Schulklasse sitzen ein oder zwei Schüler, der bereits sexuellen Mißbrauch erlebt hat. Die Leihmutterschaft ist ein besonderes Problem geworden.

Die OSZE hat sich vor kurzem der besonderen Thematik Ukraine angenommen. Ein Anstieg von 900 Prozent. Das sind irre Zahlen. Der Krieg hat natürlich da viel dazu beigetragen, keine Frage. Aber Ukraine war schon immer ein Top-Land für den Menschenhandel, den Frauenhandel insbesondere. Da auch schon vorher. Wenn Sie früher mal im Fernsehen, im deutschen Fernsehen, Monitor gesehen hätten, oder Report 24 oder so was, da ist auf die Ukraine eingeprügelt worden, auf Teufel komm raus, korrupter Laden, kriminelle Organisation, Menschenhandel, Frauenhandel. Das ist zick, war das weg.

Kaum ist der Russe über die Grenze marschiert, war Ukraine plötzlich ein Land der Friedlichen und der Schönen und der Guten. Dann möchte ich ganz kurz auf die berühmtberüchtigten frühkindlichen Sexualerziehungen eingehen. Ich nehme an, nachher wird es nochmal besprochen. Das ist ein Papier der WHO Europa, das Direktorat Europa, gemeinsam mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung aus dem Jahre 2011. So lange ist das Ding schon virulent. Hat eine ganz lange Zeit dahinvegetiert und hat vorgeschlagen, daß bis vier Jahre die Kinder Selbstbefriedigung, Entwicklung des Interesses am eigenen und fremden Körper erlernen sollen. Ich frage mich, welche Erzieher in Kindertagesstätten und in Kindergärten sich dafür hergeben und wie das gehen soll.

Vier bis sechs sollen sie die Selbstbefriedigung erlernen, die Ermutigung sexuelle Bedürfnisse zu äußern. Sechs bis neun Aufklärung über Geschlechtsverkehr online, Pornographie, heimliche Liebe und Selbststimulation. Neun bis zwölf erste sexuelle Erfahrung. Und dann lernt man auch entsprechend die Online-Pornographie zu nutzen.

Das sind die Vorschläge der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Frühkindliche Masturbation. Mein Freund Karl Lauterbach hat das letztes Jahr auf das Panier gehoben und wieder aus der Leichenhalle rausgeschleppt. Das Ding war ja schon über zehn Jahre da gelegen. Okay. Dieses Rahmenkonzept sei nur für politische Entscheidungsträger. Innerhalb dessen können die sich das selbst machen.

Das Rahmenkonzept, das auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht, stammt von Kinsey. Die Älteren unter uns kennen den noch. Das ist ein lupenreiner Kindesmißbraucher gewesen, der sich selbst Wissenschaftler genannt hat. Wir haben nicht gewußt, was er gemacht hat. Der hat Kinder der Reihe nach vergewaltigen lassen, von Straftätern, aus dem Gefängnis geholt, von Zuhältern. Das waren seine Lehrlinge, die ihm geholfen haben. Und der Kentler hat hinterher dasselbe gemacht. Er hat behauptet, das sind von Jugend an schon sexuelle Wesen, die zur Sexualität freigegeben werden müssen. Sexualität muß man dürfen mit diesen Kindern. Und der Nächste war der Herr Sielert aus Kiel.

Der hat den pädophilen Geist, eine pädagogische Vorarbeit für den sexuellen Mißbrauch, erst richtig eingepflanzt. Meine Damen und Herren, über viele, viele Jahrzehnte hinweg hat dieser Ungeist viele (Psycho-) Logen und (Päda-)Gogen geschult an Universitäten, an Instituten und was auch immer. Und alle, die heute da sind und plappern dasselbe da nach, sind alle aus die-

sem Geiste geschnitzt. Da wundere ich mich nicht. Da wundere ich mich darüber, daß die Universität in Bielefeld wenigstens mal deutlich gesagt hat, was Sache ist, daß das Ganze kriminell ist. Und sonst gar nichts.

Das hat es in zwei Gutachten gemacht. Das ist ein pädosexuelles Netzwerk quer durch wissenschaftliche Einrichtungen. Das ist nicht nur alleine Berlin, wohl gemerkt, das ist nicht alleine Berlin. Und das sind auch die Parteien, insbesondere die Partei der Grünen, die die Forderung hatte, Entkriminalisierung der Pädosexualität. Und das hat dann solche Folgen wie Original Play, wo in deutschen Kindertagesstätten erwachsene Männer für bares Geld bei den Kindertagesstätten die Erlaubnis bekommen, mit denen mal auf dem Boden rumzurolzen, einen Schritt in den Griff zu üben.

In anderen Bundesländern ist dagegen immer mehr üblich, daß alle die Drag-Lesung eingeführt wird. Und die Eltern, die sich dagegen wehren wollen, die kriegen eindeutig gesagt in diesem Papier, das bevorzugte Framework verlangt eine Erziehung von Geburt an, vom Staat gelenkt. Vom Staat gelenkt und anstatt des Elternmodells. Das heißt im Klartext, Eltern stören. Es gibt keine Ausnahmeregelung für die Eltern, ihre Kinder vom Unterricht freistellen zu lassen. Es droht sogar Gefängnis oder die Inobhutnahme.

Ist das Ziel die Separation der Kinder von der Kernfamilie? Das ist der wahre Hintergrund. Wenn ich ein Kind zum Sexualobjekt degradiere, dann ist das kein Individuum mehr. Und die Entziehung des Erziehungsrechts der Eltern durch den Staat. Das ist das, was schleichend läuft. Das ist das, was die EU macht, das ist das, was die WHO macht, das ist das, was unser Staat macht. Die Eltern stören irgendwo. Und wir haben es ins Fernsehen geschafft, ins ZDF. Da ist jetzt üblich, über Genitalien zu reden, Trans-Themen und schwule Prinzen heiraten schwule Prinzen. So weit sind wir. Leave our kids alone."

Edgar Siemund ist Rechtsanwalt mit den Spezialgebieten nationales und internationales Wirtschafts- und Strafrecht, Gesellschaftsrecht, IT-Recht und Erbrecht sowie Verwaltungsrecht. Mitglied bei den "Medizinern und Wissenschaftlern für Gesundheit, Freiheit und Demokratie" und bei den "Anwälten für Aufklärung". Er referiert zum Titel: "Sukzessive Entziehung der Elternrechte durch Instrumentalisierung der Schulpflicht".

"Denn wir müssen mal davon wegkommen, daß wir immer glauben, der Staat will uns immer was Gutes. Der Staat will uns meistens nichts Gutes. Denn er will eigentlich nur unser Bestes, wie ihr wißt, und das ist unser Geld und unsere Kinder. Die erste Frage ist: Woher nimmt der Staat eigentlich das Recht, die Kinder zu erziehen? Warum darf ein Staat Kinder erziehen? Zweitens, minderjährige Kinder selbst zum Schulbesuch zu verpflichten. Sie werden sehen, das tut er. Vorzuschreiben, daß Kinder nur in der Schule zu erziehen sind. Die sogenannte Schulgebäude-Anwesenheitspflicht. Und auch noch in die körperliche Unversehrtheit von Kindern einzugreifen. Hier habe ich das Beispiel Corona-Tests und Masken.

Wie kann nun der Staat das Naturrecht der Eltern so degradieren, daß er ihnen das Recht nimmt, die Kinder nicht schulisch, sondern frei zu erziehen. Sie dürfen also nicht mehr frei erziehen, sondern müssen das Kind in die Schule schicken. Ausgangspunkt dieser Überlegung ist erst einmal Artikel 6 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz, wo wir gesagt haben, über die Betätigung von Pflege und Erziehung wacht die staatliche Gemeinschaft. Daraus leitet die Rechtsprechung folgendes ab, und das ist wichtig.

Es gibt eine Schutzpflicht des Staates gegenüber dem Kind und es gibt einen eigenen umfassenden Förderauftrag des Staates gegenüber dem Kind. Das leiten die daraus ab. Hier steht zwar nur wacht, aber gleichwohl macht man daraus einen Förderauftrag. Schulpflicht 1, also wir haben aus der Sicht des Grundgesetzes und der Rechtsprechung gesehen, das Erziehungs- und Pflegerecht der Eltern ist ein Naturrecht. Es steht damit über dem Grundgesetz. Nun soll die Schulpflicht für Kinder installiert werden. Das muß ganz allmählich durch die Normen-Hierarchie hindurch geschehen.

Und das geht so. Die Formulierung Artikel 7 Grundgesetz begründet keine Schulpflicht. Da steht: "Der Staat hat ein funktionierendes Schulsystem zu gewährleisten." Es muß also nur da sein. Man muß es nicht nutzen. Es ermöglicht jedem den Schulbesuch. Ein Erziehungsauftrag des Staates ist nicht erkennbar. Trotzdem wird durch das Bundesverfassungsgericht der angeblich staatliche Erziehungsauftrag in der Schule dem elterlichen Erziehungsrecht gleichgeordnet. Mit Hilfe der Schutzpflichten des Staates gegenüber dem Kind. Und diese werden dazu benutzt, eigene staatliche Ziele zu verfolgen.

Bei der Erfüllung ihres Auftrags haben die Schulen das verfassungsmäßige Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder zu achten. Kein natürliches Recht mehr, steht da jetzt wortwörtlich, sondern nur noch verfassungsmäßiges Recht. Da sehen Sie, was passiert ist. Aus dem Naturrecht wird ein Verfassungsrecht. Also dem Gesetzesvorbehalt zugänglich. Das ignoriert den naturrechtlichen Vorrang der Elternrechte. Und die Pflege durch die Eltern war schon in der Bayerischen Verfassung vollständig entfallen.

Das Wort Pflege taucht da gar nicht mehr auf. Es geht also nur noch um Erziehung. Nicht mehr um Pflege des Kindes durch die Eltern. Jetzt fragt man sich, wie kann das sein? Einen im Grundgesetz enthaltenen Begriff der Pflege spiegelt die Bayerische Verfassung nicht mehr wider. Interessant. Die Pflege des Kindes wird jetzt einfach in der Schule durch den Staat übernommen. Der sagt, Eltern haben kein Pflegerecht mehr, das mache ich jetzt. Es entsteht also ein juristisches Dilemma. Im Grundgesetz steht, Pflege und Erziehung sind Naturrecht. Der Staat hat nur eine Wächterfunktion.

Im Bayerischen EUG steht, Schulgebäude-Anwesenheitspflicht. Folge: Spaltung von Eltern und Kindern, denn die Schulpflicht richtet die Kinder. Diese kann der Staat nicht verpflichten, auch wenn er es schreibt, also, muß er die Eltern für die Einladung der Schulpflicht sorgen lassen. Konsequenz, das Gericht kann sich jetzt aussuchen, gegen wen es vorgeht. Die gesetzlichen Regelungen beseitigen das Naturrecht der Eltern und öffnen der Willkür das Tor, denn sie sind völlig unbestimmt hinsichtlich Zeitpunkt des Eingriffs, Art des Eingriffs, Intensität des Eingriffs, Dauer des Eingriffs.

Und folgende Fragen blieben während der Corona-Krise unbeantwortet: Wann ist das Kindeswohl gefährdet? Durch eine Corona-Erkrankung? Welche Gefahr ist es? Ansteckung oder schwere Gesundheitsgefährdung? Hat keiner beantwortet. Was dürfen die Eltern nicht wollen? Testen und Maske, das war klar. Das dürfen sie auf gar keinen Fall nicht wollen. Und welche Mittel können die Eltern anwenden, wenn das Kind nicht will? Wußte keiner. Absicherung des Tricks im Bayerischen EUG, Eltern für den Schulbesuch der Kinder Sorge zu tragen durch Zwangs- und Bußgelder.

Und zwar bei Verstoß gegen die Pflichten der Eltern oder der Kinder. Zweck: Eltern dem staatlichen Narrativ zu unterwerfen und ihren Willen zu brechen und die Kinder in den Schulräumen zu disziplinieren und auf Linie zu bringen. Folge: Beseitigung des Naturrechts der Eltern auf Erziehung und Aufenthaltsbestimmung und flächendeckende Entmündigung der Eltern und Umerziehung der Kinder.

Das waren die Folgen für Kinder ohne Schulbesuch in Corona-Zeiten: Sie wurden in liebevollen Kleingruppen individuell betreut und erzogen und hatten Kontakt zu anderen Kindern, die man sich auch aussuchen konnte, die man sich nicht aussuchen mußte, aber konnte. Und dann Aufnahme des Lehrstoffs in wesentlich kürzerer Zeit als in der Schule. Aufgeklärte Eltern bewahren das Kind vor dem täglichen Testen und sinnlosen Maskentragen. Kein Mobbing des Kindes, weil aufgeklärte Eltern ihm geraten haben, Testen und Maskentragen in der Schule zu unterlassen. Und keine seelischen Schäden, weil Mobbing ausfällt.

Was waren jetzt die Folgen für die Eltern, wenn sie dem staatlichen Narrativ nicht gefolgt sind? Psychische Belastungen wegen der Sorge um das Kind aufgrund der Gefahr durch Testen und Masken. Kind wird nicht zur Schule geschickt. Nachfolgend werden sie kriminali-

siert. Dann kommen verfassungswidrige Buß- und Zwangsgelder auf sie zu. Und ein permanenter Versuch der Erzwingung staatskonformen Verhaltens durch finanziellen Druck wird erzeugt. Dadurch entsteht eine Spaltung der Familie. Denn die Folgen für die Kinder, solange sie nicht zur Schule gehen, sind diese: Sie spüren den Druck der Eltern und nehmen Schaden an Körper, Geist und Seele.

Wir sehen also, daß von dem ursprünglich naturrechtlichen Ansatz, der zuvörderst den Eltern obliegenden Pflicht, ihre Kinder zu pflegen und zu erziehen, nicht viel übrig geblieben ist. Der Wächter-Staat greift massiv in diese Beziehung ein. Endstation Corona. Fazit: Der Verfassungs- und Gesetzgeber hat die Elternrechte bewußt ausgehöhlt. Vom Naturrecht ist nichts mehr übrig geblieben. Deswegen kann es jederzeit wieder zu ungezügeltem Zugriff des Staates auf das Kind kommen. Zur Erzwingung dieses Zugriffs durch Strafmaßnahmen gegen Eltern. Doch die Elternschaft und die Familien sind präexistent. Es gab sie bereits vor dem Staat.

Deshalb hat der Staat kein höheres Recht gegenüber Kindern als deren Eltern selbst. Die Unterstützung des Staates für Kinder muß daher auf Notfälle und die Schaffung eines kindgerechten Umfeldes beschränkt werden, oder, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte es sagt: Der Staat ist zur Schaffung von Regelungen verpflichtet, die sich zur Entwicklung von Familienbindungen eignen, und muß Maßnahmen treffen, die ein Zusammenleben ermöglichen.

Also Familienbindung muß geeignet sein. Die Maßnahme muß geeignet sein. Was wir erleben, sind Maßnahmen, die die Familienbindung auflösen und zerstören. Das ist das, was wir hier tun. Das heißt, was der Staat hier tut. Und er stellt sich damit eindeutig gegen die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Mein Epilog: Aufarbeitung tut Not. Rehabilitierung der Opfer dieser Politik tut Not.

Die Bestrafung der Täter tut Not. Es muß gegen neuerliche Auswüchse vorgebeugt werden durch eine massive Aufklärung - vor allem der Bevölkerung, die weiß nämlich gar nichts - der Ärzte, des Schulpersonals, der Verwaltung, der Richter, der Staatsanwälte und der Polizei und eine Schaffung unabhängiger Institutionen zur Überprüfung der von Politikern verbreiteten Meinungen muß her. Und die Verteidigung der Freiheit der Meinung muß durchgesetzt werden, ebenso wie die Freiheit der Wissenschaft.

Schlußendlich muß die Verteidigung unserer Kinder gegen einen übergriffigen Staat erfolgen. Und letztlich die Korrektur des Rechtssystems. Wir brauchen eine Gewaltentrennung, nämlich die Gewalten müssen voneinander getrennt sein und sie dürfen sich die Gewalt nicht mehr untereinander aufteilen, so wie es jetzt momentan der Fall ist."

Dr. Andrea Christidis war erfolgreiche Unternehmerin und deckte massive Korruption und Gewaltverhältnisse in Hessen auf. Danach mußte die Initiatorin von AXION von Grund auf einen neuen Beruf erlernen und ist seit 15 Jahren als forensische Psychologin und unabhängige Gutachterin tätig. Ihren Vortrag hält sie zum Titel: "Psychische und physische Folgen der Inobhutnahme bei Kindern".

"Bindungsabbrüche bei Kindern durch Trennung und Scheidung, durch Tod, institutionelle Kindesherausnahmen, Kidnapping, Kinderhandel und Kinderprostitution führen dazu, daß ganz andere Hormone ausgeschüttet werden, die sehr schädlich für das Kind sind. Ich nenne jetzt nur ein paar, Adrenalin und Cortisol, zum Beispiel. Ab ungefähr sechs Monate Trennung von Eltern und Kind wird die Hirnentwicklung massiv geschädigt. Wir haben unglaublich viele schwere Traumata bei Kindern, die in Heimen groß geworden sind, sogar bis hin zur bipolaren Störung und auch Schizophrenie.

Es ist nachgewiesen, unsere Jugendämter wissen, was sie tun. Das möchte ich Ihnen sagen. Wenn die ein Kind aus einer Familie herausreißen, wissen sie, daß dieses Kind massiv gestört sein wird. Entweder die, die einigermaßen Resilienz haben, diese Kinder, die werden nicht

psychisch krank, die werden körperlich krank. Die können das irgendwie umleiten.

Es ist unfaßbar, was geschieht. Und wenn Kinder dann präventiv herausgenommen werden, ohne daß man wirklich Anhaltspunkte hat, dann ist das für mich ein Verbrechen. Für mich persönlich ist es ein Verbrechen. Das Hauptproblem ist die Eigenüberzeugung und die wirtschaftlichen Vorteile der Profiteure. Dazu gehören Politiker, das kann ich Ihnen sagen, weil Politiker sitzen in der Regel in dem Jugendhilfeausschuß und bestimmen da mit. Behörden insgesamt, nämlich die Jugendämter, die Heimbetreiber vor allem auch.

Und die sind der Auffassung, daß Kinderschutz in erster Linie am besten außerhalb der biologischen Familie gelingt. Nach den Harvard-Studien ist es nicht nur die Hirnentwicklung der Kinder, die gestört ist, sondern, wie ich schon gesagt habe, psychische und physische Störungen, chronische Erkrankungen, Bildungsmangel, ganz oft Bildungsmangel, ganz massiv. Und vor allem, was alle wissen, Kinder, die im Kinderheim groß werden, sind nachher stigmatisiert. Viele Kinder haben mir erzählt, die später raus waren, daß andere Kinder mit ihnen nicht spielen durften, weil sie ja ein Heimkind waren.

Und mit denen spielt man besser nicht, Schmuddelkinder. Also es wird unglaubliches Verbrechen an diesen Kindern ausgeübt. Die Profiteure sind nicht nur Politiker, Jugendamtsleiter, Kinderheime, Verfahrensbeistände, Pharmaindustrie, weil es werden Medikamentenversuche an Kindern betrieben, Richter, Gutachter, Kinderpornographie und Pädokriminalität. Sie hängen alle mit drin. Es gibt noch viel mehr aufzudecken.

Bei den Geschichten von Kentler will ich Ihnen nur sagen, diese Jugendamtsleiter, die die Kinder zu den Pädokriminellen untergebracht haben, das waren früher Jugendamtsmitarbeiter, die sind jetzt Leiter und die sind immer noch in den Jugendämtern tätig. Und die Namen von den Kentler-Untersuchungen, das haben die Untersucher, also die Forscher, haben das sehr stark bemängelt, die werden unter Verschluß gehalten. Das heißt, die Leute dürfen so etwas betreiben mit Einwilligung unseres Staates. Ansonsten würden diese Namen bekanntgegeben."

Manfred Müller ist Rechtsanwalt des Familien- und Arbeitsrechtes. Er nimmt selbst vor Gericht kein Blatt vor den Mund und trägt den Anspruch auf einen fairen Prozeß laut vor. Thema seines Referates war: "Kinder und Eltern als Opfer staatlichen Handelns im Familienrecht".

"Jetzt stellt sich ja die Frage: Wie kommt es denn zum Sorgerechtsentzug wegen Kindeswohlgefährdung, in den Fällen, wenn es um die Verletzung der Schulpflicht kommt. Und das ist, die Richter sind ja intelligent und das kann man wunderschön konstruieren, wenn man so ein bißchen die Familienprozesse und die Hintergründe kennt und vor Augen führt.

Man kommt über eine ganz interessante Schiene dazu. Man sagt, in dem Augenblick, wenn die Eltern, was ja eigentlich möglich wäre, ihre Kinder zu Hause beschulen oder über online oder irgendwelche Möglichkeiten, die ja nun heute vorhanden sind, dann tritt eine soziale Vereinsamung der Kinder ein.

Das ist die Schiene, die intelligenterweise zum Sorgerechtsentzug führt und damit, was der Kollege ja angeführt hat, die verwaltungsrechtliche Schiene zur Seite schiebt. Die Richter entscheiden, wer angehört wird. Kann man Fälle konstruieren über Familienhilfen, Tatsachen schaffen, die belegen, daß die Kinder gar keine sozialen Kontakte haben, obwohl die Eltern mir mitteilen, die sozialen Kontakte sind da. Aber jetzt stellt sich für den Anwalt natürlich die Frage: Wie wollen Sie das beweisen? Oder wie wollen Sie damit durchkommen?

Das heißt ja, das wäre vielleicht eine Möglichkeit. Dann ist die Frage: Ist es zulässig? Nein. Da kommt wieder das Problem. Wie wirkt sich das denn aus im Rahmen von Mißbrauchsfällen oder des Vorwurfs? Wie wird das überhaupt behandelt? Und da muß man sich vor Augen führen: Wir haben im Grunde bei solchen Fällen eine Zweiteilung. Wir haben einmal eine Komponente, die den strafrechtlichen Bereich betrifft, und wir haben auf der anderen Seite eine Komponente, die den familienrechtlichen Bereich betrifft.

Wenn solche Vermutungen des Kindesmißbrauchs entstehen oder vorhanden sind und man sich direkt zum Beispiel an die Jugendämter wendet, werden Sie es häufig erleben, daß die Jugendämter und die Mitarbeiter drängen, Strafantrag zu stellen, den Umgang komplett einzustellen und die Eltern dazu bringen, erstmal dies zu tun. Interessant war, daß sie in diesem Zusammenhang sagten, wenn solche Mißbrauchsfälle irgendwo auftreten, ich fand das sehr bemerkenswert, wohlgemerkt, die Eltern sollten nicht gleich zur Polizei laufen oder zugleich agieren, tätig werden, sich beeinflussen lassen, sondern versuchen, erstmal zurückzunehmen und erstmal von Dritten Hilfe zu suchen.

Aus gutem Grund, wie Sie später jetzt bei meinem Vortrag dann noch vielleicht mitbekommen werden. Die Gefahr besteht, wenn Sie sofort Strafantrag stellen: Was passiert, wenn es nur Äußerungen der Kinder sind, was soll damit passieren? Es kommt auf das Alter der Kinder an, die Kinder werden vernommen, so ein Glaubhaftigkeitsgutachten, je nachdem, wie fähig die entsprechende Beamtin oder der Beamte ist, der das durchführt, führt nach meiner Erfahrung häufig zu keinem Ergebnis, was verwertbar ist.

Mit der weiteren Folge, und das muß man sich dann überlegen, es geht eine gewisse Zeit in das Land, bis überhaupt diese Vernehmung durchgeführt wird, die Anhörung, und in der Zwischenzeit wird dann häufig von den Jugendämtern, der Mutter zum Beispiel klar gesagt, kein Umgang.

Was passiert mit Kindern, die, wenn hier ein Verdacht des Mißbrauchs vorliegt, der sich nicht bestätigt, die von der Mutter möglicherweise mal manipuliert worden sind, was passiert denn damit? Sie müssen sich jetzt die Situation vorstellen, Ihr Kind erzählt Ihnen das, und die Folge davon ist, wenn Sie es bestätigen, getrieben, teilweise vom Jugendamt und anderen Organisationen, es der Polizei mitzuteilen, wird das Kind dorthin kommen, zu dem Vater oft, wo der Mißbrauch im Raum steht.

Wichtig ist, daß man sich auch vor Augen führt, wenn denn es hierbei herauskommt, daß das Gericht die Auffassung vertritt, daß hier eine Beeinflussung durch die Mutter vorliegt, wird das Gericht dem weiter nachgehen. Und Sie haben die große Gefahr, daß dann in dem Augenblick vorläufige Regelungen getroffen werden, die sogar so weit gehen können, daß zunächst mal der Mutter die elterliche Sorge entzogen wird.

Entweder kommen die Kinder dann zu dem Vater, oder aber, was natürlich die Alternative ist, die Kinder kommen auch noch einmal, kommen in eine Einrichtung, und darüber hat ja auch schon Frau Christidis über die entsprechenden Störungen, nicht in der Tiefe, auch in vorigen Veranstaltungen wurde da schon von gesprochen, über die entsprechenden Traumatisierungen der Kinder, die dann praktisch den Eltern entzogen sind.

Und für mich stellt sich die Frage, wenn ich Müttern nicht mehr gestatte, mit den Folgen des Entzugs der elterlichen Sorge, die meist sofort passiert, ob da nicht unser Staat Pädophile schützt, und dann stellt sich auch für mich die Frage, und dann höre ich auf, ist dies nicht auch gewollt? Um es einfach mal so im Raum stehen zu lassen, ist das nicht gewollt? Und das ist eine ganz, ganz große Gefahr."

Dr. Heinrich Fiechtner ist Hämatologe (Facharzt für Blutkrankheiten) und internistischer Onkologe (Facharzt für Krebserkrankungen), Palliativmediziner (Facharzt für unheilbar Kranke) sowie parteiloser Politiker. In seinem Referat deckte er Machenschaften in der STIKO auf: "Zwischen Hammer und Amboß–Kinder als Opfer fanatisierter Elternteile und einer ideologisierten Justiz, am Beispiel von Corona".

"Die Kinder sind unsere Zukunft. Die Kinder sind die Menschenwesen, die aus einer innigen Beziehung zwischen Mann und Frau und nur zwischen Mann und Frau hervorgehen. Es ist sonnenklar und vollkommen einsichtig, daß es hier eine elementare, vitale Bindung gibt zwischen Kind und Mutter, in die niemand eingreifen darf. Natürlich gibt es die auch zum Vater. Herr Kutschera ist noch da oder weg. Er sagte ja nur, die Mütter haben so diesen Brutinstinkt.

Ich habe ein Erweckungserlebnis bei der Geburt meines älteren Sohnes gehabt. Bis dahin war mir das Kind-Haben als Vater völlig egal.

Aber als mein Sohn da herauskam aus dem Leibe seiner Mutter, da hat sich das wie ein Schalter geändert. Und meine Einstellung zum Kinde war eine andere. Also vielleicht gibt es bei Männern auch so was. Ich möchte es nur mal so in den Raum gestellt haben. Zu Corona sagt der jüdische Arzt Wladimir Zelenko: "You only vaccinate a child if you believe in child sacrifice." Und das ist eine ganz steile Aussage.

Dieser fromme Jude, der sehr bekannt war und sehr berühmt wurde durch Behandlungen von Corona-Patienten, er hat am Ende seines Lebens, er ist viel zu früh gestorben, 7000 Menschen behandelt. Sieben davon sind gestorben. Ein Tausendstel sind gestorben. Also ein extrem erfolgreicher Mann spricht davon. Wer den Kindern so etwas zufügt, begeht ein Kindesopfer. Es ist hochinteressant, wie Gerichte agieren. Und es wird daraus verständlich, daß sie fürchten wie der Teufel das Weihwasser, daß man ihr unsinniges, rechtswidriges Handeln in dieser Weise dokumentiert.

Und jetzt muß man sich überlegen: Wer ist denn die STIKO? Was ist das für ein Elfenbeinturm? Was ist das für eine Institution, die quasi ex cathedra mitteilt, was gut ist, was nicht gut ist und sogar Entscheidungen treffen kann, die unter Umständen das physische Aus eines Menschen bedeutet. Diese Institution wurde gegründet 1972. Interessanterweise war da gerade die Diskussion um die Masernimpfung hochgekocht. Übrigens das Gericht, was dieses Urteil getroffen hat, wir wollen Namen nennen, Köln Oberlandesgericht, Richter Manfred Abs, Dr. Petra Volke und Marion Fasen.

Wir werden uns diese Namen merken und merken müssen. Aber zurück zur STIKO. Die STIKO besteht aus momentan 19 Mitgliedern. Zwölf davon waren länger als die geplanten 3x3 Jahre im Amt. Sie werden von Bundesministerium für Gesundheit im Einvernehmen mit den obersten Landesgesundheitsbehörden benannt.

Also von Neutralität kann hier überhaupt keine Rede sein. Und sind jetzt seit Anfang der 2000er verpflichtet, vor jeder Sitzung etwaige Interessenkonflikte offenzulegen. Interessenkonflikte sei hier gesagt, ich habe Interessenkonflikte und zwar massive mit dem Gebaren dessen, was hier als Staat über uns herkommt. Da habe ich ganz andere Interessen und die will ich auch durchsetzen. Aber in der Wissenschaft sollte man vor jedem Vortrag seine Interessenkonflikte angeben. Zum Beispiel Beziehungen mit pharmazeutischen Herstellern.

Und dann läuft es so wahrscheinlich wie beim DGHO-Kongreß Jahrestagung 2023 in Hamburg. Sitzung über Coronaviren. Der Moderator, ein Herr Cornely aus Köln, dort Ordinarius, der zum Beispiel mich im Wort beschnitten hat, als ich Fragen stellte. Gucken Sie mal rein, mit welchen Pharmafirmen der so zu tun hat. Und diese Interessenkonflikte kommen am Anfang auf eine kleine Dia und werden schnell ausgeblendet. Und dann geht es weiter zum Text und Genaueres hinterfragt niemand. Das sollte man vielleicht mal tun.

Und der letztgültige Beweis für die Befangenheit dieser Institution war doch, Sie erinnern sich, als die Kinderimpfung eingeführt werden sollte. Da kamen plötzlich die Gesundheitsminister um die Ecke und sagten: Wir wollen jetzt, daß auch die Kinder gegen Corona geimpft werden - 02.08.2021.

Und Herr Martens war da noch ganz unsicher, sagte: "Ich würde meine Kinder nicht impfen lassen", vielleicht erinnern Sie sich noch ganz dunkel. Ich habe noch die Gesundheitsminister von Bund und Ländern als Verbrecher bezeichnet, wurde deswegen auch verurteilt, weil ich die Gesundheitsminister verunglimpft hätte. 8 von den 17 haben eine Anzeige gegen mich erstattet. Es sind Verbrecher, es sind Totschläger, die den Tod von Kindern und Menschen billigend in Kauf genommen haben. So, jetzt zeigt uns noch mal an.

Die STIKO ist alles Mögliche, aber keine neutrale Institution, die darüber befinden kann, ob eine medizinische Maßnahme wirklich nötig ist und ob sie wirklich schadlos ist, so wie wir

das brauchen. Und wenn man sagt: "Es spielt doch keine Rolle, wenn jemand stirbt", dann muß man sagen, damit ist der Tod, die Todesstrafe, durch die Hintertür eingeführt. Damit ist die Tötung durch die Hintertür eingeführt.

Wir müssen hier aufpassen, denn das Wort Kindeswohlgefährdung ist sozusagen der Zauber, das Zauberwort auch hier. Wir haben bei diesen medizinischen Maßnahmen ja tatsächlich einen ultragroßen Hebel. Ich mache zum Abschluß das Beispiel der Masernimpfung. Masern ist ja sogar vom Bundesverfassungsgericht als verpflichtend vorgeschrieben worden. Und jetzt soll ein Kind in Obhut genommen werden, weil angeblich Mutter nicht in der Lage ist oder der Vater hat es dann übernommen, kann aber nicht und jetzt geht das Kind ins Heim.

Und vielleicht war der Vater sogar dagegen, gegen die Impfung, und es hat bislang keine Masernimpfung. Jetzt ist das Kind in Obhutnahme in einer Verwahranstalt und das darf nicht abgewiesen werden, auch ohne Masernimpfung, muß aber dann in den nächsten vier Wochen die Masernimpfung bekommen. Was glauben Sie wohl, was da geschehen wird? Und glauben Sie mir, ich habe in meiner medizinischen Karriere nur einen schweren Masernfall gesehen. Das war nach einer Impfung mit einer schweren Gehirnentzündung eine junge Frau, die nachher ihr Leben nicht mehr führen konnte.

Wir müssen aufpassen. Der WHO-Vertrag spielt hier nämlich auch rein, der die Länder zwingt, auch so etwas wie Impfungen vorzunehmen, auch damit auch die Inobhutnahme, die Beseitigung der Kinder aus ihrem angestammten und ihnen von Natur her zugehörigen Bereich zu entnehmen. Das menschliche Leben ist dem Gutdünken geöffnet, der Kinderopferung, die es übrigens seit der Antike gab, Kinder wurden geopfert. Das war bei den Phöniziern so. Und interessanterweise die noble Klasse, die Höherstehenden, die Gescheiteren waren besonders dabei. Die einfachen Leute, die es schafften, waren da eher zurückhaltend.

Und ich glaube, wir entdecken gewisse Parallelitäten zu unserem heutigen Land. Wenn Sie gucken, in verschiedenen Städten gab es bei einer Gesamtbevölkerung von 250.000 im Laufe von 200 Jahren 25.000 Urnen, Opfer der Kinder. An so einer Situation sind wir wieder. Wir opfern momentan unsere Kinder für Phantastereien, für sexuelle Perversionen, für medizinische Irrtaten. Und es gilt hier, dem entgegenzustehen, es darf nicht sein, daß wir unsere Kinder für diese Götzen durchs Feuer gehen lassen."

Erwin Prüfert ist Versicherungsfachwirt, zertifizierte Datenschutzfachkraft, Mitglied im Berufsverband der Datenschutzbeauftragten Deutschlands. Sein Arbeitsgebiet ist die Forensische Datenanalyse. Einer der wichtigsten Berater bei AXION. Sein Thema: "Reformen zur Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe dringend erforderlich".

"In der heutigen Zeit spielen die EU-Grundrechte und die Datenschutz-Grundverordnung eine entscheidende Rolle im Schutz von natürlichen Personen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, in der Kinder- und Jugendhilfe. Die EU-Grundrechte legen die fundamentalen Rechte und Freiheiten fest, die für alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union gelten, darunter Bestimmungen zum Schutz von Minderjährigen. Die Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung und anderer EU-Grundrechte in der Kinder- und Jugendhilfe ist essentiell, um Kinder und Jugendliche zu schützen und gleichzeitig ihre Rechte zu wahren.

Es ist unerläßlich, daß Organisationen und Einrichtungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe die Datenschutzvorschriften einhalten, um die Privatsphäre und Rechte der Betroffenen zu sichern. Wir können nicht ignorieren, daß historisch belastende Strukturen wie die Reform der Reichsjugendhilfe von 1939 immer noch Auswirkungen auf das System der Kinder- und Jugendhilfe haben. Es ist an der Zeit, uns deutlich von diesen vergangenen Ideologien zu distanzieren und zukunftsweisende Reformen einzuleiten, die auf den Grundsätzen von Gleichberechtigung, Freiheit und Menschlichkeit beruhen.

In Anbetracht dessen schlagen wir die Schaffung eines Gremiums auf Bundesebene vor, das eine breite Repräsentation verschiedener Interessengruppen, wie Politik, freie Träger, Eltern-

und Jugendorganisationen umfaßt. Diese Initiative könnte eine länderübergreifende und europäische Perspektive in die Planung und Umsetzung von Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe einbringen. Kurz gesagt, es ist an der Zeit, unsere Sozialsysteme zu modernisieren und von historisch belastenden Strukturen zu distanzieren.

Durch effektive Reform und Etablierung einer zeitgemäßen demokratischen Struktur können wir eine Kinder- und Jugendhilfe schaffen, die den Werten von Gleichberechtigung, Solidarität und Menschlichkeit entspricht. Als verantwortungsbewußtes Unternehmen laden wir externe Hinweisgeber, insbesondere diejenigen, die in sensiblen Bereichen wie Kinder- und Jugendhilfe, Krankenhäusern und anderen Organisationen tätig sind, herzlich ein, potentielle Verstöße zu melden, uns wichtige Informationen über Mißstände zuzuspielen.

Ihr Beitrag ist von unschätzbarem Wert, um Integrität und Schutz zu gewährleisten. Wir bieten Ihnen ein vertrauliches und sicheres Hinweisgebersystem an, das es Ihnen ermöglicht, ethisches Fehlverhalten oder gesetzwidrige Handlung ohne Furcht vor Repressalien zu melden. Unser Ziel ist es, die Zusammenarbeit mit externen Aufsichtsbehörden zu stärken und sie bei der Aufdeckung von Mißständen zu unterstützen.

Durch diese gemeinsamen Bemühungen möchten wir dazu beitragen, eine sichere und ethische Umgebung zu schaffen. Wir ermutigen alle, die in diesem wichtigen Bereich tätig sind, mit uns zusammenzuarbeiten, um einen positiven Einfluß zu erzielen und die Veränderung voranzutreiben. Gemeinsam können wir die notwendigen Schritte unternehmen, um Mißstände aufzudecken, anzugehen und eine nachhaltige Verbesserung zu erzielen. Basierend auf meiner langjährigen Praxis und Erfahrung im Umgang mit Datenschutzgrundverordnung ist mir besonders aufgefallen, daß Jugendämter dieser Verpflichtung nicht in ausreichendem Maße nachkommen.

Daher ermutige ich Sie, Ihren Schriftverkehr mit der öffentlichen Verwaltung zu überprüfen und zu kontrollieren, ob Ihr zuständiges Jugendamt Ihnen Hinweise zur Datenschutzgrundverordnung übermittelt hat. Es ist bedeutsam, daß auch in diesem Bereich die Datenschutzbestimmungen eingehalten werden. Darüber hinaus sollten Sie sicherstellen, daß Ihre weiteren Rechte als natürliche Person laut der Datenschutzgrundverordnung respektiert werden, wozu unter anderem das Recht auf Information, Zugang zu den eigenen Daten, Berichtigung unrichtiger Daten und Löschung personenbezogener Daten gehört.

Es ist wichtig, jedoch Personen darauf vorzubereiten, daß bei der Überprüfung von Bescheiden und Daten der Jugendämter überraschende oder unerwartete Informationen in den Akten auftauchen können. Diese gründliche Prüfung kann dazu beitragen, ein umfassendes Verständnis für die jeweilige Situation zu gewinnen und mögliche Unstimmigkeiten aufzudecken. Es ist daher ratsam, ruhig und sachlich an diese Aufgabe heranzugehen, um angemessen auf die vorgefundenen Informationen reagieren zu können. Diese Vorbereitung ist essentiell, um sicherzustellen, daß alle Beteiligten angemessen informiert sind und potentielle Herausforderungen konstruktiv angegangen werden."

Benjamin Vater ist Sicherheitsberater und universitär geprüfter Vormund, der viel Erfahrung mit hilfebedürftigen Menschen sammeln durfte und eine zusätzliche Qualifizierung in der Gefährdungsbewertung erworben hat. Er referierte zum Thema: "Amtsmißbrauch, Korruption, Mißstände".

"Ich kämpfe für das Wohl unserer lieben Kinder, weil ich alle Kinder liebe. Sie sind geniale kleine Menschen, nach dem Ebenbild Gottes geschaffen. Ich liebe die strahlenden Augen und ich finde, Kinder brauchen eine verfügbare Mama und einen verfügbaren Papa, damit sie wirklich gelingen können. In einem Format vom Bayerischen Rundfunk namens Kontrovers vom 30. 06. 2021 informiert der Psychologe und Forscher Stefan Rücker, daß laut großen Studien Kinder, die Kontaktabbruch mit einem Elternteil haben, mit massiven psychologischen Folgen kämpfen.

Er bezeichnet ein solches Verhalten als psychische Mißhandlung der Kinder, wenn plötzlich eine liebevolle Bezugs- und Bindungsfigur aus dem Leben gerissen wird. Es ist sogar so schlimm, daß ein Elternteil über mehrere Wochen oder länger gegen seinen Willen gar keinen Umgang mehr mit dem eigenen Kind haben kann, obwohl man voll gleichberechtigt sorgeberechtigt ist. In der Praxis ist es dann regelmäßig so, daß die im öffentlichen Auftrag Handelnden den Elternteil, der den Umgang mit dem Kind verweigert, der wird bevorteilt. Es braucht also keinen Polizeieinsatz, es braucht keine Strafanzeigen, es braucht keine konkrete Gefährdungslage. Entfremdung wird einfach gefördert. Das finde ich einfach schockierend.

Leider wird ein System der Lügen geradezu lanciert. Denn obwohl an Familiengerichten die Wahrheitsermittlungspflicht nach 138 ZPO existiert, werden unwahre Tatsachenbehauptungen nicht geprüft. Stellen Sie sich das vor. An Familiengerichten gibt es grundsätzlich keinen Zeugenbeweis. Das heißt, an deutschen Familiengerichten werden auch keine Zeugen vorgeladen. Also wenn Sie sagen, aber der kann bestätigen, ich habe das nicht getan. Der wird nicht geladen. Was hat das mit Wahrheitsermittlungen zu tun eines Richters? Der beste Lügner gewinnt und der andere kommt ständig in Rechtfertigungsnot.

Das hat meiner Meinung nach nichts mehr mit Rechtsstaatlichkeit zu tun. Am Familiengericht wird, wie wir heute gehört haben, nicht öffentlich verhandelt. Die Beteiligten könnten also glauben, was ihnen beliebt. Es kommt niemals nach außen. Und wer von diesen räumt gerne ein, daß man sich über einen längeren Zeitraum getäuscht hat? Wohl niemand.

Es muß also gedeckelt werden, denn der eigene Ruf steht auf dem Spiel. Sollte sich zum Beispiel herausstellen, daß Jugendamtsmitarbeiter und Verfahrensbeistand zu lügen anfangen, weil sie etwa feststellten, über ein Jahr lang das falsche Elternteil geschützt zu haben, oder Fehlernamen über Alleinerziehende in unzähligen Schriftstücken einschickten, gibt es keine Möglichkeit, diese beiden aus dem Verfahren zu bekommen.

Ein Ehemann trennt sich wegen einer neuen Flamme. Er erfindet, daß die Frau sich mit den Kindern umbringen möchte. Ein sogenannter erweiterter Suizid. Jedoch ist die Mutter Selbsttherapeutin und war nie suizidal. Meinen Sie etwa, man ist auf die Mutter zugegangen? Als Behörde, man prüft man es: "Haben Sie Suizidgedanken? Wie geht es Ihnen? War sie schon mal bei Psychiater?" Nein. Es ist niemand auf sie zugegangen. Beide jungen Kinder wurden ihr von heute auf morgen gesperrt. Komplett. Und zwar über drei Monate komplett weg. Sie lernen also, Befangenheit gegen Umgangsaufsicht und Umgangspfleger gibt es, aber nicht gegen Jugendamtsmitarbeiter und nicht gegen Verfahrensbeistände.

Ist dieser Systemfehler ein Fehler oder ist das Absicht? Ich weiß es selber nicht. Damit wird derjenige, der nicht das Wohl des Kindes im Blick hat, der eine Bindungsperson aus dem Leben reißen will, dazu extra wegzieht, regelmäßig belohnt und so kann und darf es nicht mehr weitergehen, finde ich. Wir erleben also ein Gedankensystem, das eine Eltern-Kind-Entfremdung begünstigt und belohnt, anstatt es zu maßregeln und zu sanktionieren. Wenn ein Elternteil offenkundig gegen die sogenannte Wohlverhaltenspflicht aus § 1684 BGB verstößt, diese Gesetzesvorgabe zum Wohlverhalten der Eltern, ist den schwarzen Schafen tatsächlich egal. Es ist wirklich schockierend.

Geheime Wohnadressen gibt es in Schutzhäusern, mittlerweile auch für Männer, die oft konzeptwidrig aufnehmen. So froh wir alle sein können, und ich bin es auch, daß diese anonymen Schutzhäuser existieren, so leicht sind sie alle manipulierbar. Denn es wird pro Bewohner abgerechnet und subventioniert. So werden also hauptsächlich Hauptwohnsitze, wo man gar nicht wohnt, beispielsweise in Regensburg, vom Jugendamt gedeckt, und das Bürgerzentrum, Leitz heißt er glaube ich, mißbraucht den Schutzparagraphen aus dem Bundesmeldegesetz 51 inflationär, ohne Nachweise.

Stellen Sie sich das vor, es braucht keinen Polizeiansatz, es braucht keine Strafanzeige, es braucht keine Tatsache, es braucht einfach nur die Bitte um Schutz, und es wird gemacht. So

wird dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet. So ist es auch bei Kindern. Ein sexueller Mißbrauch ist ein Trauma. Je nach Art und Schwere des Traumas verarbeitet das Kind dies, und wegen Scham und Schuldgefühlen mit spezifischen Verdrängungsmechanismen, teilweise auch seelischer Abspaltung und sogenannter Dissoziation. Wenn ein Kind sich öffnet, besteht also ein Gebot großer Eile.

Denn das Traumagedächtnis in der Amygdala, im Gehirn, sorgt dafür, daß wichtige Details vergraben werden. Es besteht also regelmäßig die Gefahr, daß das Kind Wichtiges vergißt, und dies weiß jeder Staatsanwalt. Eltern gelten immer als befangen, selbst die von ihnen beauftragten Privatgutachter. Wir haben das heute schon gehört. Eltern sollten ohne Schulung keine tiefen Gespräche darüber führen, denn einmal besteht als Laie die Gefahr der Retraumatisierung beim Kind durch die Gespräche, und es könnte sein, daß der Täter am Ende behauptet, das Kind wäre mit dem Gedankengut ja geimpft worden. Die sogenannte Suggestionshypothese.

Eltern werden also von allen gebeten, hier der öffentlichen Gewalt voll und ganz zu vertrauen. Das bedeutet für uns alle, Behördenmitarbeiter, die hier zusammenarbeiten müssen, haben eine sehr, sehr hohe Verantwortung für den Erfolg der Ermittlungen, und wir Bürger sollten ihnen vertrauen.

Der Staatsanwalt und Gruppenleiter Hans-Christopher Theissen, der bereits vor ein paar Jahren durch das Vermorat Regensburg Digital bekannt wurde, weil er einen amtsbekannten Mißbrauchstäter ohne Kontaktverbot zum Kind weiter mißbrauchen ließ, macht genauso weiter. Er manipulierte nicht nur den Ablauf der viel zu späten Kindesanhörung, sondern verhinderte sogar systematisch den Opferschutzanwalt, damit nichts herauskommt.

Und jetzt kommt's. Leider, leider wird das vom Justizministerium Dr. Arlott und der Generalstaatsanwaltschaft Nürnberg Michael Schrotberger so gedeckt. Genau wie damals hat der aktuelle Verdächtige - jetzt festhalten - weiterhin jede Woche ohne neutrale Aufsicht Kontakt mit dem minderjährigen Kind. Von Juni bis heute.

Es gibt kein Kontaktverbot. Leider zog dieser Staatsanwalt dann noch den Ermittlungsrichter Christian Erl in die Sache rein. Und auch der Richter wurde übergriffig. Richter Erl war früher Staatsanwalt, auch in Regensburg. Richter Erl hat erst letzten August einen sechsfach geständigen Mißbrauchstäter komplett mit Deal frei gesprochen. Ich finde das bedenklich.

Als der Staatsanwalt mitbekam, daß am OLG Nürnberg ein Opferschutzanwalt mandatiert werden sollte, stellte er das Verfahren schnell ein und begründete es mit mangelhaften Beweisen, die er ja selbst verschuldet hatte. Damit gab es im gesamten Verfahren nie einen Opferschutzanwalt. Und halten Sie sich fest, es gab nicht mal eine Zeugenvernehmung im Beisein eines Zeugenanwalts. Und jetzt kommt der Punkt, ich habe noch die Minute hoffentlich. Sie werden sich also jetzt denken, was ist da los? Was treibt denn den Mann an? Warum sollte sich ein Gruppenleiter, rechte Hand vom leitenden Staatsanwalt, derart aus dem Fenster lehnen?

Meiner Analyse nach war der Hintergrundskandal, daß das bezeichnete Kind konzeptwidrig im Schutzhaus mit Hauptwohnsitz angemeldet war, im Mitwissen des Jugendamtes, obwohl es dort gar nicht lebte. Das Kind wohnte nämlich beim Beschuldigten, ging im Tatzeitraum sehr selten in den Kindergarten und wurde vom Beschuldigten vormittags betreut. Ein Kind wird sexuell schwer mißbraucht, als es im Schutzhaus lebte, kann man nicht zulassen, oder? Geht nicht, muß man verhindern.

Und zu unser aller Bedauern war sich das Justizministerium und sogar die oberste Dienstaufsicht der Generalstaatsanwaltschaft, Oberstaatsanwältin Schmidt und leitender Stellvertreter Schrotberger, nicht zu schade, Ausreden zu erfinden und diese Lügen dann auch noch zu schreiben. Wir werden die geschwärzt veröffentlichen. Was wurde nun getan, um dem Skandal Herr zu werden? Sie haben es schon heute gehört, man psychiatrisiert den Mitteiler und so

ist es gelaufen.

Die Verfahrenspflegerin Frau Weigl-Brechte und das Jugendamt Frau Rock hörten, daß Axion Resist im Boot sitzt, bekamen also wegen der ganzen eigenen Unterlassung, sie haben ja auch das Kind nicht geschützt, Angst und beantragten, zusammen abgestimmt, ein psychiatrisches Gutachten von dem Elternteil, der sein Kind schützen wollte. Frau Weigl-Brechte wollte sogar einen begleitenden Umgang für das Elternteil, weil es könnte ja sein, daß es weiter manipuliert werden könnte.

Und jetzt kommt aber die Pointe, denn, ich formuliere das immer so, Gott ist gut, Lügen haben manchmal kurze Beine. Erst kürzlich bestätigte am Familiengericht genau die Gutachterin, die der Staatsanwalt selber aussuchte, daß ihre Beauftragung im Juli 23 hätte stattfinden müssen. Ihre Exploration konnte erst am 8. Februar, also sieben Monate zu spät, stattfinden. Sie erteilte allen Anwesenden in ihrem Redefluß zwischendrin eine verbale Schelte, weil die Beweissicherung unterlassen wurde.

Und nicht nur das, sie teilte allen mit, daß es keine Hinweise darauf gebe, daß das meldende Elternteil das Kind beeinflußt habe. Leider berichtete sie auch, daß das Kind sich nicht erinnern kann. Der Staatsanwalt hatte also in seinem Tun Erfolg. Jetzt halten sie sich fest, eigentlich müßte der Verfahrensbeistand sagen, okay, lassen wir das psychiatrische Gutachten. War zu groß. Sie haben trotzdem am Antrag festgehalten. Und genau deswegen braucht es Axion. Vielen Dank fürs Zuhören."

Wie Sie an den bemerkenswerten Vorträgen bereits gemerkt haben, wird das "Kindeswohl" immer öfter zu einem Schlagwort reduziert, um Kinder in Umgangs- und Sorgerechtsverfahren gegen ihren Willen und teils gewaltsam von den Eltern bzw. einem Elternteil zu trennen und zu isolieren. Die Auswirkungen auf die seelische Gesundheit der betroffenen Kinder und Familienmitglieder sind katastrophal.

Unter der gemeinnützigen Gesellschaft AXION haben sich neben Dr. Andrea Christidis mehrere Professionen und Fachleute unterschiedlichster Disziplinen sowie Betroffene zusammengeschlossen, um auf diese systematischen Mißstände aufmerksam zu machen und die ausbeuterischen kindes- und familienschädlichen Maßnahmen durch wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse zu widerlegen.

Betroffene dürfen sich an AXION wenden, dort finden sie eine Interessenvertretung durch Jugend- und Familienberatung, Aufklärung der Öffentlichkeit, Unterstützung hilfsbedürftiger Personen und fachübergreifenden Wissenserwerb. (office@axionresist.com) Das nächste Symposium von AXION Resist ist für den 2. August dieses Jahres angesetzt.

Kla.TV dankt AXION für ihre absolut notwendige und wertvolle Arbeit!<<

werden, um dieses Land in eine Festung des atheistischen Kommunismus zu verwandeln.

Der Zweite Weltkrieg müsse aus den Unterschieden zwischen Faschisten und Zionisten hervorgehen, um den Nazismus zu zerstören und den politischen Zionismus zu stärken. "Das Ziel des Zweiten Weltkrieges sei die Gründung eines Staates Israel." Und dieser Satanist sagte auch einen Dritten Weltkrieg an. "Ein Dritter Weltkrieg müsse sich zwischen den politischen Zionisten und Palästinensern beziehungsweise den Führern der islamischen Welt entzünden ..."

Der einflußreiche Satanist Aleister Crowley drückt es im vierten Band seiner Buchreihe "Magie in Theorie und Praxis" auf Seite 88 so aus, "daß der ganze Planet in Blut gebadet werden müsse. Dieser große Krieg müsse geführt werden, da es eine magische Operation von größter Bedeutung sei ..." Im selben Buch beschreibt der Satanist, auf Seite 87:

"Das Blutopfer war seit jeher der am meisten beachtete Teil der Magie. ... Für den höchsten spirituellen Nutzen muß man daher ein Opfer wählen, das die größte und reinste Kraft besitzt. Ein männliches Kind von perfekter Unschuld und hoher Intelligenz ist das zufriedenstellendste und geeignetste Opfer. ... Für fast alle Zwecke ist das Menschenopfer das Beste."

Kla.TV ruft eindringlich dazu auf, die Zeugenaussagen aus "50 Voices of Ritual Abuse" und unsere Dokumentationen ernst zu nehmen und der Satanismus-Propaganda nicht auf den Leim zu gehen. Verbreiten Sie diese Sendungen und Dokumentationen an Ihre Freunde, Bekannte und Verwandte, daß durch breites Aufwachen der ganzen Bevölkerung diesem Wahnsinn Einhalt geboten werden kann.

Zum Schluß möchten wir allen Betroffenen, ja den Überlebenden satanisch-ritueller Gewalt und allen Mißbrauchsopfern Mut machen. Mut, ihre Erlebnisse mit Menschen zu teilen, die ihnen zuhören und sie ernst nehmen - gerne auch mit unserer Redaktion.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29228" berichtet am 3. Juni 2024 (x1.379/...): >>Filmfestival Cannes: Ablenkungsmanöver, um satanisch-rituelle Gewaltverbrechen zu verschleiern?

Filmfestival Cannes 2024: Auch Frankreich erlebt nun seine "Me Too-Debatte"! Der Kurzfilm "Moi aussi" - "Ich auch" - von Judith Godrèche thematisiert sexuellen Mißbrauch, vor allem in der Film-Branche.

Eine wichtige Entwicklung, denn ALLE Arten von sexuellem Mißbrauch sind eben KEINE Kavaliersdelikte, erst recht nicht sexuelle und satanisch-rituelle Gewalt gegenüber von Kindern! Warum aber wird vor allem letzteres von den Mainstream-Medien verächtlich gemacht, vertuscht oder verschwiegen? Daß es auch anders geht, zeigt der ebenfalls in Frankreich angelaufene Kinofilm "Les Survivantes", in dem acht Überlebende solch pädokrimineller Netzwerke zu Wort kommen. ...

Vom 14. bis zum 25. Mai 2024 wurde wieder das alljährlich stattfindende französische Filmfestival von Cannes veranstaltet. Große Aufmerksamkeit fand zu Beginn des Festivals der Kurzfilm "Moi aussi" (zu Deutsch: "Ich auch") der französischen Regisseurin und Schauspielerin Judith Godrèche, der sexuellen Mißbrauch thematisiert.

Angelehnt ist der Kurzfilm "Moi aussi" an die vor einigen Jahren in Hollywood ausgelöste öffentliche Debatte "MeToo". Nach dem Bekanntwerden zahlreicher Mißbrauchsfälle in der US-amerikanischen Filmbranche, z. B. durch den Regisseur Harvey Weinstein, wurden hiervon Betroffene durch das Hashtag (#) "Me Too" ermutigt, ihre schlimmen Erfahrungen an die Öffentlichkeit zu bringen. So war auch die französische Regisseurin des "Moi aussi-Filmes", Judith Godrèche, eine direkt Betroffene von sexueller Gewalt, und zwar schon im Alter von 14 Jahren durch den damals 39-jährigen Filmregisseur Benoit Jacquot.

Nachdem sie damit nun an die Öffentlichkeit gegangen war, erhielt sie zahlreiche Zeugenaussagen von weiteren Opfern sexuellen Mißbrauchs. Zusammen mit vielen anderen Prominenten und Betroffenen prangert sie jetzt die mangelnden Konsequenzen bei sexualisierter Gewalt an. "Trotz des Muts der Opfer wächst die Straflosigkeit", hieß es in dem in der Zeitung "Le Monde" veröffentlichten Appell. "Wer hört uns eigentlich?" fragen sich dann auch die Unterzeichnerinnen des Appells, zu denen die Schauspielerinnen Isabelle Adjani, Juliette Binoche und eben auch die Regisseurin Judith Godrèche zählen. Sie fordern eine Gesetzesreform, die die Straftat "Vergewaltigung" besser definiert, den Schutz der Opfer verbessert und spezialisierte Polizeieinheiten vorsieht.

Eine gute Sache, könnte man meinen. Doch spiegelt dies wirklich die ganze brutale Realität wider? Oder ist es nur ein Offenlegen der winzigen Spitze des unvorstellbar großen Eisbergs von Mißbrauch und noch schlimmeren Verbrechen? Kla.tv ließ bereits in mehreren Dokumentationen zahlreiche Überlebende und Zeugen zu Wort kommen, (www.kla.tv/26203, "27 Opfer + 27 Zeugen der Blutsekte" und www.kla.tv/27211, "Die Blutsekte II - 111 Opfer, 50 Zeugen, 50 Täter") die davon berichten, daß ein weltumspannendes pädokriminelles Netzwerk existiert.

Ein Netzwerk, das Mißbrauch der allergrausamsten Art nicht nur an Frauen und Teenagern, sondern sogar an Kleinkindern und Babys betreibt. Überlebende berichten von sadistischen

Folterungen bis zur Ermordung der Opfer im Rahmen von satanischen Ritualen. Warum wird darüber keine vernünftige öffentliche Debatte geführt? Warum berichten die Medien schon seit Jahren nicht seriös über diese unvorstellbar grausamen satanischen Verbrechen, sondern machen im Gegenteil Überlebende und Zeugen lächerlich und stellen sie als völlig unglaubwürdig oder als Verschwörungstheoretiker dar?

Kla.tv deckte auf, daß die Medien mit Hilfeeiner perfiden Strategie weltweit diese Verbrechen vertuschen, (www.kla.tv/26577 "SRF-Skandal nur Spitze des Eisbergs: Weltweite Vertuschung rituellen Mißbrauchs") ja sogar darin verwickelt sind. Auch Angehörige des Justizsystems sind in diese Verbrechen verstrickt und decken die Täter. (www.kla.tv/28454 "SKAN-DAL: Justiz in pädokriminelle Netzwerke verstrickt")

Soll diese aktuell in Frankreich aufgeflammte - fraglos sehr wichtige Debatte um sexuellen Mißbrauch - die Öffentlichkeit nur in Sicherheit wiegen? Will man die Leute glauben machen: "Da wird etwas getan, wir können beruhigt sein"? Auch in den USA gab es bereits immer wieder Meldungen, daß der pädokriminelle Sumpf ausgetrocknet wird, daß Kinder gerettet werden. Diese trügerische Botschaft vermittelte z. B. auch der Kinofilm "Sound of Freedom". (www.kla.tv/27378 "US-Bestseller-Film des Jahres 2023: "Sound of Freedom" auf dem Prüfstand")

Vergleicht man die derzeitige Moi-Aussi-Debatte in Frankreich und die vorhergehende Me-Too-Debatte in den USA mit der verächtlichen und verschleiernden Art der Medienberichterstattung über satanisch-rituelle Gewalt, drängt sich der Verdacht auf, daß es sich hier um ein Riesen-Ablenkungsmanöver handelt. Ablenkung von Verbrechen allerschlimmster Art, die in einem unvorstellbaren Ausmaß begangen werden (www.kla.tv/28876 "50 Voices of Ritual Abuse - 50 Zeugen weltweiter, satanisch-ritueller Gewalt").

Auf der einen Seite bekommen hier mißbrauchte Frauen durch einen Bericht-Erstattungs-Hype große öffentliche Aufmerksamkeit - auf der anderen Seite wird in den System-Medien über diese geschundenen, mißbrauchten und ermordeten Kindern und Babys fast gar nichts berichtet, so daß sie kaum öffentliche Beachtung und Gehör finden.

Daß es auch anders geht, beweist der aktuell in Frankreich in etlichen Kinos laufende Film "Les Survivantes", (auf Deutsch: "Die Überlebenden") in dem acht Überlebende solch pädokrimineller Netzwerke zu Wort kommen. Deren authentische Berichte beleuchten das Innere dieses unsäglichen Systems, in welchem sie als Kinder unentrinnbar gefangen waren. Auch werden hier die Mechanismen aufgedeckt, die es diesem System ermöglicht haben, fortzubestehen, ohne je belangt zu werden. Chantal Frei, eine im Film zu Wort kommende Überlebende von satanisch-ritueller Gewalt, bittet die französisch-sprachigen Zuschauer, sich diesen erhellenden Film anzusehen und auch dafür zu werben.

Dies können Sie mit dem Flyer aus der Infobox unterhalb der Sendung tun. Der Film soll auch anderen Nationalitäten zugänglich gemacht werden, ab dem 7. Juni 2024 kommt er in Belgien in die Kinos und wird derzeit ins Englische übersetzt. Unter folgendem Link (https://lessurvivantes-lefilm.com/) können Sie, liebe Zuschauer, nachsehen, in welchen Kinos der Film gerade läuft. Den Trailer zum Film finden Sie in den Quellen. Auf diesem Wege kommt nun an die Öffentlichkeit, was die Mainstream-Medien verächtlich machen, vertuschen oder verschweigen!<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/29279" berichtet am 4. Juni 2024 (x1.379/...): >>Internationale Wanderausstellung "Psychiatrie: Tod statt Hilfe" (31. Mai - 10. Juni 2024 in München)

Die Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte Deutschland e.V. ist seit fünf Jahrzehnten unentwegt im Einsatz für die Opfer der teils brutalen Praktiken der Psychiatrie. Aktuell zeigt sie die Ausstellung "Psychiatrie: Tod statt Hilfe", welche noch bis zum 10. Juni 2024 in München zu finden ist. Kla.TV strahlt in dieser Sendung zwei Interviews aus, die

einen ersten Einblick in die Problematik geben. ...

Die Kommission hat unzählige psychiatrische Mißstände dokumentiert, aufgedeckt und erfolgreich beseitigt. Sie verlangt die sofortige Abschaffung von psychiatrischen Zwangspraktiken wie Elektroschocks, Fixierungen von Patienten und die zwangsweise Verabreichung von Psychopharmaka mit gefährlichen Nebenwirkungen.

2024 ist die Internationale Wanderausstellung "Psychiatrie: Tod statt Hilfe" der amerikanischen Schwesterorganisation Citizens Commission on Human Rights (CCHR) weltweit und auch in Europa zu sehen. Anhand von 14 Stellwänden wird die Chronologie der schädigenden Praktiken der Psychiatrie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart öffentlich gemacht.

Im April 2024 wurde die Ausstellung erfolgreich in Stuttgart gezeigt. Besucher können sich 14 preisgekrönte Dokumentarfilme mit 160 Experten und Betroffenen ansehen. Darin wird über die Vermarktung von psychischen und teils erfundenen Krankheiten der Psychiatrie und das Milliardengeschäft mit gefährlichen Psychopharmaka aufgeklärt.

Aktuell wird die Ausstellung "Psychiatrie: Tod statt Hilfe" noch bis zum 10. Juni 2024 in München gezeigt. Sie zeigt auch auf, wie man sich vor psychiatrischen Übergriffen schützen kann.

Interviews mit Experten und Betroffenen erlauben einen seltenen Einblick in unmenschliche psychiatrische Praktiken. Kla.TV strahlt im Anschluß ein Interview mit dem Autor, Arzt und Psychotherapeuten Dr. Josef Zehentbauer aus sowie ein Interview mit Robert, der als Kind in die Psychiatrie eingewiesen und mit Psychopharmaka ruhiggestellt wurde. Die vollständige Dokumentation "Der Schein trügt - Ein Blick in die Psychiatrie" beinhaltet diese und weitere Interviews und ist auf der KVPM-Website unter www.kvpm.de einsehbar.

Dr. Josef Zehentbauer:

Mein Name ist Josef Zehentbauer. Ich bin Arzt, Psychotherapeut, arbeite auch als Psychotherapeut und Autor mehrerer Bücher, die auch in verschiedenen Sprachen übersetzt worden sind. Also die derzeitige Schulpsychiatrie in Deutschland hat ein, ich würde sagen, grundsätzlich menschenverkennendes bis menschenverachtendes Konzept.

Und das gründet darin, daß jedes Leiden, jedes psychische Leiden, zur Krankheit erklärt wird. Das ist aber falsch. Es gibt sehr viel tiefmenschliches Leiden, das überhaupt nichts mit Krankheit zu tun hat, sondern zum Menschsein an sich gehört und auch keine psychiatrische oder pharmakologische Antwort verlangt, sondern ein empathisches Eingehen, ein menschenfreundliches, liebevolles auf diesen Menschen, in der Krise lebenden, ja, auf ihn zugehen und ihm helfen. Das schon.

Der ärztliche Eid des Hippokrates bedeutet ja, daß als Grundprinzip einem Menschen kein Schaden zugefügt werden soll. Und dieser Grundsatz wird in der Psychiatrie sicherlich sehr, sehr oft gebrochen.

Ja, wenn ein Patient mit einem massiven Lebensproblem, wenn er zu einem Psychiater geht und Hilfe sucht, dann wird er mit großer Wahrscheinlichkeit auf einen Arzt treffen, der wenig Zeit hat und der dann pharmakologisch antwortet. Er gibt ihm ein Rezept, nachdem er sich ein kurzes Bild davon gemacht hat. Den schlechten Ruf, den die Psychiatrie in Deutschland hat, würde ich sagen, ist gerechtfertigt, weil viel zu leichtfertig mit Psychopharmaka umgegangen wird, mit Freiheitsentzug und Verletzung der Menschenwürde.

Antidepressiva haben Nebenwirkungen, eine ganze Reihe, ja. Sicherlich auch Nebenwirkungen, die man erst nach Jahren dann vielleicht registriert oder mutmaßen kann. Neuroleptika sind ursprünglich entwickelt worden zur Behandlung von sogenannten Psychosen, also psychischen Ausnahmezuständen, haben aber sehr, sehr viele Risiken und Nebenwirkungen, zum Teil auch bleibende Nebenwirkungen, wie Bewegungsstörungen, Grimassieren und ähnliches, oder Speichelfluß, auch bei ganz jungen Menschen. Ich würde sagen, die Medikation, der Verschreibungsstil von Neuroleptika sollte erheblich eingeengt werden, diese sollten grund-

sätzlich nicht bei alten Menschen gegeben werden - alt meine ich jetzt ab 70, 75, 80, und sollten auch grundsätzlich nicht bei Kindern und Jugendlichen gegeben werden.

Ich denke, daß es keine medizinische Disziplin gibt, wenn man die Psychiatrie überhaupt zur Medizin rechnen will, die so sehr beeinflußt ist von der Pharmaindustrie wie die Psychiatrie. Einmal, die Psychiater haben keine andere Idee, mit diesem Leiden des Menschen umzugehen, und zum Zweiten gibt es in Europa und in Amerika diese übermächtige Pharmaindustrie, die die bunten Pillen, die sie nun mal herstellt, für sehr viel Geld auch gewinnbringend an die Leute bringen will.

Die Pharmaindustrie bietet ja immer mehr an. Und auffällig ist schon, daß die neuen Medikamente, die die Pharmaindustrie auf den Markt wirft, ungewöhnlich teuer sind. Also, da geht es nicht um Millionen, sondern um Milliardengewinne, ja. Und die Psychiatrie wird gewissermaßen zum Diener, ja zum ausführenden Organ.

Natürlich gibt es Menschen, die in schwerer Not sind, die Wahrnehmungsveränderungen haben, die schwerst depressiv sind, die sich umbringen wollen, ja. Aber das bedeutet noch lange nicht, daß man diese Leute dann einsperrt, mit Psychopharmaka vollpumpt, womöglich entmündigt oder irgendwelche rechtlichen Betreuungen errichtet, Zwangsbehandlungen anordnet, Fixierungen, also ans Bett fesselt, sondern man müßte menschenwürdige Hilfe anbieten. Mit menschlichem Leiden muß man sich auseinandersetzen und muß auf den Menschen eingehen. Dazu braucht man aber keine Schubladen und schon gar nicht immer mehr Schubladen. Es ist auch nicht dienlich.

Es ist auch nicht dienlich, 20 oder 30 oder 50 verschiedene Formen von Depressionen zu unterscheiden. Das dient niemandem außer dem Psychiater, um irgendwelche Pillen scheinbar spezifisch einzusetzen. Es bedarf einer anderen Antwort. Und die andere Antwort liegt nicht in dem Bereich der Psychiatrie. Und ich würde sagen, die Psychiatrie ist ersatzlos auch zu streichen.

Robert - Betroffener:

Mein Schicksal begann mit meinem neunten Lebensjahr, auf Deutsch gesagt. Ich wurde dort reingebracht, nachdem ich vorher in Tübingen in der psychiatrischen Klinik untersucht worden war. Ich wurde vom Psychiater als verhaltensgestört und verhaltensauffällig (betrachtet), ein Kind, das immer Aufmerksamkeit braucht. Ich sei angeblich ein schwieriges Kind. Ich würde am besten noch in eine andere Schule für geistig behinderte Kinder hinpassen, weil ich angeblich nicht lernen kann. Ich hatte in Mathematik Schwierigkeiten, auf Deutsch gesagt: Total verblödet, Vollidiot - auf Deutsch gesagt.

Ich wurde als junges Kind ans Bett gefesselt, bekam Beta-Blocker, bekam Spritzen, bekam Psychopharmaka, die mich ruhigstellen sollten, bekam Zyprexa, ich bekam Acanitol, ich bekam auf jeden Fall Psychopharmaka reingehauen in den Kopf und Tabletten, mußte die nehmen. Und wenn ich die nicht genommen habe, wurde ich dazu gezwungen - sie haben den Kopf, den Mund, den Hals dann zurückgezogen und haben gesagt: "Jetzt schluckst du sie!" Es hieß, es würde mir helfen, daß ich selbstständiger werde, daß ich stabiler werde, daß ich selbstbewußter werde.

Statt dessen ist eher das Gegenteil passiert. Statt selbstbewußter bin ich ängstlicher geworden, statt ruhiger bin ich eher aggressiver geworden, statt nachdenklicher, statt ein bißchen fröhlicher zu werden, bin ich eher andauernd weinerlich gewesen. Ich habe plötzlich Stimmen durch die Psychopharmaka gehört, habe plötzlich Ungeziefer durch die Psychopharmaka gehabt. Das weiß ich noch. Plötzlich habe ich Schlangen gesehen, habe mich nicht mehr getraut, das Telefon anzufassen. In meinem Zimmer habe ich plötzlich Menschen gesehen, die gar nicht vorhanden waren, oder Stimmen gehört, (die) gesagt haben, mach das, mach das... Die mich fast verrückt gemacht haben. Ich war nicht mehr ich selber.

Ich war nicht mehr das unbeschwerte Kind, das ich war, bevor ich in die (Psychiatrie) kam -

ich war eine gemachte Maschine. Ich lief wie ein Roboter, sprach wie eine Computermaschine und meine ganzen Bewegungsabläufe waren nicht mehr ich selber, war irgendwie wie in der Hypnose, in der Trance, richtig voll im Delirium, als würde ich so laufen. Man kann sich nicht vorstellen. Ich habe dadurch angefangen zu stottern, ich habe angefangen schlechter zu sprechen, habe noch langsamer gelernt, habe damals Krampfanfälle dann gekriegt.

Ich kann mich an manche Situationen erinnern, wo noch Schaum aus dem Mund kam. Dann halt nachts, wenn ich schlafen wollte, habe ich Albträume gekriegt, wurde nachts aus dem Bett rausgerissen. Es hieß: "Auf die nächste Dosierung." Und das habe ich nicht meiner Mutter mehr anvertrauen können, meinen Eltern nicht mehr anvertrauen können, meinen Geschwistern nicht anvertrauen können... Und immer, wenn ich was sagen wollte, bekam ich gleich eine Spritze, daß ich still war. Das ist Psychiatrie: Die Hölle erfahren ..!

Also ich kann nur sagen, es ist schlecht, noch Schlimmeres kann es nicht geben. Psychiatrie tötet! Und wir müssen aufstehen, bevor es zu spät ist!

Anmerkungen der Redaktion<<

<u>Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 8. Juni 2024 (x1.382/...):</u> >> Strafanzeige gegen Kita: "Sexualpädagogisches Konzept" für Kleinkinder

Ein Teilnehmer eines Elternabends über die "Sexualentwicklung meines Kindes" zeigt sich besorgt: Auf dem Vortragsabend des SOS-Kinderdorfes in Worpswede soll es auch um "Genitale Exploration" gegangen sein. Während die Polizei dafür keinen Anhaltspunkt sieht, hält sich die Einrichtung bedeckt.

Von Redaktion

"Genitale Exploration" und das Genießen von Nacktheit im Kindergarten? Genau das wird immer häufiger zum Thema pädagogischer Konzepte in deutschen Kindertagesstätten. Auch die öffentliche Einrichtung des SOS-Kinderdorfs im niedersächsischen Worpswede fällt mit derartigen Ausführungen über die "Sexualentwicklung" von Kindern auf, berichtet ein anonymer Teilnehmer eines Themen-Elternabends gegenüber Apollo News. Auf Nachfrage wollte sich die Einrichtung nicht äußern. Es liegt eine Anzeige wegen Kindeswohlgefährdung vor.

Konkret geht es um ein "sexualpädagogisches Konzept", das auf einem freiwilligen Elternabend am 27. Mai besprochen worden sein soll - eine dahingehende Anfrage an das SOS-Kinderdorf blieb unbeantwortet. Der Teilnehmer erklärt gegenüber Apollo News, die Referentin, als Sozialpädagogin und Fachberaterin für sexualisierte Gewalt beim SOS-Kinderdorf angestellt, habe verschiedene Konzepte für Ein- bis Zweijährige, Drei- bis Fünf- und Sechsbis Zwölfjährige unter dem Titel "Die Sexualentwicklung meines Kindes" dargelegt.

Für die jüngste Kohorte habe die Referentin über wünschenswerte Vorstöße im Kindesalter gesprochen, beispielsweise das Berühren von Genitalien. Auf Nachfrage aus dem Publikum habe die Sozialpädagogin diesen Punkt weiter ausgeführt, berichtet der Teilnehmer. So habe beispielsweise ein Kind während des gemeinsamen Duschens an dem Geschlechtsteil des Vaters gezogen, soll sie anekdotisch erklärt haben. Das könnte den Kindern beim Verstehen der menschlichen Physiognomie und der eigenen körperlichen Abläufe helfen. Die Referentin soll derartige Vorstöße positiv beschrieben, nicht jedoch für den Kita-Alltag gefordert haben.

Polizei sieht keinen Anhaltspunkt für Kindeswohlgefährdung

Während dieser Ausführungen soll die Sozialpädagogin immer wieder betont haben, daß es ihr um den Schutz der Kinder ginge. Fragwürdige Vorstöße wie "Menstruationsräume" oder "Original Play" lehnte sie entschieden ab. Auf eine zweite Nachfrage, ob der Elternabend in dieser Form stattgefunden hat, welche Themen zu welchem Zweck besprochen wurden und inwiefern sich die Inhalte im Kita-Alltag wiederfinden könnten, äußerte sich das SOS-Kinderdorf gegenüber Apollo News erneut nicht.

Währenddessen stellte die familienpolitische Sprecherin der AfD in Niedersachsen, Vanessa

Behrendt, Strafanzeige wegen Kindeswohlgefährdung. Daß Eltern auf dem Themenabend angeleitet wurden, das Anfassen von Genitalien durch Kinder zu etablieren, konnte sich laut Polizei allerdings nicht bestätigen. "Aus diesen Vernehmungen hat sich nicht ergeben, daß sich dieser Vorwurf in irgendeiner Form erhärten kann", sagte ein Sprecher der Polizei Verden gegenüber Apollo News.

Mehrere Teilnehmer des Elternabends waren als Zeugen vernommen worden. Der Bericht mit den polizeilichen Erkenntnissen wird demnächst der Staatsanwaltschaft zur juristischen Prüfung übergeben. Ob die Strafanzeige wegen Kindeswohlgefährdung zu weiteren Ermittlungen führt, entscheidet sich also in den kommenden Wochen.

Der Teilnehmer zeigte sich währenddessen erleichtert, daß die Kita in Worpswede keinerlei sexualpädagogisches Konzepte verfolgt, das eine Frühsexualisierung der Kinder in Abwesenheit der Eltern anstrebt. Und dennoch äußerte er sein Unbehagen: "Für mich ist das eine fremde Welt, Kleinkinder in den Bereich der Sexualität zu drücken, in welcher Form auch immer", erzählte er gegenüber Apollo News. "Sie hat so argumentiert, daß eine Enttabuisierung, auch begriffliche Enttabuisierung, dazu beiträgt, daß sich Kinder im Falle von sexueller Gewalt eher trauen, darüber zu sprechen, als wenn alles tabuisiert ist."

SOS-Kinderdorf weltweit wegen Mißbrauchsskandal in der Kritik

Derartige Vorstöße sind in Deutschland nichts Neues. Einige Einrichtungen streben sogar eine absurde Frühsexualisierung der Kinder an, etwa ein Kindergarten in Kerpen, der bereits im November 2023 ein sexualpädagogisches Konzept entwarf, das Masturbationsräume für Kinder vorsah. Und auch die SOS-Kinderdorf-Organisation ist nicht das erste Mal in den Schlagzeilen.

Erst im vergangenen Jahr legte eine unabhängige Kommission einen Prüfbericht vor, der eklatante Vergehen an Kindern über Jahrzehnte in SOS-Kinderdorfeinrichtungen offenbarte. Nachdem 2021 erste Verdachtsfälle von Kindesmißbrauch öffentlich wurden, beauftragte die Nichtregierungsorganisation SOS-Kinderdorf eine Kommission mit der weltweiten Aufklärung der Vorkommnisse.

Das Ergebnis: Vergewaltigungen, Kinderschwangerschaften und Zwangsabtreibungen in über 20 Ländern wurden seit den 1980er Jahren von den SOS-Kinderdörfern verschwiegen. Auch in den 2010er Jahren soll es noch zu schwerwiegenden Vorfällen, beispielsweise in Nepal, gekommen sein. In Deutschland konnte die Sonderkommission ebenfalls Hinweise sammeln: 160 Fälle von Kindesmißbrauch könnte es demnach in deutschen Einrichtungen gegeben haben.

Der empörende Kommissionsbericht konterkariert somit die eigentliche Mission der SOS-Kinderdörfer, die auf ihren Webseiten stets mit dem Kindesschutz werben. Auch die Einrichtung in Worpswede hält an dem Ziel fest, "die Kinder und Jugendlichen zu stabilisieren und zu entlasten, um in einer Situation von erlebter Gewalt einen sicheren Ort anzubieten und sie darin zu bestärken, Ihren eigenen Gefühlen und Grenzen zu vertrauen."

Ein weiterer relevanter Faktor: die SOS-Kinderdorfeinrichtungen in Deutschland sind der öffentlichen Hand zur Rechenschaft verpflichtet, weil sie in Teilen aus öffentlichen Mitteln, sprich Steuergeldern finanziert werden. Bezogen auf den Vortrag zur "Sexualentwicklung" von Kleinkindern bedeutet das: Der Staat trägt mögliche "sexualpädagogischen Konzepte" mit und unterstützt sie durch öffentliche Gelder.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.02.2025

Die PDF-Datei wird kostenlos zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.

Beispiel: $(x363/79) = \underline{\text{Geheime Mächte.}}$ Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30, Seite 79.

k363 Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte.</u> Great Reset und Neue Weltordnung. COM-PACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.

Internet

x1.319	https://www.kla.tv - Oktober 2023
x1.326	https://afdkompakt.de/ - Oktober 2023
x1.327	https://www.kla.tv – November 2023
x1.344	https://afdkompakt.de/ - Dezember 2023
x1.348	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Dezember 2023
x1.350	https://www.kla.tv - Februar 2024
x1.356	https://www.nius.de/ - Februar 2024
x1.359	https://www.kla.tv - März 2024
x1.360	https://afdkompakt.de/ - März 2024
x1.361	https://apollo-news.net/ - März 2024
x1.365	https://www.nius.de/ - März 2024
x1.366	https://www.kla.tv - Mai 2024
x1.367	https://afdkompakt.de/ - Mai 2024
x1.368	https://apollo-news.net/ - Mai 2024
x1.369	https://www.mmnews.de/ Mai 2024
x1.379	https://www.kla.tv - Juli 2024
x1.382	https://apollo-news.net/ - Juli 2024
x1.387	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Juli 2024